

Politische Aktivität, Illegitimität und Stabilisierung

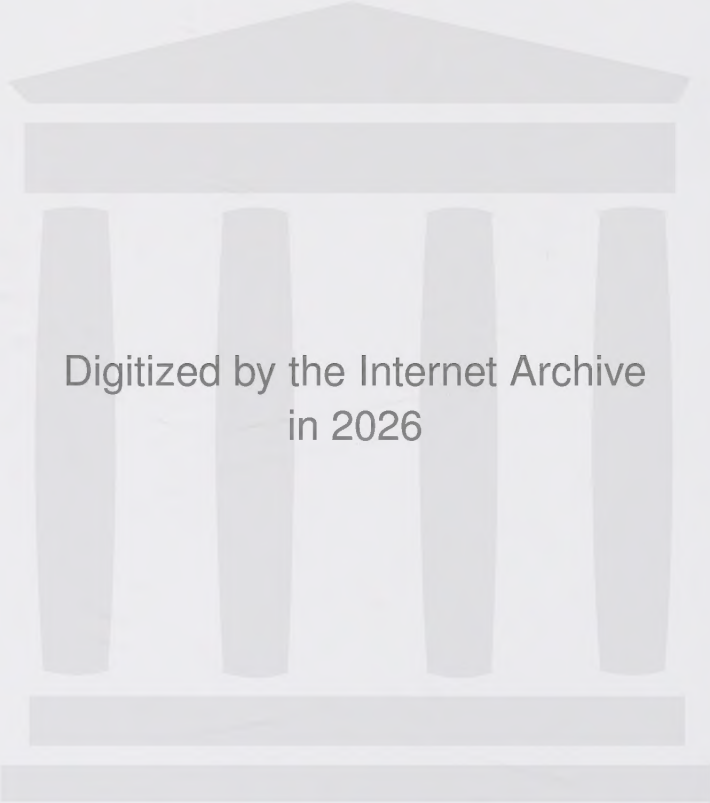
Eine Untersuchung kontextueller Determinanten von
Bürgeraktivitäten und Unzufriedenheit in der Schweiz

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von
HEINRICH ZWICKY
von Mollis (Glarus)

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Peter Heintz

Verlag Rügger CH-8253 Diessenhofen 1982



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41507207_0013

Politische Aktivität, Illegitimität und Stabilisierung

Eine Untersuchung kontextueller Determinanten von
Bürgeraktivitäten und Unzufriedenheit in der Schweiz

Abhandlung
zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der
Universität Zürich

vorgelegt von
HEINRICH ZWICKY
von Mollis (Glarus)

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Peter Heintz

Verlag Rügger CH-8253 Diessenhofen 1982

Zürcher Dissertation



© Verlag Rügger CH-8253 Diessenhofen 1982
ISBN 3 7253 0174 3

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand zwischen 1978 und 1982, in einer Zeit, in der ich am Soziologischen Institut der Universität Zürich an zwei verschiedenen Forschungsprojekten mitarbeitete. Es ist dies einerseits eine Untersuchung über die "Aktivierung von Bürgern", andererseits eine solche über "Kantonale Einkommensverteilung in der Schweiz". Die Stimuli, die von der Arbeit an diesen Projekten auf meine Dissertation wirkten, sind zahlreich und heute kaum mehr zu überblicken.

Ich danke allen, die in irgendeiner Weise zum Entstehen dieser Arbeit beigetragen haben, meiner Familie ebenso wie verschiedenen Mitarbeitern am Soziologischen Institut der Universität Zürich.

Mein besonderer Dank gilt meinem Referenten
Herrn Professor Peter Heintz
für seine Fähigkeit, in Entwürfen erfolgsversprechende
Verbesserungsmöglichkeiten zu erkennen.
Den Herren Professor Volker Bornschieer und
Dr. Hanspeter Meier verdanke ich Anregungen zum
theoretischen Konzept meiner Arbeit.

Hombrechtikon, im Juni 1982

Heinrich Zwicky

" An actor faces many claims but it
is his action which reveals to others,
and often to himself, where he stands
and for what he stand. "

A. ETZIONI

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitung	1
<u>Teil I: Theoretische Konzepte</u>	
1. Legitimität und Illegitimität	9
1.1 Der Begriff der Legitimität	9
1.2 Verwandte Konzepte	11
1.2.1 Legalität	11
1.2.2 Autorität	11
1.2.3 Prestige, Ansehen	12
1.2.4 Vertrauen	12
1.2.5 Unterstützung	12
1.2.6 Entfremdung	13
1.2.7 Zufriedenheit	13
1.3 Zur Messung von Legitimität und Illegitimität	14
2. Politische Aktivität	15
2.1 Begriffsklärung: Politische Aktivität versus politische Partizipation	15
2.2 Typen politischer Aktivität	
2.3 Dimensionen politischer Aktivität	21
3. Illegitimität und politische Aktivität	27
3.1 Gesamtgesellschaftliche Bedeutung	28
3.2 Ergebnisse aus der Literatur	34
3.3 Der Einfluss politischer Institutionen	37
4. Legitimationsdiskussion	40
4.1 Begriffsbestimmung und Diskussionsstand	40
4.2 Die Auseinandersetzung mit dem Legitimations- konzept von Max Weber	41
4.3 Makrosoziologische Legitimationskonzepte	43
4.4 Mikrosoziologische Legitimationskonzepte	48
4.5 Folgerungen aus dem aktuellen Stand der Legitimationsdiskussion	50

5. Ein theoretischer Bezugsrahmen zur Analyse von Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozessen	52
5.1 Begriffsbestimmung	52
5.2 Grundmodell	53
5.3 Strukturelle Analyseebene: Selbstlegitimation und Transferprozesse	57
5.4 Kognitive Analyseebene: Selektive Wahrnehmung sozialer Realität	62
5.5 Evaluative Analyseebene: Individuelle Werte	69
5.6 Artikulative Analyseebene: Artikulationsressourcen	76
5.7 Reaktive Analyseebene: Repression und sozialer Wandel	82
6. Zusammenfassung	85

Teil II: Empirische Analyse

7. Untersuchungsanordnung und Operationalisierung	87
7.1 Allgemeine Untersuchungsanordnung	88
7.2 Probleme der Operationalisierung des theoretischen Bezugsrahmens	89
7.3 Grundthesen	93
7.4 Destabilisierung als Verstärkung von Illegitimitätswahrnehmung: Detailhypothesen	97
7.5 Destabilisierung als Verstärkung politischer Aktivität: Detailhypothesen	105
7.6 Destabilisierung als sozialer Wandel: Detailhypothesen	111
7.7 Datenbasis	115
7.8 Zusammenfassung	130
8. Kontextuelle Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung: Strukturelle, kognitive und evaluative Bedingungen von Destabilisierungsprozessen	135
8.1 Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität	135
8.2 Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung	138
8.2.1 Strukturelle und politische Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung	140

8.2.2 Kognitive Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung	145
8.2.3 Evaluative Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung	146
8.3 Substitution von Stabilisierungsebenen	147
8.3.1 Der partielle Einfluss des Pro Kopf Einkommens	148
8.3.2 Der partielle Einfluss der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	149
8.3.3 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen	149
8.3.4 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 5 % der Steuerpflichtigen	150
8.3.5 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 1 % der Steuerpflichtigen	150
8.3.6 Der partielle Einfluss der Sitzanteile marginaler Parteien	150
8.3.7 Der partielle Einfluss des Bevölkerungsanteils mit katholischer Religion	151
8.3.8 Multivariate Erklärung des Ausmasses an Illegitimitätswahrnehmung in den Schweizer Kantonen	152
8.4 Zusammenfassung	155
9. Illegitimität und politische Aktivität	158
9.1 Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf der individuellen Ebene	158
9.2 Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf der individuellen, der kommunalen und der kantonalen Ebene	164
9.3 Illegitimität, politische Aktivität und Kriminalität	170
9.4 Zusammenfassung	176
10. Kontextuelle Determinanten politischer Aktivität: Artikulative Bedingungen von Destabilisierungsprozessen	178
10.1 Formen politischer Aktivität	179
10.2 Materielle Ressourcen und politische Aktivität	185
10.2.1 Exkurs: Einkommen und politische Aktivität auf der individuellen Ebene	192

10.3	Intellektuelle Ressourcen und politische Aktivität	196
10.3.1	Exkurs: Bildung und politische Aktivität auf der individuellen Ebene	200
10.4	Interaktionsdichte, normative Freiräume und politische Aktivität	204
10.4.1	Exkurs: Gemeindetypen und politische Aktivität	209
10.5	Institutionalisierte Politik und politische Aktivität	211
10.6	Multivariate Analyse von Bestimmungsgründen artikulativer Destabilisierung	216
10.7	Zusammenfassung	225
11.	Makrosoziale Effekte politischer Aktivität: Reaktive Bedingungen von Destabilisierungsprozessen	229
11.1	Politische Aktivität und sozialer Wandel	229
11.2	Reaktive Bestimmungsgründe gesellschaftlicher Destabilisierung	234
11.3	Zusammenfassung	237
12.	Zur Unterstützung des theoretischen Gesamtmodells durch die empirischen Zusammenhänge	239
12.1	Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen	239
12.2	Exogene Einflussfaktoren	243
12.3	Zusammenfassung	247
 <u>Teil III: Zusammenfassung und Folgerungen</u>		
13.	Probleme der vorgelegten Arbeit	250
13.1	Datenprobleme	250
13.2	Methodische Probleme	253
13.3	Theoretische Probleme	255
14.	Stabilisierung und Destabilisierung von Schweizer Kontexten: Zur Verifizierung des theoretischen Modells	
14.1	Gesamtstabilität	257
14.2	Relative Bedeutung verschiedener Stabilisierungsarten	262
14.3	Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen	265

14.4 Exogene Determinanten von Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozessen	268
14.5 Ueberlegungen zur Dynamik gesellschaftlicher Stabilisierung in der Schweiz	274
15. Beiträge zu spezifischen wissenschaftlichen Diskussionszusammenhängen	277
15.1 Partizipationskrise	277
15.2 Direkte Demokratie	279
15.3 Unkonventionelle politische Aktivität	281
15.4 Sprachkulturelle Teilung der Schweiz	283
Literaturverzeichnis	285
Anhang A : Die Grundgesamtheit des Kantonsvergleichs	293
Anhang B : Die Grundgesamtheit des Gemeindevergleichs	295
Anhang C : Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten endogenen und exogenen Grössen im Kantons- und Gemeindevergleich	303
Anhang D : Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten endogenen Grössen im Kantons- und Gemeindevergleich	308
Anhang E : Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten exogenen Grössen im Kantons- und Gemeindevergleich	313
Anhang F : Zur Vollständigkeit der im Projekt "Aktivierung von Bürgern" identifizierten Ereignisse	319

Einleitung

Bereits seit mehr als zehn Jahren wird die sogenannte Beteiligungskrise an Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz diskutiert - in wissenschaftlichen Kreisen ebenso wie in einer breiteren Öffentlichkeit (1). Es handelt sich hier um einen der wenigen sozialwissenschaftlichen Themenbereiche, die - innerhalb der Schweiz - eine gewisse Konstanz aufweisen. Ein wesentlicher Grund für diese Konstanz dürfte im andauernden Interesse von Öffentlichkeit und staatlichen Stellen liegen, welches unter anderem auch dazu beigetragen hat, dass Mittel für eine breit-angelegte Untersuchung der Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie bereitgestellt wurden (2).

Das relativ grosse und andauernde Interesse der schweizerischen Öffentlichkeit am Problem der Beteiligungskrise steht zweifelsohne im Zusammenhang mit dem System der direkten Demokratie und der durch dieses System geprägten politischen Kultur. Wie auch die folgende Analyse zeigen wird, leistet die direkte Demokratie als "Urdemokratie" einen wichtigen Beitrag zur Rechtfertigung (Legitimation) von Staat und Gesellschaft in der Schweiz. Diese Situation erschwert eine Bezugnahme auf Argumente aus der Demokratiediskussion, welche in einer beschränkten Beteiligung der Bürger eine Notwendigkeit oder zumindest eine unproblematische Erscheinung sehen (3). Denn solche Argumente würden das politische System der Schweiz als Ganzes entwerten.

-
- (1) Als erste und letzte in einer langen Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten seien an dieser Stelle erwähnt: Girod, Ricq (1970) und Riklin, Kley (1981).
 - (2) "Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie" ist der Titel eines nationalen Forschungsprogramms des Schweizerischen Nationalfonds. Zum Zusammenhang zwischen öffentlicher Problemwahrnehmung und wissenschaftlichen Forschungsaktivitäten in diesem Themenbereich vgl. auch Levy, Zwicky (1980).
 - (3) Solche Argumente könnten der Tradition elitistischer Theorien der Demokratie entnommen werden, welche typischerweise durch Schumpeter (1950) oder Michels (1970) repräsentiert wird.

Auf dem Hintergrund dieses Dilemmas und angesichts des eher geringen Erfolges von Massnahmen zur Erhöhung der Abstimmungsbeteiligung (1) hat die wissenschaftliche Diskussion der Beteiligungskrise stagniert.

Die vorliegende Arbeit versteht sich unter anderem als Beitrag zur Wiederbelebung der wissenschaftlichen Diskussion. Eine solche ist meiner Ansicht nach nur möglich, wenn einige Schwachstellen der bisherigen Auseinandersetzung überwunden werden.

1. Die bisherige Diskussion sah in der Abstimmungsbeteiligung ein isoliertes Phänomen und unterliess es weitgehend, andere politische Verhaltensformen des Bürgers in die Betrachtung einzubeziehen. Internationale Arbeiten (Barnes, Kaase 1979; Verba, Nie, Kim 1978) haben dies demgegenüber getan. Und gerade in der Schweiz wäre eine solche Betrachtung von besonderem Interesse, da hier mit den direkt-demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten (Abstimmungen, Initiativen, fakultative Referenden) eine besonders differenzierte Palette von Aktivitätsmöglichkeiten besteht.
2. Die Auseinandersetzung mit der Abstimmungsbeteiligung schränkte den Begriff des Politischen ein auf staatsbezogenes Handeln (2). Damit werden Formen sozialen Protests aus der Betrachtung ausgeschlossen: Politisch darf nur genannt werden, was ein minimales Einverständnis mit dem Staat signalisiert.

-
- (1) Massnahmen zur Erhöhung der Stimmbeteiligung sind nicht vollständig erfolglos geblieben. So dürfte die Neugestaltung des Abstimmungsbeilagen durchaus die Verständlichkeit der Erläuterungen erhöht und die Beteiligung gefördert haben. Strukturelle Probleme wie Misstrauen gegenüber der institutionalisierten Politik oder auch mangelndes politisches Interesse können hiermit aber nicht gelöst werden.
Zudem ist auch darauf hinzuweisen, dass die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung nach 1975 wieder leicht gestiegen ist (vgl. Troitzsch 1979). Dies dürfte aber nur in geringem Masse mit den erwähnten Massnahmen zusammenhängen.
 - (2) Ich beziehe mich an dieser Stelle auf einen neueren Zeitungsartikel eines der Exponenten der schweizerischen Diskussion der Abstimmungsbeteiligung (Neidhart 1981), wo die erwähnte Einschränkung des Begriffs des Politischen explizit gemacht wird.

3. In Zusammenhang damit dominiert eine normative Betrachtung politischer Vorgänge. Dies äussert sich beispielsweise im Bild des Bürgers: Er hat teilzunehmen und daher kann er auch teilnehmen. Mögliche aktivitätshemmende Umwelteinflüsse (z.B. am Arbeitsplatz) werden grosszügig übersehen. Ebensovienig wird berücksichtigt, dass häufig die Ressourcen zur Abstimmungsteilnahme fehlen.
Internationale Arbeiten beziehen dieses reale Element (1) politischer Aktivität zunehmend in ihre Betrachtung ein (vgl. Verba, Nie, Kim 1978, Piven, Cloward 1977). Martinussen (1977) hat in diesem Zusammenhang den Begriff der politischen Armut geprägt. Und er weist politische Armut nicht in einem Entwicklungsland, sondern in Norwegen nach.
4. Schliesslich wird in der Diskussion der Abstimmungsbeteiligung das politische System der Schweiz weitgehend von der Gesellschaftsstruktur isoliert. Damit fallen entscheidende Zusammenhänge zwischen gesellschaftlicher Struktur und politischem System ausser Betracht.

Ausgehend von diesem letzten Kritikpunkt an der bisherigen Diskussion zur Abstimmungsbeteiligung geht die vorliegende Arbeit von der gesellschaftlichen Struktur aus und konzipiert Abstimmungsbeteiligung als eine von vielen Formen politischer Bürgeraktivität, als eine - durch das politische System vermittelte - Auseinandersetzung mit der Gesellschaftsstruktur. Diese - und andere - Arten der Auseinandersetzung des Bürgers mit der gesellschaftlichen Struktur werden unter dem Gesichtspunkt der gesellschaftlichen Stabilisierung bzw. Destabilisierung analysiert: Ist beispielsweise Abstimmungsbeteiligung ein Ausdruck von Unzufriedenheit? Leistet sie ihrerseits einen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilisierung?

Hinsichtlich gesellschaftlicher Stabilisierung und Destabilisierung beschränken wir uns auf eine Analyse des Stellenwerts des Bürgers. Gesellschaftliche und politische Eliten sind nur insofern relevant, als sie die Wahrnehmung oder das Verhalten des Bürgers beeinflussen.

-
- (1) Professor Levy von der Universität Lausanne hat mich auf den Begriff der "realen Demokratie" hingewiesen, welcher - analog zum Begriff des "realen Sozialismus" - ein Abrücken von einer normativen Betrachtung demokratischer Politik kennzeichnen soll.

Die Fragestellung der folgenden Untersuchung könnte somit folgendermassen umschrieben werden: Wie setzt sich der Bürger der Schweiz mit der gesellschaftlichen Struktur und dem politischen System auseinander und welche Bedeutung hat diese Auseinandersetzung für die gesellschaftliche Stabilität?

Als Auseinandersetzung mit der gesellschaftlich-politischen Struktur werden einerseits Zufriedenheit und Unzufriedenheit des Bürgers (Legitimität bzw. Illegitimität), andererseits verschiedene Formen politischer Aktivität untersucht.

Verschiedene analytisch trennbare Aspekte können die Art der Auseinandersetzung des Bürgers mit der gesellschaftlich-politischen Struktur beeinflussen:

1. Strukturelle Grössen wie beispielsweise die Ungleichheit der Einkommensverteilung beeinflussen als Legitimationsobjekte die Beurteilung dieser Struktur.
2. Kognitive Grössen wie beispielsweise seine Bildung beeinflussen ebenfalls seine Beurteilung der Struktur, indem sie die Wahrnehmung einer objektiv gegebenen Struktur steuern.
3. Evaluative Grössen wie die Wertstruktur eines Individuums liefern die Kriterien für die Beurteilung der wahrgenommenen Struktur.

Diese drei analytischen Kategorien bestimmen die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Struktur durch den Bürger, mithin die Legitimität oder Illegitimität, die er ihr zuschreibt.

Eine zweite Art der Auseinandersetzung mit der Struktur stellt das politische Verhalten dar. Dieses wird einerseits durch die oben genannten analytischen Bestimmungsgrössen der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung beeinflusst, daneben aber auch durch eine vierte analytische Kategorie.

4. Artikulative Grössen wie beispielsweise die Verfügbarkeit von Ressourcen beeinflussen das Ausmass und die Art der Artikulation der Beurteilung der Struktur.

Schliesslich stellt sich die Frage, ob eine politische Aktivität zum gewünschten Ergebnis führt. Ergebnis ist hier in makrosoziologischem Sinne als gesamtgesellschaftliche Konsequenz politischer Aktivität aufzufassen (vgl. Kapitel 5).

5. Reaktive Grössen wie beispielsweise Repressionen gegen politisch Aktive beeinflussen die Auswirkungen politischer Aktivität auf gesamtgesellschaftlichen Wandel.

Die Analyse verschiedener Dimensionen der Auseinandersetzung des Bürgers mit der gesellschaftlichen und politischen Struktur unter der einheitlichen Perspektive der Stabilisierung bzw. Destabilisierung ist mit einer gewissen Einseitigkeit verbunden. Einzelne Grössen werden nicht umfassend behandelt, sondern lediglich im Hinblick auf Prozesse gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung

Dies kann beispielhaft an der Abstimmungsbeteiligung gezeigt werden. Sie wird als Resultante einerseits der Beurteilung der gesellschaftlich-politischen Struktur durch den Bürger, andererseits artikulativer Einflussgrössen aufgefasst. Für die Frage der Stabilität der Gesamtgesellschaft ist vor allem interessant, inwieweit sich Unzufriedenheit (Illegitimität) mittels Abstimmungsbeteiligung äussert. Ob zufriedene Bürger sich mittels Abstimmungsbeteiligung artikulieren, ist - abgesehen von Rückwirkungen des Abstimmungsergebnisses auf die Stabilität - von zweitrangiger Bedeutung.

Die skizzierte Vorstellung von analytischen Bestimmungsgrössen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung wird mittels Vergleichen von Kantonen und Gemeinden der Schweiz einem empirischen Test unterzogen. Es handelt sich also um eine komparative Aggregatsdatenanalyse.

Die komparative Analyse aggregierter Daten stellt eine Forschungsmethode dar, der gesamtschweizerisch nie eine herausragende Bedeutung zukam. Am Soziologischen Institut der Universität Zürich dagegen besteht eine Tradition solcher Untersuchungen, auf die im Rahmen dieser Arbeit fortwährend Bezug genommen wird. Im Themenbereich "Abstimmungsbeteiligung" existiert einerseits eine neuere Arbeit aus dem Soziologischen Institut der Universität Zürich (Nef 1979), andererseits entstanden vor allem zu Beginn der Diskussion der Beteiligungskrise auch an anderen Orten solcherart makrosoziologisch orientierte Arbeiten (Girod, Ricq 1970; Geissler 1974).

In der internationalen Forschung scheinen Aggregatsdatenanalysen ebenfalls an Bedeutung zu verlieren, bevor die aufgezählten Möglichkeiten dieser Methode auch nur annähernd ausgeschöpft sind (vgl. z.B. Dogan, Rokkan 1969). Speziell wurde die Kombination von sekundärstatistischen Daten mit aggregierten Umfrageergebnissen wie sie beispielsweise von Linz (1969) propagiert wird, nur selten angewandt. Die vorliegende Arbeit greift diese Anregung zur Kombination verschiedener Datenquellen auf: Es werden sowohl Sekundärstatistiken als auch Umfrageergebnisse und massenmediale (d.h. aus Zeitungen entnommene) Informationen berücksichtigt.

Eine solche Kombination von Datenquellen war nur dadurch möglich, dass Datensätze benutzt werden konnten, die im Rahmen anderer Untersuchungen erhoben wurden. Dabei handelt es sich einerseits um eine gesamtschweizerisch repräsentative Befragung in 131 Schweizer Gemeinden von Kerr et.al. (1975), andererseits um eine primär auf Zeitungsanalysen basierende Untersuchung über sogenannte politische Aktivierungsereignisse, welche im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms über "Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie" durchgeführt wurde (vgl. Kriesi et.al. 1981). Bezüglich sekundärstatistischer Daten schliesslich liegt der Beitrag früherer Arbeiten vor allem in einer Verbesserung der Datenqualität (vgl. Fischer (1980) für das Pro Kopf Einkommen der Kantone; Rusterholz, Zwicky (1981) für die Einkommensverteilung der Kantone).

Die Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile. In einem ersten Teil werden die theoretischen Konzepte eingeführt, auf denen die Arbeit beruht. Dabei geht es zunächst um eine Abgrenzung der Begriffe Legitimität/Illegitimität, sowie Politische Aktivität. Anschliessend werden diese gesellschaftlichen Grössen hinsichtlich ihrer Bestimmungsgründe diskutiert, indem einerseits auf die Legitimationsdiskussion Bezug genommen, andererseits ein theoretischer Bezugsrahmen zur Analyse gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung erarbeitet wird.

Der zweite Teil gilt der empirischen Analyse in Form von Kantons- und Gemeindevergleichen. Dabei wird der in Teil I skizzierte Bezugsrahmen auf diese spezifische Untersuchungsanordnung hin konkretisiert.

Im dritten Teil werden die empirischen Ergebnisse aus Teil II im Hinblick auf Modifikationen des theoretischen Modells und auf Beiträge zum Bild des politischen Systems der Schweiz und des Verhaltens seiner Bürger zusammengefasst.

Teil I: Theoretische Konzepte

1. Legitimität und Illegitimität

Die Frage der Legitimität politischer und gesellschaftlicher Ordnung ist überall dort von entscheidender Bedeutung, wo Beziehungen zwischen Menschen nicht ausschliesslich durch Macht und/oder Gewalt (1) strukturiert werden. Auf Staatsformen bezogen heisst das, dass in Demokratien, wo den Bürgern Gleichheit unabhängig von machtmässigen Unterschieden durch die Verfassung zugesichert ist, Legitimität zum primären Entscheidungskriterium und Organisationskriterium wird.

Die herausragende Bedeutung von Legitimität für demokratische Staaten wird im Rahmen unserer theoretischen Vorstellungen durch zwei Punkte relativiert:

1. Die Legitimität, die der einzelne Bürger einem Staat und einer Gesellschaft zuschreibt, kann beeinflusst werden. Es sind Legitimations- bzw. Entlegitimationsstrategien bestimmter Gruppen denkbar, die die Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung anderer Gruppen in dieser oder jener Richtung verändern.
2. Die Legitimität einer Ordnung beim einzelnen Bürger fliesst nicht als solche in diese Ordnung ein, sie muss artikuliert werden. Und diese Artikulation kann mehr oder weniger wirksam sein, sie kann sogar vollständig wegfallen.

Diese Relativierungen der Bedeutung der Kategorie der Legitimität als gesellschaftliches und politisches Ordnungskriterium wirft die Frage nach den Bestimmungsgründen von Legitimität/Illegitimität beim einzelnen Bürger und ihren gesamtgesellschaftlichen Folgen auf. In den Kapiteln 4 und 5 in Teil I wird auf diese Fragen ausführlich eingegangen.

1.1 Der Begriff der Legitimität

Der Begriff der Legitimität bezieht sich auf die Beurteilung der sozialen Umwelt durch einen Menschen. Legitimität ist dann festzustellen, wenn diese Umwelt (ihre Merkmale, ihre Organisation) positiv beurteilt werden. Demgegenüber liegt Illegitimität bei einer negativen Beurteilung der sozialen Umwelt vor.

-
- (1) Macht, nach Weber als Fähigkeit definiert, seinen Willen auch gegen das Widerstreben anderer durchzusetzen, schliesst zwar Legitimität ein, ist aber in Richtung Gewalt fokussiert, welche im Gegensatz zu Legitimität steht.

Diese Begriffsbestimmung entspricht einer prominenten Tradition, welche beispielsweise die Formulierung verwendet: "Legitimität ist soziale Geltung als rechtens" (Kielmansegg 1971).

Legitimität (oder Illegitimität) ist immer auf ein spezifisches Objekt der sozialen Umwelt eines Menschen bezogen. In strengem Sinne kann also nicht von Legitimität schlechthin gesprochen werden. Allerdings ist häufig eine Uebertragung von Legitimität zwischen verschiedenen Objekten der sozialen Umwelt feststellbar. Wenn jemand beispielsweise der Gesellschaft Legitimität zuschreibt, erscheint ihm häufig auch das politische System als legitim. Die Unterscheidung zwischen der Gesellschaft und dem politischen System als Objekte der Legitimitätszuschreibung dürfte eine der wichtigsten Differenzierungen sein. Innerhalb des politischen Systems ist vor allem die Unterscheidung von Easton (1965) zwischen Regime (Institutionalisiertes Gefüge politischer Beziehungen) und Autoritäten (Spezifische Personen, die wichtige Rollen in diesem Gefüge inne haben) zu erwähnen. Weitere Differenzierungen können nach staatlichen Gewalten (Legislative, Exekutive, Indikative) und nach Systemebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) vorgenommen werden.

Eine präzise Anwendung des Begriffs der Legitimität setzt nicht nur eine Spezifikation des Objektes voraus, dem Legitimität zugeschrieben wird. Ebenso bezieht sich Legitimität immer auf ein spezifisches Subjekt, auf dessen Wahrnehmung der sozialen Umwelt und auf seine Wertstrukturen. Von der Legitimität einer Gesellschaft zu sprechen ist also in einem zweiten Sinne unpräzise, da dabei auf ein Durchschnittsindividuum Bezug genommen werden muss.

In der aktuellen Diskussion politischer und gesellschaftlicher Legitimität ist relativ umstritten, ob eine positive Beurteilung eines sozialen Objektes schon Legitimität darstellt, oder ob der Legitimität noch eine zusätzliche Qualität zukommt. Tendenzen, den Begriff der Legitimität einzuschränken, sind beispielsweise bei Habermas (1973) oder Friedrich (1960) feststellbar (1).

(1) Beide Autoren versuchen, die Existenz von Legitimität an eine Vorstellung von objektiver Wahrheit zu binden (vgl. Habermas 1973:134, Friedrich 1960:120ff, sowie - als Kritik dieser Vorstellung bei Friedrich - Kielmansegg 1971:369, Anmerkung 4).

Wir gehen im folgenden davon aus, dass eine Einschränkung dieser Art nicht sinnvoll ist (vgl. auch Kapitel 5, Abschnitt 5.4). Allerdings impliziert unsere Konzeptualisierung des Legitimitätsbegriffs nicht, dass es keine relevanten Unterschiede zwischen verschiedenen Gründen der Legitimitätszuschreibung gibt (1). Ebensowenig wird ein reines Akzeptieren von Objekten der sozialen Umwelt, welches keine positive Bewertung enthält, als Legitimität aufgefasst.

1.2 Verwandte Konzepte

Die politologische und soziologische Literatur enthält verschiedene Begriffe, die in einer engen Beziehung zu jenem der Legitimität stehen. Auf einige wichtige davon soll an dieser Stelle kurz eingegangen werden.

1.2.1 Legalität

Im Unterschied zur Legitimität kann die Legalität von sozialen Objekten oder Verhalten objektiv gültig, d.h. unabhängig von subjektiven Wertstrukturen eines Individuums bestimmt werden. Legalität ist dann gegeben, wenn gesetzliche Vorschriften befolgt werden, bzw. wenn die soziale Umwelt eines Menschen Merkmale aufweist, die dem Gesetz entsprechen (vgl. dazu Preuss 1977).

1.2.2 Autorität

Im deutschen Sprachgebrauch bezieht sich Autorität ausschliesslich auf Personen, Personen kommt also in bestimmten Fällen Autorität zu. Der Begriff der Legitimität dagegen zielt in stärkerem Masse auf von Personen unabhängige systemische Eigenschaften der sozialen Umwelt (2).

Im angelsächsischen Sprachraum bezieht sich der Begriff "authority" häufig auf Einzelentscheidungen und nicht auf strukturelle Merkmale der sozialen Umwelt (vgl. beispielsweise Gamson 1968:32).

-
- (1) Entsprechende Tendenzen sind in der funktionalistischen Tradition der Legitimationsdiskussion festzustellen (vgl. Kapitel 4).
 - (2) Vergleiche dazu Kielmansegg (1971:368), der auch darauf hinweist, dass bei Max Weber die Abgrenzung zwischen Legitimität und Autorität verschwimmt. Am stärksten ist dies bei charismatischer Legitimität der Fall.

1.2.3 Prestige, Ansehen

Der Begriff des Prestiges ist - analog zum Begriff der Autorität - auf Personen fokussiert. Das heisst, dass vor allem Personen über Prestige verfügen.

Im Gegensatz zum Begriff der Autorität ist der Begriff des Prestiges unabhängig von Machtunterschieden zwischen dem "Sender" und dem "Empfänger" von Prestige definiert, während im Begriff der Autorität implizit enthalten ist, dass der Unterprivilegierte dem Ueberprivilegierten Autorität zugesteht (1).

1.2.4 Vertrauen

Der Begriff des Vertrauens geht von der Vorstellung aus, dass die Einstellung eines Bürgers z.B. zum Staat das Resultat von Verallgemeinerungen ist. Es werden einerseits frühere Erfahrungen mit dem Staat, andererseits aktuelle Beurteilungen anderer staatlicher Teilbereiche auf die Einstellung zu einem spezifischen Teil dieses Staates übertragen.

Von Vertrauen zu einem bestimmten Objekt der sozialen Umwelt kann dann gesprochen werden, wenn der Bürger aufgrund anderer Erfahrungen annimmt, dass dieses Objekt legitime Eigenschaften aufweist bzw. sich in legitimer Weise verhält.

Vertrauen bezieht sich also nicht auf die direkte Beurteilung eines Objektes, wogegen Legitimität einem Objekt direkt zugeschrieben wird.

Eine empirische Trennung von "Vertrauen" und "Legitimität" ist relativ schwierig, da sie Informationen über Gründe für eine "Legitimitätszuschreibung" voraussetzt. Zumindest im Rahmen der empirischen Analyse in Teil II sind die beiden Grössen nicht trennbar.

1.2.5 Unterstützung

Der Begriff der Unterstützung (Support) ist im Gebrauch von Easton (1965) breiter als derjenige der Legitimität. Nach Mayntz (1977) kann Unterstützung auch auf instrumentellen Motiven basieren, beispielsweise, dass jemand sich aus der

(1) Das heisst nicht, dass Prestige nicht in Verbindung mit Macht gebracht werden könnte, wie das Heintz (1968:24 ff) denn auch getan hat.

Unterstützung eines Objektes seiner sozialen Umwelt Vorteile erhofft. Wenn er sich dann unterstützend verhält, obwohl er das entsprechende Objekt nicht positiv beurteilt, handelt es sich um Unterstützung, die nicht auf Legitimität beruht.

Daneben steht beim Begriff der Unterstützung das Verhalten im Vordergrund, beim Legitimitätsbegriff die Beurteilung.

Demgemäss unterscheidet Easton (1965) zwischen offener und verdeckter Unterstützung. Verdeckte Unterstützung wird nicht artikuliert und entspricht daher in stärkerem Masse dem Begriff der Legitimität als eine offene Unterstützung.

1.2.6 Entfremdung

Der Begriff der Entfremdung muss mit jenem der Illegitimität verglichen werden: In beiden Fällen handelt es sich um eine negative Haltung gegenüber Objekten der sozialen Umwelt.

Nach Wright (1975:89) weist Entfremdung zwei Dimensionen auf: Einerseits geringes Vertrauen, andererseits ein Gefühl der Machtlosigkeit (geringe Efficacy).

Die Vertrauensdimension wurde in Abschnitt 1.2.3 mit dem Legitimitätsbegriff verglichen: Sie stellt eine Verallgemeinerung anderer Beurteilungen oder Erfahrungen hinsichtlich eines bestimmten Objektes der sozialen Umwelt dar.

Die Dimension der (subjektiven) Machtlosigkeit ist weitgehend unabhängig von der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung.

1.2.7 Zufriedenheit

Die Dimension Zufriedenheit/Unzufriedenheit entspricht - wenn sie auf Objekte der sozialen Umwelt eines Menschen bezogen wird - der Dimension Legitimität/Illegitimität. Häufig wird der Begriff der Zufriedenheit bzw. der Unzufriedenheit aber auf die persönliche Situation, den Lebensstandard eines Menschen bezogen und widerspricht dann insofern dem Legitimitäts- bzw. Illegitimitätsbegriff als er nicht die soziale Umwelt betrifft (1).

(1) Vgl. beispielsweise das Konzept der "personal satisfaction" und seine Operationalisierung bei Barnes, Kaase 1979 (vor allem Seite 566 ff).

1.3 Zur Messung von Legitimität und Illegitimität

Legitimität bzw. Illegitimität kann empirisch durch Befragungen erhoben werden. Die Legitimität von Merkmalen der sozialen Umwelt eines Individuums ergibt sich aus ihrer Beurteilung durch den Befragten.

Aufgrund der Begriffsbestimmung in Abschnitt 1.1 kann Legitimität/Illegitimität unabhängig von den Gründen der Legitimitätszuschreibung bestimmt werden.

Im Rahmen der empirischen Analyse in Teil II wird - bedingt durch die makrosoziologische Ueberprüfung und durch die vorliegenden Daten - das Konzept der Legitimität/Illegitimität in zweierlei Hinsicht unpräzis operationalisiert (vgl. Abschnitt 7.7.1).

Erstens wird von politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung gesprochen, obwohl sich die entsprechenden Aussagen einerseits auf die Beurteilung der Regierung, andererseits auf die Einkommensverteilung beziehen.

Zweitens werden für die Befragten eines Kontextes Legitimitäts- bzw. Illegitimitätsdurchschnitte gebildet, welche dem jeweiligen Kontext zugeordnet werden.

2. Politische Aktivität

Legitimität bzw. Illegitimität charakterisiert die Beurteilung einer Gesellschaft und ihres politischen Systems durch den Bürger. Es handelt sich also um eine Einstellungsdimension. Demgegenüber bezieht sich das Konzept der politischen Aktivität auf das Verhalten des Bürgers.

Unter einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive ist politische Aktivität deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie manifest ist. Das heisst, sie ist für die Öffentlichkeit in irgendeiner Form sichtbar, während dies für Legitimität bzw. Illegitimität nur ausnahmsweise der Fall ist.

2.1 Begriffsklärung: Politische Aktivität versus politische Partizipation

Unter politischer Aktivität verstehen wir Versuche von Gruppen oder Einzelnen, Entscheidungen zu beeinflussen, die über die Betreffenden hinaus relevant sind. Eingeschlossen sind auch Reaktionen auf Einwirkungen von aussen auf den Lebensbereich einer Gruppe oder einer Person.

Diese Definition grenzt sich zunächst ab vom Begriff der politischen Partizipation (1). Dieser enthält im allgemeinen zwei Elemente, von denen wir uns mit dem Begriff der politischen Aktivität absetzen:

1. Politische Partizipation beschränkt oder konzentriert sich zumindest auf institutionalisierte politische Aktivität. Bei Verba, Nie, Kim (1978:1) beispielsweise ist eine explizite Beschränkung auf "legale" Aktionen festzustellen. Parallel dazu findet eine Beschränkung

(1) Beispielhaft seien an dieser Stelle drei Definitionen politischer Partizipation angeführt. Milbrath (1967) definiert sie als individuellen Akt, der das politische System in irgendeiner Weise zu beeinflussen versucht. Verba, Nie, Kim (1978:1) verstehen unter politischer Partizipation die legalen Akte von privaten Bürgern, die mehr oder weniger direkt die Auswahl der politischen Elite (governmental personnel) und/oder deren Handlungen zu beeinflussen trachten. Eckstein, Gurr (1975:305) schliesslich beziehen den Partizipationsbegriff auf das Ausmass und die Diversität von Versuchen Untergebener (Subs), die direkten Aktivitäten einer sozialen Einheit bezüglich des Verhaltens dieser Einheit, d.h. die Entscheidungsfindung und Entscheidimplementierung zu beeinflussen.

auf die Institutionen des politischen Systems als mögliche Adressaten politischer Aktivität statt. Eine Aktion, die sich beispielsweise an Unternehmer richtet, fällt somit nicht unter den Begriff der politischen Partizipation.

2. Implizit oder explizit enthält der Begriff der politischen Partizipation die Vorstellung, dass die Einflussversuche erfolgreich sind oder allenfalls in legitimer Weise behandelt werden. Dem Begriff der politischen Partizipation liegt also die Vorstellung eines offenen politischen Systems zugrunde.

Die Beschränkungen und ideologischen Korrelate des Partizipationsbegriffs legen es nahe, ihn durch jenen der politischen Aktivität zu ersetzen (vgl. auch Villadsen, 1980:5; Levy, Zwicky, 1980:465; sowie den Begriff der politischen Aktion bei Barnes, Kaase, 1979).

Die oben eingeführte Definition politischer Aktivität ist äusserst weit und schliesst - im Unterschied zu den meisten Partizipationsdefinitionen - auch Aktivitäten der politischen Elite mit ein; Verhalten also, das sich im Rahmen professioneller Rollen vollzieht. Ebenso werden informelle Aktivitäten von Bürgern wie politische Diskussionen im Freundeskreis oder das Schreiben von Briefen an Politiker in die Definition mit eingeschlossen. Dagegen stellt das Moment der Aktivität eine unabdingbare Voraussetzung politischer Aktivität dar: Politisches Interesse oder ein hoher politischer Informiertheitsgrad sind noch keine politische Aktivität.

Einen Grenzfall politischer Aktivität bilden Selbsthilfegruppen, da ihre Aktivität auf die Gruppe selber und nicht auf einen weiteren sozialen Bereich ausgerichtet ist. Im Normalfall sind solche Aktivitäten aber aus zwei Gründen trotzdem als politisch zu betrachten:

1. Die Gruppe steht in einer sozialen Umwelt, ihre Aktivität stellt eine Auseinandersetzung mit sie umgebenden Verhaltenserwartungen dar.
2. Selbsthilfeaktionen werden im Normalfall öffentlich und beeinflussen so eine weitere Umgebung.

Nur wenn eine Selbsthilfeaktion sich in einem nicht-normierten Feld abspielt und nicht öffentlich wird, fällt sie also nicht unter unsere Definition politischer Aktivität.

Die folgenden empirischen Analysen beziehen sich auf die politische Aktivität von Bürgern (1), d.h. von Personen und Personengruppen, die nicht der politischen Elite zuzurechnen sind, bzw. deren Aktivität nicht den mit einer Eliteposition verbundenen Verhaltensnormen entspricht. Wir unterscheiden also grob zwischen Aktivität der politischen Elite und jener der politischen Basis (Bürger).

2.2 Typen politischer Aktivität von Bürgern

In diesem Abschnitt sollen einige wichtige Typen politischer Basisaktivität einander gegenübergestellt werden. Was den konventionellen Bereich politischer Aktivität betrifft, können wir uns dabei auf empirische Arbeiten abstützen (vgl. vor allem Verba, Nie, Kim, 1978), während wir im unkonventionellen Bereich auf induktive Typisierungen angewiesen sind. Wir betrachten zunächst konventionelle politische Aktivität, wenden uns dann unkonventionellen Aktionsformen zu und betrachten schliesslich politische Aktivität, die für das politische System der Schweiz typisch ist.

Nach Verba, Nie, Kim (1978:318) lassen sich im konventionellen Bereich vier Aktivitätstypen unterscheiden: Kampagnenaktivität, Wahlbeteiligung, Gemeindeaktivität und personalisierte Kontakte. Diese vier Typen ergeben sich aufgrund einer Faktorenanalyse von 15 einzelnen Aktivitätsformen. Das Typisierungskriterium ist ein mikrosoziologisches: Je häufiger die befragten Individuen zwei Aktivitätsarten gleichzeitig ausführen, desto eher gehören diese dem gleichen Aktivitätstyp an (2).

-
- (1) Meiner Ansicht nach ist es nicht sinnvoll, die vertikale Lokalisierung der Aktiven bereits in der Aktivitäts- bzw. Partizipationsdefinition festzulegen. Dies wird von Eckstein, Gurr explizit (vgl. Anmerkung 1, S.15), von Verba, Nie, Kim (ebendort) implizit getan, indem die Möglichkeit zur Partizipation auf Personen ausserhalb des politischen Systems (Bürger) eingeschränkt wird.
 - (2) Von dieser Typenbetrachtung ist die stärker theoretisch ausgerichtete Diskussion verschiedener Aktivitätsdimensionen in Abschnitt 2.3 zu unterscheiden.

Die genannten vier - voneinander relativ unabhängigen - Typen konventioneller politischer Basisaktivität ergeben sich in zahlreichen Ländern, welche entweder von Verba, Nie, Kim selber oder aber von anderen Autoren untersucht wurden (vgl. Verba, Nie, Kim 1978:331 ff). Die Beziehungen zwischen diesen Typen politischer Aktivität zeigen beispielsweise für Norwegen (Verba, Nie, Kim 1978:334), dass vor allem Kampagnenaktivität und Gemeineaktivität miteinander positiv korrelieren, während die Beziehungen zwischen den übrigen Typen deutlich schwächer sind. Dies führt Verba, Nie, Kim (1978:52) zum Schluss, dass politische Aktivität - sogar im konventionellen Bereich - ein mehrdimensionales Phänomen ist, dass sie sich also nicht auf eine einzige, grundlegende Aktivitätsdimension reduzieren lässt. Insofern stehen diese Autoren im Widerspruch zum Grossteil traditioneller Arbeiten zur politischen Partizipation (1).

Im Bereich unkonventioneller Aktivität sind ähnlich differenzierte empirische Analysen nicht vorhanden. Dies gilt auch für die Arbeit von Barnes, Kaase (1979). Barnes, Kaase (1979:151) vermögen lediglich zu zeigen, dass sich konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Aktivität nicht gegenseitig ausschliessen, sondern - angezeigt durch eine positive Korrelation - beide Ausdruck einer "modernen politischen Versiertheit" sind.

Aus einer kanadischen Untersuchung (Welch, 1975:577) ergeben sich differenziertere Hinweise auf die Beziehungen zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Aktivität. Unkonventionelle politische Aktivität korreliert mit Kampagnenaktivität deutlich, mit kommunaler Aktivität etwas schwächer positiv. Dagegen ergibt sich zur Wahlbeteiligung eine tendenziell negative Beziehung.

Für eine Typisierung unkonventioneller politischer Aktivität ist man vorläufig noch auf induktive Typologien angewiesen. Dabei werden die beiden zentralen Typen meiner Ansicht nach durch Demonstrationen und symbolische Aktionen einerseits, durch

(1) Im Gegensatz zu diesen traditionellen Arbeiten (wie Milbrath, 1965; Lane, 1959) ist aber die Konzeption von Verba, Nie, Kim (1978) empirisch abgestützt.

direkte Aktionen andererseits gebildet. Der erste Typ ist dadurch bestimmt, dass er in grundlegender Weise auf Öffentlichkeit ausgerichtet ist. Im zweiten Fall werden angesprochene Personen oder Gruppen direkt beeinflusst. Anschläge oder Häuserbesetzungen gehören diesem zweiten unkonventionellen Aktivitätstyp an.

Eine plausible Unterscheidung wäre auch jene zwischen gewaltsamen und nicht-gewaltsamen Formen. Die Gewaltsamkeit erscheint aber deshalb von geringerer Bedeutung, weil sie - wie etwa Tilly (1978:177) feststellt - primär durch die Reaktion auf politische Aktivität bestimmt wird.

Wenden wir uns nun abschliessend direkt-demokratischen Formen politischer Aktivität zu, welche zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Aktivität zu lokalisieren sind. Dieser "mittlere" Bereich politischer Aktivität wird in der internationalen Literatur im allgemeinen nicht ausgeschieden; wohl vor allem deshalb, weil im Ausland nicht im gleichen Masse Möglichkeiten direkter Einflussnahme auf politische Entscheidungen vorhanden sind. Den einzigen "internationalen" Typ dieser Kategorie stellen Petitionen dar. Petitionen weisen aber im Vergleich zu den übrigen Formen die geringste Verbindlichkeit auf (vgl. auch Abschnitt 2.3, Tabelle 2). Abstimmungsbeteiligung und vor allem Initiativen und fakultative Referenden sind - zumindest auf nationaler Ebene - spezifisch schweizerische Formen politischer Aktivität (1).

Tabelle 1 enthält eine Zusammenstellung der diskutierten Typen politischer Basisaktivität, welche drei Oberkategorien zugeordnet werden können: Konventionelle, direkt-demokratische und unkonventionelle politische Aktivität.

-
- (1) Landsgemeinden oder Gemeindeversammlungen als Urformen direkter Demokratie enthalten die Möglichkeit zu verschiedenen direkt-demokratischen Formen politischer Aktivität. Neben Wahlen und Abstimmungen besteht auch die Möglichkeit von Initiativen (Anträgen) oder fakultativen Referenden. Die zeitliche und örtliche Trennung dieser Aktivitätsformen bei der Abschaffung von Landsgemeinden oder Gemeindeversammlungen entspricht mithin einer Differenzierung der direkten Demokratie.

Tabelle 1: Typen politischer Basisaktivität

Kontentionelle Aktivität	Direkt-demokratische Aktivität	Unkonventionelle Aktivität
- Kampagnenaktivität - Wahlbeteiligung - Gemeindeaktivität - personalisierte Kontakte	- Abstimmungsbeteiligung - Petitionen - Initiativen - Referenden	- Demonstrationen, symbolische Aktionen - Direkte Aktion (Besetzungen, Anschläge)

Für die weiteren Ueberlegungen und vor allem für die empirischen Analysen soll ein zusätzlicher Begriff eingeführt werden, nämlich jener der Aktivierungsereignisse (vgl. Kriesi et.al. 1981). Unter Aktivierungsereignissen verstehen wir direkt-demokratische Aktivitäten ohne Abstimmungsbeteiligung, sowie sämtliche unkonventionellen Aktionsformen.

2.3 Dimensionen politischer Basisaktivität

Die in Abschnitt 2.2 erarbeitete Typisierung politischer Basisaktivität repräsentiert einen vortheoretischen Erkenntnisstand. Die Typen sind faktoranalytisch (d.h. theorielos) oder aufgrund induktiver Plausibilitätsüberlegungen gewonnen worden. In diesem Abschnitt soll demgegenüber versucht werden, einen Beitrag zur Dimensionierung des Bereichs politischer Aktivität zu leisten. Erst eine Dimensionierung ermöglicht eine Bestimmung der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung politischer Aktivität. Es werden somit Dimensionen zur makrosoziologischen Charakterisierung politischer Aktivität gesucht.

Versuche zur Dimensionierung politischer Aktivität sind selten. Ich werde mich primär auf Verba, Nie, Kim (1978:310 ff) beziehen, die sich allerdings - wie bereits mehrfach erwähnt - auf konventionelle politische Aktivität beschränken. Im weiteren gehe ich aus von einem ersten eigenen Versuch zur Dimensionierung politischer Aktivität, in dem demgegenüber die am stärksten konventionellen Typen nicht berücksichtigt sind (vgl. Levy, Zwicky 1980:466).

Die verschiedenen Formen politischer Aktivität des Bürgers werden im folgenden aufgrund von sieben theoretischen Dimensionen charakterisiert. In Tabelle 2 sind diese Dimensionen zusammengestellt und in dualer Form auf die in Abschnitt 2.2 unterschiedenen Aktivitätstypen spezifiziert.

Ein Problem der Einstufung der verschiedenen Aktivitätstypen auf den theoretischen Dimensionen besteht darin, dass sie teilweise für verschiedene Teilnahmeintensitäten am gleichen Aktivitätstyp nicht einheitlich ausfällt. Allerdings stellt sich dieses Problem nur in einzelnen Fällen, wofür drei Gründe anzuführen sind:

1. Einzelne theoretische Dimensionen beziehen sich auf die Wirkung einer bestimmten Aktivität und sind daher unabhängig von der Teilnahmeintensität der Individuen.
2. Für bestimmte - vor allem konventionelle - Aktivitätstypen werden die intensiveren Tätigkeiten (z.B. die Organisation von Wahlen oder Abstimmungen) im Rahmen institutionalisierter Rollen ausgeführt, wodurch sie gemäss Definition in Abschnitt 2.1 nicht als Bürgeraktivitäten betrachtet werden.
3. Für andere Aktivitätstypen ergeben sich für unterschiedliche Teilnahmeintensitäten keine Unterschiede bezüglich der relativ groben Einstufung auf den theoretischen Dimensionen.

Weil die Einstufung eines Aktivitätstyps je nach Teilnahmeintensität nur selten differiert, wird diese Unterscheidung - sowohl in Tabelle 2 als auch im Text - nur dann gemacht, wenn sie zu einem unterschiedlichen Ergebnis führt.

Die ersten vier Dimensionen in Tabelle 2 lassen sich sehr direkt aus Verba, Nie, Kim (1978) herleiten.

Unter Verbindlichkeit verstehen wir das Ausmass, in dem eine politische Aktivität das politische System zur Befolgung artikulierter Anliegen oder zumindest zu Reaktionen verpflichtet. Wahlen und Abstimmungen, aber auch Initiativen stellen paradigmatische Formen verbindlicher politischer Aktivität dar.

Die Dimension der Explizitheit (Subdimension der Informationsvermittlung bei Verba, Nie, Kim, 1978) kennzeichnet die inhaltliche Eindeutigkeit einer Aktivitätsform: Je klarer aus einer Aktivität ein bestimmtes Anliegen hervorgeht, desto expliziter ist sie (vgl. auch Schaffhauser 1978: 194). Während also beispielsweise Wahlergebnisse nur eine geringe Explizitheit aufweisen, geht aus Initiativen oder Petitionen ein explizites Anliegen hervor. Die Dimension der Explizitheit ist insofern mit der oben genannten Verbindlichkeitsdimension verknüpft, als die Intentionen der Aktiven bei expliziten Aktivitätsdimensionen weniger uminterpretiert werden können; die Manipulierbarkeit expliziter politischer Aktivität ist geringer.

Eine dritte Dimension misst das Ausmass der für eine Aktivitätsform erforderlichen Kooperation (vgl. Verba, Nie, Kim 1978:312). Diese ist bei Wahlen, Abstimmungen und Kontakten am geringsten.

Tabelle 2: Dimensionen politischer Aktivität und ihre Ausprägung für einzelne Aktivitätstypen

Aktivitätstypen	Aktivitätsdimensionen						
	Verbindlichkeit	Explizitheit	Kooperation	Engagement	Selbstbestimmung	Oeffentlichkeitsbezug	Akklamationsfunktion
Kampagnenaktivität	.	-	+	+	-	-	+
Wahlbeteiligung	+	-	-	-	-	-	+
Gemeindeaktivität	-	.	+	+	.	-	.
Personalisierte Kontakte	-	+	-	+	+	-	.
Abstimmungsbeteiligung	+	.	-	-	-	-	+
Petition	-	+	+/- 1)	+/- 1)	+	-	.
Initiative	+	+	+/- 1)	+/- 1)	+	-	.
Referendum	+	.	+/- 1)	+/- 1)	-	-	.
Demonstrationen	-	.	+	+	+	+	-
Direkte Aktionen	.	.	+	+	+	-	-

- + Positive Ausprägung
 - Negative Ausprägung
 . Keine eindeutige Zuordnung möglich
- 1) Differenzierung nach Organisatoren
 und Unterschreibenden notwendig

Bei Petitionen oder Initiativen ist die Kooperationsnotwendigkeit für die Mehrzahl der Unterschreibenden ebenso gering, nicht aber für die Organisatoren.

Der Kooperationsgrad variiert bei Petitionen, Initiativen und Referenden also nach der Teilnahmeintensität. Bei konventionelleren Typen wie Wahl- oder Abstimmungsbeteiligung entfällt diese Unterscheidung, weil die Organisatoren dieser Aktivitäten im Rahmen institutionalisierter Rollen handeln und daher nicht als Bürger (im Sinne von politischer Basis) bezeichnet werden können (vgl. Abschnitt 2.1). Bei unkonventionelleren Formen wie beispielsweise Demonstrationen ist die Kooperation sowohl bei Organisatoren als auch bei "normalen" Teilnehmern relativ gross.

Die letzte mit Verba, Nie, Kim (1978) übereinstimmende Dimension betrifft das für eine Aktivität erforderliche Engagement im Sinne von Zeitaufwand und Intensität. Demonstrationen beispielsweise setzen ein grösseres Engagement voraus als die Beteiligung an einer Wahl oder einer Abstimmung. Auch hier ergibt sich für Petitionen, Initiativen und Referenden eine Differenzierung in Organisatoren und Unterschreibende.

Verba, Nie, Kim (1978:310) führen neben den genannten zwei weitere Aktivitätsdimensionen auf (Breite und Konflikthaftigkeit des Ziels der Aktiven), welche sich auf das Thema der Aktivität beziehen und deshalb meiner Ansicht nach konzeptionell von den Formdimensionen getrennt werden müssen. Dagegen scheint mir die Einführung dreier zusätzlicher Dimensionen sinnvoll - vor allem deshalb, weil wir ja auch direkt-demokratische und unkonventionelle Aktivitätstypen berücksichtigen.

Zunächst ist der Grad der Selbstbestimmung durch die Aktiven zu nennen, eine Dimension, welche sich einerseits auf die zeitliche und räumliche Festsetzung der Aktivität, andererseits auf die Formulierung des Anliegens bezieht. Demonstrationen beispielsweise werden sowohl bezüglich des Zeitpunktes, des Ortes als auch der Formulierung des Anliegens durch die Aktiven bestimmt. Demgegenüber werden bei Abstimmungen Zeitpunkt und Formulierung des Themas durch die politische Elite bestimmt, der Ort ist institutionell festgelegt.

Die Dimension Oeffentlichkeitsbezug diskriminiert primär zwischen Demonstrationen und den übrigen Aktivitätstypen. In Demonstrationen, symbolischen Aktionen und ähnlichen Aktivitäten kommt der Oeffentlichkeit eine zentrale Rolle zu, ihre Wirkung beruht ausschliesslich darauf (1).

Schliesslich bleibt noch die Akklamationsfunktion einer politischen Aktivitätsform zu erwähnen, das Ausmass, in dem sie - unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung - rein durch die Benutzung eines bestimmten "Aktivitätskanals" bestehende Institutionen legitimiert. Besonders deutlich kommt die Akklamationsfunktion beispielsweise der Abstimmungsteilnahme in der öffentlichen Besorgnis über den Rückgang der Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz zum Ausdruck (vgl. dazu Levy, Zwicky 1980:463 ff). Im Gegensatz dazu stellen Demonstrationen oder direkte Aktionen die Legitimität der politischen Institutionen schon dadurch in Frage, dass sie diese nicht benutzen. Initiativen und Referenden dürften als Grenzfälle betrachtet werden, da sie zwar institutionell vorgesehen sind, aber andererseits ein "Ungenügen" der politischen Elite signalisieren, die ein Eingreifen der Bürger nötig macht.

Abschliessend soll beispielhaft eine Anwendungsmöglichkeit der vorgestellten Dimensionierung politischer Aktivität illustriert werden. Wir fragen nach Verschiebungen in der Art politischer Aktivität in der Schweiz um 1968. Dabei gehen wir von folgenden Fakten aus:

1. Zwischen 1967 und 1971 ging die Stimmbeteiligung bei den Nationalratswahlen von 65,7 % auf 56,9 % zurück.
2. Gleichzeitig war von 1967 zu 1968 eine starke Zunahme von sogenannten Aktivierungsereignissen (Definition siehe Abschnitt 2.2) zu verzeichnen (vgl. Kriesi et.al. 1981:4).

(1) Oeffentlichkeit ist zweifellos in bestimmten Fällen auch bei anderen Aktivitätstypen von Bedeutung; diese basieren aber nicht ausschliesslich auf der Publikmachung.

3. Innerhalb der Aktivierungsereignisse nahm der Anteil der Demonstrationen und der direkten Aktionen zwischen 1960 - 67 und 1968 - 74 zu, jener von Initiativen, Referenden und Petitionen ab (1).

Diese Verschiebungen lassen bezüglich einzelner Dimensionen politischer Aktivität folgende Schlüsse zu:

1. Die Aktivität verlagert sich von verbindlicheren auf unverbindlichere Formen.
2. Die politische Aktivität wird kooperativer.
3. Das Engagement der Bürger wird grösser.
4. Aktivitätsformen mit einer Akklamationsfunktion verlieren an Bedeutung.

Weniger einheitlich lassen sich auch Trends in Richtung grösserer Selbstbestimmung und eines stärkeren Oeffentlichkeitsbezugs feststellen, während sich in der betrachteten Periode keine Verschiebung der Explizitheit der politischen Aktivität vollzogen zu haben scheint.

(1) Vergleiche Kriesi et.al (1981:457). Die entsprechenden Anteile lauten:

- Direkte Aktionen: Von 4,1 zu 11,8 % der Aktivierungsereignisse.
- Demonstrationen: Von 14,5 zu 17,1 %.
- Initiativen: Von 19 zu 16 %.
- Referenden: Von 10 zu 7 %.
- Petitionen: Von 23,6 zu 19,5 %.

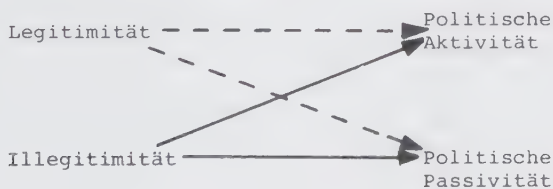
3. Illegitimität und politische Aktivität

Der Zusammenhang zwischen Illegitimität und politischer Aktivität stellt ein zentrales Thema dieser Arbeit dar. Dabei geht es um die Frage, ob Illegitimität in Form von politischer Aktivität artikuliert wird, oder ob sie latent bleibt.

Unter der Perspektive gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung, sowie unter der Randbedingung relativ grosser Gesamtstabilität, sind die Verhaltensfolgen von Illegitimität von grösserer Bedeutung als jene von Legitimität. Denn Illegitimität der Bürger muss, um eine gesellschaftliche Destabilisierung zu erreichen, artikuliert werden. Demgegenüber kann das mit Legitimitätswahrnehmung verbundene Interesse an gesellschaftlicher Stabilität auch durch Nicht-Aktivität des Bürgers erreicht werden: Die institutionalisierte Reproduktion der Gesellschaft vollzieht sich dann quasi automatisch, d.h. unbeeinflusst von der politischen Basis (1).

Figur 1 verdeutlicht das spezifische Interesse an den Verhaltenskonsequenzen von Illegitimität in diesem Kapitel.

Figur 1 : Fokussierung der theoretischen Fragestellung auf die Verhaltenskonsequenzen von Illegitimität



Legende : ————> Dominantes Interesse
- - -> Sekundäres Interesse

- (1) Eine ausführliche Begründung der dominanten Bedeutung der Verarbeitung von Illegitimität (gegenüber jener von Legitimität) hat zweifelsohne die durch relativ grosse Gesamtstabilität gekennzeichnete Situation westeuropäischer Industrienationen zu berücksichtigen. Sie müsste daneben auch auf einzelne Artikulationsformen spezifiziert werden.

Es geht im folgenden zunächst um die gesellschaftliche Bedeutung des Zusammenhangs Illegitimität/Politische Aktivität (Abschnitt 3.1). In Abschnitt 3.2 werden hierzu einige empirische Hinweise aus der Literatur referiert, in Abschnitt 3.3 schliesslich geht es um den Einfluss politischer Institutionen auf den Zusammenhang zwischen Illegitimität und politischer Aktivität.

3.1 Gesamtgesellschaftliche Bedeutung

Wie einleitend erwähnt, interessieren wir uns primär für die Frage, inwieweit Illegitimität mittels politischer Aktivität artikuliert wird. Wenn eine Artikulation von Illegitimität stattfindet, wird ein Destabilisierungspotential manifest, d.h. für die Öffentlichkeit und/oder angesprochene Gruppen sichtbar. Wird Illegitimität dagegen nicht artikuliert, bleibt dieses Destabilisierungspotential latent und geht nicht in politische Prozesse ein. Latente Illegitimitätswahrnehmung weist auf einen Stabilisierungsmechanismus hin, der darin besteht, dass Illegitimität nicht artikuliert, d.h. nicht in politische Aktivität umgesetzt wird.

Mit dieser Konzeption der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ist die Vorstellung verbunden, dass Illegitimität mittels der in Kapitel 2 beschriebenen Formen politischer Aktivität gesamtgesellschaftlich am wirksamsten artikuliert werden kann. Im Gegensatz zu funktionalistischen Ansätzen wird dabei aber nicht nur konventionelle politische Aktivität als mögliche und wirksame Form der politischen Artikulation angesehen, sondern auch unkonventionelle politische Aktivität. Unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen sind hierzu auch Aufstände und Revolutionen zu rechnen: Formen, deren empirische Bedeutung im Kontext Schweiz aber vernachlässigt werden kann.

Alternative Formen der Artikulation von Illegitimität wie Kriminalität oder passiver Widerstand werden insofern als stabilisierend betrachtet als sie politisch wirksame Aktivität substituieren. Sie können die Folge einer Schliessung des politischen Systems sein. Es sind also gesellschaftliche Situationen vorstellbar, in denen Illegitimität mit keiner der in Kapitel 2

beschriebenen Formen politischer Aktivität artikuliert werden kann, weil einerseits keine institutionalisierten politischen Artikulationskanäle vorhanden sind, andererseits repressive Massnahmen nicht-institutionalisierte Artikulationen (z.B. Demonstrationen) verhindern.

Aber auch bei einem offenen politischen System, das eine politische Artikulation von Illegitimität zulässt, sind Stabilisierungsmechanismen denkbar, die bewirken, dass diese politischen Artikulationsmöglichkeiten nicht benutzt werden (vgl. Abschnitt 5.6, wo einige solcher Mechanismen im Detail beschrieben werden). Anstelle der politischen Aktivität treten dann anomische Verhaltensformen wie die Kriminalität oder aber gar keine beobachtbaren Verhaltenskonsequenzen auf: Die gesellschaftliche Unzufriedenheit wird zum psychischen Problem (1).

Gemeinsames Merkmal aller dieser Substitute politischer Aktivität (bezüglich der Artikulation von Illegitimität) ist die vergleichsweise geringere Bedrohung, die sie für die gesamtgesellschaftliche Stabilität darstellen. Das soll für kriminelles Verhalten und für passiven Widerstand beispielhaft aufgezeigt werden.

Eine Illegitimitätsäusserung mittels Kriminalität wirkt in zweierlei Hinsicht stabilisierend. Erstens wird diese Artikulationsform nicht als politisch definiert und hat daher - auch in offenen politischen Systemen - keine politischen Konsequenzen im Sinne einer Destabilisierung. Zweitens wirkt sie insofern stabilisierend als sie als ungerechtfertigte Abweichung zur Rechtfertigung der bestehenden Ordnung beiträgt (vgl. Abschnitt 5.4 sowie beispielsweise Benson 1979) (2). Kriminalität kann

-
- (1) Psychische Störungen als Substitute für eine aktive (politische) Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen wurden vor allem auf individueller Ebene untersucht: Bei Unterprivilegierten fehlen häufig die Ressourcen zur Artikulation von Unzufriedenheit mittels politischer Aktivität (vgl. beispielsweise Hollingshead, Redlich 1958 oder Nijhof 1981).
 - (2) Einschränkend muss darauf hingewiesen werden, dass Kriminalität häufig nicht mit gesellschaftlicher oder politischer Illegitimität einhergeht, sondern vielmehr durch ein Akzeptieren der gesellschaftlichen Werte (im Gegensatz zu den Normen) gekennzeichnet ist (vgl. Merton 1974).

somit - soweit sie Illegitimität zum Ausdruck bringt - als Preis für eine erfolgreiche Stabilisierung im Sinne einer Verhinderung politischer Aktivität gesehen werden (zur Perspektive von Kriminalität als Kosten von Stabilität bzw. von Ungleichheit vgl. Blau, Blau 1981).

Passiver Widerstand als Artikulationsform von Illegitimität tritt vor allem bei einer Blockierung der Möglichkeit politischer Aktivität auf, beispielsweise bei Repressionsgefahr gegen politisch Aktive. Diese Artikulations- bzw. Nicht-Artikulationsform entspricht in verschiedener Hinsicht bestimmten unkonventionellen Formen politischer Aktivität. Beispielsweise beinhalten politische Streiks ebenso wie passiver Widerstand ein Element der Verweigerung. Beide Formen können nur insofern als Aktivität bezeichnet werden als sie einen "aktiven" Normenbruch beinhalten (vgl. Abschnitt 2.1). Illegitimität, die sich als passiver Widerstand äussert, wirkt meiner Ansicht nach in geringerem Masse destabilisierend als Illegitimität, die sich mittels der in Kapitel 2 besprochenen Formen politischer Aktivität artikulieren würde. Einerseits muss sie weitgehend Oeffentlichkeit vermeiden, da sie sonst repressiven Massnahmen zugänglich wird. Damit verbunden weist sie eine sehr geringe Explizitheit auf, d.h. diese Art von Artikulation kann leicht uminterpretiert werden. Beispielsweise kann durch Illegitimität motivierter passiver Widerstand als "Faulheit des Volkes" angesehen werden. Und schliesslich kann diese Artikulationsform nur reaktiv und in ganz spezifischen Bereichen eingesetzt werden; dort nämlich, wo die Herrschenden zur Erreichung zentraler Ziele auf das Volk angewiesen sind.

Demgegenüber kann passiver Widerstand qua Beeinträchtigung der Erreichung wichtiger gesellschaftlicher Ziele (z.B. des wirtschaftlichen Wohlstandes) eine Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität darstellen. Dieser stabilitätsbedrohende Effekt ist aber als indirekt zu bezeichnen, da er nicht durch die Artikulation selber zustande kommt, sondern über dritte Grössen ver-

mittelt wird (1).

Sowohl Kriminalität als auch passiver Widerstand stellen somit Artikulationsformen dar, die als Substitute von politischer Aktivität stabilisierend wirken. Sie können aber Auswirkungen auf dritte Grössen haben, die ihrerseits die Stabilität der Gesellschaft bedrohen. Eine effektive Destabilisierung vollzieht sich aber erst, wenn sich Illegitimität in politische Aktivität umsetzt.

Die Beziehung zwischen Illegitimität (oder auch Legitimität) und politischer Aktivität stellt ein wenig erforschtes Thema dar. Dies obwohl Interpretationen und Theorien häufig eine bestimmte Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität implizieren.

Diese Feststellung gilt auch für die schweizerische Diskussion der Partizipationskrise, auf die wir bereits mehrfach Bezug genommen haben. Wenn im Rahmen dieser Diskussion eine geringe Abstimmungsbeteiligung beispielsweise als Ausdruck von Zufriedenheit der Stimmabstinenten gedeutet wird, so impliziert das eine positive Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität: Falls diese Bürger nicht mehr zufrieden wären, würden sie sich stärker an Abstimmungen beteiligen.

Eine differenzierte empirische Analyse der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ist wohl häufig daran gescheitert, dass hierzu einerseits Einstellungsdaten (wie sie aus Umfragen hervorgehen) nötig sind, andererseits Informationen über das Verhalten. Das Verhalten von Personen kann zwar auch erfragt werden, die entsprechenden Informationen unterliegen dabei aber häufig einer Verzerrung (vgl. z.B. Liska 1974). Für eine unverzerrte Untersuchung der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität sind also unterschiedliche Datenquellen notwendig.

-
- (1) Passiver Widerstand mag zwar Bedingungen für eine Destabilisierung schaffen, eine solche vollzieht sich aber erst, wenn - aufgrund dieser Bedingungen - Illegitimität auch mittels politischer Aktivität artikuliert wird. Die effektive Destabilisierung ist somit analytisch nicht auf den passiven Widerstand, sondern auf die darauffolgende politische Aktivität zurückzuführen.

In einer neueren Arbeit von Wright (1976) wird die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ausführlich diskutiert. Dabei wird auf drei grundlegende Thesen zur Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität hingewiesen, die alle bedeutsame Vertreter haben.

Die Konsenstheorie geht von der Annahme aus, dass alle Bürger politisch aktiv sein könnten, dass viele es aber nicht sind, weil sie mit den Herrschenden zufrieden sind. Diese Argumentation, im speziellen von funktionalistischen Ansätzen vertreten, enthält auch die Vorstellung, dass zufriedene und deshalb nicht-aktive Bürger eine wesentliche Bedingung für eine funktionierende Demokratie sind. Der durch diesen Ansatz implizierte Zusammenhang zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ist positiv: Wenn immer Unzufriedenheit (Illegitimität) bei Bürgern entsteht, werden sie politisch aktiv.

Zweitens sind pluralistische Vorstellungen zu nennen, die davon ausgehen, dass zufriedene und unzufriedene Bürger in gleichem Masse politisch aktiv sind. Die politisch aktiven Bürger stellen somit ein adäquates Abbild der gesamten Bevölkerung dar. Für den Zusammenhang zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ergibt sich hieraus eine Nullbeziehung: Illegitimität führt weder zu mehr noch zu weniger politischer Aktivität.

Schliesslich kann die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität auch einer Entfremdungstheorie entsprechen. Diese Theorie geht davon aus, dass unzufriedene Bürger weniger aktiv sind als zufriedene. Der Zusammenhang zwischen Illegitimität wäre demgemäss negativ.

Wright (1976) selbst kommt in seiner Studie zum Schluss, dass die vorliegenden empirischen Untersuchungen der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität vorwiegend die Entfremdungsthese unterstützen:

"Of the many linkages asserted in political alienation theory, the only one that is clearly documented is that alienated participate less."

(Wright 1976:267)

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass Illegitimität häufig latent bleibt. Das hat zur Folge, dass die manifesten Anforderungen an das politische System und die Gesellschaft reduziert werden, wodurch die Stabilität des Gesamtsystems erhöht wird (vgl. ebenfalls Wright 1976:267).

Das von Wright (1976) referierte Ergebnis empirischer Analysen der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität bedarf verschiedener Einschränkungen. Einerseits stützen sich diese Resultate vorwiegend auf Befragungen. Die erfragte politische Aktivität könnte insofern einen Bias in Richtung dieses Ergebnisses enthalten, als Unzufriedene aus Konsistenzgründen Nicht-Aktivität angeben, obwohl sie in Wirklichkeit vielleicht an Wahlen teilgenommen haben. Eine zweite Einschränkung ist dahingehend zu machen, dass die untersuchten Formen politischer Aktivität vorwiegend konventionell sind. Es ist also durchaus denkbar, dass sich die negative Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität für unkonventionellere Aktivitätsformen nicht bestätigt. Drittens wird die Möglichkeit kurvilinearer Beziehung nicht diskutiert. Und schliesslich beziehen sich sowohl die theoretischen Ueberlegungen als auch die empirischen Hinweise bei Wright (1976) grösstenteils auf westliche Industrienationen und somit auf vergleichsweise stabile Gesellschaften.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird den beiden erstgenannten Einwänden Rechnung getragen. Politische Aktivität wird nicht aufgrund von Befragungen erhoben und es werden auch unkonventionelle Formen politischer Aktivität berücksichtigt. Dagegen wäre eine Berücksichtigung der beiden letztgenannten Probleme nur im Rahmen einer umfassenderen Analyse möglich, wie sie an dieser Stelle nicht geleistet werden kann.

3.2 Ergebnisse aus der Literatur

Zusätzlich zu den von Wright (1976) zusammengefassten empirischen Studien sollen in diesem Abschnitt weitere Hinweise auf die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität zusammengefasst werden. Dabei steht einerseits eine Mitberücksichtigung unkonventioneller Formen politischer Aktivität, andererseits ein Einbezug von schweizerischen Arbeiten im Vordergrund. Wir beschränken uns weiterhin auf die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität in westlichen Industrienationen, die eine relativ grosse Gesamtstabilität aufweisen.

Für die Schweiz kann hinsichtlich der Beziehung zwischen Illegitimität und Abstimmungsbeteiligung auf eine Erhebung von Motivationsstrukturen zur Stimmabstinenz von Neidhart, Hoby (1977) Bezug genommen werden.

Von den in dieser Studie untersuchten Abstinenzmotiven lassen sich zwei ziemlich eindeutig der Dimension der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung zuordnen. Es ist dies einerseits "politische Ohnmacht" als Annäherung an Illegitimität, andererseits "Vertrauen in die Behörden" als Äquivalent für Legitimität (vgl. Neidhart, Hoby 1977:63). Vergleicht man die relative Bedeutung dieser beiden Abstinenzmotive, erweist sich das erstgenannte als deutlich stärker besetzt (27 % vs. 13 % der Befragten). Dieses Ergebnis unterstützt also die Folgerung von Wright (1976) bezüglich ausländischer Untersuchungen: Die politische Aktivität scheint - zumindest bezüglich Abstimmungsteilnahme - geringer zu sein wenn die Illegitimität grösser ist.

In die entgegengesetzte Richtung gehen Ergebnisse aus einer Untersuchung politischer Aktivierungsereignisse in der Schweiz (Kriesi et.al. 1981). Tabelle 3 zeigt, dass diese stärker unkonventionellen Formen politischer Aktivität am häufigsten eine Veränderung des Status Quo anstreben und insofern Illegitimität zum Ausdruck bringen. Eine Erhaltung des Status Quo als Ausdruck von Legitimität wird sehr viel seltener gefordert.

Tabelle 3: Aktivierungsereignisse nach politischem Anliegen

Prozentwerte. Quelle: Kriesi et.al. 1981.

Anliegenkategorie	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen
Internationale Anliegen	12,8 %
Pro Status Quo	14,8 %
Anti Status Quo	47,9 %
Umweltschutz	19,7 %
Alltagsanliegen	4,7 %
Total	100,0 % (5215)

Somit ergibt sich für die Schweiz aus den verfügbaren empirischen Analysen die Vorstellung einer nach Art der politischen Aktivität differenzierten Beziehung zur Illegitimität. Abstimmungsbeteiligung als direkt-demokratische Aktivitätsform eher konventioneller Natur steht in einer negativen Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung, wogegen die eher unkonventionellen Aktivierungsereignisse vor allem Illegitimität zum Ausdruck bringen.

Die international vergleichende Studie von Barnes, Kaase (1979) enthält Hinweise darauf, ob dieses differenzierte Beziehungsmuster zwischen Illegitimität und politischer Aktivität auch für andere Länder gilt.

Allerdings entspricht die Operationalisierung von Illegitimität und politischer Aktivität in dieser Arbeit nicht den für die Schweiz erwähnten Untersuchungen. Anstelle der als konventionell eingestuften direkt-demokratischen Aktivitätsform "Abstimmungsbeteiligung" verwenden Barnes, Kaase (1979) eine Skala konventioneller politischer Aktivität, die verschiedene Aktivitätsformen von "politischen Diskussionen mit Freunden" bis zur "Teilnahme an Parteikampagnen" mit einschliesst (vgl. Barnes, Kaase 1979:84ff). In ihrer sogenannten Protest-Potential-Skala als Indikator für unkonventionelle politische Aktivität sind im

Gegensatz zu den für die Schweiz erwähnten Aktivierungsereignissen keine Initiativen oder fakultative Referenden enthalten. Der Vergleich zwischen Portest-Potential-Skala und Aktivierungsereignissen muss weiter dadurch relativiert werden, dass erstere eine Teilnahmebereitschaft von Individuen misst, letzteren dagegen stattgefundenere Ereignisse als Untersuchungseinheiten zugrunde liegen.

Trotz dieser Vergleichbarkeitsprobleme mit den schweizerischen Arbeiten sollen die Ergebnisse von Barnes, Kaase (1979) bezüglich der Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität an dieser Stelle zusammengefasst werden.

Insgesamt sind die Unterschiede zu den für die Schweiz referierten empirischen Hinweisen recht gross; wir können allerdings nicht ausschliessen, dass sie teilweise auf die erwähnten Unterschiede in der Operationalisierung der einzelnen Grössen zurückzuführen sind.

Konventionelle politische Aktivität zeigt sich bei Barnes, Kaase (1979:435) in zwei Ländern (USA, Grossbritannien) positiv mit Illegitimität korreliert, in den übrigen Ländern (Niederlande, Bundesrepublik Deutschland und Oesterreich) ergibt sich kein interpretierbarer Zusammenhang (1). Schliesst man Verzerrungseffekte aufgrund unterschiedlicher Operationalisierungen einmal aus, widerspricht die Beziehung zwischen Illegitimität und (konventioneller) politischer Aktivität in allen diesen Ländern der Entfremdungsthese und damit auch den empirischen Hinweisen für die Schweiz. Dies gilt besonders für die Vereinigten Staaten und für Grossbritannien, wo die Konsentstheorie empirische Unterstützung findet.

(1) Dieses und die folgenden Ergebnisse von Barnes, Kaase beziehen sich auf allgemeine (unspezifische), politische Illegitimität; im Unterschied einerseits zu problembezogener, andererseits zu gesellschaftlicher Illegitimität.

Für unkonventionelle politische Aktivität (Protest-Potential-Skala) ergibt sich in keinem der untersuchten Länder eine interpretierbare Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung (Barnes, Kaase 1979:439). Dieses Ergebnis steht wiederum im Widerspruch zur Schweiz, wo die referierten Ergebnisse auf eine positive Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität hindeuten (1).

Diese widersprüchlichen Ergebnisse zur Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität deuten - auch wenn sie aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden und Operationalisierungen nicht immer direkt vergleichbar sind - darauf hin, dass gesellschaftliche und politische Randbedingungen für die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität von entscheidender Bedeutung sind. Un diese gilt offensichtlich sogar für westliche Industrienationen, welche doch eine relativ grosse Homogenität aufweisen.

Die beschriebenen Unterschiede zwischen den Ländern können an dieser Stelle nicht umfassend diskutiert werden. Es soll lediglich eine Gruppe von Einflussfaktoren herausgegriffen werden, die auch für entsprechende Unterschiede innerhalb der Schweiz eine Rolle spielen könnte, nämlich Merkmale der politischen Institutionen.

3.3 Der Einfluss politischer Institutionen

Die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität verändert sich aufgrund der Ergebnisse in Abschnitt 3.2 sowohl zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität als auch zwischen verschiedenen Ländern.

(1) Wie die empirische Analyse in Teil II, Kapitel 9, zeigen wird, bestätigt sich die positive Beziehung zwischen Illegitimität und unkonventioneller politischer Aktivität aufgrund analoger Daten zu Barnes, Kaase (Individuen, Ausschluss direkt-demokratischer Aktivitätsformen). Es handelt sich hier also um einen Unterschied der Schweiz zu den übrigen westeuropäischen Ländern, der nicht auf die unterschiedliche Operationalisierung zurückzuführen ist.

Die Unterschiede zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität wurden dabei in Verbindung mit ihrer Konventionalität gebracht. Wie wir aus Abschnitt 2.3 wissen, kovariiert die Konventionalität von Aktivitätsformen mit verschiedenen anderen Dimensionen, die eher Hinweise auf Gründe der Veränderung der Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung geben können.

Die für die Schweiz festgestellte Veränderung der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität von konventionellen zu unkonventionellen Aktivitätsformen dürfte zunächst damit zusammenhängen, dass die Akklamationsfunktion unkonventioneller Aktivität geringer ist. Dagegen ist die Explizitheit grösser, d.h. bei unkonventioneller politischer Aktivität können die Intentionen der Aktiven weniger uminterpretiert werden.

Eine Verringerung der Akklamationsfunktion und eine grössere Explizitheit der politischen Artikulation dürften also dafür verantwortlich sein, dass sich Illegitimität eher in unkonventionellen Formen politischer Aktivität äussert.

Die Nicht-Bestätigung dieses Ergebnisses für die von Barnes, Kaase (1979) untersuchten Länder könnte auf eine zusätzliche Dimension politischer Aktivität zurückgeführt werden, nämlich auf deren Verbindlichkeit. Im allgemeinen weist eine Artikulation von Illegitimität mittels unkonventioneller Aktivitätsformen den Nachteil einer geringeren Verbindlichkeit auf. Die Vorteile geringerer Akklamation und grösserer Explizitheit unkonventioneller Aktivitätsformen für die Artikulation von Illegitimität würden somit durch den Nachteil geringerer Verbindlichkeit kompensiert.

In der Schweiz, wo direkt-demokratische Aktivitätsformen wie Initiativen oder fakultative Referenden existieren, welche gleichzeitig verbindlich, explizit und ohne Akklamationsbedeutung sind, kann sich die Artikulation von Illegitimität auf diese eher unkonventionellen Formen verlagern, ohne dass die Verbindlichkeit beeinträchtigt wird.

Das heisst, dass die Existenz direkt-demokratischer Institutionen in der Schweiz zur festgestellten Differenzierung der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität nach der Konventionalität der Aktivitätsform beiträgt.

Nach Barnes, Kaase (1979:436) wird die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität auch durch die Vertretung linker Parteien in der Regierung beeinflusst. Wo linke Parteien nicht in der Regierung vertreten sind (USA, Grossbritannien), widerspiegelt eine positive Beziehung zwischen Illegitimität die Mobilisierung der Anhänger linker Parteien. In den übrigen Ländern dagegen zeigt sich kein interpretierbarer Zusammenhang (vgl. Abschnitt 3.2).

Demgemäss würde die negative Beziehung zwischen Illegitimität und (unkonventioneller) politischer Aktivität in der Schweiz eine ausserordentlich starke Vertretung linker Parteien anzeigen. Da dies nicht der Fall ist, muss das Argument von Barnes, Kaase (1979) modifiziert werden: Der Einbezug linker Parteien (Sozialdemokraten) in die Konkordanzdemokratie verhindert in der Schweiz, dass Illegitimität in einer positiven Beziehung zu konventioneller politischer Aktivität steht.

Für den Zusammenhang zwischen Illegitimität und politischer Aktivität ist demzufolge nicht die reine Stärke linker Parteien, sondern ihre Integration in das Regierungssystem von Bedeutung. Eine solche Integration kann entweder aus einer Position der Stärke oder der Schwäche heraus geschehen. Im zweiten, für die Schweiz gültigen Fall wird die Linke im Rahmen des Konkordanzsystems integriert (vgl. auch Kriesi 1980).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die direkte Demokratie in der Schweiz die Artikulation von Illegitimität in relativ unkonventionellen Kanälen fördert; in Kanälen, die aber dennoch verbindlich sind (Initiativen, fakultative Referenden). Das Konkordanzprinzip seinerseits verhindert, dass Illegitimität überdurchschnittlich stark mittels konventioneller Formen politischer Aktivität artikuliert wird, indem es die Linke ins Regierungssystem integriert.

4. Legitimationsdiskussion

In den vorangehenden Kapiteln wurden die beiden grundlegenden Formen der Auseinandersetzung des Bürgers mit seiner sozialen Umwelt eingeführt, nämlich Legitimität versus Illegitimität einerseits, verschiedene Formen politischer Aktivität andererseits. Auch wurde die Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität diskutiert.

Im folgenden geht es nun um die Beeinflussung dieser Grössen. In diesem Kapitel werden einige Aspekte der Legitimationsdiskussion referiert, die sich primär mit den Bestimmungsgrössen von Legitimität bzw. Illegitimität auseinandersetzt. In Kapitel 5 wird ein analytischer Bezugsrahmen entwickelt, in den darüber hinaus auch politische Aktivität sowie ihre Auswirkungen auf sozialen Wandel einbezogen wird.

4.1 Begriffsbestimmung und Diskussionsstand

Der Begriff der Legitimation ist in unserem Gebrauch mit jenem der Legitimierung gleichzusetzen und bezeichnet einen sozialen Prozess der Legitimität herbeiführt. Eine Egalisierung der Einkommensverteilung beispielsweise stellt für eine Person, für die Gleichheit ein Legitimitätskriterium ist, eine Legitimation dar. Den umgekehrten Prozess einer Verringerung der Legitimität bzw. einer Erhöhung der Illegitimität bezeichnen wir als Entlegitimation oder Entlegitimierung.

In der Legitimationsdiskussion geht es somit um Einflussfaktoren auf Legitimität bzw. Illegitimität. Allerdings wird Legitimität in Verkürzung gesellschaftlicher Zusammenhänge manchmal auch mit Stabilität gleichgesetzt (zum Begriff der Stabilität vgl. Kapitel 5). Das heisst, dass die Umsetzung von Legitimität in Stabilität bzw. von Illegitimität in sozialen Wandel nicht hinterfragt wird.

Der aktuelle Stand der Legitimationsdiskussion ist durch verschiedene Sammelbände gut dokumentiert (Denitch 1979, Ebbighausen 1976, Fach, Degen 1978, Kielmansegg 1976, Vidich, Glassmann 1979). Breiten Raum nehmen in dieser Diskussion konzeptio-

nelle Fragen ein, welche kontrovers sind. Dagegen besteht über inhaltliche Aussagen hinsichtlich Legitimität erzeugender Faktoren sehr viel grössere Einigkeit.

Die legitimisationstheoretische Auseinandersetzung ist auf zwei Dimensionen in relativ isolierte Bereiche getrennt. Einerseits ist die deutschsprachige Diskussion jener im angelsächsischen Sprachraum gegenüberzustellen. Andererseits findet eine Trennung in makro- und in mikrosoziologische Konzepte statt. Alle vier Teilbereiche der Diskussion gehen aus vom Legitimationskonzept Max Webers.

4.2 Die Auseinandersetzung mit dem Legitimationskonzept von Max Weber

Die Tatsache, dass sich alle neueren Legitimationstheoretischen Beiträge implizit oder explizit auf Max Weber beziehen, deutet einerseits die Wichtigkeit seines Beitrags, andererseits aber auch Unklarheiten und Inkonsistenzen in seinen Vorstellungen zum Problemkreis "Legitimität/Legitimation" an. So identifiziert beispielsweise Bensman (1979) fünf unterschiedliche Konzepte von Legitimität, welche auch unterschiedliche Vorstellungen über Legitimitätsgründe (Legitimation) implizieren. Zu einem ähnlichen Schluss kommt Speer (1978:89) (1).

Abgesehen von diesen Inkonsistenzen hat Weber (1964) in konzeptioneller Hinsicht zwei wichtige Beiträge geleistet. Einerseits hat er in Auseinandersetzung mit staatsrechtlichen Konzepten eine Subjektivierung des Legitimitätsbegriffs vorgenommen. Das heisst, dass Legitimität nicht mehr an objektiv gültige Prinzipien, sondern an subjektive Wertvorstellungen von Individuen gebunden wird (vgl. Stallberg 1975:25). Zweitens demonstriert Weber (1964), dass gesellschaftliche Legitimation nicht ein isoliertes Phänomen darstellt, sondern auf dem Hintergrund von

(1) Speer (1978:89) schreibt: "Das eine Mal bedeutet Legitimitätsgeltung reflektierte Orientierung an der Verbindlichkeit einer Ordnung: Normative Geltung. Das andere Mal bedeutet sie mehr oder weniger unreflektierte Hin-nahme einer Ordnung: Effektive Geltung."

Herrschaft und Machtunterschieden zu sehen ist (1).

Die inhaltlichen Aussagen von Weber (1964) zu den Bestimmungsgründen von Legitimität sind in Form von Typologien formuliert und leiten sich ab aus seinen vier Typen von Handlungsorientierung. Es sind dies affektuelle, traditionale, wert- und zweckrationale Handlungsorientierung (vgl. Weights 1978:61 ff). Die bekannteste Typologie Webers unterscheidet demgemäss zwischen traditionalen, rational-legalen und charismatischen Legitimitätsgründen. Dabei schreibt Weber der rational-legalen Form von Legitimation eine zunehmende Bedeutung zu (vgl. u.a. Rodenstein 1978:28 ff).

Während in dieser bekanntesten Typologie die erwähnte Subjektivierung des Legitimitätsbegriffs konsequent durchgehalten wird, ist dies in einer zweiten Typologie, nämlich jener der Garantien von Ordnungslegitimität, nicht der Fall. Dort wird auch eine "Erwartung spezifischer äusseren Folgen" als Legitimitätsgrund genannt. Die Bindung des Legitimitätsbegriffs an die subjektive Bewertung des Einzelnen wird hiermit aufgegeben, da die Erwartung spezifischer Folgen unabhängig von der subjektiven Bewertung der sozialen Umwelt, d.h. der Legitimität ist.

Diese Inkonsistenz gründet darin, dass im einen Fall ein mikrosoziologisches Interesse an der Gewährung von Legitimität durch den Einzelnen dominiert, im anderen Fall aber ein makrosoziologisches Interesse an der Frage der gesellschaftlichen Stabilität.

Weber (1964) ist dahingehend zu kritisieren, dass er diese beiden Fragestellungen konzeptionell und begrifflich nicht getrennt hat. Aufgrund der in Kapitel 5 entwickelten Begrifflichkeit würden wir im ersten Fall von Legitimation, im zweiten Fall von Stabilisierung sprechen.

(1) Nach Stallberg (1975:24) zeigt Weber, dass "Legitimität nun nicht als Gebilde vorstellbar (ist), im Zusammenhang mit Herrschaft sich aber substantiell begreifen lässt".

4.3 Makrosoziologische Legitimationskonzepte

Die makrosoziologische Legitimationsdiskussion läuft - analog zu makrosoziologischen Fragestellungen bei Weber (1964) - Gefahr, die Subjektivierung des Legitimitätsbegriffs aufzuheben und anstelle von Legitimation Stabilisierung zu diskutieren. Der gesamtgesellschaftliche Argumentationszusammenhang erschwert zudem einen Einbezug empirischer Ergebnisse sowie die Formulierung relevanter empirischer Fragestellungen (vgl. Allert 1976: 237 und Zimmermann 1978:562).

Eine eigentliche makrosoziologische Legitimationsdiskussion hat sich vor allem im deutschen Sprachraum entwickelt, während im angelsächsischen Sprachraum makrosoziologische Legitimationskonzepte primär im Rahmen der funktionalistischen Tradition entstanden und auf dieser Abstraktionsebene im wesentlichen unwidersprochen blieben. Aus diesem Grunde soll zunächst auf die Legitimationskonzepte funktionalistischer und kritischer Ansätze aus dem deutschen Sprachraum eingegangen werden, ehe auch - z.T. früher entstandene - funktionalistische Konzepte amerikanischer Autoren kurz erwähnt werden.

Deutschsprachige Arbeiten in funktionalistischer Tradition (Luhmann 1969, Münch 1976, Zedler 1978) folgen Weber in seiner Diagnose einer zunehmenden Bedeutung rational-legaler Legitimitätsgründe. Dieser Typus von Legitimitätsgründen wird aber einerseits verabsolutiert, andererseits in seiner Aussagekraft beschränkt. Die Folge dieser Adaption an den Funktionalismus ist, dass keine anderen Typen von Legitimitätsgründen in Betracht gezogen werden und dass rational-legale Legitimität auf "Legitimation durch Verfahren" reduziert wird.

Die moderne Gesellschaft legitimiert sich demgemäss ausschliesslich durch korrekte Verfahren der Entscheidungsfindung. Der Inhalt dieser Entscheidungen wird nicht als relevanter Faktor gesellschaftlicher Legitimation gesehen. Das Bild einer "legitimen" Gesellschaft, das sich hieraus ergibt, ist gekennzeichnet durch einen "Blankocheck" für die Entscheidungsträger, die Elite, wenn sie nur die Verfahrensregeln einhält (vgl. Stallberg 1975:168).

Die Legitimationsanalyse der deutschen Funktionalisten versteht es in einem ersten Schritt, die Legitimationsanalyse insofern zu subjektivieren, als sie auch Legitimationsmechanismen betrachtet, die nicht auf Inhalt (oder: Wahrheit) rekurrieren. In einem zweiten Schritt wird diese Subjektivierung der Legitimationsanalyse dadurch rückgängig gemacht, dass eine spezifische Legitimationsform hypostasiert wird, nämlich die "Legitimation durch Verfahren".

Legitimation durch Verfahren beinhaltet keinerlei Beschränkung der Macht der Herrschenden, sie entspricht deren grundlegendem Interesse an einer Legitimität bei den Herrschaftsunterworfenen, ohne Machtunterschiede abbauen zu müssen. Es erstaunt nicht, dass im Rahmen des funktionalistischen Konzeptes Legitimation relativ problemlos vollzogen werden kann und dass sich aus einer solchen Betrachtung kaum systembedrohende Legitimitätsdefizite ergeben.

Im Unterschied zur funktionalistischen Tradition diagnostiziert die kritische Theorie (Habermas 1973, Offe 1973, Ebbighausen 1976) für die modernen Gesellschaften eine drohende Legitimationskrise. Dabei nimmt sie Bezug auf marxistische Krisentheorien, modifiziert diese aber dergestalt, dass sich die Krise weniger im ökonomischen als im politischen und soziokulturellen Bereich äussert. Für Habermas (1973) gründet die drohende Krise vor allem in einer Eigendynamik des soziokulturellen Systems, in dem zunehmend Anforderungen bezüglich inhaltlicher, d.h. wahrheitsbezogener Legitimation entstehen. Offe (1973) schreibt vor allem politischen Massnahmen, die ökonomische Krisen verhindern, einen krisenhaften Charakter zu. Sozialstaatliche Leistungen als typisches Beispiel hierfür führen zunächst dazu, dass neue, sogenannte horizontale Disparitäten entstehen. Die Benachteiligten dieser Entwicklung sind nicht-konfliktfähige Gruppen wie Alte oder Mieter, für die die Gesellschaft und vor allem das politische System in zunehmendem Masse illegitim werden. Zweitens verliert der Staat durch sein Eingreifen in die Oekonomie den Schein der Neutralität. Und drittens gefährdet der Staat durch sein sozialintegratives Verhalten in der ökonomischen Krise die Systemintegration des Kapitalismus. d.h.

er setzt mit seinen Sozialleistungen die "reinigende Funktion" der ökonomischen Krise teilweise ausser Kraft (vgl. Vobruba 1978).

Das Problem dieser Ansätze besteht darin, dass von einer vorherrschenden Legitimationsform im Spätkapitalismus ausgegangen wird, ohne dass ihre reale Bedeutung empirisch abgeklärt wird. Dieses Manko manifestiert sich beispielhaft in der unterschiedlichen Einschätzung der legitimatorischen Folgen des Äquivalententausches, dem von Habermas (1973) legitimierende (als Schein von Gerechtigkeit in der Ökonomie), von Vobruba (1977) entlegitimierende Wirkung (als Anspruch auf mehr Gerechtigkeit) zugeschrieben wird.

Die deutschsprachige Legitimationsdiskussion setzt sich primär damit auseinander, welche Bedeutung das Verhältnis zwischen der kapitalistischen Ökonomie und dem bürgerlichen Staat für das Legitimationsproblem hat. Hier vermag sie uns die Wichtigkeit von Legitimitätstransfers zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen einsichtig zu machen. Aus der Vernachlässigung der subjektiven Ebene des Legitimationsproblems, der Frage nämlich, aufgrund welcher Kriterien von den Herrschaftsunterworfenen Legitimität erteilt wird, blieben aber bislang die grundsätzlichen Fragen bezüglich des Verhältnisses von Staat und Ökonomie ungelöst. So etwa die Frage, ob eigentlich die Wirtschaft (aufgrund des Äquivalententauschs) oder der Staat (aufgrund des demokratischen Inputs) grundsätzlich legitim ist, ob also ein Eingriff des Staates in die Wirtschaft oder ein Eingriff der Wirtschaft (bzw. ökonomischer Interessengruppen) in den Staat die Wahrscheinlichkeit einer Legitimationskrise erhöht.

Zwei funktionalistische Arbeiten amerikanischer Herkunft liefern weitere Anstösse zur Weiterentwicklung der makrosoziologischen Legitimationsanalyse. Im Zentrum des Legitimationskonzepts von Easton (1965) steht eine Typologie, die zwischen drei Ursachen (ideologischen Prinzipien, Struktur und Normen eines Regimes und persönlichen Qualitäten) und zwei Objekten der Legitimität (Regime und Herrschende) unterscheidet (vgl. auch Zimmermann, 1978:564). Legitimität selbst wird als eine Form diffuser

Unterstützung gesehen, die nicht an spezifische Leistungen eines Systems bzw. seiner Vertreter geknüpft ist (1). Neben den durchaus sinnvollen, wenn auch unvollständigen Differenzierungen von Ursachen und Objekten der Legitimität sind es vor allem zwei Mängel des Ansatzes von Easton, die ihn für eine Weiterentwicklung der Legitimationstheorie interessant machen.

Erstens unterlässt es Easton, die Diffusität der Legitimität auf ihre Entstehungsbedingungen hin zu untersuchen und damit zu klären, wann und in welchem Masse Legitimität transferiert werden kann (2). Zweitens vernachlässigt er den Einfluss der strukturellen Ausprägung einer Gesellschaft auf ihre Legitimität (3); in ihrer Eigenschaft als System sind sich alle Gesellschaften gleich.

Baum (1977) liefert - ebenfalls im Rahmen eines funktionalistischen Ansatzes, der die Integriertheit der Gesellschaft und damit die Legitimität ihrer Herrschaftsbeziehungen voraussetzt -

-
- (1) Aus diesem Grunde fehlen in der Typologie von Easton (1965) konkrete politische Entscheidungen (als Output des politischen Systems) als mögliche Legitimationsobjekte (vgl. die Kritik von Eckstein 1971:31 an Easton).
 - (2) Easton spricht zwar von Transfers, meint aber das Merkmal persönlicher Legitimität, neue Normen und Autoritätsstrukturen gegenüber nachfolgenden Generationen zu legitimieren (Easton 1965:305).
 - (3) Easton schreibt Merkmalen der gesellschaftlichen Struktur nur in revolutionären Situationen einen eigenständigen Effekt auf die Legitimität einer Gesellschaft zu. Ansonsten unterstellt er eine Tendenz, ein Regime unabhängig von tieferliegenden Prinzipien zu unterstützen - aus reinem Traditionalismus (Easton 1965:300).

ein weiteres interessantes Legitimationskonzept (1). Am Objektbereich von Nationalstaaten entwickelt er zwei unterschiedliche Codes der Legitimation von Autoritäten: Beim "ex toto code" kommt der gesellschaftlichen Einheit primäre Bedeutung zu, während der "institutionalisierte Zweifel" die Teile, d.h. primär einzelne Individuen betrifft. Dieser Autoritätscode wird illustriert am Beispiel der Sowjetunion: es wird gezeigt, dass dort das System a priori legitim ist, während die individuellen Akteure im System einem starken Legitimationszwang unterliegen. Demgegenüber ist der in westlichen Gesellschaften vorherrschende "ex parte code" zu nennen, der sich auf die einzelnen Teile (Individuen) einer Gesellschaft abstützt und den Zweifel am System institutionalisiert. Dieser Beitrag weist darauf hin, dass Legitimationsprobleme in unterschiedlichem Masse auf die verschiedenen gesellschaftlichen Ebene projiziert werden: Legitimität kann entweder von der individuellen auf die gesellschaftliche oder von der gesellschaftlichen auf die individuelle Ebene transferiert werden.

-
- (1) Die Tatsache, dass Baum in seinem Beitrag den Begriff "authority" anstelle dem der Legitimität verwendet, weist darauf hin, dass Legitimationskonzepte im angelsächsischen Sprachraum oft nur unter ersterem registriert werden. Dies wirft auch die Frage nach dem analytischen Verhältnis dieser beiden Begriffe auf: Der Begriff "authority" steht in einer engen, aber in der Literatur nicht einheitlichen Beziehung zu jenem der Legitimität. Allgemein wird unter "authority" eine Machtform verstanden, die primär auf Legitimität beruht. Während aber bei einigen Autoren (z.B. Martin, 1977) "authority" per definitionen auf Legitimität beruht, ist für andere (z.B. Eckstein/Gurr, 1975) ein "authority pattern" schon aufgrund von assymetrischen Beziehungen zwischen hierarchisch geordneten Mitgliedern einer sozialen Einheit gegeben, d.h. dass "authority" nicht notwendigerweise Legitimität voraussetzt. Des weiteren deutet "authority" eher auf eine Betrachtung aus der Sicht der Herrschenden hin, von der aus sie eine Machtform darstellt, die nicht sehr streng von andern Machtformen abgegrenzt ist. Schliesslich wird dem Begriff "authority" auch eher eine "personale Qualität" zugeschrieben (vgl. Kielmansegg 1971:368).

Zusammenfassend lassen sich drei Grundprobleme der makrosoziologisch orientierten Legitimationstheorie festhalten:

- (a) Sie läuft Gefahr, die bei Weber vollzogene Subjektivierung des Legitimitätsbegriffs rückgängig zu machen; die kritische Theorie in offener, der Funktionalismus in versteckter Form.
- (b) Werte und Normen der Legitimationssubjekte haben den Status von Annahmen, anstatt von variablen Grössen, die empirisch abzuklären sind.
- (c) Diese theoretische Einpassung der Legitimationssubjekte in eine Theorie der Gesellschaftsstruktur führt zu einer Vernachlässigung von Diskrepanzen zwischen individueller Perspektive und gesellschaftlicher Realität, wie sie sich im Wahrnehmungsproblem und in unbeabsichtigten Wirkungen individuellen Verhaltens zeigen (vgl. Abschnitt 5.2).

4.4 Mikrosoziologische Legitimationskonzepte

Die in diesem Abschnitt referierten Ansätze stellen eine ziemlich heterogene Kategorie dar. Ihre Gemeinsamkeit liegt darin, dass sie das einzelne Individuum in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellen und dabei - in mehr oder weniger starkem Masse - gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge vernachlässigen. Es wird also vor allem diskutiert, aufgrund welcher Kriterien das einzelne Individuum Legitimität zuschreibt.

Ein erster Ansatz geht aus vom Begriff des Prestiges, während die übrigen Ansätze den Begriff der Autorität verwenden (zu den Unterschieden zwischen diesen Begriffen vgl. Abschnitt 2 in Kapitel 1).

Goode (1978) untersucht - ausgehend von einem Tauschparadigma (Exchange-Theorie) - den Stellenwert von Prestige in sozialen Prozessen. Wie schon der Begriff des Prestiges erweist sich auch die theoretische Diskussion in starkem Masse als personalisiert; strukturelle Grundlagen des Tauschverhaltens werden weitgehend vernachlässigt. Prestige wird nach der Vorstellung von Goode (1978:15) einer Person dann zugeschrieben, wenn sie ihrerseits Prestige gewähren kann, das von der betreffenden Person (bzw. ihrer sozialen Umwelt) hoch eingeschätzt wird. Das theoretische Konzept von Goode (1978) trägt nur in geringem Masse zum besseren Verständnis der Legitimitätszuschreibung bei. Zum einen

sind wir weniger an der Legitimität (dem Prestige) einzelner Personen interessiert als an der Legitimität von gesellschaftlichen Strukturen. Zum anderen beinhaltet die tauschtheoretische Formulierung des Problems eine Tendenz zur Tautologie.

Ein zweiter mikrosoziologischer Ansatz geht aus vom Begriff der Autorität, der als Fähigkeit definiert wird, über Sachfragen verbindlich zu entscheiden (Gamson 1968). Im Gegensatz zu Goode (1978) geht es hier also nicht um die Bewertung von Personen, sondern von einzelnen Sachfragen.

Das Vorhandensein von Autorität wird dabei streng an ein bestimmtes Entscheidungsproblem gebunden, wodurch vom gesellschaftlichen Stellenwert des Problems abstrahiert wird. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Autoritäten für verschiedene Probleme und Bereiche getrennt zu ermitteln, da die gleiche Personengruppe in einem Fall "authority", im andern Fall "partisan" sein kann⁽¹⁾. Als Extrembeispiel für die Anwendung dieses Konzeptes erwähnt Gamson die Basisdemokratie: Hier stellt die Gesamtheit der Bürger die Autorität dar, während der politischen Elite die Partisanenrolle zukommt. Die problemspezifische Definition von Autorität steht im Gegensatz zum Konzept Eastons (1965; vgl. Abschnitt 4.3), das den diffusen Charakter von Legitimität betont.

Die Vernachlässigung von Relevanzunterschieden zwischen verschiedenen Entscheidungsproblemen bei Gamson führt dazu, dass die Möglichkeiten einer Bezugnahme auf makro-soziologische Arbeiten verbaut werden. Vor allem aber verunmöglicht sie eine Bestimmung der für die gesellschaftliche Legitimitätszuschreibung relevanten Grössen. Denn diese haben nicht für alle denkbaren Einzelprobleme Gültigkeit.

(1) Der Begriff des Partisanen wird von Gamson dem der Autorität gegenübergestellt "... as that set of actors who, for a given decision, are affected by the outcome in some "significant" way" (Gamson 1968:32).

Eckstein/Gurr (1975) liefern einen Beitrag zur Analyse des Legitimationsproblems, der eingebettet ist in die Untersuchung von Autoritätsbeziehungen, die als ungleichgewichtige Beziehungen zwischen Individuen definiert werden. Autoritätsbeziehungen sind nicht notwendigerweise legitim, aber mit positiven oder negativen "Legitimitätsgefühlen" verbunden. Positiv legitimiert werden kann eine Autoritätsbeziehung durch eine geringe Distanz zwischen Herrschern und Beherrschten, durch eine Teilnahme der Beherrschten am Entscheidungsprozess, oder durch die Erfüllung von substantiellen Anforderungen, die die Beherrschten an die Herrschenden stellen. Und zwar entsteht Legitimität aus der Uebereinstimmung dieser Eigenschaften mit der entsprechenden Norm des Herrschaftsunterworfenen. Jede Dimension, die zur Charakterisierung einer Autoritätsbeziehung verwendet werden kann, stellt auch eine mögliche Legitimitätsquelle dar.

Mit ihrem Grundkonzept, das Legitimität als Uebereinstimmung der Normen von Herrschaftsunterworfenen (Legitimationssubjekten) mit der gesellschaftlichen Realität begreift, berücksichtigen Eckstein, Gurr (1975), dass die unterschiedlichsten Werte legitimierend wirken können. Dennoch erweist sich ihr Legitimationskonzept in zweierlei Hinsicht als partikulär:

- (a) Es wird zu wenig deutlich, dass nicht die wirklichen Eigenschaften einer Autoritätsbeziehung mit der Norm des herrschaftsunterworfenen Individuums übereinstimmen müssen, damit Legitimität entsteht, sondern lediglich die Wahrnehmung des betreffenden Individuums in bezug auf diese Eigenschaften.
- (b) Ebenso wenig wird auf die Tatsache hingewiesen, dass wichtige Legitimitätsdeterminanten ausserhalb der Autoritätsbeziehung liegen können, dass also der Kontext, in dem eine bestimmte Autoritätsbeziehung auftritt, legitimierende bzw. entlegitimierende Wirkungen haben kann.

4.5 Folgerungen aus dem aktuellen Stand der Legitimationsdiskussion

Die neuere Legitimationsdiskussion hat bisher kaum zu Konzepten geführt, die der Vielfältigkeit der Faktoren, die gesellschaftliche Legitimations- und Stabilisierungsprozesse beeinflussen, gerecht werden. In der makrosoziologischen Tradition werden die

Legitimationssubjekte so konstruiert, wie es die Gesellschaftstheorie und der ideologische Hintergrund des betreffenden Autors verlangen. Mikrosoziologische Ansätze beschränken sich auf die Analyse des Prozesses der Legitimitätszuschreibung des Einzelnen und vergessen dabei die gesamtgesellschaftlichen Bestimmungsgrößen dieses Prozesses.

Sowohl die makro- als auch die mikrosoziologische Tradition hat Mechanismen vernachlässigt, die sich "zwischen" der Gesellschaftsstruktur und dem einzelnen, legitimitätszuschreibenden Individuum vollziehen. Solche Mechanismen können insofern von Bedeutung sein, als sie beispielsweise die Wahrnehmung illegitimer gesellschaftlicher Zustände verhindern, oder aber die politische Wirksamkeit von Illegitimität verringern.

Neueste Veröffentlichungen deuten darauf hin, dass der zweitgenannte Aspekt in zunehmendem Masse aufgearbeitet wird (vgl. u.a. Piven, Cloward 1977, Useem, Useem 1979, Zimmermann 1978). Im Hinblick auf eine Integration dieser neuen Aspekte in traditionelle Legitimationskonzepte erscheint es vor allem notwendig zu sein, " ... den Zusammenhang von objektiven Handlungsmöglichkeiten und Zielvorstellungen (zu) entkoppeln" (Allert 1976:237). Einen Versuch in diese Richtung stellt der im folgenden dargestellte "analytische Bezugsrahmen zur Analyse von Stabilisierungsprozessen" dar (Kapitel 5).

5. Ein theoretischer Bezugsrahmen zur Analyse von Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozessen

Im vorangegangenen Kapitel wurde auf die aktuelle Legitimationsdiskussion Bezug genommen, die zur Erklärung der Entstehung von Legitimität bzw. Illegitimität beiträgt. Vor allem in makrosoziologischen Arbeiten geht es dabei häufig auch um die Frage gesellschaftlicher Stabilität.

In diesem Kapitel soll in systematischer Weise auf Prozesse der Stabilisierung bzw. Destabilisierung eingegangen werden. Das Ziel besteht darin, ein allgemeines Analyseraster zu entwickeln, das der Breite einer makrosoziologischen Betrachtung gerecht wird, ohne relevante Differenzierungen auf der mikrosoziologischen Ebene zu vernachlässigen. Dieses Ziel soll im wesentlichen durch eine Unterscheidung verschiedener analytischer Ebenen der Stabilisierungsproblematik erreicht werden.

Die analytische Trennung verschiedener, in der Realität miteinander verbundener Prozesse soll einerseits zur konzeptionellen und begrifflichen Präzisierung beitragen, andererseits stellt sie auch einen ersten Schritt in Richtung einer Operationalisierung der theoretischen Vorstellungen dar (vgl. Kapitel 7 in Teil II).

5.1 Begriffsbestimmung

Die verwendeten Grundbegriffe werden in dreierlei Hinsicht differenziert.

Zunächst einmal wird zwischen makro- und mikrosoziologischer Fragestellung unterschieden. Dabei wird der Begriff der Legitimität der mikrosoziologischen Perspektive zugeordnet: Legitimität bzw. Illegitimität bemisst sich an der subjektiven Interpretation einzelner Individuen (vgl. die Subjektivierung des Legitimitätsbegriffs bei Max Weber in Abschnitt 4.2). Der Begriff der Stabilität dagegen ist makrosoziologisch definiert. Legitimität ist ein wichtiger Faktor gesellschaftlicher Stabilität, aber nicht der einzige.

Zweitens unterscheiden wir zwischen Prozess und Zustand. Die erwähnten Begriffe der Legitimität und der Stabilität beziehen sich auf Zustände. Unter der Perspektive von Prozessen geht es dagegen um die Frage, wie es zu diesen Zuständen kommt, d.h. von welchen Faktoren diese Zustände beeinflusst werden. Hierzu verwenden wir die Begriffe Legitimation und Stabilisierung.

Alle diese genannten Begriffe sind positiv auf die bestehende Gesellschaftsordnung bezogen. Sie benennen eine Erhaltung der Struktur. Demgegenüber stehen Begriffe struktureller Veränderungen oder sozialen Wandels. Die insofern negativen Begriffe sind: Illegitimität, Labilität, Entlegitimation und Destabilisierung. Tabelle 4 fasst diese begrifflichen Differenzierungen zusammen.

Tabelle 4: Begriffsbestimmung

	Zustand		Prozess	
	Erhaltung	Veränderung	Erhaltung	Veränderung
Makrosoziologischer Bezug	Stabilität	Labilität	Stabilisierung	Destabilisierung
Mikrosoziologischer Bezug	Legitimität	Illegitimität	Legitimation	Entlegitimation

5.2 Grundmodell

Unsere Perspektive ist makrosoziologisch. Wir interessieren uns für Prozesse der Stabilisierung und Destabilisierung in der Gesellschaft, sowie für die Faktoren, die diese Prozesse beeinflussen.

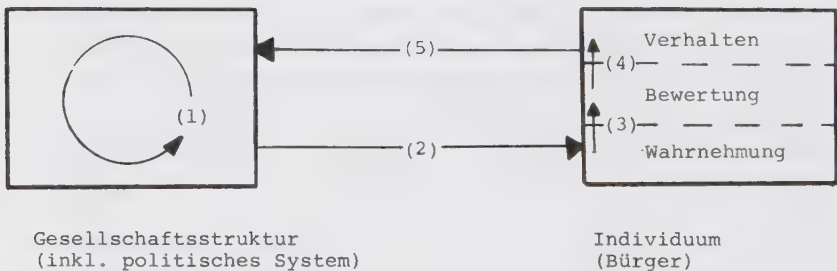
Die Stabilisierung gesellschaftlicher Strukturen wird als ein Prozess aufgefasst, der von der gesellschaftlichen Realität (spezifischer: der Machtstruktur) ausgeht und durch die subjektive Perspektive von Individuen (Bürgern) vermittelt wieder darauf zurückwirkt. Wir gehen davon aus, dass die Uneinheitlichkeit dieses Prozesses eine Differenzierung in Subprozesse bzw.

in Analyseebenen erfordert. Nur dadurch können inadäquate Verallgemeinerungen und Projektionen von einer Ebene auf die andere, wie wir sie bei der makrosoziologischen Legitimationsdiskussion kritisiert haben, vermieden werden.

Die Unterscheidung zwischen diesen Ebenen ist eine analytische. Sie ermöglicht es, verschiedene Aspekte des Stabilisierungsproblems zu systematisieren. Im realen Ablauf bestehen aber zahlreiche Wechselbeziehungen zwischen den analytischen Ebenen.

Aus Figur 2 geht hervor, dass wir fünf analytische Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung unterscheiden. Diese können an verschiedenen Punkten der Interaktion zwischen der Gesellschaft und dem einzelnen Individuum lokalisiert werden.

Figur 2: Analytische Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung und Destabilisierung



- Legende:
- (1) Strukturelle Ebene: Diese erste Ebene betrifft strukturelle Merkmale und Zusammenhänge in einer Gesellschaft. Sie ist zunächst unabhängig von der Wahrnehmung des Legitimationssubjekts, weshalb sie keine hinreichenden Bedingungen für Legitimation liefert; sie erhöht lediglich deren Wahrscheinlichkeit.
 - (2) Kognitive Ebene: Hier geht es um die Frage, welche Realitätsausschnitte vom Legitimationssubjekt in welcher Weise wahrgenommen werden.
 - (3) Evaluative Ebene: Wie und aufgrund welcher Werte beurteilt das Legitimationssubjekt die wahrgenommene Realität?
 - (4) Artikulative Ebene: Wie artikuliert ein Individuum seine Beurteilung der gesellschaftlichen Struktur?

- (5) Reaktive Ebene: Wie reagiert die Gesellschaft (die politische und gesellschaftliche Elite) auf die Artikulation? Bewirkt die Aktivität gesellschaftlichen Wandel?

Auf einer ersten Ebene wird die Stabilität oder Labilität einer Gesellschaft durch objektive Merkmale der Struktur beeinflusst. Eine relativ gleiche Güterverteilung oder eine hohe Synchronisation von Statushierarchien (1) dürften beispielsweise einen stabilisierenden Einfluss haben. Es wird unterstellt, dass die objektiven Merkmale der Struktur wahrgenommen werden (vgl. Abschnitt 5.3).

Die zweite Ebene betrifft den Wahrnehmungsprozess. Hier kann sich eine Gesellschaft beispielsweise dadurch stabilisieren, dass reale Verhältnisse nicht oder ideologisch verzerrt wahrgenommen werden.

Auf einer dritten Ebene stellt sich die Frage nach den Werten eines Individuums. Stimmen diese Werte mit denjenigen überein, die in einer Gesellschaft verwirklicht (institutionalisiert) sind?

Als Resultat dieser ersten drei Ebenen ergibt sich die Legitimität oder Illegitimität, die ein Individuum der Struktur zuschreibt.

Die vierte Ebene betrifft die Umsetzung von Legitimität/Illegitimität in Verhalten. Wird Legitimität bzw. Illegitimität artikuliert oder bleibt sie latent? Falls ersteres zutrifft, in welcher Art erfolgt eine Artikulation, beispielsweise mittels politischer Aktivität, passivem Widerstand oder kriminellem Verhalten (2)?

-
- (1) Von einer hohen Synchronisation zweier Statushierarchien kann dann gesprochen werden, wenn eine grosse Zahl von Individuen auf beiden Hierarchien den gleichen oder zumindest einen ähnlichen Rang einnimmt.
- (2) Die Beurteilung verschiedener, aktiver oder passiver Artikulationsformen von Legitimität oder Illegitimität erfolgt unter der Perspektive gesellschaftlicher Wirksamkeit und nimmt somit Bezug auf die nächste, die reaktive Analyseebene (zur Frage der gesellschaftlichen Bedeutung verschiedener Artikulationsformen vgl. auch Abschnitt 3.1).

Die letzte (fünfte) analytische Ebene gilt der Frage der gesamtgemeinschaftlichen Konsequenzen des Verhaltens des Individuums. Bewirkt dieses Verhalten (z.B. in Form von politischer Aktivität) eine gesellschaftliche Veränderung?

Ausgangspunkt unseres Modells ist die gesamte Gesellschaftsstruktur. Eine Einschränkung auf einzelne Teile oder Aspekte der Gesellschaft würde einen wichtigen Stabilisierungsmechanismus aus den Augen verlieren, der darin besteht, dass Illegitimität auf solche Objekte gerichtet wird, die für das gesamte Gesellschaftsgefüge von geringer Bedeutung sind. In diesem Sinne müssen soziologische Traditionen kritisiert werden, die vom Grundproblem der Stabilisierung der Gesellschaftsstruktur ablenken, indem sie entweder die Stellung des einzelnen Individuums oder abstrakte gesellschaftliche Normen zum zentralen Stabilisierungs- bzw. Legitimationsobjekt erklären.

Zu erwähnen sind hier einerseits Arbeiten im Umkreis der Mobilitätsforschung, wo die Frage nach der Stellung eines Individuums oftmals zu einer Vernachlässigung der Gesamtstruktur führt. Analog dazu wird in funktionalistischen Ansätzen die Gesellschaftsstruktur auf Normen reduziert, das Problem ungleicher Güterverteilung wird dadurch ausgeklammert (vgl. z.B. Zedler 1976).

Das skizzierte Grundmodell geht aus von einer bestimmten gesellschaftlichen Struktur. Diese ist charakterisiert durch eine spezifische Macht- und Güterverteilung, aus der sich das Problem ergibt, die Gesellschaft gegen die (objektiven) Interessen der Unterprivilegierten zu stabilisieren. Das Stabilisierungsproblem kann auf allen fünf analytischen Ebene gelöst werden; nur wenn dies nirgends gelingt, kommt es zu strukturellen Veränderungen. Nur in diesem Fall verändert sich die Macht- und/oder Güterverteilung.

Diese Konzeptualisierung führt zu drei Besonderheiten, die es im folgenden zu bedenken gilt:

- (a) Die folgende Analyse diskutiert - mit Ausnahme der ersten analytischen Ebene - das Legitimations- und Stabilisierungsproblem relativ isoliert von Machtaspekten.

- (b) Es dominiert eine Diskussion von Stabilisierungsmechanismen, da diese im Rahmen der einzelnen Ebene vollständig behandelt werden können. Dagegen ergibt sich eine Destabilisierung, d.h. sozialer Wandel, erst bei Destabilisierungsprozessen auf allen fünf analytischen Ebenen.
- (c) Die erwähnte Dominanz der Stabilisierungsperspektive - zumindest in diesem ersten, theoretischen Teil - ist auch darauf zurückzuführen, dass wir unsere Perspektive auf sozialen Wandel einschränken, der durch den Bürger herbeigeführt wird (vgl. auch die entsprechenden Ausführungen in der Einleitung).

Die folgende Diskussion der einzelnen analytischen Ebenen wird durch Beispiele aus der Schweiz und aus westlichen Industrieländern allgemein ergänzt. Die hohe Stabilität dieser Länder bewirkt einen zusätzlichen Bias in Richtung Stabilisierung (versus Destabilisierung).

5.3 Strukturelle Analyseebene: Selbstlegitimation und Transferprozesse

Objektive Merkmale der gesellschaftlichen und politischen Struktur sind das Objekt der Analyse auf dieser ersten Ebene. In Form von strukturellen Spannungen stellen sie ein Destabilisierungspotential dar; wo sie dagegen einem allgemeinen Ideal entsprechen sind sie eine potentielle Stabilisierungsquelle. Als Beispiel für den ersten Fall kann eine ungleiche Verteilung der gesellschaftlichen Güter angeführt werden, für den zweiten Fall demokratische und - speziell für die Schweiz - direkt-demokratische politische Institutionen.

Strukturelle Merkmale konstituieren keine hinreichenden Bedingungen für Prozesse gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung. Sie können im Einzelfall nicht wahrgenommen werden, wodurch die darin enthaltenen Potentiale für die Stabilität der Gesellschaft bedeutungslos werden.

Es ist wichtig, sich gleichzeitig die Notwendigkeit der Analyse auf der strukturellen Ebene und ihre Vorläufigkeit vor Augen zu führen. Ein Auslassen dieser Analyseebene würde die Wurzeln jeder Wahrnehmung in der Realität vernachlässigen und eine vollständige Manipulierbarkeit von Wahrnehmungsinhalten propagieren. Andererseits kann man nur durch die Einsicht in die Vorläufigkeit dieser Analyseebene der Gefahr entgehen, dass man das

Destabilisierungspotential realer Gesellschaften überschätzt, indem man sie an idealen Vorstellungen misst (vgl. Allert 1976:218).

Auf der strukturellen Ebene können grundsätzlich zwei Mechanismen der Stabilisierung bzw. der Destabilisierung unterschieden werden: Die Legitimation oder Entlegitimation durch die Strukturmerkmale selbst oder aber der Transfer von Legitimität/Illegitimität zwischen verschiedenen Strukturmerkmalen.

Wir sprechen hier von Legitimation (Entlegitimation) und Legitimität (Illegitimität) anstelle von Stabilisierung (Destabilisierung) und Stabilität (Labilität), weil strukturelle Merkmale im Hinblick auf ihre (potentielle) Beurteilung durch Individuen untersucht werden.

Eine Legitimation (Entlegitimation) von Strukturmerkmalen findet statt, wenn diese Merkmale mit Wertvorstellungen von Individuen übereinstimmen (ihnen widersprechen) (vgl. auch Abschnitt 5.5).

Das grundlegende Merkmal einer Gesellschaft liegt in ihrer Machtverteilung, deren Ungleichheit einen Entlegitimationsprozess bewirkt. Je ungleicher die Verteilung von Macht (vgl. Levy 1978), von Einkommen (vgl. Zwicky, Heintz 1982) oder je ungleichgewichtiger Autoritätsbeziehungen sind (vgl. Eckstein, Gurr 1975), desto geringer ist tendenziell die Legitimität einer Gesellschaft.

Die Machtverteilung in einer Gesellschaft stellt insofern den Ausgangspunkt der Analyse dar, als sie festlegt, inwieweit zusätzliche Mechanismen zur Stabilisierung einer Gesellschaft notwendig sind.

Auf der strukturellen Ebene wird die Selbst(ent)legitimation ergänzt durch Transfers von Legitimität oder Illegitimität. Für die westlichen Industrienationen kann davon ausgegangen werden, dass institutionelle Voraussetzungen bestehen, die die Legitimität der grundlegenden Strukturdimensionen erhöhen. Das heisst, dass Transfers von Legitimität auf diese Dimensionen und Transfers von Illegitimität von diesen Dimensionen weg gefördert werden.

Transferprozesse beeinflussen die Stabilität einer Gesellschaft nur dann, wenn zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen ein Legitimitätsgefälle besteht.

Für die genauere Betrachtung von Transferprozessen drängt sich eine Unterscheidung zwischen horizontalen und vertikalen Transfers auf. Erstere verlaufen zwischen Teilbereichen der Gesellschaft, beispielsweise zwischen dem politischen und dem ökonomischen System. Letztere spielen sich zwischen Systemebenen ab, beispielsweise zwischen der Ebene der Weltgesellschaft und der nationalen Ebene.

Horizontale Transfers vollziehen sich entweder zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen oder zwischen verschiedenen Statusdimensionen. In der Literatur werden Transfers zwischen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem zwischen Staat und Wirtschaft hervorgehoben (s. Habermas 1973; Levy 1978, Vobruba 1977 und 1978). Von Fall zu Fall stehen aber unterschiedliche Richtungen (vom Staat zur Wirtschaft oder umgekehrt) und unterschiedliche Vorzeichen des Transferobjektes (Legitimität oder Illegitimität) im Vordergrund. Unbestritten dürfte jedoch sein, dass der Uebergang vom liberalen Nachtwächterstaat zum modernen Interventionsstaat die Grundlage für eine potentielle Zunahme von Transferprozessen zwischen dem Staat und dem Rest der Gesellschaft darstellt. Un da der Staat über eine - aus den demokratischen Zugangsregeln abgeleitete - grössere Legitimität verfügt, bewirkt diese Entwicklung eine Entlegitimation des Staates und der Politik.

Andererseits sind innerhalb des politischen Systems Veränderungen festzustellen, die interne Transfers behindern und somit die aus der Wirtschaft importierte Illegitimität isolieren. Als Beispiel hierfür sei das politische System der Schweiz angeführt, welches in idealer Weise geeignet ist, solche internen Transfers zu unterbinden. Eine überdurchschnittliche Autonomie des Bundesrates hemmt Legitimitäts- und vor allem Illegitimitätstransfers zwischen Parlament und Exekutive:

"Man gestaltete den Bundesrat nicht als ein vom Parlament abhängiges Gremium, in dem sich die politische Willensbildung der Volksvertreter manifestiert, sondern als relativ unabhängige Institution, die gewissermassen über

der "politischen Ebene" stehend verwalten und entscheiden soll." (Jost 1977:5)

Dem Parlament kommt in zunehmendem Masse die Funktion zu, Illegitimität zu absorbieren, anstatt Entscheidungen zu treffen. Edelman (1976) trägt dieser Entwicklung im Rahmen seiner Interpretation von "Politik als Ritual" Rechnung. Habermas (1962) führt als einen Grund dafür eine Entpolitisierung der Öffentlichkeit an, welche ihrer Kontrollfunktion gegenüber dem Parlament immer weniger nachkommen kann.

Während das politische System also einerseits interne Illegitimitätstransfers zu unterbinden versucht, werden andererseits politische Entscheidungen immer stärker durch Gerichtsentscheidungen abgesichert, d.h. dass die Uebertragung rational-legaler Legitimität aus der Justiz angestrebt und zunehmend institutionalisiert wird. Dagegen ist eine Entflechtungstendenz zwischen dem Staat und seinem traditionellen "Legitimitätslieferanten", der Kirche, festzustellen (1).

Eine differenziertere Analyse von Transferprozessen zwischen gesellschaftlichen Teilbereichen müsste meiner Ansicht nach Bedingungen und Auswirkungen von Transferprozessen zu präzisieren versuchen. Sie könnte dabei von folgenden Feststellungen ausgehen:

- (a) Den Transfers zwischen gesellschaftlichen Bereichen liegen - als strukturelle Grundlage - institutionalisierte Interaktionen zwischen den Bereichen zugrunde.
- (b) Sie setzen ein bestimmtes Ausmass an Interaktionen zwischen diesen Bereichen, aber auch ein bestimmtes Mass an Trennung voraus. Zu starke Interaktionen führen zu einer Verschmelzung zweier Bereiche, die selektive Transfers, d.h. die Förderung von Legitimitätstransfers unter gleichzeitiger Behinderung von Illegitimitätsübertragungen verunmöglicht.

-
- (1) Es kann vermutet werden, dass diese Entflechtungstendenz sowohl für die Kirche als auch für den Staat eher entlegitimierende Folgen haben würde. Deshalb erscheinen in der Schweiz die Kreise, die eine Trennung von Kirche und Staat bekämpfen, recht stark.

- (c) Für eine Stabilisierungsanalyse sind nicht nur Transfers zwischen Staat und Wirtschaft interessant. Transferprozesse und Transferbarrieren auf dieser Ebene können durch entsprechende Institutionalisierungen innerhalb dieser Bereiche (d.h. zwischen Subbereichen) substituiert werden.
- (d) Transferprozesse können insofern eine Gesellschaftsstruktur stabilisieren, als sie die an neuralgischen Punkten der Gesellschaft auftretende Illegitimität durch Legitimitätsimporte neutralisieren.
- (e) Gesamtgesellschaftliche Stabilität kann auch durch Prozesse der kulturellen Segmentierung gefördert werden. Dabei werden Transferbarrieren erstellt die den Import von - überdurchschnittlicher - Illegitimität verhindern (1).

Die bisherige Diskussion beschränkte sich auf horizontale Transferprozesse zwischen gesellschaftlichen Bereichen, deren strukturelle Grundlage institutionalisierte Interaktionen darstellen. Demgegenüber beruhen horizontale Legitimitätstransfers zwischen verschiedenen Statushierarchien darauf, dass ein Individuum ähnliche Positionen auf legitimierenden (prestigehaltigen) und legitimationsbedürftigen (machthaltigen) Statushierarchien einnimmt. Beispielsweise wird die Legitimität des Wertes "Bildung" in dem Masse auf die Einkommenshierarchie übertragen, in dem Individuen auf beiden Statusdimensionen ähnliche Positionen einnehmen. Die strukturelle Grundlage dieser Art von Transfers ist die Tatsache, dass dieselbe Person auf verschiedenen Statushierarchien ähnlich lokalisiert ist. Legitimitätstransfers zwischen Statushierarchien legitimieren primär die Positionen auf einer Statushierarchie. In dem Masse aber, in dem die einzelnen Positionen legitimiert sind, nimmt auch die Legitimität der Statushierarchie als solcher zu. Die Potenz einer Gesellschaft für diese Art von Legitimationstransfers ergibt sich aus Masszahlen für die Synchronisation von legitimierenden und legitimationsbedürftigen Statushierarchien, wie sie in den meisten

-
- (1) Als Beispiel für diesen letzten Fall können Fremdarbeiter angeführt werden, die aufgrund ihrer durchschnittlich tiefen Stellung ein hohes Entlegitimationspotential aufweisen. Kulturelle Barrieren und die Zugangsbeschränkung zum politischen System (kein Wahlrecht) vermögen dieses Illegitimitätspotential aber weitgehend zu isolieren.

Mobilitätsstudien angeführt sind (1).

Schliesslich ist auf die Möglichkeit vertikaler Legitimitäts-transfers, d.h. Legitimitätstransfers zwischen verschiedenen Systemebenen, hinzuweisen. Im Rahmen vertikaler Transfers wird Legitimität oder Illegitimität, die auf einer Systemebene entsteht, auf andere Systemebenen übertragen. Ein solcher Transfer beruht - falls nicht ideologisch bedingt - auf dem realen Einfluss, den eine höhere auf eine tiefere Systemebene ausübt. So kann der Föderalismus der Schweiz als ein Versuch betrachtet werden, Transfers - und vor allem natürliche Illegitimitäts-transfers - auf die nationale Ebene zu unterbinden (vgl. auch die Diskussion der Arbeit von Baum (1977) in Abschnitt 4.3).

Das für die empirische Analyse in Teil II wichtigste Beispiel vertikaler Legitimitätstransfers stellt der Fall dar, wo ein Kontext, z.B. ein Kanton in der Schweiz, sich intern durch seine Stellung im übergeordneten System der Schweizer Kantone legitimiert. Das heisst, wenn ein Kanton beispielsweise ein überdurchschnittliches Durchschnittseinkommen aufweist, erhöht sich seine interne Legitimität.

5.4 Kognitive Analyseebene: Selektive Wahrnehmung sozialer Realität

"Niemals stehen allen Individuen, die über komplexes Geschehen berichten, explicite urteilen oder an ihm teilnehmen, alle Informationen zur Verfügung; das macht schon die räumliche und zeitliche Ausdehnung des Geschehens unmöglich, da die physisch-psychische Bindung des Einzelnen an Standorte höchstens relativiert, nie ganz aufgehoben werden kann." (Brückner 1968:143)

Die selektive Wahrnehmung sozialer Realität durch einzelne Individuen ist wesentlich bedingt durch ihren kulturellen Kontext. In integrierten Gesellschaften sieht sich das Individuum i.a.

(1) Solche Korrelationen - vor allem zwischen Bildung und Einkommen bzw. Berufsprestige - wurden auch schon für komparative Länderanalysen benutzt (s. Fox/Miller 1966; Covello/Bollen 1979). Sie könnten als Grundlage für interessante Analysen des Zusammenhangs zwischen dem Ausmass an Synchronisation von Statushierarchien und diversen Illegitimitäts-indikatoren wie politische Instabilität oder Aufstandshäufigkeit dienen (vgl. Zwicky 1978).

von stabilisierenden politischen Kulturen, Ideologien und Mythen umgeben (1). Mit abnehmendem gesellschaftlichem Integrationsgrad scheint der stabilisierende Charakter kultureller Faktoren zurückzugehen (2). Dies dürfte vor allem auf die Abschwächung von institutionalisierten Erwartungen (Rollenfelder) zurückzuführen sein, die strukturelle Nabsicht fördern.

Der gesellschaftlichen Realität spätkapitalistischer Gesellschaften gemäss gehen wir im folgenden primär auf stabilisierende Ideologien (politische Kulturen, Mythen) ein, auf die "Ideologie im Dienste der Macht" (Ansart 1977:129).

Ideologien (politische Kulturen, Mythen) beeinflussen die Stabilität einer Gesellschaft in doppelter Weise. Einerseits bestimmen und strukturieren sie die Aspekte der sozialen Realität, die wahrgenommen werden (kognitive Funktion). Andererseits enthalten sie die Werte und Ziele, an denen die soziale Realität gemessen wird, d.h. die Kriterien der Legitimitätszuschreibung (evaluative Funktion). Die Trennung dieser beiden Aspekte erscheint - obwohl in der neueren Literatur nicht sehr populär (3) - für eine differenzierte Stabilisierungsanalyse sinnvoll, nicht zuletzt aufgrund der Notwendigkeit unterschiedlicher Untersuchungsanordnungen für die empirische Analyse der beiden Aspekte. Diese analytische Trennung zwischen kognitiven und evaluativen Funktionen von Ideologien darf aber nicht gleichgesetzt werden mit der verschiedentlich widerlegten Vorstellung, dass sich die individuelle Wahrnehmung unabhängig von der Wertstruktur eines Individuums vollzieht.

-
- (1) Je nach der Spezifität der Betrachtung und dem theoretischen Standpunkt werden die kulturellen Determinanten des Wahrnehmungsprozesses als politische Kultur (vgl. Denitch, 1976), als Ideologie (vgl. Easton 1965, Ansart 1977) oder als Mythen (vgl. Edelman 1976, Cohen 1975) bezeichnet.
 - (2) Denitch (1976:199) illustriert am Beispiel Jugoslawiens die Bedeutung der Hypothese, dass "the longer a regime can remain in power, the more the turnover of generation works to its advantage for its present becomes normal in a cognitive sense and one may hypothesize in a normative sense as well".
 - (3) Im Zusammenhang mit den Begriffen der "politischen Kultur" oder der "Ideologie" stellen einzelne Autoren (Heintz 1976; Meier/Rosenmund 1979) die kognitiven Aspekte in den Vordergrund, andere (Eckstein/Gurr 1974; Easton 1965) die evaluativen.

Auf dieser zweiten Analyseebene beschränken wir uns auf kognitive Aspekte des Stabilisierungsprozesses, während im nächsten Abschnitt evaluative Aspekte diskutiert werden.

Eine soziologische Analyse von kognitiven Prozessen allgemein, sowie der stabilisatorischen Bedeutung von kognitiven Prozessen im besonderen, hat von der sozialen Realität auszugehen. Diese muss sich gegenüber anderen gesellschaftlichen Entwürfen rechtfertigen. Dass diese Rechtfertigung gelingt, liegt wesentlich an der Erzeugung von "stützenden Sinnwelten" (Berger/Luckmann 1970) und an gesellschaftlichen Mechanismen, die das Entstehen von "struktureller Nahsicht" (Heintz et.al. 1978) fördern. Stützende Sinnwelten werden - nach Berger/Luckmann (1970) - speziell dann relevant, wenn eine Gesellschaft beim Kontakt mit fremden Kulturen oder bei der Sozialisation einer neuen Generation unter Legitimationszwang gerät, wenn die gesellschaftlichen Institutionen also ihre Normalität verlieren. Dann werden Ideologien geschaffen oder aktualisiert, welche die bestehenden Institutionen begründen und/oder an anerkannte Werte binden. Dieses Konzept geht also davon aus, dass die Legitimität sozialer Realität grundsätzlich problematisch ist und nur durch Wahrnehmungsmuster und Typifikationen von Sprache und Kultur gewährleistet werden kann (s. Rosen 1979:85). Implizit setzt diese Argumentationsweise eine Flexibilität und Manipulierbarkeit von Ideologien voraus, welche speziell für gesellschaftliche Grundideologien eher selten gegeben sein dürfte. Dagegen erscheint das Konzept für Oberflächenideologien, wie sie etwa das konkrete politische Geschehen bestimmen, von grosser Bedeutung zu sein. In diesem Zusammenhang sei auf eine Studie von Cohen (1975) über eine neufundländische Gemeinde hingewiesen. Darin wird untersucht, welches angesichts eines Kulturkonflikts zwischen "Moderne" und "Tradition" die Strategien der diese beiden Tendenzen vertretenden politischen Parteien sind. Die Strategie der "Modernisten" zielt dabei auf eine Ersetzung der traditionellen Werte (cultural substitution), während die "Traditionalisten" versuchen, eine Verbindung zwischen neuen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen einerseits und den

traditionellen Werten andererseits herzustellen (cultural extension) (1).

Heintz et.al. (1978:321) betrachten als den zentralen Mechanismus zur Stabilisierung sozialer Realität die Tatsache, dass die Gesellschaftsstruktur einen Lernapparat darstellt, der das Wissen über die strukturelle Nachbarschaft fördert (strukturelle Nahsicht), während er das Erkennen von solchen Zusammenhängen hemmt, die ausserhalb der strukturellen Nachbarschaft liegen. Strukturelle Nahsicht bedeutet in einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft, dass diejenigen Individuen am schlechtesten über die Spitze der Hierarchie und die darin ablaufenden Prozesse informiert sind, bei denen diese Informationen aufgrund ihrer Unterprivilegierung den stärksten Widerstand hervorrufen würden. Insofern ist die strukturelle Nahsicht von zentraler Bedeutung für die Stabilität einer Gesellschaft. Dieser Mechanismus ist stärker durch die gesellschaftliche Realität determiniert und dadurch auch weniger manipulierbar als der oben diskutierte, gezielte Einsatz von sogenannten Oberflächenideologien. Deshalb scheitert er dort, wo in der Struktur der Gesellschaft Widersprüche entstehen, z.B. bei Individuen mit einer inkonsistenten Statuskonfiguration. Diese Individuen werden mit unterschiedlichen Nahsichten konfrontiert, welche einander widersprechen und relativieren, und damit tendenziell zur Entwicklung einer entlegitimierenden Weitsicht führen. In solchen strukturellen Konfliktzonen liegt daher i.a. der Ausgangspunkt für alternative gesellschaftliche Entwürfe. Die Wirksamkeit des Stabilisierungsmechanismus der strukturellen Nahsicht kann daneben auch durch eine allgemeine Anhebung des Informiertheitsgrades und der kognitiven Kompetenz, wie sie etwa durch die Erhöhung des Bildungs-

(1) Wichtig erscheint für unsere Zwecke die Feststellung von Cohen, dass es bei diesen beiden sehr gezielt angewandten Strategien nicht um die Stabilisierung der politischen Herrschaft als solcher geht, sondern um die Frage, wer diese politische Herrschaft ausübt (Cohen 1975:116). Die politische Herrschaft als solche scheint im untersuchten Kontext durch andere, grundlegendere und auch weniger manipulierbare Elemente der politischen Ideologie a priori gewährleistet zu sein.

standes (1) oder durch die Ausbreitung der Massenmedien bewirkt wird, abgebaut werden.

Auf der Wahrnehmungsebene stabilisiert sich eine Gesellschaft also durch Nicht-Wahrnehmung oder Relevanzunterschätzung entlegitimierender Informationen oder Zusammenhänge einerseits (strukturelle Nahtsicht), durch Wahrnehmung irrealer oder durch Relevanzüberschätzung legitimierender Informationen und Zusammenhänge andererseits (Erzeugung von stützenden Sinnwelten). Diese grösstenteils vernachlässigten Arten der Legitimation werden z.B. von Glassman (1979:55) als irrational bezeichnet, da sie nicht mit dem Bild des bewusst Legitimität gewährenden Staatsbürger übereinstimmen. Anhand einiger Beispiele, die entweder als speziell wichtig erscheinen und/oder empirisch nachgewiesen sind, soll abschliessend die Bedeutung der beiden Aspekte der Nicht-Wahrnehmung realer und der Wahrnehmung irrealer Zusammenhänge dargestellt werden.

Ein zentraler Stellenwert in der Stabilisierung gesellschaftlicher Strukturen kommt zweifelsohne der Tendenz zu, die soziale Bedingtheit individueller Merkmale zu unterschätzen (2). Gesellschaftliche Ungleichheiten sind in dieser Sichtweise ebenso auf unterschiedliche individuelle Fähigkeiten zurückzuführen wie Kriminalität und Suchtprobleme. In dieser Logik kann die Gesellschaftsstruktur deshalb nicht illegitim werden, weil sie nirgends als selbständige Grösse auftaucht, sie reduziert sich auf eine

-
- (1) Vgl. dazu etwa Zwicky, Heintz (1982), wo sich im Rahmen einer komparativen Länderanalyse unter Kontrolle der Einkommensungleichheit ein positiver Zusammenhang zwischen dem Bildungsstand und dem Ausmass interner Konflikte ergibt.
- (2) Verschiedene Autoren haben die Bedeutung dieses Mechanismus sowie seine kulturelle Bedingtheit aufgezeigt (s. Balog 1978:9; Windisch 1978:173; Lane 1979:71): "In the West generally, and in the United States in particular, there is a bias in favor of actor attribution: it is the implication of our individualism, our belief that individuals are and should be, and should certainly think of themselves as, masters of their own fates." (Lane 1979:71).

Ansammlung unterschiedlich gearteter Individuen. Diese Individualisierungs- und Personalisierungstendenz manifestiert sich u.a. in der ungleich grösseren Popularität, die die Psychologie im Verhältnis zur Soziologie besitzt (1). Für die Schweiz im besonderen ist auch auf den qualitativ und quantitativ tiefen Standard der Sozialstatistik hinzuweisen, welcher Levy (1978: 80) dazu veranlasst hat, von einer "Institutionalisierung der reduzierten Sichtbarkeit der Macht" zu sprechen (2). Eine Arbeit von Balog (1978) über die Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit zeigt darüber hinaus, dass wahrgenommenen illegitimen Gesellschaftsbildern oft die Handlungsrelevanz entzogen wird: Die eigene Situation wird nicht im Zusammenhang mit dem allgemeineren (konfliktiveren) Wissen über soziale Phänomene gesehen (s. Balog 1978:11). So sind auf dieser kognitiven Ebene auch dann noch Stabilisierungsprozesse wirksam, wenn illegitime gesellschaftliche Zustände bereits wahrgenommen worden sind.

Ein letztes Beispiel für die Bedeutung der Nicht-Wahrnehmung realer Zusammenhänge für die Stabilisierung der Gesellschaft entstammt einer Untersuchung über regionale Identitäten in der Schweiz (s. Meier-Dallach et.al. 1979). Dort konnte gezeigt werden, dass die Einwohner unterprivilegierter Regionen sich überdurchschnittlich stark mit der Gemeinde identifizieren, eine strukturelle Nahtsicht bezüglich des regionalen Schichtungsgefüges, die - obwohl sie oft mit "Ideen verstärkter Solidarität und Egalität zwischen Gemeinden" einhergeht - die Wahrnehmung der regionalen Schichtung zugrundeliegenden Mechanismen beeinträchtigen dürfte, da die Ungleichheit als ein interkommunales, nicht als ein interregionales Problem perzipiert wird.

-
- (1) Diese Personalisierungstendenz variiert zwischen verschiedenen Kulturen zweifellos in starkem Ausmass. An dieser Stelle sei lediglich auf eine Untersuchung von Lopreato, Chafetz (1971:169) hingewiesen, aus der gefolgert wird, dass soziale Absteiger in Italien eher die Gesellschaft verantwortlich machen als soziale Absteiger in den USA (oder auch der Schweiz), ihre Personalisierungstendenz ist also geringer.
 - (2) Beispielsweise existieren in der Schweiz keine aktuellen Statistiken über die Vermögensverteilung, wobei interessant ist, dass die entsprechenden Daten in den 50-er Jahren erhoben und veröffentlicht wurden.

Bevor wir abschliessend auch die Relevanz der Ueberschätzung gesellschaftlicher Merkmale und Zusammenhänge an einigen Beispielen illustrieren, soll der zentrale kognitive Mechanismus, der hinter der "Stabilisierung durch Erzeugung stützender Sinnwelten" steht (1), präzisiert werden. Im wesentlichen geht es dabei darum, dass Merkmalen von Gesellschaften, Gruppen oder Individuen eine gesellschaftliche Bedeutung zugeschrieben wird, die ihnen in der Realität nicht zukommt. Analog zu einem Legitimitätstransfer von einer realen Statusdimension zur anderen können auch imaginäre oder überbewertete Statusdimensionen zur Stabilität einer Gesellschaft beitragen. Dabei legitimieren sie entweder die ansonst illegitimen Positionen von Individuen auf einer realen Statusdimension, oder aber sie entziehen einer illegitimen gesellschaftlichen Verteilung Relevanz zugunsten einer legitimeren Schichtungsdimension. In diesem Sinne leisten nationalistische und xenophobische Bewegungen in gleichem Masse einen Beitrag zur Stabilisierung der Gesellschaft wie Subversivenverfolgungen und Verbrechensbekämpfung. In allen Fällen wird ein Gegensatz zwischen "gut" und "böse" hochgespielt, der von internen Konflikten (d.h. Konflikten zwischen verschiedenen Gruppen der "Guten") ablenkt. In einer Arbeit über die Xenophobie und ihre Beziehung zu Merkmalen der politischen Ideologie in der Schweiz beschreibt Windisch (1978) beispielhaft, wie die Betonung der Unterscheidung zwischen Schweizern und Ausländern zu einer Homogenisierung der nationalen Gruppe führt und wie die Ausländer in oft abenteuerlichster Weise für gesellschaftliche Probleme - sei es nun die Inflation (Windisch 1978:96) oder die Umweltzerstörung (Windisch 1978:81) - verantwortlich gemacht werden.

Auch Ergebnisse makrosoziologischer Kontextvergleiche deuten darauf hin, dass imaginäre Statusdimensionen zur gesellschaftlichen Stabilisierung beitragen. In Kontexten mit strukturellen (Einkommensungleichheit) oder politischen Spannungen (kein Vielparteiensystem) sind stärkere Bestrebungen festzustellen, imagi-

(1) Wohlgermerkt geht es in diesem Abschnitt lediglich um kognitive Stabilisierungsmechanismen. Der evaluative Gehalt von "Sinnwelten" wird deshalb ausgeklammert.

näre Dimensionen iuristischer oder politisch-moralischer Natur in den Vordergrund zu stellen. So findet Jacobs (1978:520) im Rahmen eines Vergleichs der amerikanischen Staaten eine positive Beziehung zwischen der Einkommensungleichheit und der Strenge der Rechtssprechung. Und Bergesen (1977:227) kommt in einer Arbeit über politische Hexenjagden zum Schluss, dass in Nationen mit einem Vielparteiensystem sowohl die Gesamthäufigkeit von Hexenjagden als auch ihre Dispersion über verschiedene institutionelle Bereiche geringer ist.

5.5 Evaluative Analyseebene: Individuelle Werte

Die evaluativ-mikrosoziologische Analyse der Legitimität hat Tradition (vgl. u.a. Eckstein/Gurr 1975). Die damit verbundenen Konzepte sind aber entweder partikularistisch oder sie hypostasieren die Bedeutung des evaluativen Aspektes der Stabilisierung (1). Die in dieser Arbeit vorgeschlagene Differenzierung in verschiedene Analyseebenen ermöglicht es uns dagegen, sowohl die spezifische Form der evaluativen Legitimitätsgenese präziser zu fassen als auch ihre Interaktion mit anderen analytischen Ebenen in Betracht zu ziehen.

Auf dieser dritten Analyseebene entsteht Legitimität durch die Beeinflussung individuell gültiger Werte; bzw. durch die UeberEinstimmung dieser Werte mit dem Bild, das ein Individuum von bestimmten Legitimationsobjekten hat. Eine empirische Ueberprüfung dieser Grundhypothese müsste eine negative Beziehung zwischen der Diskrepanz zwischen individuellen Werten und Realitätsbildern einerseits und der Legitimität dieser Objekte andererseits nachweisen können. Stabilisierung im Sinne von Legitimation bedeutet auf dieser Analyseebene demnach eine Verringerung der Diskrepanz zwischen individuellen Werten und Realitätsbildern

(1) Rosen (1979:77) sieht die Hypostasierung dieser Art der Stabilisierung im Zusammenhang mit dem Vorherrschen einer liberalistischen Ideologie in den Sozialwissenschaften: "Inasmuch, then, as legitimacy in the realm of politics is definionally reduced to belief or to a subjective manifestation of psychic experience, legitimacy necessarily must be understood in the context of the archetonic principles and assumptions of the liberal democratic state."

durch eine Anpassung individueller Werte an die Realität (1). Dabei spielt die Internalisierung von Werten im Rahmen von Lernprozessen zweifellos eine wichtige Rolle, ihre Bedeutung wurde aber lange Zeit überschätzt:

"The principal problem of legitimacy has been reduced to theories of communication, socialization or learning of attitudes and beliefs which are right - in the sense that usefully bestow legitimacy on the state." (Rosen 1979:84)

Die Bedeutung dieses lange überschätzten Mechanismus wird vor allem durch strukturelle Inkonsistenzen und durch sozialen Wandel eingeschränkt, sie wird weiter relativiert durch unterschiedliche (d.h. auch in unterschiedlichem Masse legitimierende) Wertstrukturen in den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten.

Mechanismen, die eine Übereinstimmung zwischen Werten und Realitätsbildern bewirken, zeichnen sich gegenüber anderen Stabilisierungsarten durch eine höhere Spezifität aus: Im Gegensatz etwa zu kognitiven Mechanismen, die die Wahrnehmung illegitimer Zustände beschränken, sind sie nicht unabhängig von den konkreten Merkmalen des Legitimationsobjektes. Eine stabile Gesellschaft setzt ein bestimmtes Ausmass an solcherart spezifischer Legitimität voraus. Nur dann kann sie sich in Krisensituationen, d.h. wenn sich konkrete gesellschaftliche Alternativen eröffnen, erhalten.

Wie bereits oben erwähnt kann grundsätzlich jeder Handlung Legitimität zugeschrieben werden, wenn ein "Glaube in die gerechtfertigte Natur ihrer Benützung" (Almond/Powell 1966:18) vorhanden ist. Gewalt kann unter bestimmten Bedingungen ebenso legitim erscheinen wie Gerechtigkeit oder ein demokratischer Entscheid. In diesem Sinne ist auf die Arbeiten von Horowitz (1969, 1979) hinzuweisen, in denen argumentiert wird, dass die strukturelle Situation in den meisten südamerikanischen Staaten

(1) Grundsätzlich wird die Diskrepanz zwischen individuellen Werten und Realitätsbildern beeinflusst durch die individuellen Werte, die Realität und Wahrnehmung dieser Realität. Da die letzten beiden Aspekte im Rahmen der Analyseebenen 1 und 2 diskutiert wurden, bleibt an dieser Stelle nur noch die Diskussion von Unterschieden bezüglich individueller Werte.

paradoxerweise dazu führt, dass sogar Illegitimität zur legitimen Norm wird. Im folgenden wird aber von dieser speziellen strukturellen Situation abgesehen. Unsere Ueberlegungen beziehen sich vielmehr auf westliche Industriegesellschaften. Vergleicht man die hier vorherrschenden Werte hinsichtlich ihrer legitimatorischen Bedeutung, stellt sich zunächst einmal das Problem, dass sie unterschiedliche Legitimationsobjekte implizieren. Während z.B. der Wert "Konsum" sich auf die spezifischen Möglichkeiten eines einzelnen Individuums bezieht, stellt für den Wert "Gleichheit" die ganze Gesellschaft das Legitimationsobjekt dar. Diese Variabilität von Bewertungsobjekten ist auch dann von Bedeutung, wenn es - wie in unserem Fall - um ein spezifisches Legitimationsobjekt wie die Gesamtgesellschaft geht. Im Beispiel der Stabilisierung durch individuelle Konsummöglichkeiten überlagern sich dann zwei Mechanismen: Ein kognitiver Mechanismus (2. Analyseebene), der den Orientierungshorizont auf die individuelle Situation einengt, und ein evaluativer Mechanismus (3. Analyseebene), der Konsummöglichkeiten positiv bewertet.

Weitere Dimensionen, auf denen sich Werte unterscheiden, betreffen ihre Transzendenz (1) und ihre Direktheit (2). Die Unterschiede auf diesen Dimensionen sind - wie zu zeigen sein wird - durch kognitive Faktoren mitbedingt, in ihrer Wirkungsweise sind sie aber der evaluativen Ebene zuzuordnen.

Tabelle 5 soll einen Ueberblick über einige gesellschaftlich relevante Werte in westlichen Industriegesellschaften geben und eine einfache Typisierung dieser Werte hinsichtlich ihrer stabilisatorischen Wirkungsweise vorschlagen.

-
- (1) Das Kriterium der Transzendenz bezieht sich in unserem Verständnis auf das Ausmass, in dem die Gültigkeit von Werten dem Einfluss von gesellschaftlichen Entwicklungen entzogen wird.
 - (2) Mit Direktheit ist die Exaktheit gemeint, mit der sich Werte auf den Realitätsausschnitt beziehen, zu dessen Legitimation sie in Anspruch genommen werden. Als Beispiel für indirekte oder Metawerte kann die "Legitimation durch Verfahren" angeführt werden: Hier werden inhaltliche Entscheidungen durch die Art, in der sie zustande gekommen sind, legitimiert.

Tabelle 5: Werte und Werttypen in westlichen Industrienationen

Wert	Werttyp
Göttlicher Wille Tradition Gemeinschaft Gleichheit	Transzendente Werte
Erfolg Effizienz Entwicklung	Outputwerte
Verfahren/Legalität Persönliche Merkmale (von Entscheidungsträgern) Rationalität (von Normen)	Inputwerte
Konsum Männlichkeit Sauberkeit Konformität Nationalität	Ablenkwerte

Transzendente Werte können dadurch charakterisiert werden, dass sie einerseits umfassend sind, d.h. sich nicht auf die individuelle Situation beschränken, und dass sie andererseits auf eine letzte Wahrheit rekurrieren, d.h. dass sie den Alltag mit "transzendenter Bedeutung füllen" (Bergesen 1977:230).

Im Rahmen von Säkularisierungsprozessen in unseren Kontexten scheinen die transzendenten Werte "Göttlicher Wille" und "Tradition" zugunsten jener von "Gemeinschaft" und "Gleichheit" an Bedeutung verloren zu haben. Es sei an dieser Stelle deshalb lediglich auf die beiden letztgenannten näher eingegangen. Der Wert der Gemeinschaft oder des Gemeinwohls leitet sich im Gegensatz zu einem göttlichen Willen aus dem realen menschlichen Zusammenleben ab, er unterliegt nicht der Willkür einer höheren Gewalt. Weil aber diese Herleitung aus dem realen Zusammenleben rein formal ist, d.h. nach Fach (1978:201), dass mit der Idee des Gemeinwohls kein spezifischer Inhalt verbunden ist, vermag dieser Wert ebenso wie ein göttlicher Wille praktisch jede Handlung und jeden Zustand zu legitimieren. Dazu kommt, dass der

Wert des Gemeinwohls "exklusive Geltung" besitzt, d.h. dass kein Adressat denkbar ist, dessen Interesse dem Anspruch nach nicht abgedeckt ist (vgl. Fach 1978:202). Die grosse Bedeutung des Gemeinwohls sowie anderer transzendenter Werte liegt also darin, dass sie einerseits aus "dieser Welt" hergeleitet sind und keine Personengruppe ausschliessen, dass sie aber andererseits in ihrer Unbestimmtheit mit praktisch jedem konkreten Geschehen vereinbar sind.

Die obgenannte Unbestimmtheit von transzendenten Werten ist im Falle des Wertes "Gleichheit" eingeschränkt, nicht aber aufgehoben. Der Wert "Gleichheit" (1) enthält zwar ziemlich genaue Kriterien bezüglich des Verhältnisses von Individuen, nicht aber bezüglich der Dimension, auf der diese Individuen verglichen werden sollen. Er legitimiert in gleichem Masse den Kapitalismus qua Gleichheit im Warentausch und politische Gleichheit und den Sozialismus qua Einkommensgleichheit und Gleichheit im Produktionssektor.

Diese kurze Diskussion zweier transzendenter Werte macht die Bedeutung kognitiver Faktoren für die Legitimationsanalyse auf der evaluativen Ebene deutlich. Es geht vielfach weniger darum, neue Werte zu schaffen, als vielmehr darum, bestehende transzendente Werte durch kognitive Mechanismen mit der Realität vereinbar zu machen. Ein solcher Mechanismus liegt beispielsweise in der inhaltlichen Unbestimmtheit transzendenter Werte, die sie mit den unterschiedlichsten realen Vorkommnissen vereinbar macht. Einen zweiten Mechanismus stellt die Einschränkung des Realitätsbereiches dar, der an einem Wert gemessen wird (vgl. z.B. die Einschränkung des Gleichheitswertes auf den politischen Bereich des Kapitalismus).

(1) Es sei darauf hingewiesen, dass das hier benutzte Konzept des Gleichheitswertes einerseits einen gesamtgesellschaftlichen Bezug und andererseits eine positive Bewertung von Gleichheit per se voraussetzt. Eine alternative Betrachtungsweise könnte argumentieren, dass Gleichheit nur deshalb Legitimität erzeugt, weil sie einer grösstmöglichen Anzahl von Gesellschaftsmitgliedern den grösstmöglichen Anteil an bestimmten Werten, z.B. dem Gesamteinkommen verschafft. In diesem Falle wäre aber nicht die Gleichheit selbst ein positiver Wert, sondern lediglich das individuelle Einkommen bzw. die Konsummöglichkeiten.

Einen zweiten Werttyp stellen Outputwerte dar. Sie werden hier - als makrosoziologische Werte - auf ganze Gesellschaftssysteme bezogen. Zweifellos wirken sie aber in starker Interaktion mit Werten, die sich auf die individuelle Situation beziehen: Entwicklungswerte beispielsweise mit dem weiter unten diskutierten Wert des individuellen Konsums.

In unseren Gesellschaften ist der ökonomische Output von herausragender Bedeutung für die Legitimation der Gesellschaft:

"Claims to legitimacy of ... regimes have been increasingly tied to economic expansiveness and prosperity. Governments that have been unable to "insure" economic prosperity, control inflation, and limit unemployment have been denied victories by the electorate." (Vidich 1979:277)

In bestimmten gesellschaftlichen Schichten der hochentwickelten Länder dürfte die Relevanz dieser Werte am Anfang der 70er Jahre zwar deutlich abgenommen haben (vgl. die Konzepte der Sättigung bei Heintz (1974) und der post-materialistischen Werte bei Inglehart (1971)), inzwischen scheint diese Entwicklung auf dem Hintergrund einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums gebremst worden zu sein.

Zur gleichen Kategorie der Outputwerte gehören zunehmend auch auf staatlich-administrative Systeme angewandte Effizienzkriterien.

Die legitimatorische Wirkung von Outputwerten beruht - ebenso wie die der oben diskutierten transzendenten Werte - auf einem kognitiven Mechanismus. Allerdings legitimieren diese Werte nicht aufgrund ihrer Unverbindlichkeit, sondern aufgrund einer "Unschärfe" zwischen legitimierendem Wert und dem zu legitimierenden Realitätsbereich: Die Legitimität des Outputs eines Systems wird auf das System selber übertragen (vgl. dazu auch das Konzept des Legitimitätstransfers in Abschnitt 5.3). Die hier vorgeschlagene Interpretation von Outputwerten als zentrale Legitimitätsgründe durchbricht die bekannte Unterscheidung von Lipset (1960) zwischen Effizienz und Legitimität. Sie entspricht aber einer Tendenz in der neueren Literatur, die darauf hinweist, dass Effizienz und Legitimität im realen politischen Leben "in organischer Weise interagieren" (Rothschild 1979:39).

Als Inputwerte werden Werte bezeichnet, die ebenfalls "indirekt" legitimieren (vgl. Anmerkung 2 auf Seite 71). Ähnlich wie bei Outputwerten entspricht der legitimierende Wert nicht genau dem Objekt, das er legitimiert. Es findet also eine Legitimitäts-Übertragung statt. Während jedoch diese Uebertragung bei den Outputwerten - bezogen auf den zeitlichen Ablauf - rückwärts verläuft (ein System ist legitim, weil es positiv bewerteten Output produziert), legitimieren Inputwerte zukünftige Ereignisse. Ein positiv bewertetes Verfahren legitimiert beispielsweise das Resultat dieses Verfahrens, eine inhaltliche Entscheidung. Solche Inputwerte sind vom deutschen Funktionalismus ins Zentrum der Legitimationsanalyse gestellt worden. Sie scheinen sich vor allem in Situationen externer Ueberkomplexität herauszubilden: Wenn es nicht mehr möglich ist, die Legitimität jeder einzelnen politischen Entscheidung zu beurteilen, wird sie vom Verfahren der Entscheidungsfindung abhängig gemacht. Parallele Reduktionsmechanismen laufen ab, wenn das Verhalten von Elitefiguren aufgrund persönlicher Merkmale beurteilt wird oder wenn Normen lediglich aufgrund ihrer "Rationalität" beurteilt werden (vgl. Zedler 1978).

In noch stärkerem Ausmass als bei den bisher diskutierten Werttypen ist die Bedeutung von Ablenkwerten kognitiver Art. Die individuelle Ausrichtung dieser Werte hat eine stabilisierende Wirkung unabhängig davon, ob eine Diskrepanz zwischen den betreffenden Werten und der Realität besteht. Im Beispiel des Wertes "individueller Konsum" entsteht Legitimität bei Erfüllung der Konsumziele durch eine allgemeine Zufriedenheit, bei Nichterfüllung wird die Unzufriedenheit oft in einer individualistischen Weise, z.B. als Kriminalität, artikuliert, welche durch ihre eigene Illegitimität die Stabilität der Gesellschaft erhöht (vgl. Killias/Zwicky 1978:137 und 141). Auf die stabilisatorische Bedeutung sogenannter Ablenkwerte wurde bisher vor allem im Zusammenhang mit anomietheoretischen Kriminalitätserklärungen sowie in Untersuchungen über schichtspezifische Werte (vgl. Kohn/Schooler 1979; sowie neuerdings Jeffries et.al. 1979) hingewiesen. Erstere gehen davon aus, dass Ritualismus und Ablenkwerte eine kriminelle Verarbeitung struktureller Spannungen verhindern (vgl. Merton 1974, Killias, Zwicky 1978). Als Haupt-

ergebnis letzterer kann festgehalten werden, dass die Bedeutung von Ablenkwerten mit zunehmender Schichthöhe abnimmt. Ablenkwerte spielen somit vor allem für die Stabilisierung der Gesellschaft gegenüber tieferen gesellschaftlichen Schichten eine Rolle.

Das Stabilisierungs- und Legitimationsproblem auf der evaluativen Ebene besteht darin, die soziale Realität bzw. deren Perzeption mit den Wertstrukturen der Bürger zu vereinbaren. Dies kann einerseits durch eine Veränderung der Werte im Sinne einer Anpassung an die soziale Realität geschehen. Ist dies nicht möglich, besteht ein wesentlicher Stabilisierungsmechanismus darin, die entsprechenden Werte zu institutionalisieren. In Demokratien stösst ein solcher Legitimationsmechanismus vor allem bei Minderheiten, deren Werte von der Mehrheit abweichen, an seine Grenzen. In diesem Zusammenhang kann an Tendenzen zur Legitimationskrise des schweizerischen Bundesstaates in der Westschweiz hingewiesen werden (vgl. auch die Ergebnisse der empirischen Analyse in Teil II).

5.6 Artikulative Analyseebene: Artikulationsressourcen

"The occasion when protest is possible among the poor, the forms it must take, and the impact it can have are all delimited by the social structure in ways which usually diminish its extent and diminish its force."
(Piven/Cloward 1977:3)

Das Einleitungszitat problematisiert die Annahme der meisten makrosoziologischen Legitimationskonzepte, dass Illegitimität problemlos artikuliert werden kann.

Auf dieser vierten analytischen Ebene geht es um die Frage, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit Illegitimität (als politische Aktivität) artikuliert werden kann und welche Faktoren dieser Artikulation entgegenwirken.

Diese Fragestellung fand bisher vor allem in Arbeiten über soziale Bewegungen die notwendige Beachtung (vgl. z.B. Smelser 1963, Oberschall 1973, Piven, Cloward 1977).

Die Wirkungsweise stabilisierender Einflüsse auf dieser Ebene kann mit Hilfe von Kosten/Nutzen-Modellen eingefangen werden, wie sie beispielsweise von Oberschall (1973) oder von Opp (1978)

vorgelegt worden sind: Danach führen stabilisierende Mechanismen zu einer Erhöhung der Kosten und/oder zu einer Verringerung des Nutzens der Artikulation von Illegitimität.

Zur Bestimmung inhaltlicher Bestimmungsgrößen artikulativer Stabilisierung greifen wir zurück auf die sogenannte "value added theory" von Smelser (1963). Smelser (1963) nennt sechs Bedingungen für die Entstehung sozialer Bewegungen. Davon sind vier für unsere Fragestellung von Bedeutung (1):

- Strukturelle Begünstigung (structural conductiveness)
- Ideologische Begünstigung (generalized beliefs)
- Auslösende Faktoren (precipitating factors)
- Abschwächung oder Ineffizienz der sozialen Kontrolle (social control).

Diese Bedingungen bzw. ihre Verhinderung sind zum Teil durch strategische Entscheidungen individueller Akteure beeinflussbar, zum anderen Teil sind sie strukturell determiniert. Im folgenden sollen zu jedem dieser vier Bedingungskomplexe einige empirische Ergebnisse, Hypothesen oder weiterführende Ueberlegungen referiert werden, um ihre Wirkungsweise und deren Einflussfaktoren zu verdeutlichen.

Die in der Literatur am stärksten diskutierte strukturelle Begünstigung sozialer Bewegungen betrifft die interne Differenzierung von Gesellschaften. Nach Oberschall (1973:119) werden die Artikulationsmöglichkeiten durch eine geringe Segmentierung der Gesellschaft verkleinert, indem die soziale Kontrolle erleichtert wird. Smelser (1963:278) erachtet demgegenüber eine geringe gesellschaftliche Differenzierung zwar als hemmend für normorientierte Bewegungen, wertorientierte Bewegungen - und als solche müssen Artikulationen von Illegitimität ja betrachtet werden - werden seiner Meinung nach aber wahrscheinlicher. Von zentraler Bedeutung für die Artikulation von Illegitimität in hierarchisch gegliederten Gesellschaften ist zweifellos die ungleiche Verteilung von Ressourcen: Unterprivilegierte Gruppen

-
- (1) Die andern zwei Bedingungen Smelser's (1963) betreffen einerseits das Vorhandensein struktureller Spannungen (structural strain), andererseits wird eine Bedingung angeführt, die verschiedene der andern Bedingungen aus einer dynamischen Perspektive zusammenfasst (mobilization for action).

sind hinsichtlich der Möglichkeit benachteiligt, potentielle Illegitimität zu artikulieren. Piven/Cloward (1977) zeigen, dass dies nicht nur für institutionelle Formen politischer Aktivität wie Wahlbeteiligung gilt, sondern auch für Aufstände, Demonstrationen, Streiks etc. Dabei spielen die verschiedensten Arten von Ressourcen eine Rolle. Beispielsweise wurde die Wichtigkeit rein finanzieller Mittel gerade für nicht-institutionelle Aktivität in der Schweiz erst kürzlich durch die Vereinigung der Atomkraftgegner zum Ausdruck gebracht, welche sich angesichts eines immensen finanziellen Aufwands für ausserstande erklärte, bestimmte als notwendig erachtete Aktivitäten durchzuführen. In unteren Gesellschaftsschichten sind auch kognitiv-intellektuelle Ressourcen knapp, die es erst ermöglichen würden, adäquate Strategien zur Artikulation von Illegitimität zu entwerfen. Solange es einer Gesellschaft "gelingt", kognitiv-intellektuelle Potentiale von Illegitimitätspotentialen fernzuhalten, ist ihre Stabilität i.a. ungefährdet. Sobald sich diese beiden Potentiale aber vereinigen, dürfte die Stabilität einer Gesellschaft ernsthaft in Frage gestellt sein. In dieser Richtung weisen u.a. auch Untersuchungen über Aufstände in amerikanischen Ghettos: Die Teilnehmer daran zeichnen sich durchwegs durch eine höhere Bildung, ein höheres Einkommen und einen höheren Berufsstatus aus als die Schwarzen, die sich nicht an den Aufständen beteiligten (vgl. Alford, Friedland 1975:466). Die Aktiven stellen also eine Gruppe dar, die vor allem über die zur Artikulation notwendigen Ressourcen verfügt.

Die in der Struktur angelegte Ungleichheit von kognitiv-intellektuellen Ressourcen verhindert nicht nur adäquate Strategien zur Artikulation von politischer Unzufriedenheit, sie verringert darüber hinaus die Wahrscheinlichkeit, dass Spannungen politisch verarbeitet werden (1). Illegitimität kann daher zu individualistischen Reaktionen wie z.B. Kriminalität führen.

(1) Die Theorie der strukturellen und anomischen Spannungen würde diesen Stabilisierungsmechanismus als Einschränkung der Transformation von individueller in interinstitutionelle Anomie interpretieren, welche in Zusammenhang mit einer Tendenz zur Artikulation von Interessen durch institutionelle (anstelle von schichtorientierten) Assoziationen gebracht werden kann (vgl. Heintz 1968:285).

Die ungleiche Verteilung von Ressourcen behindert die Artikulation der gesellschaftlichen Schichten, die aufgrund ihrer objektiven Unterprivilegierung das grösste Destabilisierungspotential aufweisen. Dieser Zusammenhang gilt - wie Verba, Nie, Kim (1978) nachweisen - für alle Länder. Wichtig ist aber, dass institutionelle Faktoren die Stärke dieser Beziehung abzubauen vermögen, beispielsweise durch Organisationen der Unterprivilegierten (z.B. in Form von Gewerkschaften). Die überall feststellbare artikulative Stabilisierung kann also durch institutionelle Faktoren verringert werden. Analog dazu könnte das politische System der direkten Demokratie in der Schweiz als Abbau der artikulativen Stabilisierung gedeutet werden, indem Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die vergleichsweise weniger Ressourcen voraussetzen.

Ideologische Faktoren, die die Artikulationsmöglichkeiten beeinflussen, können unterteilt werden in solche, die sich auf die allgemeine Kultur eines Kontextes beziehen, und solche, die die Subkultur der Artikulierenden betreffen, in termini Ansarts die "Ideologie gegen die Macht" (Ansart 1977:101 ff).

Die allgemeine Kontextkultur behindert einerseits - wie in Abschnitt 5.4 gezeigt - die Entstehung von Illegitimität, andererseits aber auch ihre Artikulation. Letzteres geschieht wesentlich durch das Verschweigen und die Aechtung bestimmter Artikulationsformen. Etzioni (1970:9) weist beispielsweise für Demonstrationen nach, dass sie von der Öffentlichkeit i.a. mit Gewalt in Zusammenhang gebracht werden, obwohl nur der kleinste Teil unter ihnen von gewaltsamen Vorkommnissen begleitet ist. Solche Behinderungen der Artikulation von Illegitimität werden in dem Masse ausser Kraft gesetzt, in dem die Häufigkeit solcher Ereignisse zunimmt. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich die Artikulation von Illegitimität zyklisch entwickelt, wie das von Pitcher et.al. (1978) für kollektive Gewalt aufgezeigt worden ist. Denn jede öffentlich gewordene, unkonventionelle Artikulation von Illegitimität erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich auch andere Illegitimitätspotentiale auf diese Weise artikulieren.

Zusätzlich zu den Merkmalen der allgemeinen Kontextkultur ist für die Artikulation von Illegitimität die spezifische Subkultur von Illegitimitätspotentialen von Bedeutung. Dort geht es primär darum, dass sich eine eigenständige Ideologie entwickeln kann, die Alternativen aufzeigen und expressive Gratifikationen auszuteilen vermag.

"L'importance décisive de la création idéologique.. réside dans le fait qu'elle s'inscrit dans les possibles, dans les potentialités sociales et qu'elle se propose consciemment ou inconsciemment de les révéler et de les mettre en activité. La critique, la dénonciation des injustices, le rappel des idéaux traditionnels et l'exposé de leur trahison par les classes dirigeantes dévoilent un interdit, un non-dit par l'idéologie officielle. Ce faisant, le nouveau discours désigne une potentialité encore confuse, celle des mécontentements, et surtout l'existence des porteurs de ce mécontentement." (Ansart 1977:103)

Die Entstehung solcher alternativer Ideologien bewirkt auch, dass kognitive Vereinfachungsmechanismen- wie sie in Abschnitt 5.4 beschrieben wurden - in einer Weise zu wirken beginnen, welche die Destabilisierung der Gesellschaft fördert anstatt sie zu hemmen. Beispielsweise kann die bestehende Gesellschaft zum Sündenbock werden, auf den die Illegitimität der unterschiedlichsten Legitimationsobjekte projiziert wird.

Es kann vermutet werden, dass die Kleinräumigkeit der Schweiz das Entstehen und die Entfaltung solcher alternativer Ideologien und damit die Artikulation von Illegitimität erschwert. Darüberhinaus weist Windisch (1979) auf strategische Fehler linker Parteien hin, die die Bedeutung der geschilderten ideologischen Dynamik für die Erhöhung des Artikulationsgrades von Illegitimität lange Zeit unterschätzen; Fehler, die die Ueberfremdungsbewegung nicht begangen hat:

"Contrairement aux partis de gauche qui ont tendance à vouloir mobiliser la population à partir du seul paradigme de la conscience de classe, les dirigeants des mouvements xénophobes ont saisie l'importance capitale de la conscience collective, de même qu'ils sont, comme nous avons pu nous en apercevoir à plusieurs reprises, particulièrement attentifs aux spécificités de l'idéologie helvétique et aux mécanismes du fonctionnement de la pensée sociale." (Windisch 1979:180)

Als dritter Bedingungskomplex für die Artikulation von Illegitimität sind auslösende Faktoren oder - wie Oberschall (1973) sie nennt - "focal points" zu erwähnen. Auslösende Faktoren wie etwa bestimmte Regierungsverordnungen oder ein politischer Mord führen dazu, dass sich eine allgemeine Unzufriedenheit mit konkreten Handlungszielen verbindet - und bestünden solche Handlungsziele auch nur in der Expression von Protest. In solchen Auslösern können sich verschiedene Themen überschneiden, von denen jedes einzelne für eine Mobilisierung zu schwach ist, während sie zusammen die verschiedenen Faktoren, die die Artikulation von Illegitimität hemmen, zu überwinden vermögen. Das bekannteste Beispiel einer solchen Themenüberschneidung dürfte wohl die Studentenrevolte von 1968 sein, wo sich Universitätsprobleme, allgemeine Gesellschaftskritik und die Vietnampolitik der Vereinigten Staaten zu einem bedeutsamen Mobilisierungspotential vereinigten.

Smelser (1963), der das Konzept des Auslösers in die Diskussion eingebracht hat, hat es später selber wieder in Frage gestellt (vgl. Marx/Wood 1975:409). Seine Bedenken erscheinen aber als ungerechtfertigt, da eine Vernachlässigung des Auslöser-Konzeptes die Bedeutung der Kombination verschiedener Themen und Motive in einem einzigen Artikulationsvorgang aus den Augen verlieren würde (1).

Schliesslich nennt Smelser (1963) als letzten Bestimmungsfaktor sozialer Bewegungen eine schwache soziale Kontrolle. Umgekehrt formuliert kann sich also eine Gesellschaft - auf der artikulativen Ebene - auch dadurch stabilisieren, dass sie die soziale Kontrolle fördert.

Zu diesem letzten Bestimmungsfaktor gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung sind zwei Einschränkungen zu machen:

-
- (1) Edelman (1976:5) hat in einem etwas anderen theoretischen Kontext auf die Bedeutung von sogenannten "Verdichtungssymbolen" hingewiesen, in denen sich unterschiedlichste Wünsche und Ängste auf ein bestimmtes Symbol, auf ein Handlungsziel hin "verdichten". Genau diese Funktion erfüllen Auslöser für die Artikulation von Illegitimität.

- (1) Soziale Kontrolle kann ausschliesslich die Artikulation mittels Aktivitätsformen beschränken, die gesellschaftlich nicht akzeptiert sind. Dies ist für die von Smelser (1963) anvisierte Kategorie der sozialen Bewegung in relativ starkem Masse der Fall.
- (2) In ihren offensichtlichsten Formen ist soziale Kontrolle der fünften Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung zuzurechnen, nämlich der reaktiven. Repressionen beispielsweise sind Reaktionen auf politische Artikulation, sie wirken aber in Form einer Warnung an zukünftige Aktivisten auf die artikulative Ebene zurück.

Der Faktor der sozialen Kontrolle wird aus den genannten Gründen in Abschnitt 5.7 ausführlicher diskutiert. Dabei wird auch kurz auf die Rückwirkungen des reaktiven auf den artikulativen Aspekt sozialer Kontrolle eingegangen.

Auf dieser vierten Ebene der Interaktion zwischen Individuum und Gesellschaft kann sich eine Gesellschaft also dadurch stabilisieren, dass sie die Artikulation von Illegitimität behindert. Dies geschieht je nach Gesellschaft vor allem über strukturelle oder ideologische Behinderung, durch Bekämpfung auslösender Faktoren oder durch soziale Kontrolle.

5.7 Reaktive Analyseebene: Repression und sozialer Wandel

Die politische Artikulation von Illegitimität stellt noch keine hinreichende Bedingung für eine Destabilisierung, d.h. für sozialen Wandel dar. Es sind auch Stabilisierungsmechanismen auf der reaktiven Ebene denkbar.

Prozesse reaktiver Stabilisierung bzw. Destabilisierung sind stärker als alle früher diskutierten Zusammenhänge von der gesellschaftlichen und politischen Elite gezielt und kurzfristig zu beeinflussen.

Die offensichtlichste Form reaktiver Stabilisierung stellt die Repression dar. Ihr Einsatz ist aber insofern problematisch als ihre Effektivität nicht in einer linearen Beziehung zum Einsatz repressiver Mittel steht. Vielmehr gilt es für die Herrschenden, einen für sie optimalen Einsatz von Repression zu finden, bei dem einerseits die direkte Repressionswirkung gross genug, andererseits die Mobilisierung der Bevölkerung gegen die Repres-

sion möglichst gering ist. Ein zu starker Einsatz von Repression könnte die Illegitimitätspotentiale so stark anwachsen lassen, dass sie auch bei einer vollständigen Ausnützung der Repressionsmöglichkeiten nicht mehr zu kontrollieren wären

Eine weitere - in diesem Falle beabsichtigte - Rückwirkung von Repression auf andere analytische Ebenen wurde bereits in Abschnitt 5.6 angesprochen: Repressionen beabsichtigen wesentlich auch eine artikulative Stabilisierung, indem sie potentielle Aktivisten zum Schweigen bringen sollen.

Eine zweite Form reaktiver Stabilisierung wird von Gamson (1968: 11-143) angeführt, nämlich die Kooptation der Eliten von Illegitimitätspotentialen. Diese Strategie hat im Unterschied zu repressiven Massnahmen kaum Rückwirkungen auf andere analytische Ebenen.

Eine weitere Stabilisierungsstrategie besteht in der Uminterpretation oder Ignorierung artikulierter Anliegen. Diese Möglichkeit ergibt sich vor allem bei Aktivitätsformen, die nicht verbindlich, wenig explizit und/oder nicht öffentlich sind. Nicht verbindlich und nicht öffentlich sind beispielsweise Petitionen, nicht explizit ist die Wahlbeteiligung. Im ersten Fall (Petitionen) dürfte die Strategie der Ignorierung vorherrschen, im zweiten Fall jene der Uminterpretation. In beiden Fällen wird die in der Aktivität zum Ausdruck kommende Intention von Bürgern nicht berücksichtigt.

Eine spezifische Form der Ignorierung stellt der Versuch dar, die Publikmachung unkonventioneller Artikulationsformen zu verhindern. Eine diesbezügliche Stabilisierungsstrategie besteht beispielsweise darin, Massenmedien dazu zu veranlassen, entsprechende Vorkommnisse zu verschweigen bzw. ihre Bedeutung hinunter zu spielen (1). Dadurch kann der Druck der Öffentlichkeit verringert werden, das im entsprechenden Ereignis artikulierte Anliegen zu berücksichtigen. Eine solche Stabilisierungsstrategie

(1) Auch aktuelle Tendenzen zur Kriminalisierung von Berichterstattn bei mit Gewalt verbundenen Ereignissen ("Zürcher Unruhen") können als Teil einer Strategie interpretiert werden, die darauf abzielt, die Publizität unkonventioneller Aktivierungsereignisse zu verringern.

verspricht vor allem bei solchen Artikulationsformen Erfolg, für die "Oeffentlichkeit" ein konstituierendes Merkmal darstellt (vgl. dazu die Dimension der Oeffentlichkeit in Abschnitt 2.3).

Zusätzlich zu diesem reaktiven Aspekt der Stabilisierung hat die Verringerung der Publizität von Aktivierungsereignissen auch auf anderen analytischen Ebenen stabilisierende Auswirkungen. Einerseits bewirkt sie auf der artikulativen Ebene, dass die entsprechende Artikulationsform für zukünftige Probleme weniger wahrgenommen oder als unkonventioneller eingestuft wird; Die Diffusion unkonventioneller Formen politischer Aktivität wird gehemmt (vgl. auch Oberschall 1973, Pitcher et. al. 1978). Andererseits verringert sie das Risiko, dass sich bei einer Nicht-Berücksichtigung der artikulierten Anliegen die gesamtgesellschaftliche Illegitimität in einem stabilitätsbedrohenden Masse erhöht.

Eine letzte Stabilisierungsstrategie kann als selektive Strukturveränderung bezeichnet werden. Dabei wird den Forderungen der Aktiven soweit genüge getan, bis ihnen die Grundlage für weitere Aktivitäten genommen ist. Als typisches Beispiel für diese Strategie können Gegenvorschläge zu eidgenössischen Initiativen gelten, welche darauf abzielen, sovieler Elemente der Initiative zu übernehmen wie nötig sind, um ihre Ablehnung zu bewirken. Ein zweites Beispiel stellen Wohlfahrtsprogramme dar, die - wie Isaac, Kelly (1981) zu zeigen vermögen - in Amerika zum Teil eine Reaktion auf unkonventionelle politische Aktivität von Schwarzen darstellen.

6. Zusammenfassung

In diesem ersten Teil der Arbeit wurden die theoretischen Konzepte eingeführt, auf denen die empirische Untersuchung in Teil II beruhen wird.

Die Kapitel 1 bis 3 galten dabei den beiden grundlegenden Formen der Auseinandersetzung des Bürgers mit der gesellschaftlichen Struktur, d.h. der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung und der politischen Aktivität, sowie ihrer gegenseitigen Beziehung.

Daran anschliessend wurde in Auseinandersetzung mit Legitimationstheorien (Kapitel 4) ein analytischer Bezugsrahmen entwickelt, der es ermöglicht, Prozesse gesellschaftlicher Stabilisierung und Destabilisierung in umfassender Weise zu konzeptualisieren und Bestimmungsgrössen dieser Prozesse zu bestimmen (Kapitel 5).

Im Hinblick auf die folgende empirische Untersuchung am Beispiel der Schweiz waren diese Ueberlegungen auf westliche Industriestaaten fokussiert, wodurch Stabilisierungsprozesse gegenüber Destabilisierungsprozessen in den Vordergrund rückten.

Eine Uebertragung unserer Ueberlegungen beispielsweise auf Entwicklungsländer würde keine grundlegenden Änderungen des Modells, sondern vielmehr eine Umgewichtung innerhalb und zwischen den analytischen Ebenen nach sich ziehen.

TEIL II: EMPIRISCHE ANALYSE

7. Untersuchungsanordnung und Operationalisierung

In diesem Kapitel wird die Umsetzung des in Teil I, Kapitel 5 formulierten theoretischen Bezugsrahmens(1) auf die operationale Ebene, d.h. in empirisch überprüfbare Propositionen, dokumentiert. In Abschnitt 7.1 wird die allgemeine Untersuchungsanordnung beschrieben. In Abschnitt 7.2 werden einige methodologische und metatheoretische Probleme diskutiert, die mit der Umsetzung des theoretischen Bezugsrahmens verbunden sind. Abschnitt 7.3 gilt den Grundthesen unseres theoretischen Modells, nämlich den Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen.

Als modellendogene Grössen bezeichnen wir einerseits Merkmale der Sozialstruktur als Quelle von Spannungen, andererseits mögliche Formen der Auseinandersetzung des Bürgers mit diesen Spannungen (Illegitimitätswahrnehmung, politische Aktivität oder sozialer Wandel).

Unsere Vorstellungen bezüglich der Beziehungen zwischen diesen Grössen werden in Form von Alternativthesen formuliert. Die erste Alternative erwartet dabei jeweils eine Dominanz von Destabilisierungsprozessen, die zweite Alternative eine Dominanz von Stabilisierungsprozessen.

Diese Grundthesen weisen einen geringen Differenzierungsgrad auf; sie unterscheiden beispielsweise nicht zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität. Demgegenüber werden in den Abschnitten 7.4 bis 7.6 solche Differenzierungen im Rahmen spezifischer Erwartungen (Detailhypothesen) vorgenommen. Zusätzlich werden dort Erwartungen zum Einfluss modellexogener Grössen (beispielsweise der Urbanisierung eines Kontextes) formuliert.

Abschnitt 7.4 gilt dabei den Hypothesen über - endogene und exogene - Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung.

In Abschnitt 7.5 werden Erwartungen über Bestimmungsgründe verschiedener Formen politischer Aktivität formuliert. Schliesslich geht es in Abschnitt 7.6 um Determinanten sozialen Wandels.

(1) Wir unterscheiden zwischen theoretischem Bezugsrahmen und theoretischem Modell. Ein theoretischer Bezugsrahmen enthält Vorstellungen über theoretische Zusammenhänge, die i.a. nicht direkt überprüfbar sind, während sich ein theoretisches Modell aus Propositionen zusammensetzt, die einer direkten Ueberprüfung zugänglich sind.

Die in den Abschnitten 7.4 bis 7.6 formulierten Hypothesen stellen drei relativ unabhängige Teilbereiche unseres theoretischen Modells dar. Sie werden daher im Rahmen der empirischen Analyse auch getrennt behandelt (in Kapitel 2, Kapitel 4 und Kapitel 5). Ihre theoretische Interdependenz beruht einerseits darauf, dass die unabhängige Grösse in einem Abschnitt (z.B. Illegitimitätswahrnehmung in Abschnitt 7.4) als modellendogene Determinante im nächstfolgenden Abschnitt (in diesem Falle Abschnitt 7.5) auftritt. Andererseits liegt allen drei Teilbereichen die gleiche makrosoziologische Perspektive zugrunde, nämlich die Frage gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung.

Abschnitt 7.7 gilt der Datenbasis, die den empirischen Analysen zugrundeliegt.

7.1 Allgemeine Untersuchungsanordnung

Der in Teil I, Kapitel 5 formulierte theoretische Bezugsrahmen zur Analyse von Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungsprozessen wird auf einen Vergleich von Kantonen und Gemeinden der Schweiz konkretisiert. Es werden also einerseits die Beziehungen zwischen strukturellen Spannungen, Illegitimitätswahrnehmung, politischer Aktivität und sozialem Wandel in Kantonen und Gemeinden analysiert, andererseits werden diese modellendogenen Grössen auf exogene Bestimmungsgründe hin untersucht.

Beim Kantonsvergleich handelt es sich um eine Vollerhebung aller 25 Kantone, beim Gemeindevergleich um eine Stichprobe von 90-130 Gemeinden. Die Einheiten der Analyse und ausgewählte Variablen sind in Anhang A (Kantone) und Anhang B (Gemeinden) zusammengestellt. Die Berechnung und besondere methodische Probleme der einzelnen Variablen bzw. Variablenkomplexe werden in Abschnitt 7.7 diskutiert.

An zentralen Stellen des theoretischen Modells werden zusätzlich zu Kantons- und Gemeindevergleichen auch Beziehungen auf der Ebene von Individuen diskutiert. Dies ist beispielsweise für die Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität der Fall. Es werden aber in den Abschnitten 7.3 bis 7.6 keine speziellen Hypothesen auf individueller Ebene formuliert.

Das Grundkonzept einer kombinierten Analyse auf Kantons- und Gemeindeebene hat drei hauptsächliche Vorteile:

1. Auf der kantonalen Ebene sind viele Variablen verfügbar, auf der Gemeindeebene dagegen ist die Zahl der Einheiten so gross, dass multivariate Analysen sinnvoll durchgeführt werden können. Die Kombination der beiden Systemebenen erlaubt es somit, gleichzeitig differenzierte Indikatoren zu benutzen und multivariate Analysen durchzuführen.
2. Der Vergleich von Beziehungen auf den beiden Systemebenen erlaubt es einerseits Aggregationseffekte zu identifizieren. Andererseits können die Effekte von Variablen, die auf einer Systemebene stark kovariieren, auf einer anderen Systemebene, wo sie nicht oder weniger stark kovariieren, getrennt werden.
3. Schliesslich dient die zweistufige Analyse auch der Ueberprüfung der Vollständigkeit der Daten über Aktivierungsereignisse (1), indem auf kommunaler Ebene eine zweite, unabhängige Datenquelle benutzt wird (vgl. Abschnitt 7.7).

7.2 Probleme der Operationalisierung des theoretischen Bezugsrahmens

Die Uebertragung des im 5. Kapitel von Teil I skizzierten Bezugsrahmen zur Analyse von Stabilisierungsprozessen auf den empirischen Vergleich von Kantonen und Gemeinden stellt einen relativ komplizierten Vorgang dar, der verschiedene metatheoretische und methodologische Ueberlegungen notwendig macht. Diese können hier nicht vollumfänglich nachvollzogen werden, immerhin sollen die wichtigsten diesbezüglichen Probleme angesprochen werden.

Die empirische Ueberprüfung erfolgt zunächst mittels einer komparativen Methode. Dadurch ergeben sich im Unterschied etwa zu Einzelfallstudien Ergebnisse, die über eine bestimmte Zahl von Einheiten generalisierbar sind. Diese Generalisierung steht meiner Ansicht nach keineswegs im Widerspruch zur Praxisrelevanz der zu erwartenden Ergebnisse, sie stellt vielmehr eine Voraus-

(1) Aktivierungsereignisse stellen gemäss Kapitel 2 in Teil I Formen politischer Aktivität des Bürgers dar, die weniger konventionell als beispielsweise Wahl- oder Abstimmungs-beteiligung sind.

setzung dafür dar. Denn ein Praxisbezug sozialwissenschaftlicher Ergebnisse setzt voraus, dass diese Ergebnisse sich auf Einflussgrößen oder Folgen sozialer Veränderungen beziehen. Und dies ist auf einer empirisch abgestützten Basis nur möglich, wenn man soziale Einheiten vergleicht (1).

Allerdings impliziert die komparative Methode auch, dass die einzelne Untersuchungseinheit weniger differenziert beschrieben wird: Der mit der Zahl der Einheiten steigende Forschungsaufwand macht eine Beschränkung auf einige wenige Untersuchungsaspekte notwendig.

Zweitens wird das allgemein formulierte Modell auf den Kontext Schweiz und eine spezifische historische Periode (1965 - 1978) übertragen. Damit wird die Variation der untersuchten Einheiten hinsichtlich verschiedener zentraler Faktoren beschränkt, eine Forschungsstrategie, die Przeworski, Teune (1970:32ff) als "most similar systems design" bezeichnen und der sie eine dominierende Stellung innerhalb der komparativen Methode zuschreiben. Für unser theoretisches Modell bedeutet dieses Vorgehen einerseits eine starke Einschränkung des Variationsbereichs wichtiger ökonomischer, kultureller und politisch-institutioneller Dimensionen. Ebenso verkleinern sich dadurch die Unterschiede in der relativen Bedeutung der verschiedenen Stabilisierungsebenen, indem beispielsweise die Bedeutung der reaktiven Ebene (z.B. Repression) in allen schweizerischen Kontexten eher gering sein dürfte. Die Spezifität der untersuchten Zeitperiode scheint vor allem darin zu bestehen, dass unkonventionelle Formen politischer Aktivität an Bedeutung gewinnen (vgl. Kriesi et.al. 1981).

(1) Praxisrelevanz setzt in dieser Vorstellung also voraus, dass Aussagen über Gründe oder Folgen von Veränderungen sozialer Einheiten gemacht werden können. Andernfalls ergeben sich folgenlose Beschreibungen sozialer Realität. Veränderungen bzw. Unterschiede können aber nur mittels Vergleichen untersucht werden, nur im Rahmen von Vergleichen kann man im strengen Sinne von "Variablen" sprechen (vgl. u.a. Przeworski, Teune 1970:12).

Ein dritter Problemkreis betrifft die makrosoziologische Art der empirischen Analyse, die sich aus der Tatsache ergibt, dass Kontexte und nicht Individuen miteinander verglichen werden. Nun ist zweifellos auch unser theoretischer Bezugsrahmen schon relativ stark makrosoziologisch orientiert: Er geht von der gesellschaftlichen Gesamtstruktur aus und endet mit der Untersuchung gesamtgesellschaftlicher Konsequenzen des individuellen Verhaltens. Im - gemäss dem Ablaufschema in Figur 2 in Kapitel 5 von Teil I - mittleren Bereich dagegen (kognitive, evaluative und artikulative Analyseebene) dominiert die mikrosoziologische Perspektive. Dies bedeutet, dass vor allem in diesem mittleren Bereich eine Anpassung (und auch eine Reduktion der Differenziertheit) des theoretischen Modells an die spezifisch makrosoziologische Ueberprüfung nötig wurde (1). Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang die makrosoziologische Konzeptualisierung politischer Aktivierungsereignisse erwähnt, welche unabhängig von der konkreten Intention der Aktiven als Ausdruck einer Konfliktaktivierung betrachtet werden (2).

-
- (1) Ich gehe hier davon aus, dass sich die verschiedenen Ebenen des theoretischen Modells in folgender Weise der Mikro- und der Makroebene zuordnen lassen:



Ueberall dort, wo sich das Modell auf der Mikroebene befindet, ist bei einer makrosoziologischen Ueberprüfung eine Transformation notwendig (vgl. die gestrichelten Pfeile, die eine Transformation charakterisieren sollen), welche die Aussagekraft der Ueberprüfung für das theoretische Modell einschränkt. Wie wir weiter unten sehen werden, betrifft dies vor allem die aggregierten Indikatoren für das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung und an politischer Aktivität.

- (2) Somit ist z.B. die makrosoziologische Bedeutung einer rechtsgerichteten mit jener einer linksgerichteten Demonstration gleichzusetzen.

Eng verbunden mit der makrosoziologischen Ueberprüfung des theoretischen Modells sind Probleme der Aggregation bzw. Desaggregation sowie des ökologischen Fehlschlusses. Diese Probleme können nicht beseitigt werden (1), es wird ihnen aber in verschiedener Hinsicht bestmöglichst Rechnung getragen:

1. Die Analyse wird durchgehend auf zwei Systemebenen (Kantone und Gemeinden) vollzogen, wodurch Aggregationseffekte zwischen diesen beiden Ebenen empirisch identifiziert werden können (2).
2. An zentralen Stellen des Gesamtmodells finden zudem Exkurse auf die individuelle Ebene statt.
3. Darüber hinaus wird versucht, die Zusammenhänge makrosoziologisch, d.h. ohne Rekurs auf individuelles Verhalten zu interpretieren. Wo dies gelingt, ist das Problem insofern "gelöst", als die Interpretationsebene dem Aggregationsniveau der Daten entspricht.

Schliesslich erwies es sich als sinnvoll, im Rahmen der empirischen Ueberprüfung des theoretischen Modells insofern einen Perspektivenwechsel vorzunehmen, als hier Phänomene der gesellschaftlichen Destabilisierung im Vordergrund stehen, während im theoretischen Modell Prozesse der Stabilisierung diskutiert wurden. Bereits in Teil I (Kapitel 5) wurde begründet, weshalb für die theoretische Diskussion die Stabilisierungsperspektive

(1) Bezüglich des Begriffs des "ökologischen Fehlschlusses" ist Hannan (1970) und Allardt (1969) beizustimmen, die die in diesem Begriff zum Ausdruck kommende Vorstellung kritisieren, dass eine endgültige Lösung des Problems des ökologischen Fehlschlusses möglich und anzustreben sei. Diese Vorstellung hat gemäss diesen Autoren eine differenziertere Diskussion des Problems verhindert:
"The discussions in terms of fallacies have tended to divert attention from asking questions about fruitfulness."
(Allardt 1969:45)

(2) Allerdings ist hier darauf hinzuweisen, dass nicht jede Veränderung der Beziehungsstärke zweier Variablen zwischen den beiden Ebenen auf Aggregationseffekte im Sinne des ökologischen Fehlschlusses zurückzuführen ist. Eine solche Veränderung kann auch durch dritte, auf den beiden Ebenen unterschiedlich kovariierende Variablen zustande kommen.

adäquater erscheint (1). Demgegenüber ergibt sich die Destabilisierungsperspektive für die empirische Analyse vor allem daraus, dass politische Aktivierungsereignisse im Rahmen unseres theoretischen Modells als Indikatoren der Destabilisierung konzeptualisiert werden. Ein entsprechender Indikator für Stabilisierung (Absenz von Aktivierungsereignissen) würde den Eigenwert der Untersuchung der Determinanten von Aktivierungsereignissen, sowie die Bezugnahme auf die vorliegenden Analysen (Kriesi et.al. 1981) beeinträchtigen. Analog zum Ausmass politischer Aktivität werden auch auf den anderen Analyseebenen Indikatoren der Destabilisierung (Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung, strukturelle Veränderungen) auf ihre Determinanten hin untersucht.

7.3 Grundthesen

Unser theoretisches Modell umfasst vier Arten endogener Grössen. Den Ausgangspunkt des Modells bilden soziale Spannungen, welche sich aus Macht und Ressourcenunterschieden in der Gesellschaft ergeben. Soziale Spannungen konstituieren sich aufgrund objektiv messbarer Unterschiede; sie setzen keine Wahrnehmung durch die Betroffenen (Unterprivilegierten) voraus. Es handelt sich somit um ein Potential, das nicht notwendigerweise zu Illegitimitätswahrnehmung oder politischer Artikulation führt.

Der Begriff der sozialen Spannung lehnt sich an jenen der strukturellen Spannung bei Heintz (1968: Kapitel 14) an. Im Unterschied zu jenem können soziale Spannungen auch in Merkmalen des politischen Systems, z.B. einer geringen Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle, liegen.

Eine zweite Kategorie endogener Grössen stellen Indikatoren der Illegitimitätswahrnehmung dar. Illegitimitätswahrnehmung ergibt sich als Resultante von strukturellen, kognitiven und evaluativen Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungsprozessen.

(1) Einerseits erweisen sich westeuropäische Gesellschaften als relativ stabil, andererseits erleichtert die Stabilisierungsperspektive die Darstellung von Prozessen auf den einzelnen analytischen Ebenen, da die Stabilisierung auf einer Ebene genügt, um gesellschaftliche Stabilität herzustellen. Demgegenüber setzen Destabilisierungsprozesse auf einer Ebene voraus, dass auch auf den vorhergehenden Ebenen eine Destabilisierung stattgefunden hat.

Drittens ist die politische Aktivität zu nennen, in welche zusätzlich zu den für die Illegitimitätswahrnehmung relevanten exogenen Bestimmungsgrössen auch artikulative Determinanten einfließen.

Schliesslich ergibt sich sozialer Wandel, indem neben den genannten Einflussfaktoren auch noch reaktive Bestimmungsgrössen in Betracht gezogen werden. Analog zum Begriff der sozialen Spannung umfasst der Begriff des sozialen Wandels auch politische Veränderungen (beispielsweise Veränderungen in der Parteienstruktur).

Wir gehen davon aus, dass zwischen diesen vier endogenen Grössen Beziehungen bestehen, die für die gesellschaftliche Stabilisierung bzw. Destabilisierung von entscheidender Bedeutung sind (1). Dabei kann in den einzelnen Beziehungen entweder eine Destabilisierung oder eine Stabilisierung in dominierender Weise zum Ausdruck kommen. Hieraus ergeben sich für jede Beziehung zwei Alternativthesen.

Wenden wir uns also den Grundthesen bezüglich Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen zu.

These I A: Je grösser die sozialen Spannungen, desto grösser ist das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext.

These I B: Intersubjektiv gemessene, soziale Spannungen sind nicht mit einer verstärkten Illegitimitätswahrnehmung verbunden, da sie - auf der strukturellen Ebene selbst, der kognitiven oder evaluativen Ebene - stabilisiert werden.

Falls These I A eine empirische Bestätigung findet, ist die Stabilisierung auf der strukturellen, der kognitiven und der evaluativen Ebene relativ gering, die sozialen Spannungen werden als solche perzipiert. Im gegenteiligen Fall (Bestätigung von These I B) bleiben die sozialen Spannungen latent.

(1) Wir setzen nicht voraus, dass die hier postulierten Zusammenhänge die einzelnen Grössen vollständig zu erklären vermögen. Beispielsweise ist politische Aktivität nicht ausschliesslich als Ausdruck von Illegitimität zu interpretieren. Im Rahmen unserer makrosoziologischen Perspektive ist sie aber vor allem als Ausdruck von Illegitimität von Bedeutung (vgl. dazu die Diskussion der "Einseitigkeit" unserer theoretischen Perspektive in der Einleitung).

These II A: Je grösser die Illegitimitätswahrnehmung, desto grösser ist die politische Aktivität in einem Kontext.

These II B: Eine überdurchschnittliche Illegitimitätswahrnehmung ist nicht mit einer verstärkten politischen Aktivität verbunden, da sie - auf der artikulativen Ebene - stabilisiert wird.

These II A entspricht der in Kapitel 3 von Teil I diskutierten Konsensthese bezüglich der Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität, These II B im Fall einer Nullbeziehung der Pluralismusthese, im Falle einer negativen Beziehung der Entfremdungsthese (vgl. Wright 1976).

These III A: Je grösser die politische Aktivität, desto grösser ist der soziale Wandel in einem Kontext.

These III B: Eine überdurchschnittliche politische Aktivität ist nicht mit einem verstärkten sozialen Wandel verbunden, da sie - auf der reaktiven Ebene - stabilisiert wird.

In den folgenden Abschnitten werden Detailhypothesen formuliert, die diese drei Grundthesen ergänzen und möglicherweise auch zur Erklärung der Bestätigung bzw. Nicht-Bestätigung der jeweiligen Alternativthesen beitragen. Diese Detailhypothesen betreffen den Einfluss exogener Faktoren auf den einzelnen analytischen Ebenen. Zusätzlich werden einzelne Beziehungen zwischen modellendogenen Grössen differenziert. Dies ist vor allem in Abschnitt 7.5 der Fall, wo zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität unterschieden wird.

Die Abschnitte 7.4 bis 7.6 entsprechen verschiedenen Schritten der empirischen Analyse und sind definiert durch die abhängige Variable. In Abschnitt 7.4 ist dies die Illegitimitätswahrnehmung, in Abschnitt 7.5 die politische Aktivität, in Abschnitt 1.6 schliesslich der soziale Wandel.

Insofern entsprechen diese Analyseschritte auch den genannten Grundthesen I bis III.

Das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung (Abschnitt 7.4) zeigt an, inwieweit strukturelle, kognitive und evaluative Stabilisierungsmechanismen gleichzeitig ausser Kraft gesetzt werden: Illegitimität entsteht nur dort, wo die Stabilisierung auf

keiner dieser Ebenen gelingt.

Eine Besonderheit dieses ersten Analyseschrittes besteht darin, dass aufgrund einer einzigen abhängigen Variable (Illegitimitätswahrnehmung) Einflussfaktoren untersucht werden, die drei verschiedenen analytischen Ebenen (der strukturellen, der kognitiven und der evaluativen) zuzurechnen sind. Dies ergibt sich aus der Unmöglichkeit, Grössen zu bestimmen, die von Faktoren einer dieser analytischen Ebene unbeeinflusst sind. Methodisch muss eine Isolierung einzelner dieser analytischen Ebenen durch eine statistische Kontrolle der anderen Ebenen im Hinblick auf ihren Einfluss auf die Illegitimitätswahrnehmung erfolgen. Eine Folge der Tatsache, dass die Illegitimitätswahrnehmung von verschiedenen analytischen Ebenen beeinflusst ist, stellt die vergleichsweise grosse Zahl der für diesen Analyseschritt formulierten Hypothesen dar.

Das Ausmass politischer Bürgeraktivität (Abschnitt 7.5) bringt zum Ausdruck, inwiefern artikulative Stabilisierungsmechanismen ausser Kraft gesetzt werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass immer und für jede Aktivitätsform artikulatив stabilisiert wird, d.h. dass sich Illegitimität nie vollständig in politische Aktivität umsetzt. Darüber hinaus vermuten wir, dass der Grad der Umsetzung von Illegitimität zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität differiert.

Schliesslich indizieren strukturelle Veränderungen (Abschnitt 7.6) im Gefolge politischer Aktivität, inwieweit Stabilisierungsmechanismen auf der Ebene der Verarbeitung politischer Aktivität wirksam sind: Je stärker sich die Struktur verändert, desto weniger erfolgt eine Stabilisierung auf dieser Ebene (1).

-
- (1) Die Umsetzung politischer Aktivität in strukturelle Veränderungen wird im Rahmen unseres statischen Modells als Destabilisierung interpretiert. In einer dynamischen Betrachtungsweise, bzw. von einem nachfolgenden Stabilisierungsablauf aus gesehen, stellt diese Destabilisierung ein auf der strukturellen Ebene stabilisierendes Element dar.

Modellendogene unabhängige Variablen sind - wie auch aus den Thesen I bis III ersichtlich - in Abschnitt 7.4 soziale Spannungen, in Abschnitt 7.5 die Illegitimitätswahrnehmung und in Abschnitt 7.6 die politische Aktivität. Es handelt sich also jeweils um die abhängigen Variablen des vorangegangenen Analyseschrittes.

Die modellexogenen unabhängigen Variablen werden auf jeder analytischen Ebene aufgrund theoretischer Überlegungen aus dem Bezugsrahmen in Teil I (Kapitel 5) neu bestimmt. Das hat zur Folge, dass einzelne Grössen auf verschiedenen analytischen Ebenen eingeführt werden, andere nur auf einer einzigen Ebene. Für eine zusammenfassende Darstellung der postulierten Effekte exogener Bestimmungsgrössen sei auf Abschnitt 7.8 (Zusammenfassung) sowie auf Kapitel 6 verwiesen.

7.4 Destabilisierung als Verstärkung von Illegitimitätswahrnehmung: Detailhypothesen

Das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext wird aufgrund unseres theoretischen Modells durch die Existenz sozialer Spannungen beeinflusst. Die Beziehung zwischen sozialen Spannungen und der Illegitimitätswahrnehmung ist aber keine eindeutige, sind doch strukturelle, kognitive oder evaluative Stabilisierungsmechanismen denkbar, welche den genannten Zusammenhang zum Verschwinden bringen.

Die Existenz bzw. Nicht-Existenz sozialer Spannungen selbst kann als Destabilisierungs- bzw. Stabilisierungsmechanismus - auf der strukturellen Ebene - betrachtet werden. Demnach lautet unsere Grundhypothese, dass das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einer negativen Beziehung zur Existenz von Stabilisierungsmechanismen auf der strukturellen, der kognitiven oder der evaluativen Ebene steht.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Möglichkeit der Substitution von Stabilisierungsmechanismen, welche z.B. dazu führen kann, dass eine grössere Einkommensungleichheit nicht mit einer verstärkten Illegitimitätswahrnehmung verknüpft ist, weil in diesen Kontexten Stabilisierungsmechanismen auf der kognitiven Ebene (indiziert z.B. durch ein tiefes Bildungsniveau) von grösserer Bedeutung sind.

7.4.1 Das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung als abhängige Variable

In Kapitel 1 des theoretischen Teils dieser Arbeit wurde die Konzeptualisierung der Dimension "Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung" erarbeitet. Daraus bleiben an dieser Stelle lediglich makrosoziologische Aspekte festzuhalten. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass sie keine Differenzierung verschiedener individueller Motive der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätszuschreibung erlauben. Zudem ermöglichen die vorliegenden Daten nur eine grobe Differenzierung nach Legitimationsobjekten, indem zwar zwischen politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung unterschieden werden kann, nicht aber beispielsweise nach Systemebene (1). Als abhängige Variablen werden also im ersten Analysenschritt auf kontextuelle Determinanten hin untersucht: der Anteil der Befragten, die "der Regierung" misstrauen (politische Illegitimitätswahrnehmung) und der Anteil der Befragten, die das Einkommen als ungleich verteilt erachten (gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung) (2) (zur Beschreibung der Datenbasis vgl. Abschnitt 7.7). Wir gehen davon aus, dass die politische und die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung relativ stark korrelieren und differenzieren deshalb die folgenden Hypothesen nicht nach der Art der Illegitimitätswahrnehmung.

Wir nehmen für die Illegitimitätswahrnehmung eine substitutive Beziehung zu bestimmten Ausprägungen der Kriminalität, nämlich anomischer Kriminalität wie Gewaltdelikten oder Morden an. Eine Substitution von Illegitimitätswahrnehmung durch Kriminalität kann als Stabilisierungsmechanismus betrachtet werden (vgl. Teil I, Kapitel 3). Unsere erste spezifische Hypothese lautet somit:

H 1: Je seltener anomische Kriminalitätsformen, desto grösser
— ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext.

-
- (1) Da die Unterscheidung nach Systemebene des Legitimationsobjektes in der verwendeten Befragung nicht gemacht wurde, fällt diese Analyse dahin.
 - (2) Die "gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung" bezieht sich also zudem nur auf einen spezifischen Aspekt der Struktur, nämlich die Verteilung des Einkommens auf Individuen.

7.4.2 Strukturelle Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Die gesellschaftliche und die politische Struktur werden als Legitimationsobjekte konzeptualisiert, die gegenüber den Gesellschaftsmitgliedern allgemein und den Unterprivilegierten im speziellen einem Legitimationszwang unterliegen. Negativ bewertete Strukturmerkmale stellen soziale Spannungen dar, welche - andere Stabilisierungs-bzw. Destabilisierungseinflüsse konstant gesetzt - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung erhöhen(1).

Im Bereich der Gesellschaftsstruktur unterscheiden wir zwischen interkontextueller und interindividueller Spannung. Erstere wird durch ein tiefes Durchschnittseinkommen (pro Kopf Einkommen) in einem Kontext indiziert, letztere durch eine ungleiche Einkommensverteilung.

Somit ergeben sich im Bereich der Gesellschaftsstruktur folgende Hypothesen:

H2: Je tiefer das wirtschaftliche Entwicklungsniveau und je
— geringer das wirtschaftliche Wachstum, desto grösser ist
das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext.

Die mit dieser Hypothese verbundene Konzeptualisierung von Entwicklungsniveau und Wachstum als Legitimationsobjekt ist in doppelter Weise abzugrenzen:

1. Das Entwicklungsniveau wird nicht als ein Indikator der Stellung eines Kontextes im interkantonalen Schichtungs-system, sondern als Indikator des materiellen Wohlstandes betrachtet.
2. Die ökonomische Wachstumsrate wird als exogen determiniertes Gesellschaftsmerkmal betrachtet, nicht als Folge intra-kontextueller Stabilisierungs- oder Destabilisierungsprozesse.

H3: Je ungleicher die Verteilung des Einkommens, desto grösser
— ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem
Kontext.

(1) Diese Formulierung verweist auf die gegenseitige Abhängigkeit von struktureller und evaluativer Legitimation, welche in Teil I (Kapitel 5) hervorgehoben und in Abschnitt 7.4.4 mittels einer operationalen Trennung von strukturellen und evaluativen Determinanten der Illegitimität geregelt wird.

Im Rahmen dieser makrosoziologischen Analyse gehen wir somit von der Annahme aus, dass die reale Ungleichheit grösser ist als die - z.B. aufgrund unterschiedlicher individueller Leistungen oder Ausbildungsunterschieden - als legitim erachtete Verteilung (vgl. auch Zwicky 1978:100). Bei der Beurteilung der Adäquanz dieser Annahme gilt es meiner Ansicht nach folgendes zu berücksichtigen:

1. Die als legitim erachtete Verteilung ist zunächst davon abhängig, wie legitimierende Werte wie z.B. Bildung ihrerseits verteilt sind. Horizontale Legitimitätstransfers (vgl. Teil I, Kapitel 5), wie sie z.B. zwischen der Bildungs- und der Einkommensverteilung vorkommen, stellen nun aber unserem theoretischen Konzept gemäss einen separaten Stabilisierungsmechanismus dar. Subtrahiert man diesen Transfereffekt, stellt die vollständige Gleichverteilung des Einkommens in allen Kontexten die als legitim erachtete Verteilung dar. Eine solche "Subtraktion" ist allerdings im Rahmen unserer Analyse nicht möglich (1).
2. Die Frage neuer, postmaterialistischer Werte (Inglehart 1979) bzw. der Sättigung materieller Werte (Heintz 1972) beeinflusst weniger die Legitimität von Einkommensverteilungen als vielmehr ihre Bedeutung für den Einzelnen. So ist denkbar, dass eine gegebene Einkommensverteilung angesichts neuer, postmaterialistischer Werte ebenso illegitim erscheint, aufgrund ihrer geringeren Relevanz aber weniger zu konkreten Aktivitäten zur Egalisierung führt (vgl. auch Abschnitt 7.4.4).

(1) Eine solche Isolierung der Legitimität der Einkommensverteilung von Legitimitätsimporten aus der Bildungsverteilung würde - zumindest im Rahmen unserer Kontextvergleiche - eine differenzierte Beschreibung der beiden Verteilungen sowie darüberhinaus präzise Zuordnungsregeln voraussetzen. Es wäre notwendig zu wissen, dass beispielsweise für den Einkommensanteil der zweitreichsten 5 % vor allem die Hochschulabsolventen betriebswirtschaftlicher und juristischer Richtung von Bedeutung sind und dass deshalb deren Anteil in der Bevölkerung statistisch kontrolliert werden sollte.

Neben der Gesellschaftsstruktur wird auch die Struktur des politischen Systems als Legitimationsobjekt und somit als mögliche Quelle sozialer Spannungen konzipiert. Soziale Spannungen können sich - auf dem Hintergrund einer politischen Kultur, die direkt-demokratischen Artikulationskanälen eine hohe Legitimität zuweist - aus Beschränkungen der direkten Demokratie ergeben. Als Beispiele hierfür können hohe Mindestunterschriftenzahlen für Initiativen oder fakultative Referenden oder eine Abschaffung der Institution der Gemeindeversammlung angesehen werden.

H 4: Je weniger zugänglich direkt-demokratische Artikulationskanäle sind, desto grösser ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext.

Wir vermuten also, dass in der dominanten politischen Kultur der Schweiz die Ausgebautheit der direkten Demokratie ein wichtiges Legitimationsobjekt darstellt.

Neben der direkten Demokratie bildet die Parteienstruktur in einem Kontext eine mögliche Quelle sozialer Spannungen. Eine bestimmte Parteienstruktur kann, auch wenn sie auf demokratischen Wahlen beruht, einzelnen Gruppen das Gefühl der Unterprivilegierung vermitteln. Wir nehmen an, dass einerseits eine unterdurchschnittliche Vertretung linksgerichteter Interessen, andererseits eine solche von - links- oder rechtsgerichteten - Aussenseiterinteressen eine soziale Spannung darstellt. Diese Annahme lässt sich dadurch begründen, dass diese beiden Interessen im politischen System tendenziell untervertreten sind (zur Untervertretung linksgerichteter Interessen bzw. der sozialdemokratischen Partei vgl. Kriesi 1980).

H 5: Je geringer die Bedeutung linker und nicht-etablierter Parteien im Parteiengefüge, desto grösser ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung.

Der Einfluss von Legitimitätstransfers auf das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext kann nur sehr eingeschränkt untersucht werden. Lediglich horizontale Transfers zwischen politischem und gesellschaftlich-strukturellem Bereich sind einer empirischen Analyse zugänglich. Wir vermuten, dass im politischen Bereich Legitimationsprobleme der Gesellschaftsstruktur in stärkerem Masse Auswirkungen zeigen als umgekehrt

Legitimationsprobleme der Politik im strukturellen Bereich. Das würde bedeuten, dass die politische Illegitimitätswahrnehmung durch Spannungen in der Gesellschaftsstruktur gefördert wird, die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung durch Spannungen in der Politik dagegen kaum. Eine solche Erwartung ergibt sich u.a. aus den theoretischen Ansätzen von Habermas (1973) und Offe (1973) (für eine Uebersicht vgl. Rodenstein 1978:155ff).

7.4.3 Kognitive Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Destabilisierung auf der kognitiven Ebene bedeutet einerseits eine Erweiterung der Sicht und damit Wahrnehmung struktureller Widersprüche, andererseits eine Relativierung stützender Sinnwelten. Beide Prozesse können mithin als eine Verstärkung der Legitimationsanforderung an die Struktur (vgl. Zwicky, Heintz 1982) gesehen werden und basieren auf einer Erhöhung der kognitiven Kapazitäten der Gesellschaftsmitglieder.

Es lässt sich vermuten, dass die kognitiven Fähigkeiten der Bevölkerung in einer positiven Beziehung einerseits zur Ausbildungsdauer, andererseits zum Massenmedienkonsum stehen (vgl. Zwicky, Heintz 1982). Für den zweitgenannten Aspekt sind für die Schweiz allerdings keine Daten verfügbar.

H 6: Je höher das Bildungsniveau der Bevölkerung eines Kontextes,
— desto grösser ist das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung.

7.4.4 Evaluative Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Auf der evaluativen Ebene bedingt Destabilisierung eine Diskrepanz von Werten einerseits und Strukturmerkmalen (oder institutionalisierten Werten) andererseits, eine Diskrepanz, die auch der strukturellen Ebene der Destabilisierung zugrundeliegt. Daraus ergibt sich das Problem der Abgrenzung von strukturellen und evaluativen Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung. Als Kriterium dieser Abgrenzung dient uns das Ausmass, in dem die erwähnten Diskrepanzen zwischen Werten durch strukturelle Veränderungen abgebaut werden können, d.h. die Flexibilität der Struktur bezüglich der betreffenden Diskrepanz. Eine Flexibilität der Struktur wird vor allem dann als gegeben erachtet, wenn Werte institutionalisiert sind, wenn die Diskrepanz zwischen

Werten und Struktur sich "lediglich" auf das Ausmass der Institutionalisierung oder die Verteilung der Werte bezieht. Entwicklungsniveau und Einkommensungleichzeit wurden deshalb der strukturellen Ebene der Stabilisierung bzw. Destabilisierung zugeordnet, weil der damit verbundene Wert des materiellen Wohlstandes in unseren Gesellschaften als institutionalisiert angesehen werden kann (vgl. z.B. Heintz 1981, Inglehart 1979). Im Unterschied dazu können als nicht-institutionalisierte Werte und somit als evaluative Determinanten von Destabilisierungsprozessen betrachtet werden: Katholizismus, französische und italienische Sprachkultur und Postmaterialismus (Hedonismus). Die in diesen Kulturen verankerten Werte weichen einerseits in Richtung stärkerer Normativität (Katholizismus), andererseits in Richtung geringerer Normativität bzw. stärkerem Hedonismus (französische Sprachkultur, Postmaterialismus) von den dominant institutionalisierten, materiellen Werten ab (1).

H 7: Je grösser der Katholikenanteil in einem Kontext, desto
grösser ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung.

H 8: Je grösser der Anteil nicht-deutschsprachiger Personen in
einem Kontext, desto grösser ist das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung.

Wir vermuten also, dass sowohl Katholizismus als auch romanische Sprachkulturen das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung erhöhen, auch wenn sie - bezüglich der Dimension "Normativität - Hedonismus" in unterschiedlicher Richtung von den institutionalisierten Werten abweichen.

Bezüglich post-materialistischer Tendenzen in einem Kontext soll - analog zu den Illegitimitätsindikatoren - auf aggregierte Umfrageergebnisse zurückgegriffen werden (vgl. Abschnitt 1.7.1.3).

H 9: Je verbreiteter post-materialistische Wertstrukturen, desto
grösser ist das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in
einem Kontext.

(1) Wir gehen hier aus von der Unterscheidung dreier, aufgrund subjektiver Wertstrukturen definierter "Akteurmodelle" bei Heintz (1981) (normatives, hedonistisches und kognitives Akteurmodell). Die empirische Ueberprüfung auf der evaluativen Ebene beschränkt sich auf die durch die das Gegensatzpaar Normativität-Hedonismus gebildete Dimension, während kognitive Aspekte getrennt untersucht werden (Abschnitt 7.4.2).

7.5 Destabilisierung als Verstärkung politischer Aktivität: Detailhypothesen

Während die in Abschnitt 7.4 formulierten Hypothesen zum ersten Analyseschritt strukturelle, kognitive und evaluative Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungsmechanismen betrafen, geht es in diesem zweiten Schritt ausschliesslich um artikulative Mechanismen. In Teil I (Kapitel 4) wurde ausgeführt, wie dieser lange vernachlässigte Aspekt gesellschaftlicher Stabilisierung in neueren Arbeiten zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Es soll zunächst die Beziehung zwischen dem Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung und dem Ausmass an politischer Aktivität in den untersuchten Kontexten sowie - im Rahmen eines Exkurses - auf der individuellen Ebene untersucht werden. These II A in Abschnitt 7.3 soll dabei nach der Konventionalität der Artikulationsform differenziert werden. Dabei vermuten wir konkret:

H 10: Je unkonventioneller die Artikulationsform, desto
_____ stärker bringt sie Illegitimität zum Ausdruck.

Wie bereits erwähnt, soll diese Hypothese nicht nur auf dem aggregierten Niveau von Kantonen und Gemeinden untersucht werden, sondern auch mittels eines Vergleichs von Individuen.

In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, inwieweit Illegitimität substitutiv zu politischer Aktivität in Form von Kriminalität artikuliert wird.

In Abschnitt 7.4.1 wurde für Gewaltdelikte eine substitutive (negative) Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung postuliert. Als Substitut für Illegitimitätswahrnehmung wurde diese Form von Kriminalität im Rahmen des ersten Analyseschrittes diskutiert, da sie das Resultat von strukturellen, kognitiven und/oder evaluativen Stabilisierungsmechanismen ist.

Demgegenüber wird Kriminalität (und vor allem Eigentumsdelikte) an dieser Stelle als mögliches Substitut für politische Aktivität konzipiert, welches - ebenso wie politische Aktivität - in einer positiven Beziehung zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung steht.

H 11: Je grösser die Illegitimitätswahrnehmung, desto grösser
_____ ist auch die Kriminalitätsquote (vor allem Eigentumsdelikte) in einem Kontext.

H 11 b: Kriminalität und politische Aktivität stellen somit Substitute bezüglich der Artikulation von Illegitimität dar. Sie korrelieren - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - negativ.

Da gemäss Hypothese 10 vor allem unkonventionelle politische Aktivität Illegitimität zum Ausdruck bringen dürfte, erwarten wir, dass die Kriminalität (Eigentumsdelikte) vor allem zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität in einer negativen Beziehung steht.

Im folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Kontextmerkmale die Umsetzung von Illegitimitätswahrnehmung in politische Aktivität beeinflussen. Hierzu wird das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt, um die rein artikulative Beeinflussung politischer Aktivität zu isolieren.

Zunächst sollen die im Rahmen dieser Analysen abhängigen Indikatoren für das Ausmass an politischer Aktivität definiert werden.

7.5.1 Formen politischer Bürgeraktivität als abhängige Variablen

Von entscheidender Bedeutung für diesen zweiten Analyseschritt ist eine Differenzierung verschiedener Arten politischer Aktivität. Neben konventionellen Aktivitätsformen wie Wahl- oder Abstimmungspartizipation werden auch sogenannte Aktivierungsereignisse (zur Definition dieses Begriffs vgl. Teil I, Kapitel 2) in die Analyse einbezogen. Die Aktivierungsereignisse ihrerseits werden wiederum nach verschiedenen Formen differenziert. Hieraus ergeben sich folgende Indikatoren politischer Bürgeraktivität:

- Wahlbeteiligung
- Abstimmungsbeteiligung
- Gesamtzahl von Aktivierungsereignissen (in Relation zur Bevölkerungszahl eines Kontextes)
- Zahl Initiativen (in Relation zur Bevölkerungszahl)
- Zahl fakultativer Referenden (in Relation zur Bevölkerungszahl)
- Zahl Petitionen (in Relation zur Bevölkerungszahl)
- Beteiligung an konventionellen Aktivierungsereignissen (Initiativen, fakultative Referenden und Petitionen)
- Zahl unkonventioneller Ereignisse (in Relation zur Bevölkerungszahl)
- Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen (in Relation zur Bevölkerungszahl)

Diese Formen politischer Aktivität variieren zunächst nach ihrer Konventionalität: Sie sind in vorstehender Liste in der Reihenfolge abnehmender Konventionalität aufgeführt.

Wir erwarten zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Aktivität eine Substitutionsbeziehung:

H 12: Je grösser die politische Aktivität in konventionellen Formen, desto geringer ist - ceteris paribus - die Aktivität in unkonventionellen Formen in diesem Kontext.

Diese Erwartung steht tendenziell im Widerspruch zum Prozess einer "Ausweitung des politischen Handlungsrepertoires auf unkonventionelle Formen" wie er von Barnes, Kaase (1979) in den Vordergrund gestellt wird. Wir gehen davon aus, dass neben der Ausweitung des Handlungsrepertoires auch Substitutionsprozesse zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität ablaufen, welche vor allem auf der aggregierten Ebene von Kontexten zum Ausdruck kommen.

Die verschiedenen Indikatoren unterscheiden sich an zweiter Stelle auch bezüglich des Ausmasses, in dem sie die Basisbeteiligung zum Ausdruck bringen. Dies ist für die Angaben zu Aktivierungsereignissen der Fall, für Wahl- und Abstimmungsbeteiligung ist eine Differenzierung nach Basis und Elite nicht möglich.

Die folgenden Hypothesen über den artikulativen Einfluss spezifischer exogener Grössen werden nach allgemeinem Aktivitätsniveau einerseits, nach Unkonventionalität der Aktivitätsform - als Indikator einer Verschiebung von konventionellen zu unkonventionellen Aktivitätsformen - andererseits differenziert. Für die Basisbeteiligung werden nur vereinzelt spezifische Hypothesen formuliert. Wir erwarten, dass die Basisbeteiligung an Aktivierungsereignissen relativ stark mit der Ereignishäufigkeit korreliert, werden aber im Rahmen der empirischen Analyse auf eventuelle Diskrepanzen zwischen diesen beiden Arten von Indikatoren eingehen.

7.5.2 Materielle Ressourcen als Determinanten artikulativer Destabilisierung

Empirische Untersuchungen auf der individuellen Ebene haben zum eindeutigen Ergebnis geführt, dass mit dem sozialen Status das Ausmass politischer Aktivität ansteigt (Barnes, Kaase 1979; Verba, Nie, Kim 1978; Martinussen 1977). Und ein wesentliches Merkmal eines hohen sozialen Status liegt zweifelsohne in einer grösseren Verfügbarkeit materieller Ressourcen.

Wir vermuten daher, dass materielle Ressourcen auch auf der aggregierten Ebene von Kontexten eine wichtige Determinante des Niveaus politischer Aktivität darstellen. Dagegen erwarten wir keinen Einfluss auf die Unkonventionalität der Artikulationsform (1).

H 13: Je höher das Entwicklungsniveau eines Kontextes, desto grösser ist - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - das allgemeine Aktivitätsniveau.

H 14: Je gleicher das Einkommen verteilt ist, desto grösser ist das allgemeine Aktivitätsniveau.

Beide Determinanten (Entwicklungsniveau und Einkommensgleichheit) dürften also auf der artikulativen Ebene destabilisierend wirken, während ihnen als Bestimmungsgründe der Illegitimitätswahrnehmung auf der strukturellen Ebene ein stabilisierender Effekt (Verringerung der Illegitimitätswahrnehmung) zugeschrieben wird.

Von der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens erwarten wir keinen Einfluss auf das Niveau politischer Aktivität, während wir in Abschnitt 7.4.2 einen Effekt auf die Illegitimitätswahrnehmung postulierten. Wir gehen dabei davon aus, dass die subjektive Bewertung von Bürgern sehr viel sensibler auf geringe Veränderungen des Pro Kopf Einkommens ist als die Aktivitätsbereitschaft. Zur Ueberprüfung dieser Vermutung werden wir die

(1) Bezüglich des Einflusses des sozialen Status (Einkommen) auf die Unkonventionalität der Aktivitätsform auf individueller Ebene ergibt die Arbeit von Barnes, Kaase (1979) keine eindeutigen Ergebnisse: In einigen Ländern deutet sich bei steigendem Einkommen eine Zunahme der Konventionalität, in anderen Ländern eine Zunahme der Unkonventionalität an (vgl. Barnes, Kaase 1979:100).

Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens auch bei der empirischen Analyse der politischen Aktivität auf ihren Einfluss testen. Wir erwarten schliesslich, dass sich die postulierte Abhängigkeit von materiellen Ressourcen vor allem bei der Basisbeteiligung zeigt:

H 15: Je höher das Entwicklungsniveau und je gleicher
_____ die Einkommensverteilung, desto stärker die Beteiligung an Aktivierungsereignissen.

7.5.3 Intellektuelle Ressourcen als Determinanten artikulativer Destabilisierung

Intellektuelle Ressourcen werden durch das Bildungsniveau operationalisiert. Ebenfalls aufgrund von empirischen Ergebnissen auf der individuellen Ebene (vgl. wiederum Barnes, Kaase 1979, Verba, Nie, Kim 1978 und vor allem Martinussen 1977) postulieren wir einen positiven Effekt des Bildungsniveaus auf politische Aktivität.

Intellektuelle Ressourcen - indiziert durch das Bildungsniveau - fördern eine Destabilisierung also nicht nur, indem sie die Illegitimitätswahrnehmung erhöhen (vgl. H 6, Abschnitt 7.4.3), sondern auch, indem sie die Artikulation von Illegitimität fördern. Sie erhöhen die Wahrnehmung von Artikulationsmöglichkeiten und ihre adäquate Benutzung. Wir vermuten also:

H 16: Je höher das Bildungsniveau, desto höher das
_____ allgemeine Aktivitätsniveau.

Darüber hinaus kann angenommen werden, dass intellektuelle Ressourcen auch die Wahrnehmung der Problematik traditioneller Artikulationskanäle fördert und somit mit einer Verschiebung der politischen Aktivität zu unkonventionelleren Formen verbunden ist:

H 17: Je höher das Bildungsniveau, desto stärker verschiebt
_____ sich politische Aktivität in den unkonventionellen Bereich.

7.5.4 Interaktionsdichte und normative Freiräume als Determinanten artikulativer Destabilisierung

Eine hohe Interaktionsdichte und normative Freiräume werden als Merkmale von Urbanisierung betrachtet, die wichtige Bedingungen politischer Bürgeraktivität darstellen.

Empirische Untersuchungen zur Beziehung zwischen Urbanisierung und politischer Aktivität haben zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt. Einzelne Studien unterstützen eine positive, andere eine negative Beziehung (für eine Uebersicht vgl. Verba, Nie, Kim 1978:269 ff).

Angesichts dieser Ergebnisse postulieren wir grundsätzlich eine positive Beziehung zwischen Urbanisierung und politischer Aktivität, führen aber in zweierlei Hinsicht Differenzierungen ein, welche unter bestimmten Bedingungen auch eine entgegengesetzte Beziehung erklären können. Einerseits beziehen wir die Möglichkeit von Verlagerungen der politischen Aktivität auf der Unkonventionalitätsdimension in unsere Ueberlegungen ein, so dass für einzelne Formen - vor allem konventioneller - politischer Aktivität durchaus eine negative Beziehung zum Urbanisierungsgrad resultieren kann. Empirische Untersuchungen über die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz finden dann tatsächlich auch eine negative Beziehung (vgl. Girod, Ricq 1970, Geissler 1974). Andererseits versuchen wir den Urbanisierungsgrad hinsichtlich einzelner - für politische Aktivität - relevanter Aspekte zu differenzieren.

Urbanisierung führt zunächst zu einer grösseren Siedlungsdichte, welche eine strukturelle Basis für eine verstärkte Interaktionsdichte darstellt. Auf operationaler Ebene ist die Siedlungsdichte sowie die Quote der Wegpendler messbar, welche - wenn auch nicht direkt mit der Urbanisierung verbunden - ebenfalls die Interaktionsdichte (negativ) beeinflussen dürfte.

H 18: Je grösser die Interaktionsdichte (bzw. ihre strukturelle Basis), desto grösser ist - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - das Niveau politischer Aktivität in einem Kontext.

Auf die Unkonventionalität politischer Aktivität postulieren wir keinen Effekt der Interaktionsdichte.

Einen zweiten Aspekt der Urbanisierung, der für politische Aktivität von Bedeutung sein dürfte, stellt die abnehmende soziale (informelle) Kontrolle dar. In Ermangelung besserer Indikatoren wird eine schwache soziale Kontrolle durch eine hohe Ehescheidungsquote operationalisiert. Wir erwarten, dass dadurch eine Verschiebung von konventioneller zu unkonventioneller politischer Aktivität bewirkt wird. Dagegen postulieren wir keinen Effekt auf das allgemeine Aktivitätsniveau.

H 19: Je geringer die soziale Kontrolle, desto grösser ist
— das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - die Unkonventionalität politischer Aktivität in einem Kontext.

7.5.5 Institutionalisierte Politik als Determinante artikulativer Destabilisierung

Wir erwarten, dass politische Aktivität sowohl durch eine ausgebaute direkte Demokratie als auch durch die Vertretung marginaler Interessen in der institutionalisierten Politik gefördert wird.

Die Ausgebautheit der direkten Demokratie wird durch die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle (geringe Unterschriftenzahlen für Initiativen und fakultative Referenden, Gemeindeversammlung) operationalisiert. Wir postulieren, dass diese Merkmale des politischen Systems das allgemeine Aktivitätsniveau fördern. Dabei gehen wir aus von einem Sozialisations-effekt politischer Aktivität wie er von verschiedenen Autoren postuliert wird (vgl. u.a. Mill 1978, Gronemeier 1972, Pedersen, Svensson 1980).

Dieser Sozialisationseffekt besteht darin, dass politische Aktivität eine weitere Aktivierung auch in anderen Formen fördert.

H 20: Je zugänglicher direkt-demokratische Artikulations-
— kanäle, desto grösser ist - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - das Ausmass an politischer Aktivität in einem Kontext.

Somit ergibt sich für die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle - analog beispielsweise zum Pro Kopf Einkommen - auf der strukturellen Ebene ein stabilisierender, auf der artikulativen Ebene ein destabilisierender Effekt.

Die Vertretung marginaler Interessen in der institutionalisierten Politik wird - analog zu Abschnitt 7.4.2 - durch den Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei und durch den Sitzanteil der Nicht-Bundesratsparteien operationalisiert. Wir vermuten, dass eine Vertretung dieser Parteien in der institutionalisierten Politik zum einen die - institutionalisierte - politische Auseinandersetzung für den Bürger interessanter macht, zum anderen auch die Informationskanäle zum Bürger erweitert, welche das Verständnis des politischen Geschehens fördern.

H 21: Je stärker marginale Parteien (Sozialdemokratische Partei und Nicht-Bundesratsparteien) in der institutionalisierten Politik vertreten sind, desto grösser ist - das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung konstant gesetzt - das allgemeine Niveau politischer Aktivität.

Wir postulieren keine Auswirkungen der Vertretung marginaler Parteien auf die Unkonventionalität der politischen Aktivität.

7.6 Destabilisierung als sozialer Wandel: Detailhypothesen

Im dritten Analyseschritt wenden wir uns der Frage zu, inwieweit die im vorangegangenen Abschnitt als abhängige Variablen untersuchten Arten und Dimensionen politischer Aktivität ihrerseits auf sozialen Wandel wirken bzw. inwieweit das Ausmass der Umsetzung politischer Aktivität in sozialen Wandel von dritten Faktoren beeinflusst wird.

Sozialer Wandel umfasst in unserem Begriffsgebrauch - analog zum Begriff der sozialen Spannung - Veränderungen, die sich im Bereich der Gesellschaftsstruktur (z.B. Veränderung der Einkommensverteilung) oder im Bereich des politischen Systems (z.B. Sitzverschiebungen zwischen Parteien) vollziehen.

Wir nehmen an, dass es auch auf der reaktiven Ebene Prozesse gibt, die zur gesellschaftlichen Stabilisierung beitragen, indem sie die Umsetzung von politischer Aktivität in strukturellen Wandel beeinträchtigen. Repressionen gegen Aktivisten oder

Ignorierung von artikulierten Anliegen können hier als Beispiele angeführt werden (vgl. Teil I, Kapitel 5). Dabei muss berücksichtigt werden, dass solche Stabilisierungsmechanismen auf der reaktiven Ebene oft unbeabsichtigte Folgen auf den anderen Stabilisierungsebenen haben: z.B. indem das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung aufgrund von Repressionen steigt. Allerdings werden wir im Rahmen unserer empirischen Analyse nur in begrenztem Masse auf solche Zusammenhänge eingehen können, die in unserem theoretischen Modell Rückkoppelungsprozesse darstellen.

Diese letzte, reaktive Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung ist stärker als die vorangegangenen kurzfristig zu beeinflussen und daher in stärkerem Masse auch das Resultat bewusster Strategien der Elite.

7.6.1 Sozialer Wandel als abhängige Variable

Bedingt durch die Datenverfügbarkeit, aber auch durch die makrosoziologische Untersuchungsanlage müssen wir unsere Analyse auf einige spezifische Dimensionen sozialen Wandels beschränken. Diese lassen sich danach unterscheiden, ob sie die Gesellschaftsstruktur oder das politische System charakterisieren und ob sie gerichteten oder ungerichteten Wandel messen. Im Falle des ungerichteten Wandels interessiert nur, ob sich etwas verändert, im Fall des gerichteten Wandels auch, in welcher Richtung sich der Wandel vollzieht.

Hieraus ergeben sich als unabhängige Variablen:

- gerichteter struktureller Wandel: Egalisierung der Einkommensverteilung
- ungerichteter struktureller Wandel: Absolute Veränderung der Einkommensverteilung
- gerichteter Wandel des politischen Systems:
 - Zunahme des Anteils marginaler Parteien
 - Abnahme des Anteils der grössten Partei
- ungerichteter Wandel des politischen Systems:
 - Anteil der Sitzverschiebungen zwischen Parteien an der Gesamtzahl der Sitze

- Absolute Veränderung des Sitzanteils der Sozialdemokratischen Partei
- Absolute Veränderung des Sitzanteils der Nicht - Bundesratsparteien.

Den Vorstellungen des gerichteten und des ungerichteten Wandels liegen zwei unterschiedliche theoretische Konzepte zugrunde. Gerichteter Wandel im Sinne eines Abbaus der Illegitimitätsäusserungen zugrundeliegenden sozialen Spannungen ist Teil eines rationalen Gesellschaftsmodells. Demgegenüber geht die Vorstellung von ungerichtetem Wandel davon aus, dass durch Illegitimitätsäusserungen bedingter sozialer Wandel nicht unbedingt soziale Spannungen abbaut. In diesem Falle stellt der soziale Wandel nicht notwendigerweise eine Annäherung an eine "Idealgesellschaft" dar, wie immer diese auch aussehen mag. Diese zweite Vorstellung ist vereinbar mit Arbeiten, die die Funktion der Politik in unserer Gesellschaft nicht in einer Veränderung der gesellschaftlichen Struktur, sondern lediglich in einer symbolischen Legitimation bestehender Strukturen sehen, für die die Bedeutung der Politik eine rein symbolische ist (vgl. u.a. Edelman 1976 und - in bezug auf die Einkommensverteilung - Wilensky 1975).

7.6.2 Politische Aktivität und sozialer Wandel

Destabilisierung auf der reaktiven Ebene bedeutet Umsetzung politischer Aktivität in - gerichteten oder ungerichteten - sozialen Wandel (vgl. These III A in Abschnitt 7.3).

Wir nehmen an, dass sowohl konventionelle als auch unkonventionelle politische Aktivität zu sozialem Wandel führt. Allerdings erwarten wir, dass diese Beziehung für konventionelle politische Aktivität stärker ist, da - gemäss Hypothese 10 in Abschnitt 7.5 - konventionelle Aktivität stärker als unkonventionelle Aktivität auf der artikulativen Ebene stabilisiert wird, eine reaktive Stabilisierung hier also weniger notwendig erscheint.

Es gelten also folgende Hypothesen:

H 22: Je grösser das Ausmass unkonventioneller Aktivität in
— einem Kontext, desto stärker ist der soziale Wandel.

H 23: Je grösser das Ausmass konventioneller Aktivität,
_____ desto stärker ist in einem Kontext der soziale Wandel.

H 24: Der Einfluss konventioneller Aktivität auf sozialen
_____ Wandel ist grösser als der Einfluss unkonventioneller
Aktivität.

7.6.3 Exogene Determinanten reaktiver Destabilisierung

Die Untersuchung der exogenen Determinanten sozialen Wandels hat
- angesichts des Mangels an bisherigen makrosoziologischen Ana-
lysen - explorativen Charakter. Wir beschränken uns daher auf
die empirische Ueberprüfung einiger spezifischer Hypothesen
welche sich aus einer international vergleichenden Studie
(Zwicky, Heintz 1982) ableiten lassen.

Wir nehmen an, dass eine Destabilisierung auf der reaktiven
Ebene vor allem dann stattfindet, wenn die Bedeutung alternati-
ver Politiken wie z.B. eine Wachstumspolitik oder aber eine
Repressionspolitik gering ist. Als Indikatoren für diese beiden
alternativen Politiken verwenden wir das Wachstum des Pro Kopf
Einkommens sowie den Ausgabenanteil für Justiz und Polizei.

Der Indikator für eine Wachstumspolitik ist insofern problema-
tisch als er einen Erfolg dieser Politik in Form eines tatsäch-
lichen Wirtschaftswachstums voraussetzt: Nur dann ist die Wachs-
tumsrate des Pro Kopf Einkommens ein valider Indikator für den
Stellenwert einer Wachstumspolitik.

H 25: Je geringer die Wachstumsrate eines Kontextes, desto
_____ stärker ist - unter Kontrolle des Niveaus politischer
Aktivität - der soziale Wandel.

H 26: Je geringer der Ausgabenanteil für Justiz/Polizei,
_____ desto stärker ist - unter Kontrolle des Niveaus poli-
tischer Aktivität - der soziale Wandel.

Ebenfalls aus der genannten internationalen Studie ergibt sich
die Vermutung, dass ein hohes Bildungsniveau die reaktive Destabi-
lisierung fördert. Diese Erwartung basiert darauf, dass mit
dem Bildungsniveau die Bereitschaft der Herrschenden, ebenso wie
der Druck auf sie steigt, sozialen Wandel zu tolerieren und von
repressiven Massnahmen Abstand zu nehmen.

Wir postulieren zudem, dass eine Bildungspolitik - operationalisiert durch den Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben - eine Alternative zu einer Politik der reaktiven Stabilisierung (Repression) darstellt.

H 27: Je grösser das Bildungsniveau eines Kontextes und je grösser seine Bildungsausgaben, desto grösser ist - unter Kontrolle des Niveaus politischer Aktivität - der soziale Wandel.

7.7 Datenbasis

Die zur Operationalisierung der in den vorangegangenen Abschnitten formulierten Hypothesen herangezogenen Indikatoren lassen sich der Datenquelle gemäss in drei Hauptgruppen einteilen. Zunächst sind Umfrageergebnisse zu nennen, die das Ausmass der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext indizieren. An zweiter Stelle folgen Daten über das Ausmass und die Bedingungen nicht oder nur teilweise institutionalisierter politischer Aktivität (Aktivierungsereignisse). Diese wurden zum Teil im Rahmen eines kürzlich abgeschlossenen Forschungsprojektes mittels Zeitungsanalysen erhoben und für die vorliegende Arbeit durch eine Umfrage bei Gemeindekanzleien gezielt ergänzt. Schliesslich stützt sich die folgende Analyse auf sekundärstatistische Daten, die zum Teil (Einkommensverteilung) bezüglich Verzerrungen korrigiert werden.

Ein spezifisches Merkmal der vorliegenden Arbeit stellt also die Kombination von Umfrageergebnissen mit massenmedialen und sekundärstatistischen Datenquellen dar (vgl. auch die diesbezüglichen Ausführungen in der Einleitung).

Im folgenden werden zunächst die benutzten Umfragedaten, anschliessend die massenmedialen und schliesslich die sekundärstatistischen Daten beschrieben. Innerhalb dieser Dreiteilung werden die einzelnen Indikatoren in der Reihenfolge ihres Auftretens im Rahmen der Detailhypothesen vorgestellt. Für jeden Indikator wird zudem angegeben, in welchen Hypothesen er benutzt wird.

7.7.1 Aggregierte Umfrageergebnisse

Die Angaben zur Illegitimitätswahrnehmung und zum Postmaterialismus stammen aus einer Umfrage, die von Kerr et.al. (1975) durchgeführt wurde (Befragungszeitpunkt: 1975). Diese Umfrage wurde vom Schweizerischen Nationalfonds als Teil einer international vergleichenden Studie von acht Nationen finanziert. Von fünf der acht untersuchten Ländern liegt eine vergleichende Analyse in Buchform vor (Barnes, Kaase 1979); Auswertungen der schweizerischen Daten wurden meines Wissens jedoch noch nicht publiziert.

Die geschichtete Stichprobe dieser Umfrage umfasst 130 Gemeinden mit insgesamt 1379 Befragten (1). Für den Kantonsvergleich ergibt sich hieraus ein Maximum von 228 Befragten für den Kanton Zürich, ein Minimum von 8 Befragten für den Kanton Appenzell-Ausserrrhoden (vgl. Anhang A). Für den Gemeindevergleich schwankt die Zahl der Befragten zwischen 91 (Zürich) und 6 (mehrere Gemeinden) (vgl. Anhang B).

Dies bedeutet, dass für einzelne Kontexte die Repräsentativität bezüglich der Illegitimitätswahrnehmung relativ gering ist. Aus diesem Grunde wurde zunächst in Betracht gezogen, das den Kontexten zugeordnete Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung durch den durchschnittlichen Status der Befragten zu relativieren. Dies erwies sich aber deshalb als nicht notwendig, weil auf der individuellen Ebene nur sehr schwache Beziehungen zwischen dem Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung und dem gesellschaftlichen Status festzustellen sind (2).

Die aufgrund dieser Umfrageergebnisse gebildeten (aggregierten) Indikatoren sind somit die folgenden:

-
- (1) Eine der 131 bei Kerr et.al. (1975) aufgeführten Gemeinden (Wilen bei Wil) konnte im Zusammenhang mit den soziostrukturellen Daten nicht identifiziert werden.
 - (2) Die politische Illegitimitätswahrnehmung (vgl. nächste Seite) korreliert mit dem Bildungs- bzw. mit dem Einkommensstatus $-.04$ bzw. $-.06$ (Pearson Korrelationskoeffizienten). Bei der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung betragen die entsprechenden Koeffizienten $-.08$ bzw. $-.16$.

7.7.1.1 Politische Illegitimitätswahrnehmung (Hypothesen 1 - 10)

Dieser Indikator misst den Anteil der in einem Kontext Befragten, die auf die Frage "Wie sehr vertrauen Sie darauf, dass die Regierung in Bern so handelt wie sie es eigentlich sollte: eigentlich immer, meistens, nur selten oder praktisch nie?" mit "Nur selten" oder mit "Praktisch nie" antworteten.

7.7.1.2 Gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung (Hypothesen 1 - 10)

Dieser Indikator misst den Anteil der in einem Kontext Befragten, die auf die Frage "Wenn Sie Ihr Einkommen mit dem vergleichen, was andere verdienen: Glauben Sie, in der Schweiz herrscht im grossen und ganzen eine gerechte oder keine gerechte Verteilung?" mit "Keine gerechte Verteilung" antworteten.

7.7.1.3 Postmaterialistische Wertstruktur (Hypothese 9)

Der Postmaterialismus der Wertstruktur der befragten Individuen wurde aufgrund von zwei Fragen nach den wichtigsten politischen Zielen operationalisiert. In diesen Fragen standen zusammen elf Ziele zur Auswahl, von denen fünf als postmaterialistisch eingestuft werden können (vgl. dazu Barnes, Kaase 1979:564). Ein Postmaterialismus-Index ergibt sich dann daraus, wie viele postmaterialistische Ziele jemand als wichtig bezeichnet (1). Hieraus wird eine 6-stufige Skala gebildet, an deren Extremata einerseits Individuen stehen, die kein einziges postmaterialistisches Ziel anführen, andererseits solche, die bei allen fünf Antwortmöglichkeiten postmaterialistische Ziele nennen (2).

Dieser Postmaterialismus-Index wurde durch Mittelwertbildung auf Kantone und Gemeinden aggregiert.

-
- (1) Dieser Index stellt eine mathematische einfachere Version des von Inglehart (1979) benutzten dar.
 - (2) Fünf Antwortmöglichkeiten ergaben sich dadurch, dass bei der ersten Frage, bei welcher vier Ziele zur Auswahl standen, die beiden wichtigsten genannt werden konnten, bei der zweiten Frage (sieben Antwortmöglichkeiten), die drei wichtigsten.

7.7.2 Daten zum Ausmass politischer Aktivität und ihrer institutionellen Bedingungen

Die Daten über das Ausmass nicht- oder halb-konventioneller politischer Aktivität (Aktivierungsereignisse) stammen im Kern aus einem Projekt im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 6 (Entscheidungsprozesse in der Schweizer Demokratie) (vgl. Kriesi et.al. 1981, Tschopp 1981). Für den Gemeindevergleich wurden sie durch eine Umfrage bei Gemeindeverwaltungen ergänzt, welche zu einer bedeutsamen Erhöhung der Ereigniszahl führte (vgl. Anhang F). Im Rahmen derselben, eigens für diese Arbeit durchgeführten Gemeindeumfrage, wurden auch Daten über die Bedingungen politischer Aktivierung in den Gemeinden sowie über die Beteiligung an Abstimmungen über eidgenössische und kantonale Vorlagen erhoben.

Die Methode der Datenerhebung zu Aktivierungsereignissen ist in Kriesi et.al. (1981:36ff) und in Anhang F dieser Arbeit im Detail geschildert, ebenso wie dort auch Testergebnisse bezüglich der Vollständigkeit der identifizierten Aktivierungsereignisse referiert werden.

Schliesslich ist zu erwähnen, dass in diesem Abschnitt auch Indikatoren konventioneller politischer Aktivität (Wahl- und Abstimmungsbeteiligung) auf kantonaler Ebene beschrieben werden, obwohl es sich hier um sekundärstatistische Daten handelt. Diese wurden - was die Abstimmungsbeteiligung auf kantonaler Ebene betrifft - von Nef (1979) aufbereitet.

7.7.2.1 Wahlbeteiligung

(Hypothesen 10 - 21)

Die Wahlbeteiligung misst den Anteil der Stimmberechtigten, die bei Nationalratswahlen an die Urne gehen. Dieser Indikator wurde für drei verschiedene Zeitpunkte (1967, 1971 und 1975), aber nur auf kantonaler Ebene erhoben. Die entsprechenden Angaben stammen aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz.

7.7.2.2 Abstimmungsbeteiligung

(Hypothesen 10 - 21)

Ebenso wie die Wahlbeteiligung stellt die Abstimmungsbeteiligung einen Indikator für das Ausmass konventioneller politischer

Aktivität in einem Kontext dar. Für den Kantonsvergleich wurden diese Daten aus Nef (1979) und dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz übernommen, für den Gemeindevergleich im Rahmen der vorerwähnten Umfrage bei Gemeindekanzleien erhoben.

Die Abstimmungsbeteiligung wurde jeweils zu Beginn und am Ende der betrachteten Periode (1968 - 1978) erhoben. In der ersten Abstimmung 1968 (2.2.1968) wurde über eine Vorlage betreffend "Steueramnestie" abgestimmt, am letzten Termin 1978 (3.12.1978) ging es um Vorlagen betreffend "Sicherheitspolizei", "Berufsbildung", "Tierschutz" und "Landwirtschaft". Die gesamtschweizerische Beteiligung an den beiden Abstimmungsterminen betrug 41,8 % im ersten, 43,3 % im zweiten Fall. Vergleicht man diese Werte mit dem Dreijahresdurchschnitt der Beteiligung zum entsprechenden Zeitpunkt, so liegt die Abstimmung zur Steueramnestie über, die Abstimmung zu den Themen "Sicherheitspolizei" etc. unter diesen durchschnittlichen, d.h. themenunabhängigen Beteiligungsgquoten (1).

In der betrachteten Zeitperiode ist also gesamtschweizerisch eine Zunahme der Abstimmungsbeteiligung festzustellen (vgl. auch Troitzsch 1979:49). Diese Zunahme zeigt sich auch in den für unsere Analysen ausgewählten Abstimmungen, allerdings in durch themen-spezifische Mobilisierungsunterschiede abgeschwächtem Ausmass.

Eine Charakterisierung der an den beiden berücksichtigten Terminen zur Abstimmung gelangenden Themen wie sie aufgrund der Arbeit von Nef (1979) grundsätzlich möglich wäre, scheitert daran, dass dort nur Abstimmungen bis und mit 1977 berücksichtigt sind.

7.7.2.3 Häufigkeit von Aktivierungsereignissen

(Hypothesen 10 - 21)

Dieser Indikator ergibt sich aus der Division der Gesamtzahl der von Kriesi et.al. (1981) sowie der eigenen Umfrage bei Gemeindekanzleien im Zeitraum 1968 - 1978 identifizierten Aktivierungs-

(1) Der Beteiligungsdurchschnitt der Jahre 1967/1968/1969 betrug 36,7 %, jener der Jahre 1977/1978/1979 45,5 %.

ereignisse durch die Bevölkerungszahl eines Kontextes (Zeitpunkt 1970).

Aktivierungsereignisse umfassen (nach Kapitel 2, Teil I) verschiedene nicht- oder halb-konventionelle Formen politischer Aktivierung. Die wichtigsten Einzelformen sind: Initiativen, fakultative Referenden, Petitionen und Demonstrationen.

7.7.2.4 Häufigkeit von Initiativen

(Hypothesen 10 - 21)

Analog zu 1.7.2.3 ergibt sich die Häufigkeit der Initiativen aus der Division der Initiativenzahl in einem Kontext (Zeitraum 1968 - 1978) durch die Bevölkerungszahl 1970 (1).

7.7.2.5 Häufigkeit von fakultativen Referenden

(Hypothesen 10 - 21)

Auch hier wird die Gesamtzahl identifizierter fakultativer Referenden im Zeitraum 1968 - 1978 durch die Bevölkerungszahl 1970 dividiert.

7.7.2.6 Häufigkeit von Petitionen

(Hypothesen 10 - 21)

Petitionen stellen insofern unverbindliche Bürgeraktivitäten dar, als sie von den staatlichen Stellen zwar entgegengenommen, aber nicht in einer bestimmten Weise behandelt werden müssen. Sie können von einer oder mehreren Personen unterzeichnet sein. Auch die Zahl der gesamthaft registrierten Petitionen wird durch die Bevölkerungszahl des Kontextes dividiert.

7.7.2.7 Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse

(Hypothesen 10 - 21)

Unkonventionelle Ereignisse bestehen im wesentlichen aus Demonstrationen, Häuserbesetzungen, Streiks und gewaltsamen Anschlägen, wobei nach Kriesi et.al. (1981:431) die deutlich häufigste

-
- (1) In einigen Gemeinden - so beispielsweise in Zürich - existiert die Möglichkeit der Einzelinitiative, d.h. dass ein einzelner Stimmberechtigter eine Initiative einreichen kann, welche dann aber im Normalfall erst bei minimaler Unterstützung durch das Parlament verbindlich wird. Diese spezielle Form der Initiative wurde für unsere Analyse unterschiedslos den eigentlichen Volksinitiativen zugerechnet.

Unterkategorie durch Demonstrationen gebildet wird. Die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse in einem Kontext ergibt sich wiederum aus der Division der absoluten Ereignishäufigkeit durch seine Bevölkerungszahl.

7.7.2.8 Beteiligung an konventionellen Ereignissen

(Hypothese 15)

Neben den Angaben zur Zahl der Ereignisse liegen auf kantonaler Ebene auch Informationen über die Beteiligtenzahl je Ereignis vor. Hieraus lassen sich - unter erneuter Relativierung durch die Bevölkerungszahl eines Kantons - komplexere Indikatoren für den Mobilisierungsgrad eines Kontextes bilden (vgl. Kriesi et.al. 1981:392 ff; sowie ebenda, Anhang D). Konventionelle Ereignisse umfassen dabei Initiativen, fakultative Referenden und Petitionen. Zur Berechnung des Indikators werden die Unterschriften aller in der betrachteten Periode eingereichten Initiativen, Referenden und Petitionen aufaddiert und durch die Bevölkerungszahl des Kantons dividiert.

Im Rahmen der empirischen Analyse ist zu berücksichtigen, dass die Beteiligung an konventionellen Ereignissen durch institutionelle Faktoren (Mindestunterschriftenzahlen für Initiativen und fakultative Referenden) mitbeeinflusst wird. Diesen Einflüssen kann und soll mittels statistischer Kontrollen der Variablen "Unzugänglichkeit von Volksinitiativen" (vgl. 7.7.2.11) und "Unzugänglichkeit von fakultativen Referenden" (vgl. 7.7.2.12) Rechnung getragen werden.

7.7.2.9 Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen

(Hypothese 15)

Analog zu 7.7.2.8 wird die Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen durch Aufaddition der an unkonventionellen Ereignissen Beteiligten und Division durch die Bevölkerungszahl des Kantons gebildet (vgl. ebenfalls Kriesi et.al. 1981:393 ff; sowie ebenda, Anhang D).

7.7.2.10 Existenz eines Gemeindeparlamentes

(Hypothesen 4 und 20)

Die Existenz eines Gemeindeparlamentes ist - im Rahmen des Ge-

meindevergleichs - ein ersten Hinweis auf eine beschränkte Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle, da Gemeindeparlamente mit einer Abschaffung von Gemeindeversammlungen einhergehen. Es handelt sich hier also um eine zweiwertige Variable (Gemeindeparlament vs. Gemeindeversammlung), welche im Rahmen der erwähnten Umfrage bei Gemeindekanzleien erhoben wurde (vgl. auch Anhang B). Auf kantonaler Ebene entspricht diesem Indikator die Gegenüberstellung von Nicht-Landgemeinde- und von Landgemeindenkantonen. Dieser Indikator wurde auf kantonaler Ebene aber nicht benutzt, da er eine hohe Kovariation mit anderen strukturellen und kulturellen Bestimmungsgrössen aufweist.

Die Existenz eines Gemeindeparlamentes kovariiert relativ stark mit der Gemeindegrösse. Im Normalfall ist diese daher statistisch zu kontrollieren.

7.7.2.11 Unzugänglichkeit von Volksinitiativen

(Hypothesen 4 und 20)

Dieser Indikator wurde für den Kantonsvergleich aus Auer (1978) übernommen (1), für den Gemeindevergleich im Rahmen der Umfrage bei Gemeindekanzleien erhoben. Er misst die Zahl der für eine Volksinitiative notwendigen Unterschriften in Relation zur Zahl der Stimmberechtigten (2).

7.7.2.12 Unzugänglichkeit von fakultativen Referenden

(Hypothesen 4 und 19)

Analog zu 7.7.2.10 ergibt sich dieser Indikator aus der Division der für ein fakultatives Referendum notwendigen Unterschriften durch die Zahl der in einem Kontext Stimmberechtigten. Dieser Indikator konnte nur auf kommunaler Ebene gebildet werden.

-
- (1) Auer (1978) differenziert in seiner Arbeit nach verschiedenen Arten der Volksinitiative. Die unserem Indikator zugrunde liegenden Angaben beziehen sich auf Gesetzesinitiativen.
 - (2) In mehreren Gemeinden erübrigte sich die beschriebene Berechnung dieses Indikators, da die Zahl der nötigen Unterschriften nicht absolut, sondern zum vornherein in Prozentsen der Stimmberechtigten festgelegt ist (vgl. auch Anhang B).

7.7.3 Sekundärstatistische Daten

Sekundärstatistische Daten sind zum Teil nur auf kantonaler Ebene verfügbar. Wo nicht anders vermerkt, stammen sie dabei aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz.

7.7.3.1 Gesamtkriminalität

(Hypothese 11)

Für Angaben zur Kriminalität in der Schweiz ist man auf Verurteiltenstatistiken angewiesen, welche u.a. im Statistischen Jahrbuch der Schweiz veröffentlicht werden. Diese Angaben sind insofern problematisch, als sie einerseits Unterschiede in der Rechtsprechung, andererseits unaufgeklärte Vergehen nicht berücksichtigen.

Gesamtkriminalität wird also durch die Gesamtzahl aller Verurteilten in Relation zur Bevölkerungszahl operationalisiert. Diese Gesamtzahl wird wesentlich durch die Zahl der Eigentumsdelikte geprägt.

Alle Angaben zur Kriminalität können nur auf kantonaler Ebene berechnet werden.

7.7.3.2 Gewaltdelikte

(Hypothese 1)

Gewaltdelikte werden als anomische Kriminalitätsform betrachtet in dem Sinne, dass sie - als Reaktion auf strukturelle Spannungen - kaum mehr einen Bezug zu diesen aufweisen. Aus den statistischen Jahrbüchern kann die Zahl der wegen Gewaltdelikten Verurteilten je Kanton entnommen werden. Diese wird durch die Wohnbevölkerung dividiert.

Auf Gemeindeebene sind entsprechende Angaben nicht verfügbar.

7.7.3.3 Eigentumsdelikte

(Hypothese 11)

Im Vergleich zu den Gewaltdelikten stellen Eigentumsdelikte eine direktere Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Struktur (bzw. der Verteilung von Eigentum) dar. Aber auch sie sind in dem Sinne anomisch, dass diese Auseinandersetzung nicht auf einer politischen Ebene stattfindet, sondern eine individualistische "Lösung" von Verteilungsproblemen angestrebt wird.

Dieser Indikator wird analog zu 7.7.3.1 durch Division der für Eigentumsdelikte Verurteilten durch die Bevölkerungszahl eines Kantons gebildet.

7.7.3.4 Entwicklungsniveau

(Hypothesen 2, 13 und 15)

Das Entwicklungsniveau eines Kontextes wird durch sein Pro Kopf Einkommen operationalisiert.

Auf kantonaler Ebene können wir uns dabei auf Arbeiten von Fischer (1980, 1981) stützen der, für 1965 und 1978 das Pro Kopf Einkommen aller Kantone berechnet. Seine Berechnungsmethode wird als indirekt bezeichnet, d.h. dass das gesamte Volkseinkommen der Schweiz nach einem aus der Wehrsteuersubstanz der Kantone hergeleiteten Schlüssel auf die Kantone verteilt wird. Nach Fischer (1980:20) werden aufgrund dieser Berechnungsmethode "entscheidende Schwachstellen der früheren Volkseinkommenszahlen ausgemerzt".

Auf kommunaler Ebene wird das Entwicklungsniveau durch das Wehrsteuereinkommen der natürlichen Personen pro Kopf im Jahre 1970 operationalisiert. Dieser Wert wird zusätzlich logarithmiert, da sich sonst im oberen Bereich der Skala extreme Streuungen ergeben.

7.7.3.5 Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens

(Hypothesen 2 und 25)

Die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens ergibt sich aus den Angaben des Pro Kopf Einkommens für zwei Zeitpunkte. Auf kantonaler Ebene sind dies die Jahre 1965 und 1978, auf kommunaler Ebene die Jahre 1960 und 1970.

7.7.3.6 Einkommensungleichheit

(Hypothesen 3, 14 und 15)

Die verwendeten Verteilungsindikatoren basieren auf der Eidgenössischen Wehrsteuerstatistik. Das Hauptproblem dieser Statistiken besteht darin, dass sie nur die Steuerpflichtigen oberhalb einer sogenannten Freigrenze umfassen, dass somit ein über die Zeit und zwischen Kontexten variabler Teil der Steuerpflichtigen aus der Statistik ausgeschlossen wird. Für den damit ver-

bundenen Verzerrungseffekt wurde von Rusterholz, Zwicky (1981) eine Korrekturmethode entwickelt, welche für die Berechnung der kantonalen Verteilungsindikatoren benutzt wurde (1). Für den Kantonsvergleich verwenden wir verschiedene Verteilungsindikatoren, da - wie Rusterholz, Zwicky (1982) gezeigt haben - die Beziehungen zwischen verschiedenen Verteilungsindikatoren sehr gering sind. Es wird zwischen folgenden Aspekten der Einkommensverteilung unterschieden:

- Einkommensanteil der reichsten 1 % der Steuerpflichtigen
- Einkommensanteil der reichsten 5 % der Steuerpflichtigen
- Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen.

Diese Indikatoren werden für 1967/68 und 1973/74 berechnet.

Für den Gemeindevergleich werden zwei einfachere Verteilungsindikatoren berechnet, da hier die Wehrsteuerstatistik weniger differenzierte Angaben macht.

Ein erster Indikator misst den Anteil der Steuerpflichtigen, die sich entweder in der obersten oder in der untersten von sieben in der Wehrsteuerstatistik unterschiedenen Einkommensklassen befinden. In absoluten Zahlen sind dies für 1969/70, den Zeitpunkt für den wir diesen Indikator berechnen, die Steuerpflichtigen, die entweder weniger als 10'000.- oder mehr als 100'000 (steuerbares Einkommen pro Jahr) verdienen.

Nun stellt sich auch auf der Gemeindeebene das Problem des Verzerrungseffektes der Wehrsteuerfreigrenze. Eine Arbeit von Wolfensberger (1979) korrigiert diesen Verzerrungseffekt - analog zu der von uns auf Kantonsebene angewandten Methode - aufgrund der Differenz der Steuerpflichtigenzahl zur erwerbstätigen Bevölkerung. Der solcherart korrigierte Gini-Index der Gesamtungleichheit korreliert deutlich positiv mit dem Pro Kopf Einkommen (vgl. Wolfensberger 1979:110).

(1) Kurz zusammengefasst besteht die Methode darin, dass für ausgewählte Kantone die Wehrsteuerstatistiken mit Staatssteuerstatistiken verglichen werden, die keine Freigrenze kennen. Die Unterschiede zwischen den beiden Statistiken werden auf ihren Zusammenhang mit verschiedenen Kontrollvariablen (vor allem Differenz zwischen Bevölkerung und Wehrsteuerpopulation) hin untersucht, welche es erlauben, die Verteilung inklusive der aus der Wehrsteuerstatistik Ausgeschlossenen auch für jene Kantone zu schätzen, für die keine Staatssteuerstatistiken vorhanden sind.

Ein Test zeigt nun, dass auch unser einfacher Indikator für die Ungleichheit der Einkommensverteilung deutlich positiv mit dem Durchschnittseinkommen korreliert (1). Dieser Indikator erscheint also nur in geringem Masse von der Wehrsteuerfreigrenze beeinflusst. Allerdings berücksichtigt er nur einen kleinen Teil der Steuerpflichtigen, da lediglich 2 - 5 % aller Pflichtigen weniger als 10'000.- oder mehr als 100'000.- verdienen. Daher wurde noch ein zweiter Indikator berechnet, der einen grösseren Populationsanteil einschliesst. Er misst den Anteil der Steuerpflichtigen, die weniger als 15'000.- oder mehr als 50'000.- Jahreseinkommen ausweisen (rund 40 % der Steuerpflichtigen).

7.7.3.7 Veränderung der Einkommensverteilung

(Hypothesen 22 - 27)

Veränderungen in der Einkommensverteilung werden nur im Rahmen des Kantonsvergleichs untersucht. Dabei werden für die im vorangegangenen Abschnitt aufgeführten drei Verteilungsindikatoren die Veränderungsraten zwischen 1966/67 und 1973/74 berechnet, jeweils als absolute Veränderung (Indikator für ungerichteten Wandel) und als Veränderung, die das Vorzeichen der Veränderungsrate berücksichtigt (Indikator für gerichteten Wandel: Egalisierung vs. Erhöhung der Ungleichheit).

7.7.3.8 Parteienstruktur

(Hypothesen 5 und 21)

Die Bedeutung der Parteien in einem Kontext wird auf kantonaler Ebene als Sitzverteilung der Parteien im Kantonsparlament, auf kommunaler Ebene als Sitzverteilung in der Gemeindeexekutive gemessen. Die entsprechenden Daten entstammen einerseits Muheim (1980) (kantonale Ebene), andererseits der eigenen Gemeindeumfrage (kommunale Ebene) und beziehen sich auf die Zeitpunkte 1968 und 1978. Als konkrete Indikatoren der Parteienstruktur wird dabei einerseits der Sitzanteil der Sozialdemokraten als dominanter linker Partei, andererseits der Sitzanteil nicht-

(1) Die Korrelation zwischen dem Pro Kopf Einkommen 1970 und dem erwähnten einfachen Indikator für die Gesamtungleichheit beträgt in einem Sample von 124 Gemeinden .55 (Pearson Korrelationskoeffizient).

etablierter Parteien (operationalisiert als Nicht-Bundesratsparteien, also ohne SP, FDP, SVP, CVP) berechnet.

7.7.3.9 Veränderungen in der Parteienstruktur

(Hypothesen 22 - 27)

Bezüglich Veränderungen der Parteienstruktur im Zeitraum 1968 - 78 stehen folgende Indikatoren im Vordergrund:

- Zu- bzw. Abnahme des Sitzanteils der Sozialdemokraten
- Zu- bzw. Abnahme des Sitzanteils der nicht-etablierten Parteien
- Gesamtanteil der Sitzverschiebungen.

Alle Indikatoren werden in Relation zur Gesamtzahl der Sitze im jeweiligen Kontext gesetzt und beruhen auf den in 7.7.3.8 beschriebenen Grunddaten für die Zeitpunkte 1968 und 1978. Als Indikatoren für ungerichteten Wandel werden zusätzlich die absoluten Werte der beiden erstgenannten Grössen berechnet.

7.7.3.10 Ausgabenstruktur

(Hypothesen 26 und 27)

Daten zur Ausgabenstruktur von Kontexten sind lediglich auf der kantonalen Ebene verfügbar. Diese Angaben stammen aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz und beziehen sich auf 1968. In den folgenden Analysen interessieren lediglich die Anteile, die die Ausgaben für Rechtspflege und Polizei einerseits, für Bildung andererseits an den gesamten kantonalen Ausgaben ausmachen.

7.7.3.11 Bildungsniveau

(Hypothesen 6, 16, 17 und 27)

Für den Zeitpunkt 1970 (Volkszählung) liegen auf kantonaler Ebene erstmals valide Daten zum Bildungsniveau der ansässigen Bevölkerung vor. Auf Gemeindeebene fehlen analoge Daten.

Die fünf Bildungsindikatoren wurden nach Band 545 der Statistischen Quellenwerke (S. 209) berechnet, indem die absolute Zahl der Personen, die keine Schule mehr besuchen, auf fünf verschiedenen Bildungsniveaus durch die Gesamtzahl der Wohnbevölkerung geteilt wurde. Hieraus ergaben sich folgende Indikatoren:

- Anteil Nicht-Schulpflichtiger mit Primar- oder unterer Mittelschule als höchster abgeschlossener Schulstufe
- Anteil Nicht-Schulpflichtiger mit "höherer Schule" als höchster abgeschlossener Schulstufe
- Anteil Nicht-Schulpflichtiger mit "Pensionat" oder "Fachschule" als höchster abgeschlossener Schulstufe
- Anteil Nicht-Schulpflichtiger mit "Technikum" als höchster abgeschlossener Schulstufe
- Anteil Nicht-Schulpflichtiger mit "Universität" als höchster abgeschlossener Schulstufe.

7.7.3.12 Katholikenanteil

(Hypothese 7)

Dieser Indikator ist sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene verfügbar und misst den Anteil der in einem Kontext Wohnhaften, die der katholischen Kirche angehören. Die Daten stammen auf kantonaler Ebene aus Nef (1979), für den Gemeindevergleich aus Della Chiesa et.al. (1977) und beziehen sich auf das Jahr 1970.

7.7.3.13 Deutschsprachigenanteil

(Hypothese 8)

Auch dieser Indikator wurde für den Kantonsvergleich von Nef (1979), für den Gemeindevergleich von Della Chiesa et.al. (1977) übernommen. Er misst den Anteil der in einem Kontext Wohnenden mit deutscher Muttersprache und bezieht sich auf das Jahr 1970.

7.7.3.14 Ehescheidungsquote

(Hypothese 19)

Aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz ist für alle Kantone die Zahl der ausgesprochenen Ehescheidungen ersichtlich. Die Division durch die Wohnbevölkerung ergibt einen Indikator, der in Hypothese 19 als Ausdruck geringer sozialer Kontrolle gedeutet wird.

7.7.3.15 Urbanisierungsgrad

(Hypothesen 18 - 19)

Der Urbanisierungsgrad wird über die Einwohnerzahl der Gemeinde operationalisiert. Auf kantonaler Ebene ergeben sich hieraus

5 Indikatoren, welche aus der Eidgenössischen Volkszählung 1970 (Statistische Quellenwerke der Schweiz, Band 579) stammen:

- Bevölkerungsanteil des Kantons in Gemeindem mit bis zu 1000 Einwohnern
- Bevölkerungsanteil des Kantons in Gemeinden mit 1000 bis 5000 Einwohnern
- Bevölkerungsanteil des Kantons in Gemeinden mit 5'000 bis 20'000 Einwohnern
- Bevölkerungsanteil des Kantons in Gemeinden mit 20'000 bis 50'000 Einwohnern
- Bevölkerungsanteil des Kantons in Gemeinden mit über 50'000 Einwohnern.

Auf kommunaler Ebene dient der Logarithmus der Bevölkerungszahl als Urbanisierungsindikator. Für eine zusätzliche Analyse wird darüber hinaus eine Gemeindetypologie von Della Chiesa et.al. (1977) verwendet, die im Rahmen der Analyse (Abschnitt 10.4) geführt wird.

7.7.3.16 Pendlerquote

(Hypothese 18)

Die Pendlerquote wurde für den Gemeindevergleich von Della Chiesa et.al. (1977) übernommen. Wir nehmen an, dass diese Grösse vor allem auf der kommunalen Ebene einen entscheidenden Einfluss auf die Interaktionsdichte zwischen den Bewohnern eines Kontextes hat. Unser Indikator misst die Zahl der Wegpendler in Relation zur erwerbstätigen Bevölkerung und bezieht sich auf das Jahr 1970.

7.8 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurden einerseits Erwartungen über Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungsmechanismen in den Kantonen und den Gemeinden der Schweiz formuliert. Andererseits wurden die Daten beschrieben, aufgrund derer diese Erwartungen überprüft werden sollen.

Die zu überprüfenden Erwartungen wurden zunächst in Form von alternativen Grundthesen über die Beziehungen zwischen sogenannten endogenen (modellinternen) Grössen eingeführt. Die anschließende Formulierung von Detailhypothesen erfolgte in drei Schritten, welche den Stufen der folgenden empirischen Analysen entsprechen. Zunächst werden strukturelle, kognitive und evaluative Stabilisierungsmechanismen untersucht (1. Schritt), dann die artikulative (2. Schritt) und schliesslich die reaktive Stabilisierungsebene (3. Schritt).

Die drei Analyseschritte sind - gemäss Tabelle 6 - einerseits durch die abhängige Variable, andererseits durch die endogene (modellinterne) Bestimmungsgrösse definiert. Diese endogene Bestimmungsgrösse ist das Resultat von - im analytischen Modell - vorangestellten Stabilisierungsprozessen. Exogene Bestimmungsgrössen stellen demgegenüber diejenigen Faktoren dar, die die Stabilisierung auf der entsprechenden Ebene beeinflussen.

Der erste Analyseschritt ist somit bestimmt durch das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung als abhängige Variable. Als Beispiele für exogene Bestimmungsgrössen können das Bildungsniveau (kognitive Ebene) und der Deutschsprachigenanteil (evaluative Ebene) angeführt werden.

Soziale Spannungen als Merkmale der gesellschaftlichen oder politischen Struktur (z.B. Einkommensungleichheit) werden in Tabelle 6 ebenfalls als exogene Bestimmungsgrössen aufgeführt. Sie können aber ebenso gut als endogene Grössen des theoretischen Modells betrachtet werden, da auf der strukturellen Ebene die Unterscheidung zwischen endogenen und exogenen Bestimmungsgrössen hinfällig wird (vgl. Anmerkung 1 zu Tabelle 6).

Die Einstufung als exogen an dieser Stelle begründet sich darin, dass sie sich in der nachfolgenden zusammenfassenden Darstellung

Tabelle 6: Analyseschritte

	Untersuchte Stabilisierungsebene (n)	Abhängige Variable	Endogene Bestimmungsgrösse (l)	Exogene Bestimmungsgrösse (l) - Beispiel
1. Analyseschritt	Strukturelle, kognitive und evaluative Ebene	Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung	—	- Bildungsniveau (Kognitive Ebene) - Deutschsprachigenanteil (Evaluative Ebene) - Einkommensungleichheit (Strukturelle Ebene)
2. Analyseschritt	Artikulative Ebene	Ausmass an politischer Aktivität	Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung	- Urbanisierungsgrad
3. Analyseschritt	Reaktive Ebene	Ausmass an strukturellen Veränderungen	Ausmass an politischer Aktivität	- Repression (Ausgabenanteil für Justiz und Polizei)

(1) Die Unterscheidung zwischen endogenen und exogenen Bestimmungsgrössen bezieht sich auf das grundlegende Analysemodell und seine Unterscheidung verschiedener Analyseebenen wie es in Teil I, Kapitel 5 formuliert wurde. Endogene Bestimmungsgrössen ergeben sich als Resultante der analytisch vorgelagerten Stabilisierungsebenen, sie stellen gleichsam den Input in die nächste Stabilisierungsebene dar. Demgegenüber beeinflussen exogene Bestimmungsgrössen die Verarbeitung dieses Inputs auf der betreffenden Stabilisierungsebene.

der Detailhypothesen (Figur 3) aufdrängt. Und zwar deshalb, weil die Indikatoren für soziale Spannungen auf den nachfolgenden analytischen Ebenen als exogene Determinanten auftreten und ihre Effekte dort mit jenen auf der strukturellen Ebene verglichen werden sollen.

Demgegenüber werden bei anderen Problemstellungen soziale Spannungen als endogene Grössen behandelt (vgl. Abschnitt 7.3 in diesem Kapitel und Figur 7 in Kapitel 12).

Im zweiten Analyseschritt stellt das Ausmass an politischer Aktivität die abhängige Variable dar. Das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung als abhängige Variable des vorangegangenen Analyseschrittes bildet die endogene Bestimmungsgrösse, während beispielsweise der Urbanisierungsgrad eines Kontextes eine exogene Determinante darstellt.

Schliesslich ist der dritte Analyseschritt definiert durch das Ausmass struktureller Veränderungen als abhängiger Variable und das Ausmass an politischer Aktivität als endogene Bestimmungsgrösse. Repressionsversuche von Eliten können als Beispiel für exogene Determinanten angeführt werden.

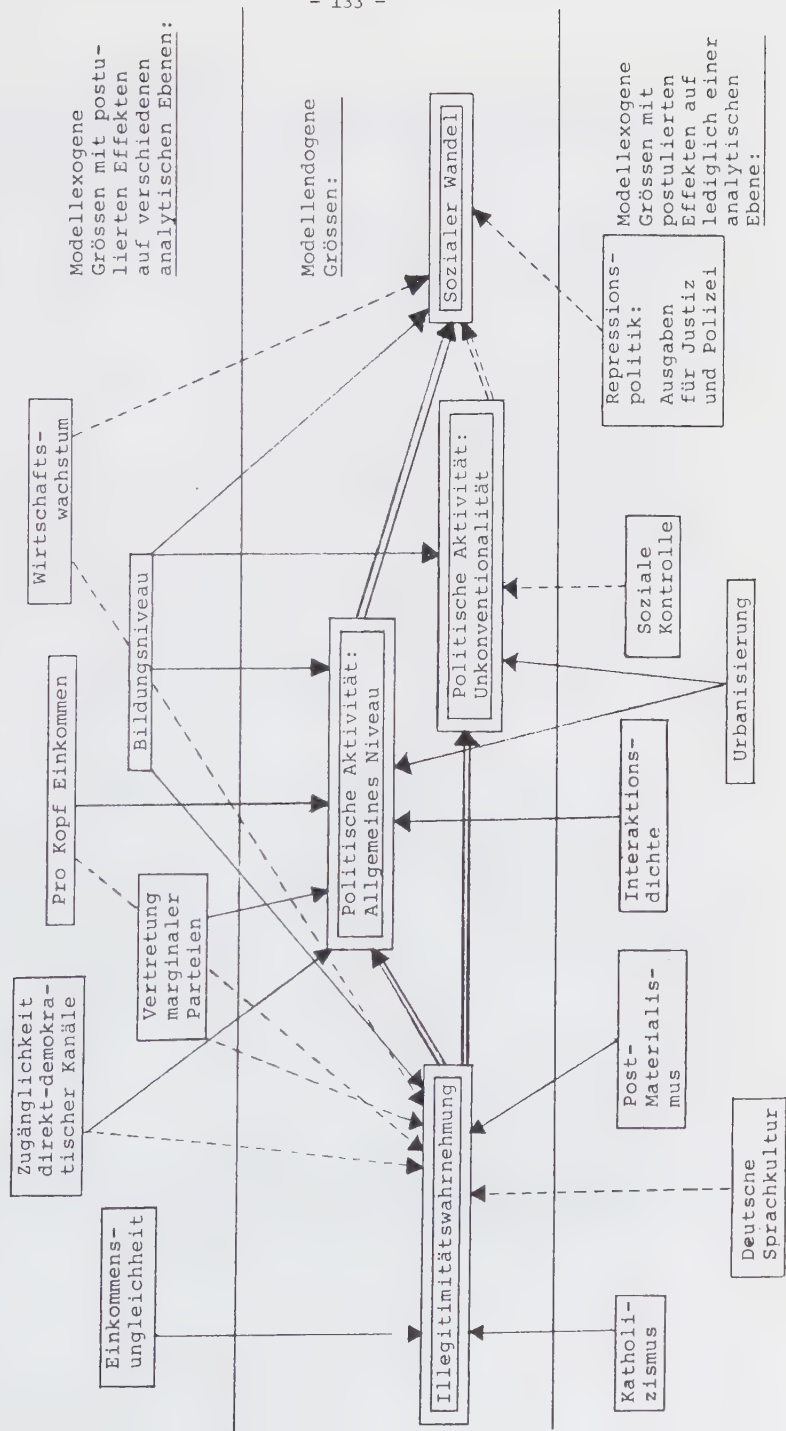
In Figur 3 sind unsere Erwartungen schematisch dargestellt. Bezüglich der Grundthesen (Beziehungen zwischen modellendogenen Grössen) wird dabei jeweils die erste der beiden Alternativen berücksichtigt, welche eine Destabilisierung vermutet. Die einzelnen Teilbereiche dieses Modells werden in den folgenden Kapiteln 8-12 diskutiert, auf die gesamthafte Verifizierung des Modells wird in Teil III (Zusammenfassung und Folgerungen) abschliessend eingegangen.

Figur 3 ergibt die Möglichkeit, kurz noch auf die postulierten Wirkungen einzelner exogener Faktoren auf verschiedenen analytischen Ebenen einzugehen. Zu diesem Zwecke wurden die exogenen Grössen, von denen wir einen Einfluss auf verschiedenen analytischen Ebenen erwarten, separat oberhalb der modellendogenen Grössen eingezeichnet.

Es lassen sich zwei Kategorien von exogenen Grössen unterscheiden. Die erste Kategorie weist auf verschiedenen analytischen Ebenen gleichgerichtete Wirkungen auf. Beispielsweise zeigt ein

Figur 3: Zusammenfassende Darstellung der postulierten Effekte modellexogener Größen

Legende: —> positiver Einfluss
 ---> negativer Einfluss



hohes Bildungsniveau - gemäss unseren Erwartungen - sowohl auf der kognitiven, der artikulativen als auch der reaktiven Ebene eine destabilisierende Wirkung: Sowohl Illegitimitätswahrnehmung als auch politische Aktivität und sozialer Wandel werden gefördert. Gleiches gilt - mit umgekehrten Vorzeichen - für die postulierten Effekte der Wachstumsrate. Die übrigen exogenen Grössen, von denen auf mehreren Ebenen ein Einfluss erwartet wird, wirken auf diesen Ebenen in unterschiedlicher Richtung. So trägt beispielsweise eine grosse Einkommensungleichheit bezüglich Illegitimitätswahrnehmung zur Destabilisierung bei, bezüglich politischer Aktivität wirkt sie stabilisierend.

Für diese zweite Kategorie exogener Grössen gilt also, dass ihre Veränderung primär eine Verschiebung der Stabilisierungsart (von einer analytischen Ebene auf eine andere) bewirkt, weniger eine Veränderung der gesellschaftlichen Stabilität insgesamt. Sie enthalten mithin eine Tendenz zur Selbststabilisierung.

Die zusammenfassende Darstellung in Figur 3 enthält keine Angaben zu den erwarteten Beziehungen zwischen Stabilisierung bzw. Destabilisierung einerseits und kriminellem Verhalten. Diese Hypothesen sollen abschliessend ebenfalls kurz zusammengefasst werden.

Kriminalität wurde unter dem Aspekt der Substitution von Destabilisierungstendenzen und damit als Kennzeichen erfolgreicher Stabilisierung betrachtet. Wir erwarten, dass bestimmte Formen von Kriminalität (vor allem Gewaltdelikte) Illegitimitätswahrnehmung substituieren und demzufolge Ausdruck einer erfolgreichen Stabilisierung auf kognitiver und evaluativer Ebene sind. Andere Kriminalitätsformen (vor allem Eigentumsdelikte) dürften dagegen in stärkerem Masse politische Aktivität substituieren. Diese Kriminalitätsformen wären dann Ausdruck einer artikulativen Stabilisierung (1).

-
- (1) Kriminalität als Substitution von politischer Aktivität würde tendenziell eine positive Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung aufweisen, als Substitution von Illegitimitätswahrnehmung dagegen eine negative.

8. Kontextuelle Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung:

Strukturelle, kognitive und evaluative Bedingungen von Destabilisierungsprozessen

Dieses Kapitel gilt der Beeinflussung der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext durch strukturelle, kognitive und evaluative Mechanismen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung.

Zunächst soll das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung auf die Beziehung zu Kriminalitätsquoten hin untersucht werden. Dabei geht es um die Frage, ob Kriminalität ein Substitut von Illegitimitätswahrnehmung darstellt (Abschnitt 8.1). Anschliessend wird der Einfluss exogener Bestimmungsgrössen analysiert, welche der strukturellen, der kognitiven oder der evaluativen (De-) Stabilisierungsebene zugeordnet werden können (Abschnitt 8.2). Ein weiterer Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage der Substitution zwischen diesen drei Arten von Bestimmungsgrössen (Abschnitt 8.3).

8.1 Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität

Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität können beide die gleiche Wurzel haben und eine Unzufriedenheit mit der Gesellschaft zum Ausdruck bringen (1). Sie können aber auch - und dieser Aspekt steht hier im Vordergrund - Substitute darstellen. Demgemäss wäre Kriminalität gerade durch eine Absenz von Illegitimitätswahrnehmung charakterisiert. Hypothese 1 (vgl. Abschnitt 7.4.1) nimmt an, dass dies vor allem für anomische Kriminalitätsformen (Gewaltdelikte) zutrifft.

In Tabelle 7 sind die Beziehungen zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität im Kantonsvergleich aufgeführt. Auf Gemeindeebene sind keine Angaben zur Kriminalität verfügbar.

(1) Dieser erstgenannte Aspekt der Beziehung zwischen Kriminalität und dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung wird in Kapitel 9 wieder aufgenommen (Abschnitt 9.3).

Tabelle 7: Illegitimitätswahrnehmung 1975 und Kriminalität 1978

Kantonsvergleich (N = 23 Kantone; ohne NW und SZ aufgrund fehlender Angaben zur Illegitimitätswahrnehmung)

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten

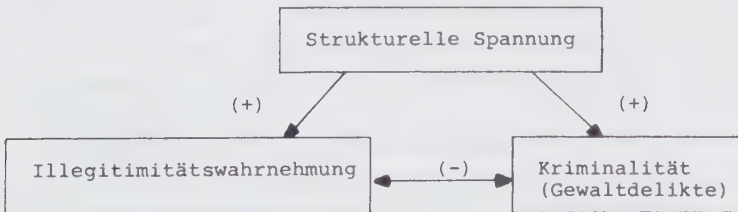
	Illegitimitätsindikatoren	
	Politische Illegitimität (Misstrauen gegenüber der Regierung)	Gesellschaftliche Illegitimität (Einkommensverteilung als ungleich)
Gesamtkriminalität - einfacher Korrelations- koeffizient	.37	.38
Einkommensdelikte - einfacher Korrelations- koeffizient	.27	.38
Gewaltdelikte - einfacher Korrelationskoeffizient	.30	.41
Gewaltdelikte - partieller Korrelationskoeffi- zient unter Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20 %	.21	.41
Gewaltdelikte - partieller Korrelationskoeffi- zient unter Kontrolle des Pro Kopf Einkommens 1965	.30	.54
Gewaltdelikte - partieller Korrelationskoeffi- zient unter Kontrolle der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens 1965 - 78	.35	.44
Gewaltdelikte - partieller Korrelationskoeffi- zient unter Kontrolle der Gesamtkriminalität	.13	.33
Gewaltdelikte - partieller Korrelationskoeffi- zient unter Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20 %, des Pro Kopf Einkommens 1965, seiner Wachstumsrate 1965-78, sowie der Gesamtkriminalität	.01	.24

Die Illegitimitätswahrnehmung wird differenziert in politische (Misstrauen gegenüber der Regierung) und gesellschaftliche Illegitimität (Einschätzung der Einkommensverteilung als ungleich). Bezüglich Kriminalität unterscheiden wir zwischen Gesamtkriminalität, Eigentumsdelikten und Gewaltdelikten. Die Angaben zur Illegitimitätswahrnehmung beziehen sich auf das Jahr 1975, die Kriminalitätsquoten auf das Jahr 1978.

Die bivariaten Beziehungen (1. Teil von Tabelle 7) widersprechen allesamt unserer Hypothese, indem Illegitimität und Kriminalität positiv korrelieren.

Es stellt sich die Frage, ob es dritte Faktoren gibt, die Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität gemeinsam beeinflussen und so die postulierte negative Beziehung überdecken. Als solche dritte Faktoren kommen primär strukturelle Spannungen (Einkommensungleichheit und geringes Durchschnittseinkommen) in Frage. Wir postulieren also eine indirekte positive Beziehung zwischen den beiden untersuchten Grössen aufgrund einer gemeinsamen Beeinflussung durch strukturelle Spannungen. Unsere Vorstellung lässt sich folgermassen darstellen:

Figur 4: Illegitimitätswahrnehmung, Kriminalität und der Einfluss struktureller Spannungen



Diese Vorstellung wird dadurch getestet, dass der Einfluss des Ausmasses struktureller Spannungen bezüglich der Beziehung Illegitimitätswahrnehmung/Kriminalität konstant gehalten wird. Dann müsste sich zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Gewaltdelikten ein negativer Zusammenhang zeigen, falls zwischen diesen beiden Grössen tatsächlich eine Substitutionsbeziehung besteht.

In Teil 2 von Tabelle 7 sind die partiellen Korrelationskoeffizienten zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Gewaltdelikten unter Kontrolle verschiedener Indikatoren der Präsenz oder Absenz struktureller Spannungen aufgeführt. Dabei ergibt sich lediglich bei Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20% der Steuerpflichtigen eine leichte Abnahme der positiven Beziehung zwischen Illegitimität und Gewaltkriminalität.

Im letzten Teil von Tabelle 7 wird neben den verschiedenen Indikatoren struktureller Spannungen auch die Gesamtkriminalität kontrolliert. Die Kontrolle der Gesamtkriminalität allein sowie in Kombination mit den Indikatoren struktureller Spannungen führt zu einer deutlichen Reduktion der (positiven) Beziehung zwischen Illegitimität und Gewaltkriminalität. Allerdings wird diese Beziehung in keinem Fall negativ, wie es unseren Erwartungen entsprechen würde.

Es bleibt also festzuhalten, dass die These einer substitutiven Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und (Gewalt-) Kriminalität in den Schweizer Kantonen keinerlei empirische Bestätigung findet. Dies gilt auch bei Kontrolle des Ausmasses an strukturellen Spannungen in einem Kontext: Somit ist die in Figur 4 dargestellte Vorstellung ebenso wie Hypothese 1 widerlegt.

8.2 Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Die Analyse von Bestimmungsgründen der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext beschränkt sich auf Dimensionen, die im Rahmen unseres theoretischen Modells einer für die Illegitimität relevanten analytischen Ebene zugeordnet werden können (vgl. Hypothesen 2 - 9). Andere Dimensionen wie beispielsweise der Urbanisierungsgrad werden nicht berücksichtigt, auch wenn sie Beziehungen zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung zeigen (1). Für den Urbanisierungsgrad beispielsweise postulierten wir aus theoretischen Gründen lediglich einen Einfluss auf der artikulativen Ebene und somit nicht auf die Illegitimitätswahrnehmung, sondern erst auf ihre Artikulation.

(1) Zur Frage, inwieweit in zukünftigen Arbeiten zusätzliche theoretische Einflussfaktoren zu berücksichtigen wären, vergleiche Kapitel 12 und vor allem Teil III (Zusammenfassung).

Tabelle 8 fasst alle - bivariaten - Zusammenhänge zwischen den postulierten strukturellen, kognitiven und evaluativen Einflussfaktoren einerseits, dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext andererseits zusammen. Ein Teil der Beziehungen konnte sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene untersucht werden, andere lediglich auf jeweils einer Systemebene.

Die Interpretation der in Tabelle 8 dargestellten Beziehungen erfolgt nach Stabilisierungsebenen getrennt. Wir diskutieren also zunächst strukturelle, dann kognitive und schliesslich evaluative Einflussfaktoren. Auf Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Stabilisierungsebenen wird in Abschnitt 8.3 eingegangen.

8.2.1 Strukturelle und politische Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Die in Abschnitt 7.4.2 postulierten Hypothesen zu gesellschaftsstrukturellen Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung (H2 und H3) werden in Tabelle 8 nur in geringem Masse bestätigt.

Das Entwicklungsniveau (Pro Kopf Einkommen) und die wirtschaftliche Wachstumsrate (Zunahme des Pro Kopf Einkommens) zeigen weder auf kantonaler noch auf kommunaler Ebene einen interpretierbaren Einfluss auf das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung. Hypothese 2 wird also nicht bestätigt. Wir vermuten, dass dies vor allem darauf zurückzuführen ist, dass parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung Stabilisierungsmechanismen auf anderen analytischen Ebenen abgebaut werden; eine These auf die in Abschnitt 8.3 zurückzukommen sein wird.

Auch die Indikatoren für die Ungleichheit der Einkommensverteilung zeigen schwächere Beziehungen als erwartet, auch wenn in bestimmten Fällen die Beziehungen in der in Hypothese 3 postulierten Richtung gehen. Dies trifft - auf kantonaler Ebene - für die Einkommensanteile der reichsten 1% und vor allem der reichsten 20% zu. Ein hoher Einkommensanteil der reichsten 1% erhöht primär die gesellschaftliche, ein hoher Einkommensanteil der reichsten 20% eher die politische Illegitimitätswahrnehmung. Dieser Unterschied zwischen den beiden Ungleichheitsindikatoren ist insofern interessant, als offensichtlich gesellschaftliche

Tabelle 8: Determinanten politischer und gesellschaftlicher
Illegitimitätswahrnehmung - Kantons- und Gemeindevergleich

Bivariate Analyse - Pearson Korrelationskoeffizienten

In Klammern N.
Kantonsvergleiche ohne NW und SZ
aufgrund fehlender Angaben zur
Illegitimitätswahrnehmung.
Bemessungszeitpunkte für die
einzelnen Variablen
vgl. Abschnitt 7.7.

* auf dem 95 %-Niveau signifikant
(Signifikanzkriterium nur auf
Gemeindevergleich angewandt).

		Politische Illegitimitäts- wahrnehmung (Misstrauen gegen Regierung)		Gesellschaftliche Illegitimitäts- wahrnehmung (Einkommen als un- gleich verteilt)	
		Kantons- ver- gleich	Gemeinde- ver- gleich (Stich- probe)	Kantons- ver- gleich	Gemeinde- ver- gleich (Stich- probe)
Strukturelle Stabilisierungsebene	Gesellschaftsstruktur	Pro Kopf Einkommen (auf Gemeinde- ebene logarithmiert)	.03 (23) -.12(130)	.11 (23) -.07(130)	
		Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	.01 (23) .02(130)	.07 (23) .02(130)	
		Einkommensanteil der reichsten 1%	.04 (23) -	.28 (23) -	
		Einkommensanteil der reichsten 5%	-.27 (23) -	-.00 (23) -	
		Einkommensanteil der reichsten 20%	.32 (23) -	.20 (23) -	
		Gesamtungleichheit I: Pflichtige mit weniger als 6000.- oder mehr als 100'000.- Einkommen	- -.02(124)	- .04(124)	
		Gesamtungleichheit II: Pflichtige mit weniger als 10'000.- oder mehr als 50'000.- Einkommen	- .12(124)	- .07(124)	
	Politisches System	Zugänglichkeit kantonaler Initiativen	-.58 (23) -.38*(130)	-.49 (23) -.30*(130)	
		Zugänglichkeit kommunaler Initiativen	- -.45*(65)	- -.24*(65)	
		Zugänglichkeit kommunaler Referenden	- -.56*(59)	- -.42*(59)	
		Gemeindeversammlung	- .02 (91)	- -.05 (91)	
		Sitzanteil SP	.03 (20) .09 (81)	-.11 (20) .06 (81)	
		Sitzanteil Nicht-Bundesrats- Parteien	.21 (23) .10 (81)	.43 (23) .08 (81)	
Kognitive Stabilisierungsebene	Bevölkerungsanteil mit Abschluss	- Primarschule	-.44 (23) -	-.52 (23) -	
		- Höhere Schule	.51 (23) -	.60 (23) -	
		- Fachschule	.20 (23) -	.23 (23) -	
		- Technikum	.26 (23) -	.23 (23) -	
		- Universität	.35 (23) -	.49 (23) -	
Evaluative Stabilisierungsebene	Nicht-Deutschsprachigenanteil		.65 (23) .40*(130)	.64 (23) .32*(130)	
	Katholikenanteil		.09 (23) .04(130)	-.14 (23) .04(130)	
	Post-Materialismus		.64 (23) .21*(130)	.14 (23) .16*(130)	

Spannungen, die aus Ungleichheit im obersten Verteilungsbereich entstehen, kaum politisch artikuliert und daher auch kaum zu entsprechenden Umverteilungsmassnahmen des Staates führen dürften, wogegen das durch einen hohen Einkommensanteil der reichsten 20% entstehende Misstrauen viel eher politischer Natur ist und auch mit grösserer Wahrscheinlichkeit Berücksichtigung in konkreten politischen Massnahmen finden dürfte.

Der Einkommensanteil der reichsten 5% zeigt sich tendenziell negativ mit dem Ausmass an politischer Illegitimitätswahrnehmung korreliert und widerspricht somit am deutlichsten unserer Hypothese 3. An anderer Stelle (Rusterholz, Zwicky 1982) konnte gezeigt werden, dass dieser Verteilungsindikator die Dominanz einer traditionellen Elite zum Ausdruck bringt, welcher es auf dem Hintergrund einer integrativen politischen Kultur gelingt, die eigene Privilegierung zu legitimieren. Der Unterschied in der Beziehung dieses Ungleichheitsindikators zur politischen Illegitimitätswahrnehmung einerseits und zur gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung andererseits - wie er aus Tabelle 8 hervorgeht - deutet darauf hin, dass diese politische Integration vor allem dadurch erreicht wird, dass Politik von strukturellen Verteilungsproblematiken losgelöst wird. Der Transfer von Illegitimität aus dem gesellschaftlich-strukturellen Bereich scheint in diesen Kontexten erfolgreich unterbunden zu werden: der politische Bereich wird von den Bürgern relativ zum strukturellen Bereich besser bewertet.

Auf der Gemeindeebene verfügen wir lediglich über zwei Ungleichheitsindikatoren, die zudem nicht direkt mit den Indikatoren auf der kantonalen Ebene vergleichbar sind. Diese beiden Indikatoren, welche unterschiedlich grosse Populationsanteile berücksichtigen (vgl. Abschnitt 7.7), zeigen insignifikante Beziehungen zur Illegitimitätswahrnehmung. In der Beziehung der beiden Indikatoren zur politischen Illegitimitätswahrnehmung lässt sich lediglich insofern eine Analogie zur Kantonsebene feststellen, als der zweite Indikator, der ein grösseres Populationssegment umfasst, stärker positiv mit der Illegitimitätswahrnehmung korreliert. Ebenso hatten wir auf der Kantonsebene festgestellt, dass der Einkommensanteil der reichsten 20%, welcher ebenfalls am meisten Steuerpflichtige berücksichtigt,

am stärksten positiv mit der politischen Illegitimitätswahrnehmung korrelierte.

Es ist denkbar, dass sich zwischen dem Entwicklungsniveau (Pro Kopf Einkommen) bzw. dem Wirtschaftswachstum (Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens) und der Einkommensverteilung Substitutionsprozesse in der Form abspielen, dass in Kontexten mit geringem Entwicklungsniveau (Wirtschaftswachstum) darum keine stärkere Illegitimitätswahrnehmung festzustellen ist, weil gleichzeitig die Einkommensgleichheit grösser ist.

Betrachtet man die Beziehungen zwischen der Einkommensgleichheit und dem Entwicklungsniveau bzw. der Wachstumsrate, so ergibt sich auf beiden Systemebenen (Kantone und Gemeinden) für das Entwicklungsniveau (Pro Kopf Einkommen) eine positive Beziehung zur Einkommensgleichheit. Dies schliesst einen Substitutionsprozess zwischen diesen Grössen aus. Das Wirtschaftswachstum dagegen korreliert auf Kantonsebene negativ mit der Einkommensgleichheit, auf Gemeindeebene zeigt sich eine Nullbeziehung.

Somit ist auf kantonaler Ebene die Basis für eine Substitution von Wirtschaftswachstum und Einkommensgleichheit gelegt, welche ein Ansteigen der Illegitimitätswahrnehmung bei einer Verstärkung jeweils einer der beiden strukturellen Spannungen verhindert.

Tabelle 9 zeigt, dass bei gegenseitiger Kontrolle von Wachstumsrate und Einkommensgleichheit der Einfluss dieser beiden Strukturmerkmale auf die politische Illegitimitätswahrnehmung eine interpretierbare Grösse annimmt und in der Richtung den Hypothesen 2 und 3 entspricht.

Tabelle 9: Zur Substitution von Wachstumsrate und Einkommensverteilung hinsichtlich des Effektes auf die politische Illegitimitätswahrnehmung: Kantonsvergleich

N = 23 (ohne SZ und NW aufgrund fehlender Angaben zur Illegitimitätswahrnehmung).

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten.

	Politische Illegitimitätswahrnehmung
Einkommensanteil der reichsten 20% der Steuerpflichtigen:	
- Bivariate Beziehung	. 29
- Partielle Beziehung unter Kontrolle der Wachstumsrate	. 43
Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens:	
- Bivariate Beziehung	-. 10
- Partielle Beziehung unter Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20%	-. 28

Bezüglich gesellschaftsstruktureller Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung führt unsere Analyse somit zu folgenden Ergebnissen:

1. Das Entwicklungsniveau (Pro Kopf Einkommen) zeigt - entgegen unserer Hypothese 2 - keinen Einfluss auf das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext. Wir vermuten, dass diese Tatsache auf die Substitution durch kognitive oder evaluative Stabilisierungsmechanismen zurückzuführen ist (vgl. Abschnitt 8.3).
2. Auf kantonaler Ebene zeigt die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens einen negativen Effekt auf die Illegitimitätswahrnehmung, allerdings nur dann, wenn man ihre Substitutionsbeziehung zur Gleichheit der Einkommensverteilung (geringer Anteil der reichsten 20%) kontrolliert.

3. Nur bestimmte Aspekte der Verteilungsungleichheit erhöhen das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext. Der Anteil der reichsten 20% beeinflusst vor allem die politische Illegitimitätswahrnehmung, der Anteil der reichsten 1% "lediglich" die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung. Der Anteil der reichsten 5% schliesslich widerspricht der postulierten Beziehungsrichtung. Eine Erklärung hierfür dürfte vor allem darin liegen, dass eine Substitution mit anderen Stabilisierungsmechanismen den postulierten Effekt nicht nur neutralisiert, sondern sogar in der gegenteiligen Richtung beeinflusst.

Wenden wir uns nun der Frage zu, inwieweit Merkmale des politischen Systems das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung unseren Hypothesen 4 und 5 gemäss beeinflussen. Die in Tabelle 8 zusammengefassten Korrelationen ergeben eine deutliche Bestätigung von Hypothese 4 (negative Beziehung der Zugänglichkeit direktdemokratischer Kanäle zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung), wogegen Hypothese 5 (negative Beziehung der Bedeutung marginaler Parteien zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung) keine Unterstützung findet. In bezug auf die Nicht-Bestätigung von Hypothese 5 vermuten wir erneut eine Substitution durch andere Stabilisierungsebenen und verweisen auf Abschnitt 8.3.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass vor allem die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext verringert. Merkmale der Gesellschaftsstruktur neutralisieren sich bezüglich ihres Effektes auf die Illegitimitätswahrnehmung zum Teil gegenseitig (Wirtschaftswachstum und Einkommensanteil der reichsten 20%). Darüberhinaus vermuten wir zuhanden von Abschnitt 8.3, dass sie ebenso wie die Bedeutung marginaler Parteien in der Politik durch Stabilisierungsmechanismen auf anderen analytischen Ebenen substituiert werden.

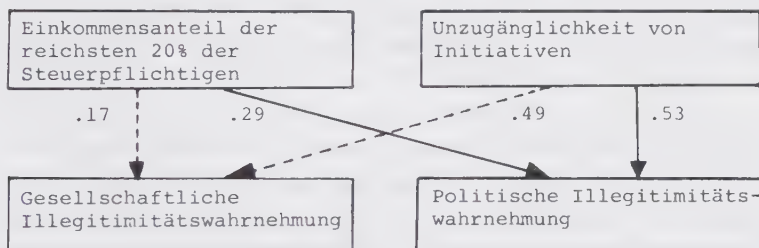
Bezüglich Legitimitätstransfers zwischen gesellschaftlich-strukturellem und politischem Bereich ergibt sich gesamthafthaft eine relativ starke gegenseitige Abhängigkeit von politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung. Das bedeutet, dass zwischen gesellschaftlich-strukturellem und politischem Bereich Transfers stattfinden. Eine genauere Betrachtung zeigt darüber hinaus, dass Illegitimität vor allem vom strukturellen auf den politischen Bereich übertragen wird. Damit bestätigt sich unsere Vermutung aus Abschnitt 7.4.2. Dieses Ergebnis sei

am Beispiel des Einkommensanteils der reichsten 20% als struktureller, der Unzugänglichkeit von Initiativen als politischer Spannung illustriert.

Figur 5: Illegitimitätstransfers zwischen gesellschaftlichem und politischem Bereich

Kantonsvergleich.

Korrelationskoeffizienten gemäss Tabelle 8.



Figur 5 charakterisiert die illegitimitätsabsorbierende Funktion, die das politische System für die Gesamtgesellschaft übernimmt: Sowohl politische wie gesellschaftlich-strukturelle Spannungen führen in stärkerem Masse zu politischer als zu gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung.

8.2.2 Kognitive Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Der Einfluss kognitiver Bestimmungsgrössen auf die Illegitimitätswahrnehmung kann aufgrund der Datenlage nur auf kantonaler Ebene untersucht werden.

Die in Tabelle 8 dargestellten Ergebnisse ergeben eine deutliche Bestätigung unserer 6. Hypothese: Mit zunehmendem Bildungsniveau des Kontextes steigt das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung. Von den betrachteten Bildungsindikatoren zeigt der Bevölkerungsanteil mit einem "höheren" Schulabschluss (zweitunterste Stufe) die stärkste positive, der Bevölkerungsanteil mit Primarschulabschluss (unterstes Bildungsniveau) eine deutliche negative Beziehung zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung. Eine kognitive Destabilisierung vollzieht sich offensicht-

lich vor allem dann, wenn untere Bildungsschichten eine über die Primarstufe hinausgehende Bildung erfahren. Aber auch im oberen Bildungsbereich führt ein Bildungsausbau zu einer Verstärkung der Illegitimitätswahrnehmung: Je grösser der Bevölkerungsanteil mit Universitätsbildung, desto grösser ist das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung.

Die durch ein höheres Bildungsniveau induzierte kognitive Destabilisierung erhöht die gesellschaftlich-strukturelle Illegitimitätswahrnehmung in stärkerem Masse als die politische. Umgekehrt heisst das, dass vor allem gesellschaftlich-strukturelle Legitimitätsdefizite durch kognitive Mechanismen stabilisiert werden.

8.2.3 Evaluative Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung

Die in Tabelle 8 zusammengestellten empirischen Ergebnisse unterstützen die Hypothesen 8 und 9, wonach die beiden in Richtung stärkerem Hedonismus' von der dominanten Kultur abweichenden Wertindikatoren das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung erhöhen. Für den Deutschsprachigenanteil als stärksten Einflussfaktor gilt dies für die politische und gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung in ähnlich starkem Masse. Dagegen erhöht der Postmaterialismus vor allem die politische Illegitimitätswahrnehmung. Wir können vermuten, dass die geringere Erhöhung der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung damit zusammenhängt, dass die Relevanz des strukturell-materiellen Bereichs zurückgeht (1).

Hypothese 7, welche einen positiven Einfluss des Katholikenanteils auf die Illegitimitätswahrnehmung vermutete, wird durch die Empirie nicht bestätigt. Als Grund hierfür nehmen wir erneut Substitutionsprozesse zwischen den drei Stabilisierungsebenen an und verweisen auf Abschnitt 8.3.

-
- (1) Auch auf der individuellen Ebene zeigt der Postmaterialismus signifikante positive Effekte auf die Illegitimitätswahrnehmung. Der Korrelationskoeffizient beträgt - bei einem N von 883 - sowohl für die politische als auch die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung .11. Ein Vergleich dieses Ergebnisses mit anderen Ländern ist aufgrund der in Barnes, Kaase (1979) präsentierten Daten nicht möglich.

8.3 Substitution von Stabilisierungsebenen

Die bisherigen Analysen haben ergeben, dass vor allem der Einfluss von Merkmalen der gesellschaftlichen Struktur auf das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext relativ gering ist. Ebenso hat sich aber gezeigt, dass ein wichtiger Grund hierfür in der Substitution verschiedener struktureller Merkmale besteht (zur Substitution zwischen dem Einkommensanteil der reichsten 20% und der Wachstumsrate vgl. Tabelle 9). Umso mehr lässt sich vermuten, dass auch zwischen verschiedenen Stabilisierungsebenen Substitutionsprozesse spielen, die dazu führen, dass die bivariaten Zusammenhänge einzelner Variablen mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung gering werden.

Aus diesem Grunde sollen in diesem Abschnitt alle hypothetischen Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung, die in der bivariaten Analyse nicht die erwarteten Beziehungen zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung zeigten, auf ihren partiellen Einfluss unter Kontrolle von Einflussfaktoren auf anderen Stabilisierungsebenen hin untersucht werden. In dieser Weise werden somit folgende Grössen analysiert:

- Pro Kopf Einkommen
- Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens
- Einkommensanteil der reichsten 20%
- Einkommensanteil der reichsten 5%
- Einkommensanteil der reichsten 1%
- Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei
- Sitzanteil Nicht-etablierter Parteien
- Bevölkerungsanteil mit protestantischer Religion.

Die zu kontrollierenden, substitutiven Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung wurden aufgrund der bivariaten Beziehungen zur betrachteten Dimension bestimmt: Diese Beziehung musste negativ und relativ stark sein.

Eine derartige Untersuchung von Substitutionsprozessen zwischen verschiedenen Stabilisierungsebenen erwies sich nur auf der kantonalen Ebene als sinnvoll, da im Rahmen des Gemeindevergleichs keine Indikatoren für das Ausmass an kognitiver Stabilisierung vorhanden sind.

8.3.1 Der partielle Einfluss des Pro Kopf Einkommens

In Tabelle 10 sind einfache und partielle Korrelationskoeffizienten zwischen dem Ausmass an politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung einerseits, dem Pro Kopf Einkommen des entsprechenden Kontextes andererseits aufgeführt. Die erwartete negative Beziehung zwischen dem Pro Kopf Einkommen des Kantons und der politischen und gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung zeigt sich weder in der bivariaten Beziehung noch bei Kontrolle der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens oder des Post-Materialismus. Dagegen führt die Kontrolle des Bildungsniveaus (Anteil mit Universitätsbildung) alleine oder zusammen mit den übrigen Kontrolldimensionen dazu, dass sich ein Zusammenhang in der postulierten Richtung ergibt.

Tabelle 10: Pro Kopf Einkommen und Illegitimitätswahrnehmung

Bivariate (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten.

N = 23 Kantone (ohne NW und SZ).

	Politische Illegitimitäts- wahrnehmung	Gesellschaftliche Illegitimitäts- wahrnehmung
Pro Kopf Einkommen		
- Bivariate Beziehung	-.01	.11
- Kontrolle Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	-.05	.23
- Kontrolle des Post-Materialismus	.05	.12
- Kontrolle Bevölkerungs- anteil mit Universitäts- bildung	-.31	-.30
- Kontrolle Wachstumsrate, Post-Materialismus und Universitätsbildung	-.28	-.34

Eine Kontrolle des Bevölkerungsanteils mit Universitätsbildung führt also dazu, dass die Beziehung zwischen dem Pro Kopf Einkommen und dem Ausmass der politischen und gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung negativ wird und Hypothese 1 unterstützt. Die Nicht-Bestätigung dieser Hypothese im Rahmen

der bivariaten Analyse ist somit auf eine Substitution zwischen struktureller (Pro Kopf Einkommen) und kognitiver Stabilisierungsebene (Universitätsbildung) zurückzuführen. In dieser Substitution kommt ein Stabilisierungsmechanismus zum Ausdruck, der darin besteht, dass in Kantonen mit geringerem Pro Kopf Einkommen auch das Bildungsniveau (Universitätsbildung) geringer ist, was eine Erhöhung der politischen und gesellschaftlichen Illegitimität verhindert.

8.3.2 Der partielle Einfluss der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens

Aus Abschnitt 8.2.1 wissen wir, dass der Einfluss der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens auf die Illegitimitätswahrnehmung bereits innerhalb der strukturellen Ebene durch den Einkommensanteil der reichsten 20% substituiert wird. Darüberhinaus betrachten wir in diesem Abschnitt auch Substitutionsbeziehungen der Wachstumsrate zu Einflussfaktoren auf anderen analytischen Ebenen.

Der Einbezug von Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung, welche der kognitiven oder der evaluativen Ebene zugeordnet werden können, ergibt eine weitere Verstärkung der - partiell negativen - Beziehung zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Illegitimitätswahrnehmung. Dies trifft vor allem für die politische Illegitimitätswahrnehmung und bei Kontrolle der Sprachkultur zu. Wir gehen hier auf diese Beziehung nicht im Detail ein, sondern verweisen auf die multiple Regressionsanalyse der Bestimmungsgründe politischer Illegitimitätswahrnehmung in Tabelle 12 (Abschnitt 8.3.8).

8.3.3 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 20% der Steuerpflichtigen

Der Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 20% auf die Illegitimitätswahrnehmung wird gemäss Abschnitt 8.2.1 (Tabelle 9) teilweise durch die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens neutralisiert. Hält man diesen Indikator für wirtschaftliches Wachstum konstant, verstärkt sich die Beziehung zwischen dem Einkommensanteil der reichsten 20% und der Illegitimitätswahrnehmung beträchtlich. Eine weitere Verstärkung der Beziehung ergibt sich, wenn man evaluative Grössen konstant hält (vor allem die Sprachkultur).

Analog zu Abschnitt 8.3.2 können wir hierzu auf die Regressionsanalyse in Abschnitt 8.3.8 (Tabelle 12) verweisen.

8.3.4 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 5% der Steuerpflichtigen

In Abschnitt 8.2.1 haben wir - aufgrund der bivariaten Analyse - festgestellt, dass der Einkommensanteil der reichsten 5% bezüglich seiner Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung am deutlichsten unserer Hypothese 3 widerspricht. Es wird nun interessant sein, ob auch hier der partielle Effekt unserer Hypothese entspricht.

Die Analyse verschiedener potentieller Substitutionsfaktoren führt nun in keinem Fall zu einer - Hypothese 3 entsprechenden - positiven Beziehung zwischen dem Einkommensanteil der reichsten 5% und dem Ausmass an politischer oder gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung. Somit wird hier nun Hypothese 3 erstmals auch bezüglich partieller Effekte widerlegt: Entweder stellt der Einkommensanteil der reichsten 5% kein relevantes Legitimationsobjekt dar oder aber er wird bezüglich seiner Auswirkungen auf die Illegitimitätswahrnehmung von Grössen substituiert, die in unserer Analyse nicht berücksichtigt wurden.

8.3.5 Der partielle Einfluss des Einkommensanteils der reichsten 1% der Steuerpflichtigen

Die Ergebnisse der Analyse des Einflusses des Einkommensanteils der reichsten 1% auf das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung entsprechen weitgehend denjenigen für den Einkommensanteil der reichsten 5%. Auch hier führt die Kontrolle verschiedener potentieller Substitutionsfaktoren zu keiner deutlichen positiven Beziehung zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung. Dies gilt auch für die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung, welche nach Tabelle 3 eine tendenziell positive, bivariate Beziehung zum Einkommensanteil der reichsten 1% aufwies.

8.3.6 Der partielle Einfluss der Sitzanteile marginaler Parteien

Der Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei erwies sich in Abschnitt 8.2.1, Tabelle 8, als mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung nicht korreliert. Der Sitzanteil der Nicht-

Bundesratsparteien zeigte sogar eine unserer Hypothese (H 5) zuwiderlaufende Beziehung.

Für beide Indikatoren politischer Spannungen gilt, dass sie auch bei Kontrolle möglicher Substitutionsgrössen auf der kognitiven und der evaluativen Ebene keine Unterstützung des postulierten Zusammenhangs ergeben. Der Sitzanteil der Sozialdemokraten korreliert weiterhin in einem nicht-interpretierbaren Ausmass mit der Illegitimitätswahrnehmung.

Der Sitzanteil der Nicht-Bundesratsparteien verliert zwar seinen destabilisierenden Effekt, liefert aber auch weiterhin keinerlei empirischen Hinweis auf eine stabilisierende Wirkung.

8.3.7 Der partielle Einfluss des Bevölkerungsanteils mit katholischer Religion

Der Katholikenanteil in der Bevölkerung erwies sich in Abschnitt 8.2.3, entgegen der in Hypothese 7 formulierten Erwartung, als mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung unkorreliert.

In Tabelle 11 werden die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens und der Postmaterialismus als Kontrolldimensionen in die Analyse eingeführt. Die partielle Korrelation des Katholikenanteils zur politischen Illegitimitätswahrnehmung entspricht dann tendenziell Hypothese 7, sie ist aber äusserst schwach.

Tabelle 11: Bevölkerungsanteil mit katholischer Religion und Illegitimitätswahrnehmung

Bivariate (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten.

N = 23 Kantone (ohne SZ und NW).

	Politische Illegitimitäts- wahrnehmung	Gesellschaftliche Illegitimitäts- wahrnehmung
Bevölkerungsanteil mit katholischer Religion		
- Bivariate Beziehung	-.03	-.13
- Kontrolle Wachstumsrate	.02	-.15
- Kontrolle Postmaterialismus	.05	-.15
- Kontrolle und Wachstumsrate und Postmaterialismus	.18	-.06

Die Beziehung zur gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung ist nach wie vor tendenziell negativ. Wir müssen also unsere 7. Hypothese verwerfen, dergemäss ein hoher Bevölkerungsanteil mit katholischer Religion die Illegitimitätswahrnehmung erhöht.

8.3.8 Die multivariate Erklärung des Ausmasses an Illegitimitätswahrnehmung in den Schweizer Kantonen

Zum Abschluss der Analyse von Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung in den Kantonen soll für das Ausmass an politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung je ein Regressionsmodell präsentiert werden, aus dem der multivariate Einfluss der drei wichtigsten Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung hervorgeht (1).

In Tabelle 12 sind die Ergebnisse der Regressionsanalyse mit der politischen Illegitimitätswahrnehmung als abhängiger Variable dargestellt.

Tabelle 12: Multiple Regressionsanalyse: Determinanten der politischen Illegitimitätswahrnehmung

N = 20 Kantone (ohne SZ, OW, NW, AR, AI)

Anteil erklärter Variant: $R^2 = .59$ / $\bar{R}^2 = .51$

Unabhängige Variable	Standardisierter Regressionskoeffizient	F-Wert
Nicht-Deutschsprachigenanteil	.46	6.642
Einkommensanteil der reichsten 20%	.48	5.869
Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	-.37	4.169

- (1) Die "Wichtigkeit" der in diesem Abschnitt diskutierten Bestimmungsgründe wurde nicht theoretisch, sondern statistisch bestimmt. Das benutzte Computerprogramm (SPSS-Programmpaket) führt nacheinander die Variablen in die Analyse ein, die zum höchsten Zuwachs an erklärter Varianz führen. Dieses Vorgehen wurde nach der dritten unabhängigen Variable abgebrochen.

Tabelle 12 zeigt, dass das Ausmass an politischer Illegitimitätswahrnehmung von einer evaluativen und zwei strukturellen Determinanten zu über der Hälfte der Gesamtvarianz erklärt werden kann. Alle drei unabhängigen Variablen beeinflussen die politische Illegitimitätswahrnehmung in der postulierten Richtung (gemäss den Hypothesen 2, 3 und 8). Im Vergleich zur bivariaten Analyse in Abschnitt 8.2 ist festzuhalten, dass die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens erst unter Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20% einen signifikanten Effekt auf die politische Illegitimitätswahrnehmung zeigt (vgl. Abschnitt 8.2.1, Tabelle 9). Diese beiden Dimensionen substituieren sich bezüglich ihrer Auswirkung auf das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung.

Bei beiden Grössen erhöht sich der Einfluss auf die politische Illegitimitätswahrnehmung zusätzlich, wenn man die Sprachkultur kontrolliert. Der selbständige Einfluss der Sprachkultur seinerseits bringt - mindestens - drei verschiedene theoretische Aspekte zum Ausdruck:

1. Zunächst indiziert dieser Indikator (gemäss Hypothese 8) Wertunterschiede zwischen der deutschen und den romanischen Sprachkulturen.
2. Daneben bringt er verstärkte postmaterialistische Tendenzen in nicht-deutschsprachigen Kulturbereichen zum Ausdruck (Korrelation zwischen Deutschsprachigenanteil und Post-Materialismus: $-.60$).
3. Schliesslich korreliert der Deutschsprachigenanteil sehr stark positiv mit der Zugänglichkeit direktdemokratischer Artikulationskanäle ($r = .86$). Neben evaluativen kommen in diesem Indikator also auch politisch-institutionelle Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung zum Ausdruck (1).

(1) Diese drei theoretischen Dimensionen können einerseits aus Gründen der Multikollinearität nicht gleichzeitig in das Regressionsmodell eingeführt werden, andererseits würden die Varianzanteile, die durch mehrere Variablen gemeinsam erklärt werden, aufgrund statistischer und nicht aufgrund theoretischer Kriterien jeweils einer Variable zugerechnet. (Und zwar derjenigen Variable, die insgesamt den stärksten Einfluss zeigt.)

In Tabelle 13 sind in analoger Weise die drei wichtigsten Determinanten der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung aufgeführt.

Tabelle 13: Multiple Regressionsanalyse: Determinanten der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung

N = 20 Kantone (ohne SZ, OW, NW, AR, AI)

Anteil erklärter Varianz: $R^2 = .64$ / $\bar{R}^2 = .57$

Unabhängige Variable	Standardisierter Regressionskoeffizient	F-Wert
Nicht-Deutschsprachigenanteil	.52	5.848
Bevölkerungsanteil mit "höherer" Bildung	.33	2.181
Sitzanteil der SP	-.17	1.315

Tabelle 13 ergibt einen dominierenden Einfluss des "Nicht-Deutschsprachigenanteils" auf das Ausmass an gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung. Wie schon im Zusammenhang mit der politischen Illegitimitätswahrnehmung ausgeführt, dürfte der starke Einfluss dieses Indikators nicht ausschliesslich sprach-kulturelle Aspekte zum Ausdruck bringen, sondern auch post-materialistische Tendenzen und politisch-institutionelle Grössen (Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle). Die beiden anderen aufgeführten Variablen zeigen relativ geringe eigenständige Effekte (1).

-
- (1) Allerdings ist auch hier zu berücksichtigen, dass beispielsweise die durch den Nicht-Deutschsprachigenanteil und das Bildungsniveau gemeinsam erklärte Varianz aufgrund seines grösseren Gesamteffektes ersterem zugeordnet wurde.

8.4 Zusammenfassung

Unsere Analyse hat insgesamt eine befriedigende Bestätigung der postulierten Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung erbracht. Allerdings ergab sich eine solche Bestätigung häufig erst bei Kontrolle anderer Bestimmungsgrössen; in vielen Fällen waren Substitutionsbeziehungen innerhalb und zwischen verschiedenen Stabilisierungsebenen festzustellen. Eine weitere Einschränkung der vorliegenden Analyse ist bedingt durch die Datenlage auf kommunaler Ebene, welche keine systematische Analyse von Substitutionsprozessen zwischen verschiedenen Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung erlaubte. Die Evidenzen bezüglich partieller Beziehungen stützen sich daher lediglich auf den Kantonsvergleich.

Die empirischen Ergebnisse lassen sich unter drei Aspekten zusammenfassen:

1. Variablen, die bivariate Beziehungen zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in der postulierten Richtung zeigen, können als manifeste Destabilisierungstendenzen bezüglich der Illegitimitätswahrnehmung interpretiert werden. Allerdings ist bei diesen Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung nicht auszuschliessen, dass sie auf einer der nachfolgenden (d.h. entweder auf der artikulativen oder der reaktiven) Ebenen stabilisiert werden.
2. Variablen, die erst bei Kontrolle anderer Bestimmungsgrössen einen Einfluss in der postulierten Richtung auf die Illegitimitätswahrnehmung zeigen, können als latente Destabilisierungstendenzen bezeichnet werden: Ihre substitutive Beziehung zu anderen Bestimmungsgrössen, welche als Stabilisierungsmechanismus zu interpretieren ist, verhindert eine Aktualisierung ihrer potentiell destabilisierenden Wirkung.
3. Eine dritte Kategorie von postulierten Bestimmungsgrössen der Illegitimitätswahrnehmung korreliert weder bivariat noch bei Kontrolle verschiedener anderer Bestimmungsgrössen in der postulierten Richtung mit der Illegitimitätswahrnehmung. Hier müssen die entsprechenden Hypothesen revidiert werden, falls nicht zusätzliche Bestimmungsgründe der Illegitimitätswahrnehmung identifiziert werden können, die diese Grössen substituieren.

Tabelle 14 fasst die empirischen Ergebnisse unter den genannten drei Aspekten zusammen.

Tabelle 14: Destabilisierung und Stabilisierung auf der strukturellen, der kognitiven und der evaluativen Ebene - Zusammenfassung der empirischen Evidenzen

Wo nicht anders erwähnt gelten die Beziehungen sowohl für die politische als auch für die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung.

Manifeste Destabilisierung: Bivariate Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung (Stärkere Illegitimitätswahrnehmung bei ...)	Latente Destabilisierung: Partielle Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung (Stärkere Illegitimitätswahrnehmung bei ...)	Keine Destabilisierung: Nicht-Bestätigung der postulierten Beziehung (Keine stärkere Illegitimitätswahrnehmung bei ...)
Höherem Anteil der nicht-deutschsprachigen Bevölkerung mit "höherer" Bildung Geringerer Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle Stärkerem Post-Materialismus Höherem Einkommensanteil der reichsten 20%) (relativ schwache Beziehung)	Tieferem Pro Kopf Einkommen - bei Kontrolle des Bildungsniveaus Geringerer Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens - unter Kontrolle des Einkommensanteils der reichsten 20% und nur bezüglich der politischen Illegitimitätswahrnehmung Höherem Einkommensanteil der reichsten 20% - unter Kontrolle von Wirtschaftswachstum und Sprachkultur	Höherem Einkommensanteil der reichsten 5% der Steuerpflichtigen Höherem Einkommensanteil der reichsten 1% der Steuerpflichtigen Geringen Sitzanteilen marginaler Parteien

Das Gesamtbild, das sich aus Tabelle 14 ergibt, ist, dass sowohl auf struktureller, kognitiver als auch evaluativer Ebene manifeste Destabilisierungstendenzen erkennbar sind. Allerdings können Merkmale der Gesellschaftsstruktur in starkem Masse latent gehalten, d.h. durch andere Determinanten der Illegitimitätswahrnehmung substituiert werden. Als einzige gesellschaftsstrukturelle Determinante zeigt der Einkommensanteil der reichsten 20% einen bivariaten Einfluss auf die Illegitimitätswahrnehmung, aber auch hier nimmt die Beziehungsstärke bei Kontrolle von Wachstumsrate und Ehescheidungsquote deutlich zu.

Abschliessend sei nochmals auf die Bestimmungsgrösse der Illegitimitätswahrnehmung mit der grössten Erklärungskraft (vgl. Tabellen 12 und 13) eingegangen, den Anteil der nicht-deutschsprachigen Bevölkerung. Wir haben diese Variable in Abschnitt 7.4.4 als Indikator für eine Diskrepanz zwischen institutionalisierten materialistischen und stärker hedonistischen Werten in der französischen und italienischen Sprachkultur eingeführt. Der überaus starke Einfluss sowohl auf die politische als auch die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung dürfte aber nicht ausschliesslich das Resultat dieser kulturell verankerten Wertdiskrepanz sein. Vielmehr geht ein grösserer Anteil der nicht-deutschsprachigen Bevölkerung einher mit einer geringeren Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle. In der Variable kumulieren sich mithin evaluative (Sprachkultur, Postmaterialismus) und politisch-institutionelle Aspekte der Destabilisierung.

Die Analyse der Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität in Abschnitt 8.1 hat zum Schluss geführt, dass Illegitimität kaum durch kriminelles Verhalten, auch nicht durch Gewaltdelikte, substituiert wird.

9. Illegitimität und politische Aktivität

Wie in Teil I, Kapitel 3, ausführlich dargelegt wurde, ist die Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität schon auf der individuellen Ebene umstritten. Umso mehr stellt sich die Frage der Richtung und der Stärke dieser Beziehung auf der aggregierten Ebene von Gemeinden und Kantonen.

Wir haben in Abschnitt 7.5 vermutet, dass die Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität sich nach der Art der betrachteten Artikulationsform verändert: Je unkonventioneller die Artikulationsform sei, desto stärker zeige sie eine positive Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung (Hypothese 10).

Sodann erwarten wir, dass sich Illegitimität alternativ zu politischer Aktivität auch in Kriminalität äussern kann, dass also politische Aktivität und Kriminalität Substitute hinsichtlich der Artikulation von Illegitimität darstellen (Hypothese 11). Da der Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität in unseren Ueberlegungen eine entscheidende Bedeutung zukommt, erscheint ein Exkurs auf die individuelle Ebene angebracht. Daher wird in Abschnitt 9.1 zunächst der Zusammenhang zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität bei einer repräsentativen Stichprobe der schweizerischen Bevölkerung untersucht. Der zweite Abschnitt gilt dann dem Vergleich dieser Beziehungen zwischen den drei Systemebenen "Individuen", "Gemeinden" und "Kantone". Abschliessend wird auf den Einfluss der Illegitimitätswahrnehmung auf die Kriminalität eingegangen.

9.1 Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf der individuellen Ebene

Ausgehend von den in Teil I, Kapitel 3, besprochenen, alternativen Thesen zur Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität (Konsens-, Pluralismus- und Entfremdungsthese) wenden wir uns zunächst der Frage zu, ob Personen mit Illegitimitätswahrnehmung in über- oder in unterdurchschnittlichen Masse politisch aktiv sind. Und wie verändert sich der

Zusammenhang zur Illegitimitätswahrnehmung in Abhängigkeit von der betrachteten Artikulationsform?

Wenn wir sowohl die Indikatoren für Illegitimitätswahrnehmung als auch jene für politische Aktivität als zweiwertige Variablen konzipieren, ergeben sich vier Möglichkeiten der Kombination von Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität. Individuen mit Illegitimitätswahrnehmung können ebenso wie solche ohne Illegitimitätswahrnehmung entweder politisch aktiv oder nicht aktiv sein.

Tabelle 15 zeigt die Verteilung der von Kerr et.al. (1975) als repräsentative Stichprobe der schweizerischen Bevölkerung Befragten über die vier Kombinationsmöglichkeiten von Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität. Dabei wird einerseits zwischen politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung unterschieden, andererseits nach verschiedenen Formen politischer Aktivität.

Befragte, die Illegitimitätswahrnehmung und Aktivitätsbereitschaft zeigen (1. Spalte), sowie solche, die weder Illegitimitätswahrnehmung noch Aktivitätsbereitschaft aufweisen (4. Spalte), unterstützen die Konsensthese: Wahrgenommene Illegitimität wird in Aktivität umgesetzt, Nicht-Aktivität bedeutet Konsens, d.h. keine Illegitimitätswahrnehmung. Dem sind die Befragten gegenüberzustellen, die trotz Illegitimitätswahrnehmung nicht aktiv werden (2. Spalte) sowie jene, die ohne Illegitimitätswahrnehmung eine grosse Aktivitätsbereitschaft zeigen (3. Spalte). Diese Kombinationen von Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität entsprechen der Entfremdungsthese.

Fassen wir die in Tabelle 15 dargestellten Ergebnisse hinsichtlich der Unterstützung für die Entfremdungsthese zusammen. Es wird der Anteil der Befragten aufgeführt, die - nach Aktivitätsformen differenziert - der Entfremdungsthese entsprechen. Die Differenz dieses Prozentwertes zu 100% entspricht dem Anteil der Befragten, die die Konsensthese unterstützen.

Tabelle 15: Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf individueller Ebene

Anteile verschiedener Kombinationen von Illegitimitätswahrnehmung und Aktivitätsbereitschaft an der Gesamtzahl der Befragten.
In Klammern N. Quelle: Kerr et.al. 1975.

		Kombination von Illegitimitätswahrnehmung und Aktivitätsbereitschaft									
		Politische Illegitimität (1)					Gesellschaftliche Illegitimität				
		Illeg.wahrnehmung und Akt.bereitschaft	Illeg.wahrnehmung und keine Akt.bereitschaft	Keine Illeg.wahrnehmung und Akt.bereitschaft	Keine Illeg.wahrnehmung und keine Akt.bereitschaft	Total Befragte	Illeg.wahrnehmung und Akt.bereitschaft	Illeg.wahrnehmung und keine Akt.bereitschaft	Keine Illeg.wahrnehmung und Akt.bereitschaft	Keine Illeg.wahrnehmung und keine Akt.bereitschaft	Total Befragte
(1) Zur Operationalisierung der politischen und gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung vgl. Abschnitt 7.7.1.											
Artikulationsformen (2)											
Wahlen (1975)		11,7%	13,3%	43,2%	31,8%	100% (1319)	25,8%	24,2%	28,8%	21,3%	100% (1221)
Abstimmung (Ueberfremdungsinitiative 1974)		16,2%	8,8%	51,4%	23,6%	100% (1310)	33,8%	16,2%	34,2%	15,8%	100% (1209)
Unterschriftensammlung		19,0%	5,8%	60,2%	15,0%	100% (1303)	38,5%	11,5%	41,5%	8,5%	100% (1208)
Genehmigte Demonstration		9,9%	14,7%	30,4%	45,0%	100% (1279)	21,3%	28,7%	20,3%	29,7%	100% (1183)
Fabrikbesetzung		4,4%	20,4%	6,1%	69,1%	100% (1284)	6,7%	43,3%	4,2%	45,8%	100% (1184)

(2) Die politische Aktivität wird für die beiden konventionellen Formen (Wahlen, Abstimmungen) als vollzogene Handlung erfragt ("Haben Sie teilgenommen?"), für die restlichen Artikulationsformen als Anteil der Befragten operationalisiert, die in der entsprechenden Form schon aktiv waren oder unter "gewöhnlichen Umständen" aktiv würden.

Anteil der Befragten, welche eine der Entfremdungsthese entsprechende Kombination von politischer (gesellschaftlicher) Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität aufweisen:

. Wahlen (1975)	56,5%	(53,0%)
. Abstimmung (Ueberfremdungsinitiative 1974)	60,2%	(50,4%)
. Unterschriftensammlung	66,0%	(53,0%)
. Genehmigte Demonstration	45,1%	(49,0%)
. Fabrikbesetzung	26,5%	(47,5%)

Die aufgeführten Prozentwerte zeigen, dass für alle Formen politischer Aktivität bedeutsame Populationsanteile (mindestens 1/4 der Befragten) beide Alternativthesen unterstützen. Nach Art der Artikulationsform variiert die relative Unterstützung aber deutlich: Konventionellere Formen (Wahlen, Abstimmungen, Unterschriftensammlungen) unterstützen überwiegend die Entfremdungsthese, unkonventionellere Formen (genehmigte Demonstration, Fabrikbesetzung) eher die Konsensthese.

Vergleicht man die beiden Dimensionen der Illegitimitätswahrnehmung (politische und gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung), so fallen zwei Unterschiede auf. Zum einen sind die Veränderungen in der Unterstützung der beiden Alternativthesen, die sich zwischen verschiedenen Artikulationsformen ergeben, bei der politischen Illegitimitätswahrnehmung sehr viel grösser. Politische Illegitimitätswahrnehmung geht offensichtlich mit einer differenzierten Beurteilung verschiedener Artikulationsmöglichkeiten einher, wogegen eine solche Differenzierung in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung kaum stattfindet. Ein zweiter Unterschied zwischen politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung betrifft das Verhältnis von Wahl- und Abstimmungsbeteiligung. Politische Illegitimitätswahrnehmung unterstützt die Entfremdungsthese bezüglich der Abstimmungsbeteiligung stärker als bezüglich der Wahlbeteiligung; bei der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung ist dies umgekehrt. Wie sich aus den Grunddaten in Tabelle 15 (Spalten 1 und 2) ablesen lässt, vermag sich gesell-

schaftliche Illegitimität stärker in Wahlbeteiligung zu äussern als politische Illegitimitätswahrnehmung, wogegen politische stärker als gesellschaftliche Illegitimität zu einer Beteiligung an Abstimmungen führt.

Wahlen bieten mit ihrer Personalisierung politischer Probleme offensichtlich eine Möglichkeit, gesellschaftliche Illegitimität zum Ausdruck zu bringen. Dies mag damit zusammenhängen, dass - wie wir oben gesehen haben - gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung mit einer relativ undifferenzierten Beurteilung der verschiedenen politischen Artikulationsmöglichkeiten einhergeht. Das führt dazu, dass die spezifische Problematik von Wahlen (z.B. Unverbindlichkeit von Wahlversprechen) nicht ins Gewicht fällt.

Von besonderer Bedeutung für unsere Fragestellung sind die Befragten, die trotz Illegitimitätswahrnehmung keine Aktivitätsbereitschaft zeigen. An dieser Personengruppe zeigt sich eine artikulative Stabilisierung, ihre Unzufriedenheit bleibt latent und damit hinsichtlich der politischen Kräfteverhältnisse unwirksam.

Die Grunddaten in Tabelle 15 sollen anschliessend gezielt auf die Frage der artikulativen Stabilisierung hin ausgewertet werden. Dabei werden im Gegensatz zu oben die Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung aus der Betrachtung ausgeschlossen, da sie keine Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität darstellen. In der folgenden Aufstellung ist also der Anteil der Befragten, die trotz hoher Illegitimitätswahrnehmung keine Aktivitätsbereitschaft zeigen, an den Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung aufgeführt (1).

(1) Die Werte in der folgenden Aufstellung ergeben sich aus Tabelle 15, indem man die Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung und ohne Aktivitätsbereitschaft durch die Gesamtzahl der Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung (Summe der Spalten 1 und 2) dividiert.

Anteil der Befragten, welche keine Aktivitätsbereitschaft zeigen, an der Zahl der Befragten mit politischer (gesellschaftlicher) Illegitimitätswahrnehmung:

. Wahlen 1976	53,2% (48,4%)
. Abstimmung (Ueberfremdungs- initiative 1974)	35,2% (32,4%)
. Unterschriftensammlung	23,2% (23,0%)
. Genehmigte Demonstration	58,8% (57,4%)
. Fabrikbesetzung	81,6% (86,6%)

Die Unterschiede im Ausmass der artikulativen Stabilisierung nach Formen politischer Aktivität sind relativ gross: Während hinsichtlich Unterschriftensammlungen weniger als 1/4 der Befragten sich trotz Illegitimitätswahrnehmung nicht beteiligen würden, sind es hinsichtlich Fabrikbesetzungen über 80%.

Vergleicht man die fünf betrachteten Artikulationsformen nach ihrem Konventionalitätsgrad, so findet sich - im Gegensatz zur in Hypothese 10 geäusserten Vermutung - kein linearer Rückgang der artikulativen Stabilisierung. Vielmehr geht das Ausmass der artikulativen Stabilisierung mit zunehmender Unkonventionalität zwar zunächst zurück, erreicht bei "Unterschriftensammlungen" seinen Tiefstpunkt, steigt aber danach wieder an. Die artikulative Stabilisierung ist also - entgegen der Erwartung - für Wahlen und Abstimmungen geringer als für genehmigte Demonstrationen und Fabrikbesetzungen.

Dieses Resultat muss nun aber insofern relativiert werden, als die unkonventionellsten Artikulationsformen zwar in relativ geringem Masse Illegitimität zum Ausdruck bringen, dass die "Artikulationsquote" bei Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung trotzdem deutlich grösser ist als bei Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung. Das führt dazu, dass die Beteiligung beispielsweise an Fabrikbesetzungen trotzdem deutlich positiv mit der Illegitimitätswahrnehmung korreliert (vgl. Tabelle 16 in Abschnitt 9.2).

Bei konventionellen Artikulationsformen (Wahlen, Abstimmungen und auch bei Unterschriftensammlungen) liegt die Aktivitäts-

bereitschaft der Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung oberhalb jener der Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung. Bei unkonventionellen Artikulationsformen (genehmigte Demonstrationen, Fabrikbesetzungen) ist das Verhältnis umgekehrt: Befragte ohne Illegitimitätswahrnehmung zeigen eine unterdurchschnittliche Aktivitätsbereitschaft.

Als Folgerung ergeben sich zwei verschiedene Muster der artikulativen Stabilisierung. Das eine wirkt gemäss Hypothese 10 vor allem bei konventionellen Formen politischer Aktivität und ist gekennzeichnet durch eine spezifische Wirkung auf die Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung: Die Aktivitätsbereitschaft wird vor allem bei diesen reduziert. Demgegenüber findet bei unkonventionellen Formen politischer Aktivität eine unspezifische Stabilisierung statt, die die Aktivitätsbereitschaft der Befragten sowohl mit als auch ohne Illegitimitätswahrnehmung herabsetzt. Die Aktivitätsbereitschaft der Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung wird sogar stärker beeinträchtigt als jene der Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung, woraus eine insgesamt positive Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Aktivitätsbereitschaft resultiert.

9.2 Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf der individuellen, der kommunalen und der kantonalen Ebene

In Tabelle 16 sind die Korrelationen der beiden Dimensionen der Illegitimitätswahrnehmung (politische und gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung) zu verschiedenen Formen politischer Aktivität auf drei verschiedenen Systemebenen (Individuen, Gemeinden, Kantone) zusammengefasst. Dabei beschränken wir unsere Betrachtung - bedingt durch die Methode der Korrelationsanalyse - auf die Untersuchung der spezifischen Wirkung artikulativer Stabilisierung (vgl. Abschnitt 9.1). Es geht also lediglich um die Frage, ob die Artikulationsbereitschaft bei den Befragten mit Illegitimitätswahrnehmung grösser oder geringer ist als bei den Befragten ohne Illegitimitätswahrnehmung. Die Frage der durchschnittlichen Artikulationsbereitschaft bei allen Befragten (unspezifische Wirkung) wird vernachlässigt.

Tabelle 16: Illegitimitätswahrnehmung und politische Aktivität auf individueller, kommunaler und kantonaler Ebene

Pearson Korrelationskoeffizienten.
Kantone ohne NW und SZ aufgrund fehlender Angaben zur Illegitimitätswahrnehmung

Politische Aktivität		Illegitimitätswahrnehmung					
		Politische Illegitimitätswahrnehmung 1975			Gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung 1975		
		Individuelle Ebene	Kommunale Ebene	Kantonale Ebene	Individuelle Ebene	Kommunale Ebene	Kantonale Ebene
Wahlen	Wahlbeteiligung 1975	-.08* (N=1319)	--	.17 (N=23)	-.06* (N=1221)	--	-.14 (N=23)
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1974 (Ueberfremdungsinitiative)	-.03 (N=1310)	--	.02 (N=23)	-.01 (N=1209)	--	-.18 (N=23)
	Abstimmungsbereitigung 1968 (Steueramnestie)	--	-.19* (N=75)	-.16 (N=23)	--	-.32* (N=75)	-.49 (N=23)
	Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	--	-.03 (N=75)	-.20 (N=23)	--	-.36* (N=75)	-.48 (N=23)
Aktivierungsereignisse insgesamt	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insgesamt	--	.07 (N=75)	.06 (N=23)	--	.13 (N=75)	-.12 (N=23)
Konventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligungsbereitsch. Unterschriftensammlung	.05* (N=1303)	--	--	-.05* (N=1208)	--	--
	Häufigkeit von Initiativen	--	-.14 (N=75)	-.39 (N=23)	--	-.05 (N=75)	-.43 (N=23)
	Häufigkeit von (fak.) Referenden	--	.14 (N=75)	-.11 (N=23)	--	.05 (N=75)	-.06 (N=23)
	Häufigkeit von Petitionen	--	.12 (N=75)	.38 (N=23)	--	.09 (N=75)	.14 (N=23)
	Beteiligung an konventionellen Ereignissen	--	--	.25 (N=23)	--	--	.23 (N=23)
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligungsber.schaft genehmigte Demonstat.	.05* (N=1279)	--	--	.02 (N=1183)	--	--
	Beteiligungsber.schaft Fabrikbesetzung	.18* (N=1284)	--	--	.06* (N=1184)	--	--
	Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse	--	.18* (N=75)	.45 (N=23)	--	.21* (N=75)	.28 (N=23)
	Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen	--	--	.28 (N=23)	--	--	.23 (N=23)

* Auf dem 95%-Niveau signifikant (Signifikanzkriterium nur auf individueller und auf kommunaler Ebene angewandt).

Im folgenden wird zunächst auf die konventionellen Aktivitätsformen (Wahl- und Abstimmungsbeteiligung), dann auf eher unkonventionelle Aktivitätsformen (Aktivierungsereignisse insgesamt, konventionelle Aktivierungsereignisse, unkonventionelle Aktivierungsereignisse) eingegangen. Beim Vergleich zwischen den Systemebenen wird grundsätzlich die Grösse des Korrelationskoeffizienten unabhängig von der Grösse der Grundgesamtheit, auf der er beruht, verglichen. Somit wird die Signifikanzfrage ausgeklammert. Ein Problem ergibt sich beim Vergleich zwischen den Systemebenen für weniger konventionelle Formen politischer Aktivität (Aktivierungsereignisse). Hier sind auf individueller Ebene lediglich Informationen über die Beteiligungsbereitschaft an entsprechenden Ereignissen vorhanden, nicht aber über die Initiierungsbereitschaft. Für das Zustandekommen eines solchen Ereignisses - und das wird auf den aggregierten Ebenen ja gemessen - sind aber beide Aspekte von entscheidender Bedeutung. Das bedeutet, dass beim Vergleich der Beziehung zwischen Aktivierungsereignissen und Illegitimitätswahrnehmung die Vernachlässigung des Initiierungsaspektes auf individueller Ebene in Betracht gezogen werden muss.

Insgesamt zeigt Tabelle 16 dass konventionelle Formen politischer Aktivität tendenziell negativ, unkonventionelle Formen tendenziell positiv mit der Illegitimitätswahrnehmung korrelieren. Dieses Ergebnis gilt für alle drei Systemebenen. Somit bestätigt sich Hypothese 10. Artikulative Stabilisierung ist in ihrer spezifischen Wirkung vor allem für konventionelle Formen politischer Aktivität von Bedeutung.

Die Wahlbeteiligung, als konventionelle Form politischer Aktivität, zeigt auf der individuellen Ebene sowohl zur politischen als auch zur gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung eine negative Beziehung. Auf kantonaler Ebene ist für die politische Illegitimitätswahrnehmung ein gegenläufiger Aggregationseffekt festzustellen. Dort ist die Beziehung positiv - wenn auch nur sehr schwach. Politische Illegitimitätswahrnehmung führt also zu einer geringeren Wahlbeteiligung des Einzelnen. Ist jedoch das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext überdurchschnittlich, ist auch die Wahlbeteiligung tendenziell

grösser. Dies könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass bei überdurchschnittlicher Illegitimitätswahrnehmung eine politische Polarisierung stattfindet, welche das Interesse an Wahlen erhöht.

Die Abstimmungsbeteiligung korreliert auf allen Systemebenen negativ mit der Illegitimitätswahrnehmung, und zwar sowohl mit der politischen als auch mit der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung. Auf der individuellen Ebene ist dieser Zusammenhang äusserst gering, was jedoch mit dem spezifischen Abstimmungsthema der Ueberfremdung zusammenhängen könnte. Wie ein Vergleich dieser mit anderen Abstimmungsvorlagen (Steueramnestie, Bundessicherheitspolizei etc.) auf kantonomaler Ebene zeigt, trifft diese Vermutung tatsächlich zu. Auch auf kantonomaler Ebene korreliert die Beteiligung an der Abstimmung zur Ueberfremdungsinitiative 1974 weniger deutlich negativ mit der Illegitimitätswahrnehmung als die Abstimmungsbeteiligung bei anderen Vorlagen.

Es kann also kein allgemeiner Aggregationseffekt bezüglich der Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Abstimmungsbeteiligung identifiziert werden.

Auf der aggregierten Ebene von Gemeinden und Kantonen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung, indem die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung stärker negativ mit der Abstimmungsbeteiligung korreliert. Die Artikulation gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung mittels Abstimmungsbeteiligung ist offensichtlich - zumindest auf der aggregierten Ebene von Gemeinden und Kantonen - sehr viel geringer als die Artikulation politischer Illegitimitätswahrnehmung.

Auf der individuellen Ebene und für die spezifische Vorlage der Ueberfremdungsinitiative zeigt sich dieser Unterschied nicht. Es ist zu vermuten, dass diese Besonderheit der individuellen Systemebene auch in diesem Fall auf die erwähnte Spezifität des Abstimmungsthemas zurückzuführen ist, auf welches in exemplarischer Weise gesellschaftlich-strukturelle Probleme projiziert wurden (vgl. Windisch 1978).

Die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insgesamt zeigt auf den beiden aggregierten Systemebenen (Gemeinden und Kantone) schwache, tendenziell aber entgegengesetzte Beziehungen zur Illegitimitätswahrnehmung. Diese unterschiedlichen Beziehungsrichtungen dürften eine Folge der unterschiedlichen Zusammensetzung der Aktivierungsereignisse nach Einzelformen sein, welche - wie wir sehen werden - unterschiedliche Beziehungen zur Illegitimitätswahrnehmung aufweisen.

Der Vergleich der Artikulationsformen Initiativen, fakultative Referenden und Petitionen über die drei Systemebenen wird dadurch erschwert, dass auf individueller Ebene lediglich die Beteiligung an sogenannten Unterschriftensammlungen erfragt wurde, einer Form also, die sowohl Initiativen, fakultativen Referenden als auch Petitionen entsprechen kann.

Auf der individuellen Ebene ist interessant, dass die politische Illegitimitätswahrnehmung tendenziell positiv, die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung dagegen negativ mit der Beteiligung an Unterschriftensammlungen korreliert. Es ist dies ein Ergebnis, welches sich durchgehend, d.h. für alle Formen politischer Aktivität zeigt. Gesellschaftliche Illegitimität wird in stärkerem Masse artikulatив stabilisiert als politische Illegitimität: Sie bleibt in höherem Masse latent.

Ein Vergleich der verschiedenen Formen konventioneller Aktivierungsereignisse auf der aggregierten Ebene von Gemeinden und Kantonen führt zu folgenden Ergebnissen:

Die Initiativenhäufigkeit korreliert tendenziell negativ mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext, die Häufigkeit von Petitionen positiv. Dies ist zweifellos darauf zurückzuführen, dass in den Westschweizer Kantonen gleichzeitig eine überdurchschnittliche Illegitimitätswahrnehmung und - aufgrund einer geringen Zugänglichkeit von Initiativen - eine Verschiebung der politischen Aktivität von Initiativen auf Petitionen stattfindet. Die Häufigkeit fakultativer Referenden nimmt eine Zwischenstellung ein und zeigt sich zur Illegitimitätswahrnehmung nur sehr schwach korreliert.

Die Unterschiede zwischen Initiativen und Referenden bezüglich der Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung sind auf der kantonalen Ebene stärker ausgeprägt als auf der kommunalen Ebene.

Die Beteiligung an konventionellen Aktivierungsereignissen zeigt auf der kantonalen Ebene - analog zur Beteiligungsbereitschaft an Unterschriftensammlungen auf individueller Ebene - eine schwache positive Beziehung zur politischen Illegitimitätswahrnehmung. Mit der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung korreliert sie - nun im Unterschied zur individuellen Ebene (Unterschriftensammeln) - ebenfalls positiv, wenn auch nur schwach. Dies weist auf einen Aggregationseffekt hin, welcher darin bestehen könnte, dass Individuen mit gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung sich selber zwar weniger an konventionellen Aktivierungsereignissen beteiligen, jedoch zu einem politischen Klima im Kontext beitragen, das solche Aktivitäten fördert.

Wenden wir uns nun den am stärksten unkonventionellen Formen politischer Aktivität zu. Auf der individuellen Ebene unterscheiden wir dabei zwischen der Beteiligungsbereitschaft an genehmigten Demonstrationen einerseits, an Fabrikbesetzungen andererseits. Beide Aktivitätsformen zeigen sich positiv mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung korreliert, erstere relativ schwach, letztere deutlich stärker. Auf den aggregierten Ebenen werden unkonventionelle Ereignisse von genehmigten Demonstrationen bis zu politischen Gewaltakten zusammengefasst. Auch hier aber zeigen sich deutliche positive Beziehungen zur Illegitimitätswahrnehmung.

Positive Beziehungen zum Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kanton ergeben sich auch für die Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen. Allerdings sind diese Beziehungen schwächer als bei der reinen Häufigkeit von unkonventionellen Ereignissen. Das deutet darauf hin, dass unkonventionelle Ereignisse in Kantonen mit überdurchschnittlicher Illegitimitätswahrnehmung nicht ausschliesslich aufgrundeiner Basismobilisierung häufiger sind. Vielmehr wird ein politisches Klima geschaffen, in welchem unkonventionelle Ereignisse unabhängig von der Illegitimitätswahrnehmung der aktiven Einzelpersonen gefördert wird.

Im Vergleich zwischen den Systemebenen zeigen unkonventionelle Aktivierungsereignisse eine Verstärkung der (positiven) Beziehung zur Illegitimitätswahrnehmung auf höheren (d.h. stärker

aggregierten) Systemebenen. Auch dies deutet darauf hin, dass unkonventionelle Ereignisse in Kontexten mit überdurchschnittlicher Illegitimitätswahrnehmung nicht nur dadurch gefördert werden, dass mehr zur Beteiligung bereite Individuen vorhanden sind. Vielmehr werden auch Individuen ohne Illegitimitätswahrnehmung vermehrt im unkonventionellen Bereich aktiv. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch im Bereich des unkonventionellen Verhaltens organisationelle Eliten vorhanden sind. Diese treten - unabhängig von ihrer Illegitimitätswahrnehmung - dann aktiv in Erscheinung, wenn sich das politische Klima verschärft, d.h. wenn die durchschnittliche Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext steigt.

9.3 Illegitimität, politische Aktivität und Kriminalität

In diesem Abschnitt geht es um die Frage, inwieweit sich Illegitimität auch in Verhaltensformen äussern kann, die nicht politisch sind. Entsprechende Ergebnisse könnten zur Erklärung der in den vorangegangenen Abschnitten festgestellten Tatsache beitragen, dass sich nur ein Teil der politischen und vor allem auch der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung zu artikulieren vermag.

Bereits in Abschnitt 8.1 haben wir Zusammenhänge zwischen dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung und verschiedenen Kriminalitätsformen (Eigentumsdelikte, Gewaltdelikte, Gesamtkriminalität) in den Kantonen (1) diskutiert. Die Ergebnisse (siehe Tabelle 7) erbrachten für die dort im Vordergrund stehende Hypothese einer Substitution zwischen Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität keine Bestätigung. Dagegen stützen sie die hier interessierende Vermutung, dass sich Illegitimität in Kriminalität äussern kann, da Illegitimitätswahrnehmung und Kriminalität positiv korrelieren. Hypothese 11 findet also empirische Unterstützung.

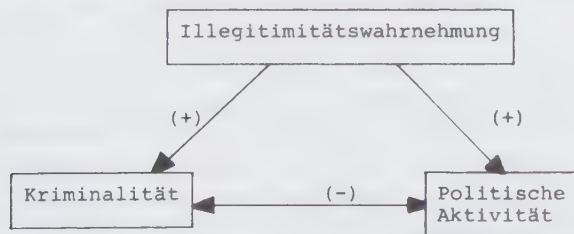
(1) Ebenso wie in Abschnitt 8.1 müssen wir uns auch hier auf einen Kantonsvergleich beschränken, da auf kommunaler Ebene keine Angaben zur Kriminalität verfügbar sind.

Das Ausmass an politischer Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext zeigte in Abschnitt 8.1 die deutlich stärkste Beziehung zur Gesamtkriminalität, die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung korrelierte mit der Häufigkeit von Gewaltdelikten tendenziell am stärksten. Das heisst, dass sich politische Illegitimitätswahrnehmung vor allem in Deliktformen äussert, die nicht Eigentumskriminalität und nicht Gewaltdelinquenz sind. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei um leichtere Vergehen handelt. Gesellschaftliche Illegitimität dagegen äussert sich stärker in Form von Gewaltdelikten.

Nachdem nun also Hypothese 11 im Rahmen des Kantonsvergleichs empirische Unterstützung findet, dass nämlich in Kantonen mit stärkerer Illegitimitätswahrnehmung auch die Kriminalitätsquote höher ist, wenden wir uns der Frage zu, in welchem Masse Kriminalität politische Aktivität substituiert (Hypothese 11 b). Gemäss Abschnitt 7.5 erwarten wir, dass sich eine solche Substitutionsbeziehung vor allem zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität zeigt.

Wir gehen davon aus, dass sich Illegitimität einerseits in Kriminalität, andererseits in verschiedenen Formen politischer Aktivität äussern kann. Unsere Vorstellung umfasst somit drei Grunddimensionen, zwischen denen wir folgende Beziehungen erwarten:

Figur 6: Illegitimitätswahrnehmung, Kriminalität und politische Aktivität



Die postulierten Beziehungen zwischen diesen drei Grössen lassen erkennen, dass dann eine empirische Unterstützung der These der Substitution zwischen Kriminalität und politischer Aktivität bezüglich Illegitimitätsäusserung festzustellen ist, wenn Krimina-

lität und politische Aktivität unter Kontrolle der Illegitimitätswahrnehmung negativ korrelieren.

In Tabelle 17 sind einerseits die bivariaten Beziehungen zwischen den Indikatoren der Kriminalität und der politischen Aktivität, andererseits die partiellen Beziehungen unter Kontrolle der politischen bzw. der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung dargestellt.

Die postulierte substitutive Beziehung findet nur für einzelne Dimensionen der politischen Aktivität bzw. der Kriminalität empirische Unterstützung. Diese Fälle sollen im folgenden herausgegriffen werden.

Zunächst aber ist die Abstimmungsbeteiligung (sowohl 1968 als auch 1978) zu erwähnen, für die sich - bezüglich der Beziehung zur Eigentumskriminalität - eine Scheinbestätigung aufgrund des bivariaten Korrelationskoeffizienten ergibt. Die Abstimmungsbeteiligung korreliert vor allem deshalb negativ mit der Eigentumskriminalität, weil sie negativ, jene aber positiv vom Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung abhängen.

Echte Substitutionsbeziehungen finden sich dagegen bei der Häufigkeit von Initiativen und der Häufigkeit bzw. der Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen. Die Häufigkeit von Initiativen korreliert - auch unter Kontrolle der Illegitimitätswahrnehmung, aber nur zum Zeitpunkt 1978 gemessen - in einem interpretierbaren Ausmass negativ mit der Gesamtkriminalität und mit der Eigentumskriminalität. Somit können Gesamtkriminalität und Eigentumsdelikte als Substitute der Artikulation von Illegitimität durch Initiativen betrachtet werden. Die Häufigkeit von und die Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen korrelierten - unter Kontrolle der Illegitimitätswahrnehmung und auch für 1968 - negativ mit der Gewaltkriminalität (Delikte gegen Leib und Leben). Gewaltdelikte stellen demzufolge ein Substitut der Artikulation von Illegitimität mittels unkonventioneller Aktivierungsereignisse dar.

Es bestätigt sich somit die in Abschnitt 7.5 geäusserte Vermutung, dass Kriminalität (und vor allem Gewaltkriminalität) Substitute für unkonventionelle Formen politischer Aktivität darstellen.

Tabelle 17: Kriminalität und ausgewählte Formen politischer Aktivität -
Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten

N = 23 Kantone (ohne SZ und NW)

	Kriminalitätsindikatoren 1968 und 1978					
	Gesamtkriminalität		Eigentumsdelikte		Gewaltdelikte	
Politische Aktivität 1968 - 78	1968	1978	1968	1978	1968	1978
<u>Wahlbeteiligung 1975</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	--	.13	--	.12	--	-.22
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung	--	.10	--	.07	--	-.26
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung	--	.21	--	.17	--	-.18
<u>Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie)</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	-.01	--	-.36	--	.04	--
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	.06	--	-.01	--	.14	--
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illegitimitätswahrnehmung	.22	--	.30	--	.08	--
<u>Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	--	-.27	--	-.23	--	-.07
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	--	.01	--	-.18	--	.01
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	--	.17	--	-.04	--	.23
<u>Häufigkeit von Aktivierungs- ereignissen insgesamt</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.00	-.02	-.09	.05	.07	-.09
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	-.00	-.02	-.10	.05	.02	-.07
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	-.00	-.01	-.10	.06	.01	-.06

Tabelle 17 (Forts.)

	Kriminalitätsindikatoren 1968 und 1978					
	Gesamtkriminalität		Eigentumsdelikte		Gewaltdelikte	
Politische Aktivität 1968 - 78	1968	1978	1968	1978	1968	1978
<u>Häufigkeit von Initiativen</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	-.22	-.40	-.38	-.42	.20	-.19
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	-.08	-.30	-.25	-.37	.31	-.03
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	-.09	-.26	-.21	-.31	.25	.08
<u>Häufigkeit von Referenden</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.27	.23	.19	.22	.08	.28
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	.31	.29	.22	.27	.06	.34
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	.26	.25	.17	.25	.05	.34
<u>Häufigkeit von Petitionen</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.17	.18	.24	.18	.06	.70
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	.02	.05	.08	.09	-.04	-.02
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	.10	.10	.17	.11	.01	-.01
<u>Beteiligung an konventionellen Ereignissen</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.32	.65	.40	.75	-.11	.03
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	.22	.63	.30	.73	-.21	-.05
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	.26	.65	.34	.74	-.15	-.07

Tabelle 17 (Forts.)

	Kriminalitätsindikatoren 1968 und 1978					
	Gesamtkriminalität		Eigentumsdelikte		Gewaltdelikte	
Politische Aktivität 1968 - 78	1968	1978	1968	1978	1968	1978
<u>Häufigkeit von unkonventionellen Ereignissen</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.04	.24	.13	.42	-.21	-.23
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	-.14	.12	-.06	.34	-.35	-.39
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	-.10	.10	-.06	.31	-.27	-.49
<u>Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen</u>						
- einfacher (Pearson) Korrelationskoeffizient	.10	.32	.21	.50	-.38	-.23
- partieller Korrelationskoeffizient unter Kontrolle der politischen Illeg.wahrnehmung	-.00	.27	.11	.45	-.46	-.29
- partieller Korr.koeffizient unter Kontrolle der gesellschaftl. Illeg.wahrnehmung	.00	.24	.09	.43	-.42	-.40

9.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde die empirische Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität auf verschiedenen Systemebenen untersucht. Die Analyse auf der individuellen Ebene vermochte zu zeigen, dass sich - politische und gesellschaftliche - Illegitimität nur teilweise in politische Aktivität umsetzt. Zahlenmässig bedeutsame Bevölkerungsgruppen werden trotz Illegitimitätswahrnehmung politisch nicht aktiv. Somit kommt im Rahmen unseres analytischen Modells der artikulativen Stabilisierung entscheidende Bedeutung zu.

Vergleicht man verschiedene Formen politischer Aktivität bezüglich des Ausmasses, in dem sie Illegitimität zum Ausdruck bringen, so ist dies bei den konventionellen Artikulationsformen (Wahl- und Abstimmungsbeteiligung) im geringsten Masse der Fall. Die Entfremdungsthese nach Wright (1976), welche eine negative Beziehung zwischen Illegitimität und politischer Aktivität voraussagt, trifft hier also zu. Argumente in der schweizerischen Diskussion über die Partizipationskrise dagegen, welche in der Nicht-Beteiligung einen Ausdruck der Zufriedenheit des Bürgers sehen, treffen also gerade für Wahl- und Abstimmungsbeteiligung die gesellschaftliche Realität nur sehr schlecht. Die Krise der Partizipation in konventionellen Artikulationskanälen ist vielmehr als Entfremdung zu interpretieren.

Diese Diagnose gilt für die sogenannt spezifische artikulative Stabilisierung, d.h. für die Unterschiede in der politischen Aktivität zwischen Individuen (oder Kontexten) mit unterschiedlicher Illegitimitätswahrnehmung. Die unspezifische Stabilisierung auf der artikulativen Ebene dagegen, welche die politische Aktivität von Individuen (Kontexten) mit und ohne Illegitimitätswahrnehmung gleichermassen beeinträchtigt, weist ein anderes Verhältnis zur Konventionalität der politischen Aktivität auf. Diese Form der artikulativen Stabilisierung ist für konventionelle Formen politischer Aktivität schwächer als für unkonventionelle, am schwächsten aber für Unterschriftensammlungen (1).

-
- (1) Die unspezifische Form artikulativer Stabilisierung konnte nur auf der individuellen Ebene untersucht werden. Sie kann durch Korrelationsanalysen nicht erfasst werden, wie sie für die Analysen auf aggregierten Ebenen im Vordergrund stehen.

Der Vergleich der Beziehung zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität ergab für die Wahlbeteiligung, die Beteiligung an konventionellen sowie an unkonventionellen Aktivierungsereignissen Hinweise auf Aggregationseffekte. Die Wahlbeteiligung - auf der individuellen Ebene negativ mit der politischen Illegitimitätswahrnehmung korreliert - scheint kontextuell durch eine starke Illegitimitätswahrnehmung erhöht zu werden. Die Beteiligung sowohl an konventionellen als auch an unkonventionellen Aktivierungsereignissen zeigt auf aggregierter Ebene einen stärker positiven Zusammenhang zur Illegitimitätswahrnehmung als auf individueller Ebene. Eine überdurchschnittliche Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext scheint somit auch die Beteiligung an - konventionellen und unkonventionellen - Aktivierungsereignissen bei den Leuten zu erhöhen, die keine Illegitimitätswahrnehmung aufweisen.

Dieses Kapitel vermochte schliesslich (Abschnitt 9.3) zu zeigen, dass bestimmte Kriminalitätsformen für bestimmte Formen politischer Aktivität Substitute bezüglich der Artikulation von Illegitimitätswahrnehmung darstellen. Allerdings konnte diese Analyse nur auf der Ebene von Kantonen durchgeführt werden.

Hypothese 11 b, in welcher eine solche Substitutionsbeziehung vermutet wurde, findet für die Initiativenhäufigkeit sowie für die Beteiligung an und die Häufigkeit von unkonventionellen Ereignissen empirische Unterstützung. Im ersten Fall gilt diese Bestätigung vor allem für Eigentumsdelikte, im zweiten Fall für Gewaltdelikte.

10. Kontextuelle Determinanten politischer Aktivität:

Artikulative Bedingungen von Destabilisierungsprozessen

In diesem Kapitel soll untersucht werden, welche kontextuellen Merkmale das Ausmass an politischer Aktivität beeinflussen. Im Rahmen unseres theoretischen Modells befassen wir uns somit mit der Ebene der artikulativen Stabilisierung.

Das Ausmass an politischer Aktivität stellt die abhängige Variable der folgenden Analysen dar, das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung die modell-endogene Bestimmungsgrösse (vgl. Tabelle 6 in Abschnitt 7.8). Diese endogene Bestimmungsgrösse ist zur Isolierung der rein artikulativen, exogenen Bestimmungsgrössen zu kontrollieren. Allerdings hat Kapitel 9 gezeigt, dass die Beziehungen zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität zum Teil eher schwach sind, so dass eine Kontrolle der Illegitimitätswahrnehmung nur teilweise Auswirkungen auf die Ergebnisse haben dürfte.

Im folgenden wird zunächst auf die Beziehungen zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität im Kontextvergleich eingegangen (Abschnitt 10.1). Sind in Kontexten mit überdurchschnittlich vielen politischen Aktivitäten der einen Form auch die Aktivitäten in anderen Formen häufiger, oder findet zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität eine Substitution statt?

Anschliessend werden verschiedene Gruppen möglicher Bestimmungsgrössen der artikulativen Destabilisierung, d.h. politischer Aktivität in der Reihenfolge ihres Auftretens in Abschnitt 7.5 untersucht: materielle Ressourcen in Abschnitt 10.2, intellektuelle Ressourcen in Abschnitt 10.3, Interaktionsdichte und normative Freiräume in Abschnitt 10.4 und schliesslich politisch-institutionelle Einflussfaktoren in Abschnitt 10.5.

In allen diesen Abschnitten wird das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext konstant gehalten, um die artikulativen Einflussgrössen auf die gesellschaftliche Stabilisierung bzw. Destabilisierung zu isolieren.

In einem weiteren Abschnitt (10.6) wird auf die Interaktion der verschiedenen Einflussgrössen eingegangen.

10.1 Formen politischer Aktivität

Verschiedene Formen politischer Aktivität werden im Rahmen dieser Arbeit primär nach ihrer Konventionalität unterschieden (vgl. Teil I, Kapitel 2). Als wesentliches Merkmal konventioneller Formen (Wahlen, Abstimmungen) betrachten wir die Tatsache, dass sie - beispielsweise was Problemstellung und Entscheidungsalternativen bei Abstimmungen betrifft - durch die politische Elite wesentlich beeinflusst werden können. Andererseits weisen diese Formen politischer Aktivität einen hohen Grad an Verbindlichkeit auf.

Wir haben in Hypothese 12 (Abschnitt 7.5.1) vermutet, dass zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität, namentlich zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen, eine substitutive Beziehung besteht. Wir können darüber hinaus davon ausgehen, dass bei einer allfälligen Bestätigung dieser Beziehung der unkonventionelle Aktivitätspol der moderne ist, dass also in der Zeit eine Verlagerung von konventionellen zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität stattfinden würde (vgl. Kriesi et.al. 1981).

In Tabelle 18 sind die Beziehungen zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität im Kantons- und im Gemeindevergleich zusammengefasst. Die Korrelationskoeffizienten für den Gemeindevergleich sind dabei - wie in allen folgenden Tabellen - jenen des Kantonsvergleichs nachgestellt und in Klammern gesetzt worden.

Die Ergebnisse in Tabelle 18 unterstützen unsere Hypothese 12: Konventionelle (Wahlen, Abstimmungen) und unkonventionelle Formen politischer Aktivität (Aktivierungsereignisse insgesamt, unkonventionelle Aktivierungsereignisse) zeigen sich sowohl auf kantonaler als auch kommunaler Ebene tendenziell negativ korreliert.

Ueber diese allgemeine Unterstützung für Hypothese 12 hinaus deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass sich zwei verschiedene Substitutionsbeziehungen überlagern.

Ausgehend von der Wahlbeteiligung als konventionellem Pol findet eine Verlagerung politischer Aktivität auf Aktivierungsereignisse allgemein, speziell aber auf verbindliche Aktivierungs-

Tabelle 18: Formen politischer Aktivität im Kantons- und Gemeindevergleich

Pearson Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N = 25 bzw. 21) und - in Klammern - den Gemeindevergleich (N = 88).
Kantone für Wahlbeteiligung 1967 ohne NW, SZ, GL und AR.

* Korrelationskoeffizienten für die Gemeindestichprobe sind mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant.

Wahlen	(1) Wahlbeteiligung 1967 (2) Wahlbeteiligung 1975	.59 (-)						
Abstimmungen	(3) Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie)	.46 (-)	.29 (-)					
	(4) Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	.34 (-)	.45 (-)	.60 (.48*)				
Aktivierungsereignisse	(5) Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insgesamt 1968-78	-.44 (-)	-.44 (-)	-.33 (-.12)	.06 (.04)			
Konventionelle Aktivierungsereignisse	(6) Häufigkeit von Initiativen 1968-78	-.32 (-)	-.48 (-)	.08 (.05)	.22 (.02)	.59 (.67*)		
	(7) Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	-.35 (-)	-.48 (-)	-.30 (-.07)	.10 (.13)	.63 (.37*)	.27 (-.09)	
	(8) Häufigkeit von Petitionen 1968-78	-.10 (-)	-.06 (-)	-.29 (-.09)	-.12 (-.07)	-.04 (.45*)	-.28 (-.05)	.03 (-.06)
	(9) Beteiligung an konventionellen Aktivierungsereignissen 1968-78	-.00 (-)	.15 (-)	-.31 (-)	.13 (-)	.40 (-)	-.13 (-)	.34 (-)
	(10) Häufigkeit von unkonventionellen Aktivierungsereignissen 1968-78	-.16 (-)	.01 (-)	-.42 (-.32*)	-.19 (-.13)	.60 (.41*)	-.17 (-.13)	.22 (.26*)
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	(11) Beteiligung an unkonventionellen Aktivierungsereignissen 1968-78	.10 (-)	.15 (-)	-.17 (-)	.05 (-)	.53 (-)	-.16 (-)	.12 (-)
							-.02 (-)	.73 (-)
								.89 (-)

ereignisse wie Initiativen und fakultative Referenden statt. Diese Verlagerung scheint sich in der betrachteten Periode tendenziell noch zu verstärken: Die Wahlbeteiligung 1975 korreliert - im Kantonsvergleich - stärker negativ mit der Häufigkeit von Initiativen und Referenden als die Wahlbeteiligung 1967. In dieser Substitutionsbeziehung kommt - als Zeittrend interpretiert - zweifelsohne eine Abkehr von der repräsentativen Demokratie, eine zunehmende Bedeutung direkt-demokratischer Einflusskanäle des Bürgers zum Ausdruck. Auf kommunaler Ebene konnte diese Substitutionsbeziehung nicht untersucht werden, da keine Daten zur Wahlbeteiligung in den Gemeinden verfügbar waren.

Eine zweite Substitutionsbeziehung lässt sich zwischen der Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse identifizieren. Diese Verlagerung zeigt sich sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene; sie ist für die Abstimmung zur Steueramnestie im Jahre 1968 aber deutlich stärker als für das Abstimmungspaket im Dezember 1978. Somit zeigt sich also neben der oben diskutierten Substitution repräsentativ- und direkt-demokratischer Formen politischer Aktivität auch eine solche zwischen verbindlichen (Abstimmungen) und unverbindlichen Formen der direkten Demokratie. Die erwähnte Abschwächung der negativen Beziehung zwischen Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse kann grundsätzlich auf drei verschiedene Arten erklärt werden:

- (1) Die einfachste Erklärung liegt in der Verschiedenheit der Issues an den beiden betrachteten Abstimmungsterminen, vor allem auch darin, dass 1978 über mehrere Vorlagen abgestimmt wurde. Man könnte vermuten, dass die Vorlage 1968 primär die "Pflichtwähler" (vgl. Neidhart, Hoby 1977) mobilisierte, während die Abstimmung 1978 zusätzlich Bürger ansprach, deren Handlungsrepertoire auch unkonventionelle Formen politischer Aktivität umfasste.

Zwei Fakten sprechen gegen diese Issue-spezifische Interpretation. Einerseits ist die Beteiligungsquote 1978 nicht überdurchschnittlich, sondern liegt - im Gegensatz zu 1968 - unter dem Durchschnitt der drei umliegenden Jahre (vgl. Kapitel 7, Abschnitt 7.7.2.2). Aufgrund einer zusätzlichen

Mobilisierung "unkonventioneller" Wähler müsste die Beteiligung 1978 aber überdurchschnittlich sein. Andererseits findet Troitzsch eine themenunabhängige Veränderung der kantonalen Unterschiede in der Abstimmungsbeteiligung: Zwischen 1974 und 1978 nimmt demzufolge die Abstimmungsbeteiligung vor allem in den Kantonen zu, in denen sie unterdurchschnittlich war (Troitzsch 1979:49). Aufgrund dieser Tatsachen gehen wir davon aus, dass die festgestellte Abschwächung der Beziehung zwischen der Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse auf andere Weise, d.h. unabhängig von den spezifischen Issues erklärt werden muss.

- (2) Eine zweite Folgerung aus der erwähnten Abschwächung könnte sein, dass die negative Beziehung zwischen der Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse nur für eine spezifische zeitliche Periode festzustellen ist, nämlich die späten 70-er Jahre. Beispielsweise könnte die beobachtete Beziehung daraus resultieren, dass sich in dieser Periode in bestimmten Kantonen eine Verlagerung von verbindlichen auf unverbindliche Aktivitätsformen vollzog, welche in anderen Kantonen erst später einsetzte. Es würde sich dann um eine zeitliche Verlagerung von verbindlichen auf unverbindliche Formen der direkten Demokratie handeln, welche unterschiedlich früh einsetzte, im Jahre 1978 aber in praktisch allen Kantonen vollzogen wäre.
- (3) Schliesslich könnte argumentiert werden, dass in der festgestellten Abschwächung der negativen Beziehung zwischen der Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse eine Rückwirkung unkonventioneller politischer Aktivierung zum Ausdruck kommt. Unkonventionelle Aktivierungsereignisse würden dann eine Substitution konventioneller Partizipationsformen (vor allem Abstimmungsbeteiligung) darstellen, andererseits aber zu einer Belebung der Abstimmungsdemokratie führen, welche die Abstimmungsbeteiligung erhöht. Ein einfaches Beispiel hierfür wäre, dass die politische Elite ein in

einer Demonstration formuliertes, bisher vernachlässigtes Thema aufgreift, welches in einer allfälligen Volksabstimmung zu einer überdurchschnittlichen Abstimmungsbeteiligung führt.

Diese dritte Erklärung liesse vermuten, dass die Abstimmungsbeteiligung zwar mit der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse in vorangegangenen Perioden nur relativ schwach negativ korreliert, mit der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse in der nachfolgenden Periode jedoch sehr viel stärker.

Unsere Überlegungen führen zum Schluss, dass die betrachtete Abschwächung der negativen Beziehung zwischen der Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse sowohl mit der zweiten, als auch mit der dritten Erklärungsweise vereinbar ist. Es bleibt weiteren empirischen Untersuchungen vorbehalten, zwischen diesen beiden konkurrierenden Erklärungen zu entscheiden.

Für die Beteiligung an konventionellen und unkonventionellen Aktivierungsereignissen zeigen sich die erwähnten Substitutionsbeziehungen zu Wahlen einerseits und Abstimmungen andererseits in geringerem Masse als für die Ereigniszahl. Lediglich die Beteiligung an - erstaunlicherweise - konventionellen Ereignissen erweist sich in einem der Ereigniszahl vergleichbaren Ausmass zur Abstimmungsbeteiligung negativ korreliert. Ansonsten aber deuten unsere Daten darauf hin, dass für die Beteiligung an - im Gegensatz zur Initiierung von - Aktivierungsereignissen die substitutive Beziehung sowohl zur Wahl - als auch zur Abstimmungsbeteiligung geringer ist. Hinsichtlich der Beteiligung würde sich demnach eine "Ausweitung des Handlungsrepertoires" vollziehen, wie sie von Barnes, Kaase (1979) auf der individuellen Ebene für mehrere westeuropäische Länder diagnostiziert wurde.

Dieses Ergebnis und die ihm zugrunde liegenden Beziehungen zwischen der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung einerseits, der Beteiligung an konventionellen Ereignissen andererseits, erweisen sich - wie eine Zusatzanalyse zeigt - als unabhängig von den

kantonal unterschiedlichen Mindestunterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden (1).

Die verschiedenen Formen von Aktivierungsereignissen zeigen sich sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene relativ schwach miteinander korreliert. Die Häufigkeit von Initiativen erweist sich dabei als leicht abgesetzt von den übrigen Formen: Abgesehen von den fakultativen Referenden auf kantonaler Ebene korreliert sie mit den anderen Formen von Aktivierungsereignissen (Referenden, Petitionen und unkonventionelle Ereignisse) tendenziell negativ.

Die geringen Beziehungen zwischen den vier Formen von Aktivierungsereignissen dürften darauf zurückzuführen sein, dass sich zwei entgegengesetzte Zusammenhänge tendenziell neutralisieren. Einerseits beeinflussen verschiedene kontextuelle Merkmale diese Ereignisarten in der gleichen Richtung. Es ist auch denkbar, dass eine grosse Zahl von Ereignissen der einen Gruppe, die Voraussetzungen für Ereignisse einer anderen Gruppe verbessert (z.B. durch das politische Klima). Andererseits aber bestehen zwischen den verschiedenen Gruppen von Aktivierungsereignissen Substitutionsbeziehungen: Kann beispielsweise ein Anliegen nicht mittels Initiative artikuliert werden, reicht man eine Petition ein.

Auf der Ebene der Beteiligung dürfte die Substitution von Aktivitätsformen von sehr viel geringerer Bedeutung sein. Das Unterschreiben einer Initiative beeinträchtigt die Chancen einer Beteiligung an einer Demonstration kaum. Es zeigt sich denn auch zwischen der Beteiligung an konventionellen und an unkonventionellen Aktivierungsereignissen auf kantonaler Ebene eine starke positive Beziehung.

Wenden wir uns abschliessend noch einmal der Zahl der Aktivierungsereignisse zu. Hier zeigt sich zwischen kantonaler und kommunaler Ebene insofern ein Unterschied, als auf kantonaler Ebene Initiativen, Referenden und unkonventionelle Ereignisse

(1) Die absoluten Veränderungen im Korrelationskoeffizienten, die sich durch eine Kontrolle der Mindestunterschriftenzahl für Gesetzesinitiativen im jeweiligen Kanton ergaben, überschritten nirgends den Wert von .05.

die Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse etwa gleich stark bestimmen, auf kommunaler Ebene dagegen Initiativen deutlich die stärkste Beziehung zur Häufigkeit von Aktivierungsereignissen aufweisen. Dies hat einerseits damit zu tun, dass die Zusammensetzung der Aktivierungsereignisse auf der kantonalen Ebene eine andere ist als auf der kommunalen Ebene; namentlich, dass auf dieser Ebene der Anteil unkonventioneller Ereignisse grösser ist (1). Nicht beantwortet werden kann dagegen die Frage, ob Initiativen auf kommunaler Ebene ein etwas anderer Charakter zukommt als auf kantonaler Ebene (und eventuell auch als auf nationaler Ebene); beispielsweise, dass sie hier eine geringere Konventionalität aufweisen.

10.2 Materielle Ressourcen und politische Aktivität

In Abschnitt 7.5.2 wurde - ausgehend von Ergebnissen der empirischen Forschung auf individueller Ebene - die These aufgestellt, dass die Verfügbarkeit materieller Ressourcen die politische Aktivität des Bürgers erhöht (Hypothesen 13 und 14). Zudem wird vermutet, dass dies eher für die Beteiligung an als für die Initiierung von politischer Aktivität gilt (Hypothese 15).

In Tabelle 19 sind nun die Ergebnisse der empirischen Analysen zum Einfluss materieller Ressourcen, ihres Zuwachses und ihrer Verteilung in den untersuchten Kontexten zusammengefasst. Es sind einerseits die Beziehungen auf kantonaler Ebene, andererseits - in Klammern - jene auf kommunaler Ebene aufgeführt. Zudem werden die bivariaten Zusammenhänge zwischen den Dimensionen materieller Ressourcen und den verschiedenen Formen politischer Aktivität ergänzt durch die partiellen Korrelationskoeffizienten, unter Kontrolle einerseits der politischen, andererseits der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung. Eine solche Kontrolle ist - wie bereits mehrmals erwähnt - aus theoretischen

(1) Der Anteil unkonventioneller Ereignisse an der Gesamtzahl der Aktivierungsereignisse beträgt auf kantonaler Ebene 44%, auf kommunaler Ebene lediglich 14% im Durchschnitt. Dieser Unterschied hängt zweifelsohne damit zusammen, dass unkonventionelle Ereignisse im Originaldatensatz von Kriesche et. al. (1981), welcher dem Kantonsvergleich zugrunde liegt, mit überdurchschnittlicher Vollständigkeit erfasst wurden (vgl. Anhang F).

Tabelle 19: **Materielle Ressourcen und politische Aktivität im Kantons- und Gemeindevergleich**

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=21) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=85).

Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 sowie zur Illegitimitätswahrnehmung.

Ausmass, Zuwachs und Verteilung mat.-Ressourcen

Wahlen	Wahlbeteiligung 1967	Einkommensanteil reichste 5% (1967/68)			Einkommensanteil reichste 1% (1967/68)			Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens 1965 - 78			Pro Kopf Einkommen 1965 (auf Gem.ebene 1970 logar.)		
		- Bivariate Beziehung	- Kontrolle politischer Illegitimität	- Kontrolle gesellsch. Illegitimität	- Bivariate Beziehung	- Kontrolle politischer Illegitimität	- Kontrolle gesellsch. Illegitimität	- Bivariate Beziehung	- Kontrolle politischer Illegitimität	- Kontrolle gesellsch. Illegitimität	- Bivariate Beziehung	- Kontrolle politischer Illegitimität	- Kontrolle gesellsch. Illegitimität
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie)												
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)												
Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insges. 1968-78												
Konvention. Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Initiativen 1968-78												
Konvention. Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78												
Konvention. Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Petitionen 1968-78												
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an konvention. Aktivierungsereign. 1968-78												
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78												
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78												

*Korrelationskoeffizienten für die Gemeindestichprobe sind mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant

Tabelle 19:

Materielle Ressourcen und politische Aktivität im Kantons- und Gemeindevergleich (Forts.)

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=21) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=85).

Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 sowie zur Illegalitätswahrnehmung.

Aussass, Zuwachs und Verteilung mat.Ressourcen

	Wahlbeteiligung 1967	Wahlbeteiligung 1975	Abstimmungs-beteiligung 1968 (Steueramnestie)	Abstimmungs-beteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	Häufigkeit von Aktivierungs-ereignissen insges. 1968-78	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	Beteiligung an konvention. Aktivierungsereign. 1968-78	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78
Wahlen	-33 (-) -43 (-)	-36 (-) -43 (-)	-10 (-) -18 (-)	-22 (-) -35 (-)	-33 (-) -39 (-)	.17 (-) .18 (-)	.32 (-) .31 (-)	.15 (-) .08 (-)	.11 (-) .04 (-)	-.34 (-) -.40 (-)	.11 (-) -.15 (-)
Abstimmungen	-10 (-) -18 (-)	-22 (-) -35 (-)	-33 (-) -39 (-)	-17 (-) .18 (-)	.32 (-) .31 (-)	.09 (-) .13 (-)	.11 (-) .04 (-)	-.34 (-) -.40 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)
Aktivierungs-ereignisse	-10 (-) -18 (-)	-22 (-) -35 (-)	-33 (-) -39 (-)	-17 (-) .18 (-)	.32 (-) .31 (-)	.09 (-) .13 (-)	.11 (-) .04 (-)	-.34 (-) -.40 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)
Konvention. Aktivierungs-ereignisse	-10 (-) -18 (-)	-22 (-) -35 (-)	-33 (-) -39 (-)	-17 (-) .18 (-)	.32 (-) .31 (-)	.09 (-) .13 (-)	.11 (-) .04 (-)	-.34 (-) -.40 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)
Unkonventionelle Aktivierungs-ereignisse	-10 (-) -18 (-)	-22 (-) -35 (-)	-33 (-) -39 (-)	-17 (-) .18 (-)	.32 (-) .31 (-)	.09 (-) .13 (-)	.11 (-) .04 (-)	-.34 (-) -.40 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)	.11 (-) -.15 (-)
Gesamtungleichheit I: Besetzung unterste und oberste Eink.klassen (1969/70)			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Bivariate Beziehung			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle politischer Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle gesellschaftl. Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtungleichheit II: Besetzung der beiden oberst und beiden unterst. Eink.klassen (1969/70)			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Bivariate Beziehung			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle politischer Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle gesellschaftl. Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-
Einkommensanteil reichste 20% (1967/68)			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Bivariate Beziehung			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle politischer Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-
- Kontrolle gesellschaftl. Illegalität			-	-	-	-	-	-	-	-	-

*Korrelationskoeffizienten für die Gemeindestichprobe sind mit 94%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant

Gründen zur Isolierung der rein artikulativen Bestimmungsgrössen angebracht.

Die in Tabelle 19 dargestellten Ergebnisse unterstützen in ihrer Gesamtheit den vermuteten Einfluss materiellen Ressourcen auf die artikulative Destabilisierung. Die empirischen Zusammenhänge sind aber nicht sehr stark, und die Hypothesen werden lediglich für bestimmten Formen politischer Aktivität gestützt. Dagegen zeigt der Vergleich zwischen den beiden Systemebenen (Kantone und Gemeinden) eine relativ grosse Konsistenz.

Das Pro Kopf Einkommen (bzw. sein Logarithmus auf kommunaler Ebene) zeigt auf kantonaler Ebene starke, positive Beziehungen zur Häufigkeit unkonventioneller und zur Beteiligung an konventionellen und an unkonventionellen Aktivierungsereignissen. Im Gemeindevergleich ist die Beziehung zur Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse ebenfalls signifikant positiv, jedoch schwächer als im Kantonsvergleich. Für die Beteiligung an Aktivierungsereignissen fehlen auf kommunaler Ebene die Angaben.

Hypothese 13 findet also für unkonventionelle Aktivierungsereignisse eine empirische Bestätigung. Ebenso wird Hypothese 15 unterstützt: Ein hohes Entwicklungsniveau fördert vor allem die Beteiligung an Aktivierungsereignissen. Hypothese 14 bezüglich des Einflusses des Pro Kopf Einkommens auf konventionelle politische Aktivität (Wahlen, Abstimmungen) dagegen bestätigt sich nicht. Offensichtlich ist die durchschnittliche Verfügbarkeit materieller Ressourcen in einem Kontext lediglich für das Zustandekommen unkonventioneller Ereignisse sowie für die Beteiligung an Aktivierungsereignissen insgesamt von Bedeutung. Der beobachtete Unterschied in der Beziehungsstärke Pro Kopf Einkommen/unkonventionelle Aktivierungsereignisse zwischen kantonaler und kommunaler Ebene dürfte darauf zurückzuführen sein, dass das Pro Kopf Einkommen auf kantonaler Ebene stärker mit anderen, aktivitätsfördernden Faktoren wie Bildungsniveau oder Urbanisierung kovariiert. Es handelt sich hier mithin um eine teilweise Scheinbeziehung (vgl. Abschnitt 10.6).

Schliesslich ist zu erwähnen, dass die Kontrolle der politischen und gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung die Beziehung

des Pro Kopf Einkommens zur Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse nur geringfügig beeinflusst. Die Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung führt tendenziell zu einer Verstärkung der Beziehungen, bei Kontrolle der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung ergibt sich ein leichter Rückgang der Zusammenhänge. Das bedeutet für die politische Illegitimitätswahrnehmung, dass ihr isolierter Effekt auf die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse auf der artikulativen Ebene grösser ist als ihr Gesamteffekt: Auf der strukturellen Ebene verringert sie tendenziell das Ausmass gesellschaftlicher Destabilisierung, während sie es auf der artikulativen Ebene erhöht (vgl. dazu Abschnitt 7.8 und Teil III, Abschnitt 14.4).

Die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens zeigt - gemäss unseren Erwartungen in Abschnitt 7.5.2 - Nullbeziehungen zu konventionellen Formen politischer Aktivität. Zu Häufigkeit und Beteiligung an unkonventionellen sowie zur Beteiligung an konventionellen Aktivierungsereignissen dagegen ergibt sich ein negativer Zusammenhang (1). Ein starkes Wirtschaftswachstum in einem Kontext ist also offensichtlich mit einer stärkeren Konventionalität politischer Aktivität verbunden. Für unkonventionelle politische Aktivität widerspricht dieses Ergebnis einer Ressourcenlogik, indem die Aktivität in diesen Formen nicht bei stärkerem, sondern bei geringerem Wirtschaftswachstum steigt. Somit kann daran festgehalten werden, dass kurzfristige Veränderungen des Pro Kopf Einkommens hinsichtlich der Ressourcenverfügbarkeit für die artikulative Destabilisierung bedeutungslos sind.

Die Betrachtung des Einflusses der Einkommensungleichheit auf die politische Aktivität soll zunächst für die beiden Analyseebenen getrennt erfolgen, da die verwendeten Ungleichheitsindikatoren nicht unmittelbar vergleichbar sind.

Auf der kantonalen Ebene wird zwischen den Einkommensanteilen der reichsten 1%, der reichsten 5% sowie der reichsten 20% unterschieden. Der Einkommensanteil der reichsten 1% korreliert -

(1) Diese Ergebnisse bestätigen sich auch, wenn - neben der Illegitimitätswahrnehmung - auch der Einkommensanteil der reichsten 20% konstant gesetzt wird; so wie wir das in Abschnitt 8.2.1 auf der strukturellen Analyseebene getan haben.

entgegen der in Hypothese 14 formulierten Erwartung - positiv mit der Häufigkeit von und der Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen. Hierbei handelt es sich aber um eine Scheinbeziehung, da der Einkommensanteil der reichsten 1% sehr stark mit dem Pro Kopf Einkommen korreliert. Unter Kontrolle des Pro Kopf Einkommens ergibt sich für diesen Verteilungsindikator eine Nullbeziehung.

Der Einkommensanteil der reichsten 5% korreliert schon im Rahmen der bivariaten Analyse lediglich in einem nicht interpretierbaren Ausmass mit den verschiedenen Formen politischer Aktivität. Die Einkommensanteile der reichsten 1% sowie der reichsten 5% der Steuerpflichtigen umfassen offensichtlich zu kleine Bevölkerungsgruppen als dass sie die Ressourcensituation der "Normalbürger" beeinflussen könnten. Dageben zeigt der Einkommensanteil der reichsten 20% einen interpretierbaren Effekt in der - gemäss Hypothese 14 - erwarteten Richtung. Ein hoher Einkommensanteil der reichsten 20% der Steuerpflichtigen geht einher mit einer tieferen Wahlbeteiligung, mit einer - zumindest zum Zeitpunkt 1978 - geringeren Abstimmungsbeteiligung, sowie mit einer tieferen Beteiligung an konventionellen und unkonventionellen Aktivierungsereignissen. Dagegen ergibt sich keine Beziehung zur Häufigkeit der Aktivierungsereignisse insgesamt und zu den vier einzelnen Formen von Aktivierungsereignissen (Initiativen, fakultative Referenden, Petitionen und unkonventionelle Ereignisse). Hypothese 14 ("grössere Aktivität bei gleicher Einkommensverteilung") findet also für das ganze Spektrum von Aktivitätsformen (Wahlen bis unkonventionelle Ereignisse) empirische Unterstützung; allerdings nur für den Aspekt der Beteiligung. Das Zustandekommen von Aktivierungsereignissen erweist sich als von der Einkommensverteilung unbeeinflusst (1).

Die gefundenen negativen Beziehungen zwischen dem Einkommensanteil der reichsten 20% und den verschiedenen Formen der Beteiligung an politischer Aktivität verstärken sich - mit Ausnahme der

-
- (1) Diese Diagnose erweist sich als unbeeinflusst von der negativen Beziehung zwischen Einkommensungleichheit (Anteil der reichsten 20%) und Wachstumsrate, welche sich in Abschnitt 8.2.1 für die Illegitimitätswahrnehmung als relevant erwies.

Abstimmungsbeteiligung - bei Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung. Hierin kommt die Tatsache zum Ausdruck, dass ein hoher Einkommensanteil der reichsten 20% auf der strukturellen Ebene destabilisierend wirkt, auf der artikulativen Ebene dagegen Stabilisierung (vgl. Abschnitt 7.8 und Teil III, Abschnitt 14.4).

Auf der kommunalen Ebene ergeben sich für das erste Ungleichheitsmass, welches nur einen kleinen Populationsanteil am untersten und am obersten Ende der Einkommensskala berücksichtigt, keine signifikanten Beziehungen zu den verschiedenen Formen politischer Aktivität. Dagegen korreliert das zweite, eine grössere Population umfassende Ungleichheitsmass schwach, aber signifikant negativ mit der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse. Die Beteiligung an Aktivierungsereignissen kann - wie bereits mehrfach erwähnt - auf kommunaler Ebene nicht untersucht werden.

Hinsichtlich des Einflusses der Einkommensungleichheit auf konventionellere Formen politischer Aktivität deutet sich insofern ein Unterschied zur kantonalen Analyseebene an, als die - erwartungsgemäss negativen - Korrelationskoeffizienten zur Abstimmungsbeteiligung keine signifikante Stärke aufweisen. Aufgrund fehlender Daten zur Wahlbeteiligung muss offen gelassen werden, ob dies auch dort gilt.

Auch auf kommunaler Ebene wird somit Hypothese 14 bezüglich eines negativen Zusammenhangs zwischen Einkommensungleichheit und politischer Aktivität unterstützt, aber auch hier nur für das Ungleichheitsmass, welches relativ grosse Populationsanteile berücksichtigt (vgl. Abschnitt 7.7.3.6).

Die Verfügbarkeit materieller Ressourcen scheint auf der artikulativen Ebene also tatsächlich eine Bestimmungsgrösse von Destabilisierungsprozessen zu sein. Der Einfluss materieller Ressourcen erweist sich aber als relativ gering (1), er verstärkt sich

(1) Die starke Beziehung des Pro Kopf Einkommens mit der Häufigkeit von und der Beteiligung an unkonventionellen Ereignissen im Kantonsvergleich schreiben wir der Kovarianz dieser Variablen mit anderen Bestimmungsgrössen der artikulativen Stabilisierung wie Bildungsniveau und Urbanisierung zu (vgl. folgende Abschnitte).

auch bei gegenseitiger Kontrolle von Pro Kopf Einkommen und Einkommensungleichheit nicht (1). Die durchschnittliche Ressourcenverfügbarkeit (Pro Kopf Einkommen) zeigt einen Einfluss auf die Beteiligung an Aktivierungsereignissen allgemein und auf die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse. Die Einkommensungleichheit scheint in stärkerem Masse auch politische Aktivität in konventionellen Formen zu beeinträchtigen sowie im speziellen die Basisbeteiligung. Dieses letztgenannte Ereignis kann sich aber lediglich auf den Kantonsvergleich stützen.

10.2.1 Exkurs: Einkommen und politische Aktivität auf individueller Ebene

Die Analyse auf der aggregierten Ebene von Kantonen und Gemeinden hat gezeigt, dass Ressourcen allgemein sowie Ressourcen von Unterprivilegierten im speziellen die politische Aktivität in einem Kontext fördern. Dieses Ergebnis soll nun auch auf individueller Ebene überprüft werden (2).

In Tabelle 20 sind die Beziehungen zwischen dem Familieneinkommen bzw. dem Einkommen des Befragten einerseits, verschiedenen Formen politischer Aktivität andererseits dargestellt. Dabei sind neben den bivariaten (1. Zeile) auch die partiellen Beziehungen aufgeführt, die sich bei Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung einerseits (2. Zeile), bei Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung und dem Bildungsniveau des Befragten andererseits (3. Zeile) ergeben. Die Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung soll den rein artikulativen Einfluss auf die politische Aktivität isolieren; allerdings führt diese Kontrolle im allgemeinen zu keiner bedeutsamen Veränderung der bivariaten Beziehung, da die politische Illegitimitätswahrnehmung nur insignifikant mit dem Einkommensstatus korreliert. Mit der Kontrolle des Bildungsniveaus soll zusätzlich überprüft werden, ob der (bivariate) Einfluss des Einkommens auf die politische Aktivität nicht eine Scheinkorrelation darstellt.

(1) Es ist vielmehr eine Abschwächung der Beziehung festzustellen, welches sich aus einem negativen Zusammenhang zwischen Pro Kopf Einkommen und Einkommensungleichheit auf beiden Analyseebenen ergibt.

(2) Hierzu benutzen wir erneut die Umfragedaten von Kerr et.al. (1975).

Tabelle 20: Einkommen und politische Aktivität auf individueller Ebene

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten

Quelle: Kerr et.al.(1975).

N=779 / * bedeutet: Auf dem 95%-Niveau signifikant

Einkommen	Formen politischer Aktivität			
	Wahlen 1975	Abstimmung 1974 (Ueber- fremdung)	Genehmigte Demonstra- tion	Fabrik- besetzung
Familieneinkommen (1)				
- Bivariate Beziehung	.09*	.08*	.18*	.09*
- Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung	.08*	.08*	.18*	.11*
- Kontrolle von politischer Illeg.wahrnehmung und Bildungs- niveau des Befragten	.03	.04	.15*	.06*
Individuelles Einkommen (1)				
- Bivariate Beziehung	.21*	.26*	.11*	.00
- Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung	.21*	.26*	.11*	.01
- Kontrolle von politischer Illeg.wahrnehmung und Bildungs- niveau des Befragten	.18*	.25*	.09*	.02

(1) 10-stufige Einkommensskala

Die Ueberprüfung unserer These von der Bedeutung materieller Ressourcen für politische Aktivität auf individueller Ebene ist insofern zu problematisieren, als die beiden Formen unkonventioneller politischer Aktivität streng genommen als "Aktivitätsbereitschaft" operationalisiert werden. Und es ist denkbar, dass die Verfügbarkeit materieller Ressourcen weniger die Handlungsbereitschaft als vielmehr die Umsetzung einer solchen Handlungsbereitschaft in effektive Aktivität beeinflusst.

Das Familieneinkommen zeigt in der bivariaten Analyse signifikante positive Beziehungen zu allen vier Formen politischer Aktivität, welche allerdings - mit Ausnahme der Beziehung zur Beteiligung an genehmigten Demonstrationen - nicht sehr stark sind. Sowohl die relativ geringe Beziehungsstärke allgemein, als auch der stärkere Zusammenhang zu unkonventionellen Formen entsprechen den Ergebnissen auf der aggregierten Ebene.

Diese Beziehungen erhalten sich bei Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung, die Beziehung zur unkonventionellsten Artikulationsform, der Fabrikbesetzung, erfährt sogar eine Verstärkung. Das Familieneinkommen beeinflusst die politische Aktivität also vor allem auf der artikulativen Ebene.

Bei Kontrolle des Bildungsniveaus des Befragten schwächen sich die Beziehungen zur politischen Aktivität deutlich ab, bei der Wahl- und der Abstimmungsbeteiligung werden sie insignifikant. Die konventionelle politische Aktivität ist also nur dann höher wenn das Familieneinkommen und das Bildungsniveau einer Person überdurchschnittlich sind. Unkonventionelle Formen politischer Aktivität werden dagegen auch durch ein hohes Familieneinkommen gefördert, das nicht von einem hohen Bildungsniveau begleitet ist.

Somit ergibt sich als Hauptergebnis dieser Analyse, dass die Verfügbarkeit materieller Ressourcen für unkonventionelle Formen politischer Aktivität wichtiger ist als für konventionelle Formen. Dieses Ergebnis auf individueller Ebene entspricht den Ergebnissen auf der aggregierten Ebene von Kantonen und Gemeinden (vor allem bezüglich des Durchschnittseinkommens).

Die Linearität der Beziehung zwischen Haushaltseinkommen und politischer Aktivität kann an dieser Stelle nicht ausführlich

untersucht werden. Immerhin lässt sich aufgrund von Zusatzanalysen festhalten, dass die Linearität der Beziehungen gesamthaft gesehen relativ gross ist. Zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Aktivität zeigt sich dabei insofern ein Unterschied, als die Beteiligung an konventionellen Aktivitätsformen vor allem im unteren Einkommensbereich diskriminiert, die Beteiligung an unkonventionellen Formen dagegen vor allem im oberen Einkommensbereich. Dieser Unterschied ist mit der bereits weiter oben gezogenen Folgerung vereinbar, dass für konventionelle Formen politischer Aktivität weniger Ressourcen notwendig sind als für unkonventionelle Formen.

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den von Barnes, Kaase (1979: 100) referierten Zusammenhängen in anderen westeuropäischen Ländern, so entsprechen sie am ehesten Oesterreich. Auch hier ist die Beziehung des Familieneinkommens zur politischen Aktivität relativ gering und auch hier ist sie für unkonventionelle Formen vergleichsweise stärker. Umgekehrt zeigen sich in den USA gesamthaft stärkere Beziehungen, welche zudem für konventionelle Formen politischer Aktivität vergleichsweise stärker sind.

Bisher wurde lediglich auf die Beziehungen des Familieneinkommens zur politischen Aktivität eingegangen. Dieses Einkommenskonzept scheint für die Frage der Verfügbarkeit materieller Ressourcen auch eher bedeutsam als das individuelle Einkommen, welches stärker mit der beruflichen Position kovariiert und in welchem demzufolge auch Sozialisationseffekte der Berufsrolle zum Ausdruck kommen.

Wie aus Tabelle 20 ersichtlich ist, zeigt das individuelle Einkommen eine andere Beziehungsstruktur zu politischer Aktivität. Die Korrelationen zu den konventionellen Formen der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung sind sehr viel stärker als für das Familieneinkommen. Offenbar beeinflusst die berufliche Position konventionelle Aktivitätsformen sehr stark und - wie aus der dritten Zeile ersichtlich - unabhängig vom Bildungsniveau. Die Beziehung des individuellen Einkommens zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität sind dagegen deutlich geringer als jene des Haushaltseinkommens.

10.3 Intellektuelle Ressourcen und politische Aktivität

Wir haben in Abschnitt 7.5.3 die Vermutung formuliert, dass es neben materiellen vor allem intellektuelle Ressourcen sind, die die politische Aktivität fördern (Hypothese 16). Daneben erwarten wir, dass intellektuelle Ressourcen auch zu einer Verschiebung von konventionellen zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität führen (Hypothese 17).

Die Verfügbarkeit intellektueller Ressourcen wird durch das formale Bildungsniveau operationalisiert. Lediglich im Rahmen eines Exkurses auf die individuelle Ebene können wir kurz auf die Frage eingehen, welche Aspekte der formalen Bildung für die politische Aktivität von Bedeutung sind.

In Tabelle 21 sind die Ergebnisse der Zusammenhangsanalyse zwischen verschiedenen Indikatoren der formalen Bildung und den Formen politischer Aktivität im Kantonsvergleich dargestellt. Für den Gemeindevergleich sind keine Angaben zum Bildungsniveau verfügbar.

Die Beziehung zwischen Bildungsniveau und politischer Aktivität erweist sich als nicht linear. Die Besetzung der zwei-niedrigsten (Höhere Schule) und der höchsten Bildungsstufe (Universität) zeigen einen weitgehend parallelen Einfluss, welcher demjenigen der Besetzung der tiefsten Bildungsstufe (Primarschule) entgegengesetzt ist. Die Besetzung der zweit- und dritthöchsten Bildungsstufe (Technikum und Fachschule) beeinflusst die politische Aktivität in einer vom erstgenannten Aspekt weitgehend unabhängigen Weise.

Betrachten wir zunächst den Einfluss des erstgenannten Aspektes: Welche Auswirkungen hat ein hoher Bevölkerungsanteil mit abgeschlossener höherer Bildung und mit Universitätsbildung bzw. ein geringer Anteil mit Primarschulbildung auf die politische Aktivität? Deutlich ergibt sich aus Tabelle 21, dass mit einer Erhöhung des Bildungsniveaus in einem Kontext die Abstimmungsbeteiligung zurückgeht. Allerdings schwächt sich dieser Zusammenhang bei Kontrolle vor allem der gesellschaftlichen Illegitimitätswahrnehmung ab. Der negative Einfluss des Bildungsniveaus in

Tabelle 21: Bildung und politische Aktivität
im Kantonsvergleich

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten, N = 21. Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 und zur Illegitimitätswahrnehmung.

Formen politischer Aktivität		Bildungsindikatoren 1970					
		Bevölkerungsanteile mit folgender höchsten Schulstufe:			höchsten abgeschlossenen		
		Primarschule			Höhere Schule		
		- Bivariate Beziehung			- Bivariate Beziehung		
		- Kontrolle politische Illegitimität			- Kontrolle politische Illegitimität		
		- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität			- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität		
Wahlen	Wahlbeteiligung 1967	-.18	.03	-.03	-.02	-.20	-.10
	Wahlbeteiligung 1975	-.38	-.17	-.19	.23	.02	.07
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie)	.06	.39	.41	-.21	-.52	-.53
	Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	-.05	.23	.30	-.08	-.34	-.41
Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insges. 1968-78	-.12	-.09	-.07	.29	.23	.18
	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	.33	.44	.53	-.17	-.31	-.43
Konvention, Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	.12	.07	.12	-.12	-.05	-.11
	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	-.04	-.02	-.17	.12	.06	.23
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an Konvention, Aktivierungsereign. 1968-78	-.29	-.27	-.36	.31	.27	.38
	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	-.54	-.55	-.63	.72	.69	.74
	Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	-.61	-.61	-.63	.65	.66	.65
					.19	.23	.27

Tabelle 21: Bildung und politische Aktivität
im Kantonsvergleich
(Forts.)

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten, N = 21. Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 und zur Illegitimitätswahrnehmung.

Formen politischer Aktivität		Bildungsindikatoren 1970					
Wahlen	Wahlbeteiligung 1967 Wahlbeteiligung 1975	Bevölkerungsanteile mit folgender höchsten abgeschlossenen Schulstufe:		Universität		Technikum	
		Technikum		- Bivariate Beziehung		- Kontrolle politische Illegitimität	
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie) Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität		- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität		- Kontrolle politische Illegitimität	
		- Kontrolle politische Illegitimität		- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität		- Kontrolle gesellschaftl. Illegitimität	
Aktivierungs- ereignisse	Häufigkeit von Aktivierungs- ereignissen insges. 1968-78	.37	.27	.29	-.12	-.26	-.19
		.46	.38	.39	.01	-.12	-.08
Konvention. Aktivierungs- ereignisse	Häufigkeit von Initiativen 1968-78 Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78 Häufigkeit von Petitionen 1968-78	.34	.34	.08	-.22	-.47	-.49
		.30	.30	.08	-.00	-.25	-.31
Unkonven- tionelle Aktivierungs- ereignisse	Beteiligung an Konvention. Aktivierungsereign. 1968-78 Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78 Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	-.09	-.09	-.10	.42	.35	.32
		-.35	-.38	-.44	-.04	-.21	-.31
		-.39	-.37	-.39	.05	.07	.02
		.03	-.00	.09	.11	.10	.21
		.02	.02	.09	.43	.42	.47
		.39	.40	.45	.74	.75	.78
		.47	.49	.51	.77	.76	.77
		.39	.40	.45	.74	.75	.78

einem Kontext ist also nur teilweise auf artikulative Faktoren zurückzuführen, er ergibt sich auch dadurch, dass in Kantonen mit höherem Bildungsniveau die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung grösser ist, welche ihrerseits zu einer Verringerung der Abstimmungsbeteiligung beiträgt (vgl. u.a. Abschnitt 9.2). Während also die Beteiligung an Abstimmungen, nicht oder nur in geringem Masse aber die Wahlbeteiligung, mit zunehmendem Bildungsniveau zurückgeht, nimmt die Häufigkeit von und die Beteiligung an unkonventionellen Aktivierungsereignissen deutlich zu. Dieser Einfluss ist weitgehend der artikulativen Ebene zuzurechnen, verringert er sich doch bei Kontrolle von politischer und gesellschaftlicher Illegitimitätswahrnehmung nur geringfügig. Vergleicht man die Stärke dieser Beziehungen mit jenen zum Pro Kopf Einkommen in Tabelle 16, so zeigt sich die Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse stärker vom Bildungsniveau beeinflusst, die Beteiligung daran leicht stärker vom Pro Kopf Einkommen.

Für unkonventionelle Aktivierungsereignisse lässt sich somit folgendes festhalten:

- (1) Stärker als alle anderen Aktivitätsformen sind unkonventionelle Aktivierungsereignisse von der Verfügbarkeit materieller und intellektueller Ressourcen abhängig.
- (2) Ihr Zustandekommen (Initiierung) setzt vor allem intellektuelle Ressourcen voraus.
- (3) Für das Ausmass der Beteiligung an solchen Ereignissen sind dagegen auch materielle Ressourcen von entscheidender Bedeutung.

Das Bildungsniveau eines Kantons, welches sich in einem grösseren Bevölkerungsanteil mit höherer und mit Universitätsbildung äussert, führt also zu einer Verschiebung von konventionellen Formen politischer Aktivität (Abstimmungsbeteiligung, aber auch Häufigkeit von Initiativen) zu unkonventionellen Aktivierungsereignissen. Dies entspricht unserer Hypothese 17. Hypothese 16, welche eine allgemeine Erhöhung des Aktivitätsniveaus vermutete, findet - speziell für die Abstimmungsbeteiligung - keine Unterstützung.

Eine zweite Bildungsdimension, welche in einem hohen Bevölkerungsanteil mit Fachschul- und Technikumsbildung zum Ausdruck kommt,

kann als Berufsbildung interpretiert werden. Technikumsabschluss als höhere Berufsbildung zeigt - vor allem bei Kontrolle der Illegitimitätswahrnehmung - einen positiven Einfluss sowohl auf Wahl- und Abstimmungsbeteiligung als auch auf die Häufigkeit von und die Beteiligung an unkonventionellen Aktivierungsereignissen. Dieser zweite Bildungsaspekt scheint nun also - im Gegensatz zum oben diskutierten Bildungsaspekt - das ganze Spektrum politischer Aktivitätsformen positiv zu beeinflussen. Für die Berufsbildung wird somit Hypothese 16 unterstützt. Allerdings erfolgt auch hier die Erhöhung der politischen Aktivität nicht über alle Formen gleichmässig. Die Beteiligung an Wahlen und an Abstimmungen erhöht sich, die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen dagegen bleibt in etwa konstant. Von hierher könnte man von einer Verschiebung der politischen Aktivität in den konventionellen Bereich sprechen. Bei den einzelnen Formen von Aktivierungsereignissen dagegen ist ein gegenläufiger Prozess festzustellen, indem hier bei höherem Bevölkerungsanteil mit Technikumsabschluss die Unkonventionalität zunimmt. Somit vollzieht sich gesamthaft gesehen eine Polarisierung.

Abschliessend ist darauf hinzuweisen, dass der (positive) Einfluss eines hohen Bevölkerungsanteils mit Technikumsbildung auf die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung ausschliesslich auf der artikulativen Ebene zustande kommt. Im Rahmen der bivariaten Analyse zeigt diese Dimension keine Beziehung zur Wahl- oder Abstimmungsbeteiligung, da sie mit einer verstärkten Illegitimitätswahrnehmung einhergeht, welche ihrerseits die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung verringert.

10.3.1 Exkurs: Bildung und politische Aktivität auf der individuellen Ebene

Analog zum Abschnitt über materielle Ressourcen soll auch für intellektuelle Ressourcen (Bildung) abgeklärt werden, inwieweit sich die auf der aggregierten Ebene der Kantone gefundenen Beziehungen auf der individuellen Ebene bestätigen bzw. ob zwischen den Ebenen Aggregationseffekte auftreten. Gleichzeitig sollen zwei zusätzliche Variablen Hinweise darauf geben, welche Aspekte der formalen Bildung für politische Aktivität von Bedeutung sind.

Tabelle 22 enthält die Beziehungen einer 11-stufigen Skala formaler Bildung, des an einem Beispiel operationalisierten politischen Wissens, sowie des Gefühls der "Durchschaubarkeit der Politik" zur politischen Aktivität. In einer ersten Zeile sind jeweils die bivariaten Korrelationen aufgeführt, in der zweiten und dritten Zeile die partiellen Korrelationskoeffizienten unter Kontrolle einerseits der politischen Illegitimitätswahrnehmung, andererseits der politischen Illegitimitätswahrnehmung und des Einkommensstatus des Befragten.

Das formale Bildungsniveau korreliert mit allen Formen politischer Aktivität signifikant positiv. Auf individueller Ebene bestätigt sich somit Hypothese 16. Dagegen bewirkt Bildung auf dieser Ebene keine Verschiebung der politischen Aktivität auf unkonventionelle Formen, wie dies gemäss Hypothese 17 erwartet würde.

Dieses Ergebnis auf individueller Ebene steht im Gegensatz zur aggregierten Ebene von Kantonen und Gemeinden. Dort wurde keine allgemeine Aktivitätserhöhung, dafür eine Verlagerung in den unkonventionellen Aktivitätsbereich festgestellt.

Bei Kontrolle der politischen Illegitimitätswahrnehmung und vor allem der Einkommensposition des Befragten deutet sich eine solche Verlagerung von konventioneller zu unkonventioneller politischer Aktivität jedoch an. Offensichtlich führt also ein höheres Bildungsniveau dann zu einer Verlagerung der politischen Aktivität in den unkonventionellen Bereich, wenn es nicht mit einem höheren Einkommen verbunden ist (1).

Hinsichtlich der bivariaten Beziehungen und im Vergleich zur aggregierten Ebene der Kantone muss aber festgehalten werden, dass mit steigendem Bildungsniveau die Partizipation an konventionellen Formen politischer Aktivität (Wahlen, Abstimmungen) steigt. Demgegenüber war die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung

(1) Der Unterschied zwischen individueller und aggregierter Ebene könnte demnach beispielsweise durch eine geringere Instrumentalität der Bildung für das Einkommen auf letzterer erklärt werden. Die "drohende" Verlagerung zu unkonventionellen Aktivitätsformen würde dann auf der aggregierten Ebene in geringerem Masse durch ein hohes Einkommen kompensiert.

Tabelle 22: Bildung und politische Aktivität auf individueller Ebene

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten.

Quelle: Kerr et.al.(1975).

N=779 / * bedeutet: Auf dem 95%-Niveau signifikant.

Bildung	Formen politischer Aktivität			
	Wahlen 1975	Abstimmung 1974 (Ueber- fremdung)	Genehmigte Demonstra- tion	Fabrik- besetzung
Formaler Bildungsabschluss (1)				
- Bivariate Beziehung	.17*	.09*	.17*	.12*
- Kontrolle politische Illegitimitätswahrnehmung	.16*	.09*	.19*	.13*
- Kontrolle von politischer Illeg.wahrnehmung und Einkommen des Befragten	.11*	.05	.17*	.14*
Politisches Wissen (2)				
- Bivariate Beziehung	-.12*	-.08*	.03	.01
- Kontrolle politische Illegitimitätswahrnehmung	-.10*	-.09*	.02	.00
- Kontrolle von politischer Illeg.wahrnehmung und Einkommen des Befragten	-.09*	-.08*	.03	.00
Durchschaubarkeit der Politik (3)				
- Bivariate Beziehung	.20*	.14*	.13*	.09*
- Kontrolle politische Illegitimitätswahrnehmung	.19*	.13*	.16*	.11*
- Kontrolle von politischer Illeg.wahrnehmung und Einkommen des Befragten	.15*	.06*	.13*	.11*

(1) Die Variable "Formale Bildung" stellt eine 11-stufige Skala dar.

(2) Operationalisiert als Kenntnis über einen gesamtschweizerischen Parteizusammenschluss.

(3) Operationalisiert als Grad der Zustimmung zum Statement "Manchmal ist die ganze Politik so kompliziert, dass jemand wie ich gar nicht versteht, was vorgeht".

in Kantonen mit einem höheren Bildungsniveau (grösserer Bevölkerungsanteil mit "höherer" und mit Universitätsbildung) geringer (1). Es lässt sich also für die Beziehung zwischen Bildungsniveau und politischer Aktivität im konventionellen Bereich ein Aggregationseffekt identifizieren. Auf der aggregierten Ebene von Kantonen ist der von der Aktivitätsform unabhängige (positive) Effekt auf die politische Aktivität geringer und die Verschiebung der Aktivität in den unkonventionellen Bereich grösser. Eine ausführliche Betrachtung müsste von diesen beiden Unterschieden zwischen aggregierter und individueller Ebene ausgehen.

Wir begnügen uns damit, auf ein analoges Ergebnis für die Wahlbeteiligung in den Vereinigten Staaten hinzuweisen (vgl. Alford, Lee 1971:103). Auch dort wurde festgestellt, dass die Wahlbeteiligung bei Individuen mit höherer Bildung grösser, in Kontexten mit höherer Bildung dagegen geringer ist.

Der erwähnte Aggregationseffekt zeigt sich für die durchschnittliche Bildung, welche durch die Bevölkerungsanteile geprägt ist, die nicht "nur" Primarschulbildung aufweisen. Dagegen zeigt er sich nicht für den oben mit Berufsbildung bezeichneten Aspekt. Zusatzanalysen haben ergeben, dass Individuen mit Technikumsbildung sich am stärksten an Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Analog dazu ist die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung in Kantonen mit einem grossen Bevölkerungsanteil mit Technikumsbildung überdurchschnittlich (vgl. Tabelle 16).

Schliesslich ergibt die Betrachtung der Einflüsse der beiden Dimensionen "Politisches Wissen" und "Durchschaubarkeit der Politik" auf die politische Aktivität, dass es vor allem letztere ist, die - parallel zur formalen Bildung - positiv mit allen Formen politischer Aktivität korreliert. Formale Bildung scheint also vor allem darum politische Aktivität zu fördern, weil sie die Durchschaubarkeit, das Verständnis des politischen Geschehens erhöht.

-
- (1) Dieser Unterschied zwischen kantonalen und individueller Ebene ist nicht auf die Spezifität des Abstimmungsthemas (Ueberfremdungsinitiative) auf individueller Ebene zurückzuführen. Zusatzanalysen haben nämlich ergeben, dass die Beteiligung an dieser Abstimmung auf kantonalen Ebene ebenfalls negativ mit dem Bildungsniveau korreliert.

10.4 Interaktionsdichte, normative Freiräume und politische Aktivität

Wir haben in Abschnitt 7.5.4 die Vermutung aufgestellt, dass die Interaktionsdichte in einem Kontext die politische Aktivität fördert (Hypothese 18). Weiter erwarten wir, dass eine geringe soziale Kontrolle die Häufigkeit von und die Beteiligung an unkonventionellen Formen politischer Aktivität erhöht (Hypothese 19). Schliesslich gehen wir davon aus, dass in urbanisierten Kontexten einerseits die Interaktionsdichte grösser, andererseits die soziale Kontrolle geringer ist. Demzufolge wäre in urbanisierten Kontexten eine stärkere und gleichzeitig unkonventionellere politische Aktivität festzustellen.

Unsere Hypothesen basieren auf der Vorstellung einer zunehmenden politischen Mobilisierung im Rahmen des Urbanisierungsprozesses (Mobilisierungsmodell) und widersprechen dem in der Literatur ebenso prominenten Bild des "Gemeinschaftsverlustes". Verba, Nie und Kim (1978:269 ff) stellen diese beiden Modelle einander gegenüber und weisen auf zahlreiche empirische Untersuchungen hin, die beide Modelle unterstützen. Untersuchungen zur Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz (Girod, Ricq 1970 und Geissler 1974) kommen übereinstimmend zu einem mit der These des Gemeinschaftsverlustes vereinbarten Ergebnis: Sie finden in urbanisierten Kontexten eine geringere Abstimmungsbeteiligung. Im Vergleich zu unseren Hypothesen ist hierbei aber von Bedeutung, dass sie die Möglichkeit einer Verlagerung der politischen Aktivität (von konventionellen auf unkonventionelle Formen) vernachlässigen.

Die Ueberprüfung unserer theoretischen Vorstellungen erfolgt zum grossen Teil anhand eines einfachen Urbanisierungsindikators, der Bevölkerungszahl von Gemeinden (bzw. deren Logarithmus im Gemeindevergleich). Erst im Rahmen eines abschliessenden Exkurses sollen dann auch Hinweise auf nach Art der Urbanisierung differenzierte Effekte diskutiert werden.

In Tabelle 23 sind die Beziehungen zwischen Indikatoren der Urbanisierung, der Interaktionsdichte und normativer Freiräume einerseits, verschiedenen Formen politischer Aktivität anderer-

seits aufgeführt. Auf Kantonsebene werden - als Urbanisierungsindikatoren - Bevölkerungsanteile in verschiedenen Klassen der Gemeindegrösse getrennt aufgeführt. Dadurch können hier auch nicht-lineare Zusammenhänge untersucht werden. Auf Gemeindeebene wurde die Linearität der Beziehungen mittels Zusatzanalysen getestet, die aber nicht im Detail referiert werden können.

Als Hauptresultat ergibt sich aus den vorliegenden Daten, dass im obersten Bereich der Urbanisierungsskala (Gemeinden mit über 50'000 Einwohner) die Häufigkeit und die Beteiligung an Aktivierungsereignissen überdurchschnittlich ist. Dieses Ergebnis kommt am deutlichsten auf der Kantonsebene in den äusserst hohen positiven Beziehungen des Bevölkerungsanteils in Städten mit über 50'000 Einwohnern einerseits, der Häufigkeit von und der Beteiligung an Aktivierungsereignissen insgesamt und unkonventionellen Ereignissen speziell zum Ausdruck.

Im Gemeindevergleich ergibt sich nur für unkonventionelle Aktivierungsereignisse ein starker positiver Zusammenhang, die Beziehung zur Gesamtzahl von Aktivierungsereignissen liegt knapp unter der Signifikanzgrenze. Dies dürfte mit der Operationalisierung der Urbanisierung auf Gemeindeebene zu tun haben (1). Zusatzanalysen haben ergeben, dass - im oberen Bereich der Urbanisierungsskala - auch auf Gemeindeebene ein deutlicher positiver Zusammenhang zur Häufigkeit von Aktivierungsereignissen besteht.

Die Wahlbeteiligung ist in Kantonen mit einem grossen Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit über 50'000 Einwohnern geringer. Die Verringerung der Wahlbeteiligung scheint aber kleiner zu sein als die Zunahme der Häufigkeit von Aktivierungsereignissen, so dass unsere Vermutung einer allgemeinen Erhöhung des Aktivi-

-
- (1) Wie aus den Ergebnissen des Kantonsvergleichs zu ersehen ist, hat die Urbanisierung lediglich im höchsten Bereich der Gemeindegrösse einen mobilisierenden Effekt. Unser Indikator auf Gemeindeebene aber misst den Zusammenhang über den ganzen Bereich. Zudem führt die Logarithmierung der Einwohnerzahl dazu, dass gerade die Unterschiede im obersten Bereich der Urbanisierungsskala an Gewicht verlieren.

* Korrelationskoeffizienten für die Gemeindestichprobe sind mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant.

Tabelle 23: Urbanisierung, Interaktionsdichte, normative Freiräume und politische Aktivität

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=21) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=85).

Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 sowie zur Illgenitätswahrnehmung

Formen politischer Aktivität		Urbanisierungsindikatoren 1970			
Wahlen	Wahlbeteiligung 1967	Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit 20 - 50'000 Einwohner	- Bivariate Beziehung	.12 (-)	.13 (-)
	Wahlbeteiligung 1975	Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit 5 - 20'000 Einwohner	- Bivariate Beziehung	.05 (-)	.04 (-)
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steuerarmut)	Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit 1000 - 500 Einw.	- Bivariate Beziehung	.43 (-)	.43 (-)
	Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	Bevölkerungsanteil in Gemeinden bis 1000 Einwohner	- Bivariate Beziehung	.29 (-)	.32 (-)
Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insges. 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.35 (-)	.38 (-)
	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.00 (-)	.00 (-)
Konvention, Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.50 (-)	.04 (-)
	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.40 (-)	.31 (-)
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an konvention. Aktivierungsereign. 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.02 (-)	.02 (-)
	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.05 (-)	.10 (-)
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.30 (-)	.43 (-)
	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	- Kontrolle politische Aktivität	- Kontrolle politische Aktivität	.12 (-)	.01 (-)

tätsniveaus (aufgrund grösserer Interaktionsdichte) tendenziell Unterstützung findet. Ebenfalls Unterstützung findet die These einer Verschiebung der politischen Aktivität in den unkonventionellen Bereich, welche wir primär durch eine abnehmende soziale Kontrolle begründet haben. Interessant an der gefundenen Verschiebung in den unkonventionellen Bereich ist die Tatsache, dass es sich vor allem um eine Verlagerung von der Wahlbeteiligung zu Aktivierungsereignissen allgemein handelt. Eine solche Verlagerung wurde in Abschnitt 10.1 als erste von zwei Substitutionsbeziehungen zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Aktivität diskutiert. Wichtig ist diese Feststellung vor allem deshalb, weil die in Abschnitt 10.2 und 10.3 diskutierten Effekte materieller und intellektueller Ressourcen primär die zweitgenannte Substitutionsbeziehung (von der Abstimmungsbeteiligung zu ausschliesslich unkonventionellen Aktivierungsereignissen) betrafen. Während also bei mehr materiellen und intellektuellen Ressourcen in einem Kontext eine Verschiebung von der Abstimmungsbeteiligung zu unkonventionellen Aktivierungsereignissen stattfindet, geht ein hoher Urbanisierungsgrad mit einer Verschiebung der politischen Aktivität von Wahlbeteiligung zu Aktivierungsereignissen insgesamt einher.

Die Ehescheidungsquote als Indikator für normative Freiräume in einem Kontext korreliert analog zum Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit über 50'000 Einwohnern mit den verschiedenen Formen politischer Aktivität. Hieraus lässt sich ableiten, dass normative Freiräume einen Grund für die Verschiebung politischer Aktivität von Wahlbeteiligung zu Aktivierungsereignissen in urbanisierten Kontexten darstellen könnten.

Der Urbanisierungsaspekt der Interaktionsdichte ist aufgrund der Datenlage ausschliesslich auf Gemeindeebene einer empirischen Untersuchung zugänglich. Der Logarithmus der Bevölkerungszahl erweist sich hier sehr deutlich mit der Bevölkerungsdichte korreliert (1). Die Einflüsse des allgemeinen Urbanisierungs-

(1) Die (bivariate) Korrelation zwischen dem Logarithmus der Bevölkerungszahl und der Nettosiedlungsfläche pro Kopf - als Indikator für eine geringe Bevölkerungsdichte - beträgt im Gemeindevergleich -.80.

indikators (Logarithmus der Gemeindebevölkerung) gelten also grosso modo auch für die Bewohnungsdichte. Und die Bewohnungsdichte stellt zweifellos eine wichtige strukturelle Grundlage für die Interaktionsdichte dar. Somit kann davon ausgegangen werden, dass der Logarithmus der Bevölkerungszahl vor allem deshalb die unkonventionelle politische Aktivität erhöht, weil er mit einer grossen Bewohnungsdichte und diese ihrerseits mit einer grossen Interaktionsdichte einhergeht. Neben dem Aspekt der Bewohnungsdichte wurde auch ein für die Interaktionsdichte relevanter Aspekt in die Untersuchung einbezogen, der in geringerem Masse mit der Bevölkerungszahl korreliert ist. Hierbei handelt es sich um die Quote der Wegpendler in einer Gemeinde (1). Sie zeigt in Tabelle 23 eine stärkere Beziehung zur Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse als der Logarithmus der Bevölkerungszahl.

Diese Ergebnisse bestätigen insgesamt unsere Vermutung, dass die Mobilisierung für unkonventionelle Formen politischer Aktivität in urbanisierten Kontexten darum grösser ist, weil einerseits die Interaktionsdichte grösser, andererseits die soziale Kontrolle geringer ist.

Im Rahmen eines Exkurses soll nun abschliessend auf die Frage eingegangen werden, ob der einfache Urbanisierungsindikator "Bevölkerungszahl in Gemeinden" Unterschiede zwischen verschiedenen Arten der Urbanisierung bezüglich ihres Einflusses auf die politische Aktivität verdeckt.

10.4.1 Exkurs: Gemeindetypen und politische Aktivität

Es existieren in der Literatur verschiedene, auf Faktorenanalysen basierende Typologien der Schweizer Gemeinden (vgl. Della Chiesa et.al. 1977; Meylan, Dahinden 1972; ORL 1967). Wir greifen an dieser Stelle auf jene von Della Chiesa et.al. (1977) zurück, welche 11 Typen von Gemeinden unterscheidet (2).

(1) Die Korrelation zwischen der Wegpendlerquote und dem Logarithmus der Bevölkerungszahl beträgt .42.

(2) Von diesen 11 Typen fallen für die folgende Analyse 2 wegen zu geringer Besetzung in unserer Gemeindestichprobe aus. Es sind dies: Touristengemeinden und verarmte Agrargemeinden.

Aufgrund vorgenannter Analyse können wir vermuten, dass die Urbanisierung vor allem die Verschiebung der Aktivität von Wahlen zu Aktivierungsereignissen beeinflusst. Als Ersatzmass für die Wahlbeteiligung, welche auf kommunaler Ebene nicht erhoben wurde, können wir die Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie) heranziehen; gemäss Tabelle 23 korreliert sie - auf kantonaler Ebene - analog zur Wahlbeteiligung mit den Urbanisierungsindikatoren.

Aufgrund der Abstimmungsbeteiligung 1968 und der Häufigkeit von Aktivierungsereignissen 1968 - 78 werden nun die verschiedenen Gemeindetypen einerseits nach ihrem durchschnittlichen Aktivitätsniveau, andererseits nach der Unkonventionalität der politischen Aktivität rangiert.

Das durchschnittliche Aktivitätsniveau ergibt sich aus der Addition der Ränge einer Gemeinde bezüglich Abstimmungsbeteiligung und bezüglich der Häufigkeit von Aktivierungsereignissen. Hieraus ergibt sich folgende Reihenfolge:

Niveau politischer Aktivität in verschiedenen Gemeindetypen (in abnehmender Reihenfolge):

1. Agrargemeinden
2. Tertiärstädte
- 3a. Industriestädte
- 3b. Industriegemeinden
- 4a. Grossstädte
- 4b. Agglomerations/Industriegemeinden
5. Arbeiterbauerngemeinden
6. Schlafstädte
7. Tertiärgemeinden.

Wir haben oben festgehalten, dass das durchschnittliche Niveau politischer Aktivität mit zunehmender Urbanisierung steigt. Für die aufgeführte Reihenfolge im Aktivitätsniveau von Gemeindetypen interessiert vor allem die Frage, welche Gemeindetypen von diesem Muster abweichen (1). Es sind dies Agrargemeinden

-
- (1) Für unsere Betrachtung gehen wir davon aus, dass in Grossstädten mehr Einwohner leben als beispielsweise in Industriestädten und in diesen wiederum mehr als in beispielsweise Industriegemeinden. Diese Annahme ist insofern empirisch begründet, als die Bevölkerungszahl eines der Kriterien zu dieser Gemeindetypisierung war (vgl. Della Chiesa et.al. 1977).

und Schlafstädte. Agrargemeinden weisen trotz geringer Bevölkerungszahl ein hohes Niveau politischer Aktivität auf. Schlafstädte dagegen zeigen trotz relativ grosser Einwohnerzahl eine geringe politische Aktivität. Ein wichtiger Grund für diese abweichende Rangierung von Schlafstädten ist zweifelsohne in einer geringen Interaktionsdichte zu finden (vgl.oben).

Wenden wir uns anschliessend der Unkonventionalität der politischen Aktivität in den verschiedenen Gemeindetypen zu. Subtrahiert man den Rang, den ein Gemeindetyp bezüglich Abstimmungsbeteiligung einnimmt von jenem, auf dem er sich bezüglich der Häufigkeit von Aktivierungsereignissen befindet, erhält man ein Mass für die Unkonventionalität der politischen Aktivität. Dabei ergibt sich folgende Reihenfolge:

Unkonventionalität der politischen Aktivität (in abnehmender Reihenfolge):

1. Grossstädte
- 2a. Tertiärstädte
- 2b. Agglomerations/Industriegemeinden
3. Tertiärgemeinden
- 4a. Schlafstädte
- 4b. Agrargemeinden
5. Industriegemeinden
6. Industriestädte
7. Arbeiterbauerngemeinden

Von der Unkonventionalität der Aktivitätsform wissen wir aufgrund der Analyse in Abschnitt 10.4, dass sie gesamthaft mit zunehmender Urbanisierung ansteigt. Die stärksten Abweichungen von diesem allgemeinen Muster ergeben sich in obiger Rangierung einerseits für Agglomerations/Industriegemeinden, welche trotz relativ geringen Einwohnerzahlen eine grosse Unkonventionalität der politischen Aktivität aufweisen. Im Gegensatz dazu ist die Unkonventionalität der politischen Aktivität in Industriestädten trotz vergleichsweise grossen Einwohnerzahlen gering.

10.5 Institutionalisierte Politik und politische Aktivität

Gemäss Abschnitt 7.5.5 erwarten wir, dass auch Merkmale der institutionalisierten Politik das Ausmass politischer Aktivität in einem Kontext beeinflussen. Wir vermuten dabei, dass die politische Aktivität durch eine starke Präsenz marginaler Parteien in der Politik (Hypothese 21) und durch eine

grosse Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle (geringe Mindestunterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden, Gemeindeversammlungen; vgl. Hypothese 20) gefördert wird.

In Tabelle 24 sind zunächst die Beziehungen verschiedener Dimensionen der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle zu den Formen politischer Aktivität dargestellt.

Die Zugänglichkeit von Initiativen auf Kantonsebene bewirkt - wie erwartet - gesamthaft eine Erhöhung des Aktivitätsniveaus. Dieser Effekt ist aber eindeutig auf den konventionellen Bereich politischer Aktivität (Abstimmungsbeteiligung und Initiativen) konzentriert. Bei einer hohen Zugänglichkeit von Initiativen auf kantonaler Ebene lässt sich eine Verschiebung der politischen Aktivität von unkonventionellen Aktivierungsereignissen zur Abstimmungsbeteiligung, nicht aber zur Wahlbeteiligung feststellen. Damit bestätigt sich unsere Vermutung, dass ein Ausbau der Volksrechte nicht mit einer geringeren Stimmbeteiligung aufgrund einer "Ueberforderung des Stimmbürgers" verbunden ist, sondern vielmehr mit einer stärkeren Stimmbeteiligung.

Auf der kommunalen Ebene erweist sich die Zugänglichkeit von Initiativen als mit den verschiedenen Formen politischer Aktivität unkorreliert. Es scheint, dass hier die Zugänglichkeit von (fakultativen) Referenden von grösserer Bedeutung für die politische Aktivität des Bürgers ist als die Zugänglichkeit von Initiativen (1). Der Effekt der Zugänglichkeit von fakultativen Referenden auf Gemeindeebene entspricht jenem der Zugänglichkeit von Initiativen auf Kantonsebene: Das Niveau politischer Aktivität wird mit Schwerpunkt auf den konventionellen Formen der Abstimmungsbeteiligung und - innerhalb der Aktivierungsereignisse - der Initiativen erhöht.

(1) Dieser Unterschied zwischen Kantons- und Gemeindeebene könnte Ausgangspunkt interessanter Betrachtungen über einen möglichen Funktionswandel direkt-demokratischer Artikulationskanäle zwischen verschiedenen Ebenen des politischen Systems sein. Eine solche kann an dieser Stelle aber selbstverständlich nicht geleistet werden.

* Korrelationskoeffizienten für die Gemeindestichprobe sind mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant.

** Reduziertes Sample für Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle auf Gemeindeebene.

Tabelle 24: Institutionalisierte Politik und politische Aktivität		Stärke marginaler Parteien	
(Forts.) Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=21) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=79/59**).		Sitzanteil von Nicht-Bundesratsparteien	
Kantone ohne NW, SZ, GL und AR aufgrund fehlender Angaben zur Wahlbeteiligung 1967 sowie zur Illegitimitätswahrnehmung.		- Bivariate Beziehung	
		- Kontrolle politische Illegitimität	
		Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei	
		- Bivariate Beziehung	
		- Kontrolle politische Illegitimität	
Formen politischer Aktivität			
Wahlen	Wahlbeteiligung 1967	-0,09 (-)	-0,53 (-)
	Wahlbeteiligung 1975	-0,14 (-)	-0,43 (-)
Abstimmungen	Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie)	0,25 (0,07)	-0,36* (-0,28)
	Abstimmungsbeteiligung 1978 (BUSIPO etc.)	0,19 (0,00)	-0,20 (-0,07)
Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insges. 1968-78	0,11 (-0,02)	0,42 (0,28)
	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	0,14 (-0,16)	0,00 (0,06)
Konvention, Aktivierungsereignisse	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	-0,16 (0,11)	0,15 (0,20)
	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	-0,18 (0,09)	0,16 (0,14)
Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Beteiligung an konvention. Aktivierungsereign. 1968-78	0,12 (-)	0,47 (-)
	Häufigkeit von unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	0,32 (0,09)	0,63 (0,31)
	Beteiligung an unkonvention. Aktivierungsereign. 1968-78	0,42 (-)	0,63 (-)

Ein analoges Muster ergibt sich für die Existenz von Gemeindeversammlungen. Auch unter Kontrolle der Gemeindegrösse ist die Existenz einer Gemeindeversammlung mit einer überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung (zumindest zum Zeitpunkt 1968) und einer überdurchschnittlichen Häufigkeit von Initiativen verbunden (1).

Fakultative Referenden werden erstaunlicherweise tendenziell seltener, wenn sich ihre Zugänglichkeit erhöht.

Wenden wir uns nun der Frage zu, ob die Bedeutung marginaler Parteien in einem Kontext die politische Aktivität des Bürgers fördert.

Gesamthaft gesehen ergibt sich für die These einer Erhöhung des Aktivitätsniveaus der Bürger durch eine grössere Bedeutung marginaler Parteien weder für die Sitzanteile der sozialdemokratischen, noch für jene der Nicht-Bundesratsparteien eine empirische Unterstützung. Lediglich auf kantonaler Ebene zeigt sich ein äusserst schwacher Effekt des Sitzanteils der Sozialdemokratischen Partei in der postulierten Richtung.

Der Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei hat auch keinen starken Effekt auf die Form, in der der Bürger aktiv ist. Lediglich auf kantonaler Ebene erhöht sich die Häufigkeit von und die Beteiligung an unkonventionellen Aktivierungsereignissen. Dieses Ergebnis findet aber auf kommunaler Ebene keine Bestätigung.

Dagegen führt ein hoher Sitzanteil von Nicht-Bundesratsparteien sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene zu einer deutlichen Verschiebung der politischen Aktivität von konventionellen zu unkonventionellen Formen. Dabei handelt es sich primär um eine Verschiebung von der Wahlbeteiligung zur Beteiligung an Aktivierungsereignissen insgesamt: Der Sitzanteil der Nicht-Bundesratsparteien ist also primär für die Substitution

(1) Die partiellen Korrelationskoeffizienten unter Kontrolle der Gemeindegrösse (Bevölkerungszahl) zwischen der Existenz eines Gemeindeparlamentes einerseits, der Abstimmungsbeteiligung 1968 bzw. der Initiativenhäufigkeit andererseits betragen jeweils .22 und sind mit über 95%-iger Wahrscheinlichkeit signifikant.

zwischen Wahlbeteiligung und Teilnahme an Aktivierungsereignissen von Bedeutung, weniger für jene zwischen Abstimmungsbeteiligung und der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse (zur Unterscheidung dieser beiden Substitutionsbeziehungen vgl. Abschnitt 10.1).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle einerseits das durchschnittliche Aktivitätsniveau der Bürger erhöht, andererseits die Artikulation in konventionelleren Formen (Abstimmungsbeteiligung vs. unkonventionelle Aktivierungsereignisse) fördert. Demgegenüber lässt die Bedeutung marginaler Parteien das Aktivitätsniveau unbeeinflusst, sie erhöht aber die Artikulation in unkonventionellen Kanälen (Beteiligung an Aktivierungsereignissen vs. Wahlbeteiligung).

Die Nullbeziehung der Bedeutung marginaler Parteien zum durchschnittlichen Aktivitätsniveau ist nicht auf eine Substitutionsbeziehung zur Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle zurückzuführen (1). Ob eine Substitution zu den in den vorangegangenen Abschnitten diskutierten Einflussfaktoren besteht, soll im folgenden Abschnitt im Rahmen von Regressionsmodellen abgeklärt werden.

10.6 Multivariate Analyse von Bestimmungsgründen artikulativer Destabilisierung

In diesem Abschnitt soll die kombinierte Wirkungsweise der oben diskutierten, einzelnen Einflussfaktoren politischer Aktivität empirisch untersucht werden. Dabei interessieren uns ausschliesslich artikulative Bestimmungsgründe: strukturelle, kognitive und evaluative Faktoren, welche sich auf das Ausmass der Illegitimitätswahrnehmung auswirken, werden mithin konstant gehalten.

Diese Fragestellung impliziert die Auswahl des methodischen Instrumentariums: Multiple Regressionsmodelle zur statistischen

-
- (1) Die Korrelation zwischen der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationsebene und der Bedeutung marginaler Parteien liegen sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene unter $-.15$.

Erklärung der Residuale des Einflusses der Illegitimitätswahrnehmung auf die politische Aktivität. Zu dieser statistischen Methode und ihrer Anwendung zwei kurze Bemerkungen:

1. Multiple Regressionsanalysen geben Informationen über die kombinierte Wirkungsweise verschiedener unabhängiger auf eine abhängige Variable. Scheinkorrelationen werden dabei auf unabhängige Einflüsse einzelner Variablen reduziert, wobei der zwei unabhängigen Variablen gemeinsame Einfluss der stärker korrelierenden zugerechnet wird. Diesem statistischem Automatismus muss bei der theoretischen Interpretation der Ergebnisse kritisch Rechnung getragen werden.
2. Mit diesem statistischen Automatismus verbunden ist die Entscheidung, die Bestimmungsgrößen der Residuale der Erklärung der politischen Aktivität durch die (politische) Illegitimitätswahrnehmung zu untersuchen. Die Alternative hätte darin bestanden, die Bestimmungsgrößen der politischen Aktivität selber zu analysieren und dabei die politische Illegitimitätswahrnehmung als eine von vielen unabhängigen Variablen in die Regressionsgleichung einzuführen. Der oben erwähnte statistische Automatismus hätte dann aber beispielsweise dazu führen können, dass der Einfluss der Illegitimitätswahrnehmung fälschlicherweise einer artikulativen Bestimmungsgröße zugerechnet worden wäre.

Es ist zu betonen, dass es im Rahmen dieser spezifischen Untersuchungsanordnung nicht darum geht, die Erklärung der politischen Aktivität im Kontextvergleich zu maximieren (möglichst hoher Anteil erklärter Varianz) (1). Vielmehr steht die möglichst präzise Ueberprüfung des theoretischen Modells im Vordergrund.

In den nachfolgenden Tabellen 25 und 26 werden die Beteiligung an der Abstimmung zur Steueramnestie aus dem Jahre 1968 und die Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse im Zeitraum 1968 - 78 mittels Regressionsanalysen auf ihre artikulativen Bestimmungsgründe hin untersucht.

Mit Hilfe dieser beiden Dimensionen politischer Aktivität, die sich an den entgegengesetzten Enden einer Konventionalitätsskala politischer Aktivität befinden, sollen einerseits Aussagen

(1) So ergeben sich denn auch bei den aufgrund obiger Ueberlegungen als problematisch zu bezeichnenden alternativen Regressionsmodellen (politische Illegitimitätswahrnehmung als eine der unabhängigen Determinanten politischer Aktivität) durchwegs höhere Anteile erklärter Varianz.

Tabelle 25: Multiple Regressionsanalysen zur artikulativen Destabilisierung im Kantonsvergleich

	Abhängige Variablen			
	Residual (1) "Stimmbeteiligung 1968" (Steueramnestie) N=20, ohne SZ, NW, OW, AI, AR	Residual (1) "Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse 1968-78" N=20, ohne SZ, NW, OW, AI, AR		
Unabhängige Variablen	Bivariater Korrelations- Koeffizient	Standardisierter multipler Regressions- Koeffizient	Bivariater Korrelations- Koeffizient	Standardisierter multipler Regressions- Koeffizient
Pro Kopf Einkommen 1965	-.26	-.35	.59	-.04
Einkommensanteil der reichsten 20 % 1967/68	-.09	.06	-.09	-.07
Bevölkerungsanteil mit Abschluss höherer Schulen 1970	-.54	-.13	.65	.44
Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit über 50'000 Einwohnern 1970	-.38	-.11	.79	.68
Tiefe Mindestunterschritftenzahl für Gesetzesinitiativen	.51	.48	.50	-.06
Sitzanteil Sozialdemokratische Partei 1968	.25	.40	.24	.27
Sitzanteil Nicht-Bundsrats- parteien 1968	-.33	.03	-.33	-.24
Anteil erklärter Varianz	$R^2 = .55$ / $\bar{R}^2 = .28$	$R^2 = .75$ / $\bar{R}^2 = .61$		

(1) Es handelt sich um die Residuale des Einflusses der politischen Illegitimitätswahrnehmung auf die beiden Formen politischer Aktivität.

Tabelle 26: Multiple Regressionsanalysen zur artikulatorischen Destabilisierung im Gemeindevergleich

Unabhängige Variablen	Abhängige Variablen					
	Residual (1) (Steuerarmut) N = 79 (2)	Residual (1) "Stimmbeteiligung 1968 (Steuerarmut)" N = 79 (2)	F-Wert	Standardisierter multipler Regressions- Koeffizient	Bivariater Korrelations- Koeffizient	Standardisierter multipler Regressions- Koeffizient
Logarithmus des Pro Kopf Einkommens 1970	-.05	-.04	0.058		.23	-.06
Gesamtungleichheit II 1969/70: Oberste und unterste zwei Einkommensklassen	-.00	-.18	1.828		-.16	-.06
Logarithmus der Bevölkerungszahl 1970	-.15	-.21	2.097		.47	.40
Wegendlerquote 1970	.02	-.18	2.578		-.39	-.18
Sitzanteil Sozialdemokratische Partei 1968	.05	.08	0.574		.12	-.04
Sitzanteil Nicht-Bundesratsparteien 1968	-.29	-.17	2.167		.17	.00
Anteil Deutschsprechende 1970	.51	.48	15.816*		-.38	-.30
Anteil erklärter Varianz	$R^2 = .33 / \bar{R}^2 = .25$		$R^2 = .35 / \bar{R}^2 = .28$			

- (1) Es handelt sich um die Residuale des Einflusses der politischen Illegitimitätswahrnehmung auf die beiden Formen politischer Aktivität.
- (2) Die Grundgesamtheit von 79 Gemeinden ergibt sich aus den Gemeinden, von denen in der Gemeindeumfrage eine Antwort erhalten wurde und die zudem keine fehlenden Angaben - vor allem bei der Stimmbeteiligung sowie der Parteienstruktur - aufwiesen.

* Signifikante F-Werte

über das allgemeine Aktivitätsniveau in einem Kontext, andererseits über die Verlagerung der politischen Aktivität von konventionellen auf unkonventionelle Formen gemacht werden können.

Wir werden im Rahmen dieser Analyse also nicht mehr zwischen zwei verschiedenen Substitutionsprozessen unterscheiden (vgl. Abschnitt 10.1).

In statistischem Sinne beinhalten die beiden folgenden Tabellen multiple Regressionsanalysen von Determinanten der Residuale, welche sich aufgrund der Regression der politischen Illegitimitätswahrnehmung auf diese beiden Formen politischer Aktivität ergeben (1).

In diesen Analysen wurde auf Gemeindeebene kein Indikator für die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle eingeführt, da er mit einer bedeutsamen Reduktion der Samplegrösse verbunden gewesen wäre. Als Ersatzmass verwenden wir auf Gemeindeebene den Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung, welcher eine starke Beziehung zur Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle aufweist (2).

Ein erster Vergleich der Ergebnisse der vier Regressionsmodelle ergibt aufgrund der Angaben zum Anteil erklärter Varianz, dass einerseits im kantonalen Vergleich, andererseits für die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse die Erklärungskraft der berücksichtigten, unabhängigen Variablen grösser ist. Im ersten Ergebnis (grössere Erklärungskraft auf kantonomer Ebene) dürfte zum Ausdruck kommen, dass hier die Datenlage besser ist (3).

-
- (1) Bei den beiden ausgewählten Indikatoren politischer Aktivität handelt es sich um Variablen, die relativ stark mit der politischen Illegitimitätswahrnehmung korrelieren, für die daher die Residuale relativ stark von weichen.
 - (2) In einem reduzierten Gemeindesample (N=59) beträgt der Korrelationskoeffizient zwischen dem Anteil Deutschsprechender und der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle .66.
 - (3) Es ist vor allem daran zu erinnern, dass auf kommunaler Ebene keine Daten zu intellektuellen Ressourcen (Bildung) existieren und dass im hier verwendeten Urbanisierungsindikator kurvilineare Beziehungen nicht berücksichtigt werden.

Das zweite Ergebnis (grössere Erklärungskraft für unkonventionelle Aktivierungsereignisse) dagegen dürfte eine theoretische Aussage beinhalten, dass nämlich artikulative Aspekte für unkonventionelle Aktivierungsereignisse von grösserer Bedeutung sind als für die Abstimmungsbeteiligung.

Wenden wir uns zunächst den artikulativen Determinanten der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse zu. Hier erweist sich sowohl auf kantonaler (Tabelle 25) als auch auf kommunaler Ebene (Tabelle 26) der Urbanisierungsgrad als deutlich wichtigste Bestimmungsgrösse. Je grösser der Urbanisierungsgrad eines Kontextes, desto häufiger finden unkonventionelle Ereignisse statt. Dieses zentrale Ergebnis bedarf einiger entscheidender Erläuterungen:

1. Der Urbanisierungsgrad zeigt auf die Abstimmungsbeteiligung 1968 einen zur Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse entgegengesetzten, aber sehr viel schwächeren Einfluss. Es handelt sich hier also offensichtlich sowohl um eine Verschiebung der Aktivitätsform, als auch um eine Erhöhung des Aktivitätsniveaus.
2. Der Urbanisierungsgrad muss als Indikator für eine Vielzahl von - unterschiedlich wirkenden - artikulativen Determinanten unkonventioneller Aktivierungsereignisse interpretiert werden. Dass beispielsweise etwa der Einfluss materieller Ressourcen (Pro Kopf Einkommen) auf die Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse bei Kontrolle des Urbanisierungsgrades verschwindet, hängt damit zusammen, dass letzterer zusätzlich zu den materiellen Ressourcen auch noch die intellektuellen Ressourcen, Interaktionsdichte etc. misst. Auch der Indikator für normative Freiräume, die Ehescheidungsquote, korreliert äusserst stark mit dem Urbanisierungsgrad und musste aufgrund des Multikollinearitätsproblems zum vornherein aus der Analyse auf kantonaler Ebene ausgeschlossen werden.

Unsere Ergebnisse belegen in diesem Sinne, dass eine überdurchschnittliche Verfügbarkeit von materiellen (Pro Kopf Einkommen) und intellektuellen Ressourcen (Bildung), eine hohe Interaktionsdichte (vgl. auch den Einfluss der Pendlerquote auf kommunaler Ebene) und normative Freiräume (Ehescheidungsquote) in einem Urbanisierungssyndrom die artikulativen Voraussetzungen für unkonventionelle Aktivierungsereignisse entscheidend verbessern. Dadurch wird auch das allgemeine Aktivierungsniveau erhöht, da die Beeinträchtigung der Abstimmungsbeteiligung durch diese Faktoren sehr viel geringer ist.

Von Merkmalen des politischen Systems zeigt sich die Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse in keiner unabhängigen Weise beeinflusst.

Dagegen zeigt sich auf der kommunalen Ebene ein signifikanter Einfluss der Sprachkultur (Anteil Deutschsprachende), zu dessen adäquater Interpretation wiederum einige zusätzliche Bemerkungen notwendig sind.

1. Es fällt zunächst auf, dass die Variable auf kommunaler, aber nicht auf kantonaler Ebene eingeführt wurde. Dies hängt damit zusammen, dass wir auf kommunaler Ebene den Indikator für die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle weglassen mussten, da er nur für relativ wenige Einheiten erhoben werden konnte (siehe Anhang B). Somit stellt der Deutschsprachigenanteil auf der kommunalen Ebene u.a. ein Ersatzmass für die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle dar.
2. Unser theoretisches Modell sieht nicht vor, dass die Sprachkultur eine bedeutsame artikulative Determinante politischer Aktivität darstellt.
3. Wir gehen davon aus, dass im Einfluss des Anteils Deutschsprechender auf die Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse nicht primär kulturelle Faktoren zum Ausdruck kommen, sondern andere Bestimmungsgründe unseres theoretischen Modells, für die auf kommunaler Ebene keine Daten vorhanden sind.

Der Einfluss der Sprachkultur auf kantonaler Ebene ist somit primär mit jenem der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle auf kantonaler Ebene zu vergleichen.

Nun zeigt sich auf kantonaler Ebene kein interpretierbarer Einfluss der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle im Rahmen der multivariaten Analyse. Zusatzanalysen ergeben, dass dies auf die starke Korrelation dieser Grösse mit dem Bildungsniveau zurückzuführen ist (1).

Der negative Einfluss des Deutschsprachigenanteils auf kommunaler Ebene dürfte daher primär auf ein unterdurchschnittliches Bildungsniveau in deutschsprachigen Kontexten zurückzuführen sein.

(1) Gemäss Anhang E beträgt der Korrelationskoeffizient zwischen dem Bevölkerungsanteil mit höherer Bildung und der Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle .61.

Die Abstimmungsbeteiligung 1968 (Steueramnestie) erweist sich auf kantonomaler Ebene (Tabelle 24) vor allem von der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle positiv beeinflusst. Analog dazu korreliert der auf kommunaler Ebene als Ersatzmass hierfür dienende "Anteil Deutschsprechender" signifikant positiv mit der Stimmbeteiligung 1968.

Daneben sind lediglich auf kantonomaler Ebene noch zwei interpretierbare Einflussfaktoren anzuführen. Der Sitzanteil der Sozialdemokraten steht in einer positiven Beziehung zur artikulativen Destabilisierung bezüglich Abstimmungsbeteiligung. Dieser Einfluss wird in der bivariaten Beziehung durch indirekte Einflüsse teilweise neutralisiert. Es stellt sich die Frage, ob sich auch auf kommunaler Ebene ein entsprechender Effekt zeigen würde, wenn man dort die gleichen Variablen wie auf kantonomaler Ebene kontrollieren könnte, oder ob es sich hier um eine besondere Erscheinung auf kantonomaler Ebene handelt. Immerhin kann man festhalten, dass im Rahmen der multivariaten Analyse zumindest auf kantonomaler Ebene der postulierte Einfluss des Sitzanteils der Sozialdemokraten (Hypothese 21) unterstützt wird.

Auf kantonomaler Ebene zeigt zudem das Pro Kopf Einkommen einen tendenziell negativen Einfluss auf die (bzw. das Residual der) Abstimmungsbeteiligung. Dieser Zusammenhang, der im Widerspruch zu der in Abschnitt 7.5.2 postulierten Ressourcenlogik steht, dürfte primär Ausdruck einer Verschiebung auf unkonventionelle Formen politischer Aktivität und nicht einer Verringerung des allgemeinen Aktivitätsniveaus sein. Theoretisch würde das bedeuten, dass für die Abstimmungsbeteiligung materielle Ressourcen (Pro Kopf Einkommen) unbedeutend sind, wodurch die ebenfalls mit höherem Pro Kopf Einkommen verbundene Aktivitätsverlagerung in den unkonventionellen Bereich nicht neutralisiert wird.

Fassen wir die Ergebnisse der multivariaten Analyse kurz zusammen:

1. Der Urbanisierungsgrad zeigt einen sehr starken positiven Effekt auf unkonventionelle Formen politischer Aktivität, während er die Abstimmungsbeteiligung nur in geringem Masse reduziert. Somit bewirkt die Urbanisierung gleichzeitig eine

Erhöhung des Niveaus und der Unkonventionalität politischer Aktivität.

2. Das Bildungsniveau, welches auf kommunaler Ebene und bezüglich der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse durch einen geringen Anteil Deutschsprechender angenähert wird, korreliert positiv mit der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse. Zur Abstimmungsbeteiligung ergibt sich kein Zusammenhang von interpretierbarer Grösse. Ein hohes Bildungsniveau in einem Kontext führt also ebenfalls zu einer Erhöhung des Niveaus und der Unkonventionalität politischer Aktivität.
3. Die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle fördert vor allem die Aktivität im konventionellen Bereich, d.h. die Abstimmungsbeteiligung. Auch hier ist, da die Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse kaum beeinflusst wird, eine Erhöhung des allgemeinen Aktivitätsniveaus festzustellen. Im Gegensatz zu den erstgenannten Einflussfaktoren fördert eine grosse Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle aber eine Verlagerung der politischen Aktivität in den konventionellen Bereich.
4. Spezifisch auf kantonaler Ebene erweist sich die Abstimmungsbeteiligung darüberhinaus vom Pro Kopf Einkommen (negativ) und vom Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei (positiv) beeinflusst. Im ersten Fall scheint dann eine Verlagerung vom konventionellen weg in den unkonventionellen Bereich politischer Aktivität zum Ausdruck zu kommen, im zweiten Fall eher eine allgemeine Erhöhung des Aktivitätsniveaus.

Anschliessend ist noch darauf hinzuweisen, dass sich diese Ergebnisse ausschliesslich auf die multivariate Analyse stützen, die die von verschiedenen Faktoren gemeinsam erklärte Varianz nur einer Variable zuschreibt. Beispiel dafür ist das Pro Kopf Einkommen, dessen aktivitätsfördernder Effekt in dieser Form der Analyse nicht zum Ausdruck kommt, da er mit dem Urbanisierungsgrad kovariiert.

Und alle genannten Einflüsse sind ausschliesslich artikulativer

Natur, da es sich um Beziehungen zum Residual des Einflusses der Illegitimitätswahrnehmung handelt.

10.7 Zusammenfassung

Unsere Untersuchung der artikulativen Stabilisierung bzw. Destabilisierung begann mit einer Analyse der Zusammenhänge zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität. Dabei wurde festgestellt, dass sich im Kontextvergleich zwei Substitutions- oder Verlagerungsprozesse von konventionellen zu unkonventionellen Aktivitätsformen abzeichnen. Einerseits ist in Kontexten mit geringer Wahlbeteiligung die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen grösser und umgekehrt. Andererseits steht die Abstimmungsbeteiligung in einer negativen Beziehung zur Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse.

Auf dem Hintergrund dieses Ergebnisses wurde dann untersucht, welche der postulierten artikulativen Determinanten tatsächlich einen Einfluss einerseits auf das durchschnittliche, von der Artikulationsform unabhängige Niveau politischer Aktivität in einem Kontext haben, andererseits aber auch auf Verlagerungen zwischen verschiedenen Artikulationsformen haben. Dabei wurde eine Diskussion der Bedeutung solcher Verlagerungen im Rahmen des Gesamtmodells noch ausgeklammert; sie bleibt Kapitel 12 vorbehalten.

Die einzelnen Ergebnisse unserer Analyse können im Rahmen dieser Zusammenfassung nicht vollständig wiedergegeben werden. Unvollständigkeiten und mangelnde Differenzierungen sind unumgänglich. Dazu gehört beispielsweise, dass es sinnvoll erscheint, die Differenzierung zwischen den beiden unterschiedlichen Verlagerungsprozessen zu vernachlässigen und nur noch von einem Verlagerungsprozess von konventionellen zu unkonventionellen Formen politischer Aktivität zu sprechen. Ebenso beschränken wir uns auf die Ergebnisse der Analyse auf der aggregierten Ebene von Kantonen und Gemeinden.

In Tabelle 27 wird der Versuch gemacht, die Ergebnisse dieses Kapitels zusammenzufassen. Es werden die wichtigsten artikulativen Bestimmungsgrössen politischer Aktivität aufgeführt und ihr Einfluss einerseits auf das durchschnittliche Aktivitätsniveau, andererseits auf den Prozess der Verlagerung von kon-

ventionellen zu unkonventionellen Artikulationsformen charakterisiert. Dabei wird zwischen Kantons- und Gemeindevergleich unterschieden.

Eine Veränderung des Aktivitätsniveaus wird dann als gegeben betrachtet, wenn konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Aktivität in der gleichen Richtung beeinflusst werden, oder wenn die Beeinflussung der einen Form in einer Richtung deutlich stärker ist als jene einer anderen Form in der entgegengesetzten Richtung. Eine Verlagerung der Aktivitätsform ergibt sich, wenn konventionelle und unkonventionelle Formen politischer Aktivität in der entgegengesetzten Richtung beeinflusst werden, oder wenn sich bei gleicher Beziehungsrichtung deutliche Unterschiede in der Beziehungsstärke zeigen.

Aus Tabelle 27 ergibt sich zunächst, dass die Verfügbarkeit materieller Ressourcen und der Urbanisierungsgrad sowohl auf das Aktivitätsniveau als auch auf die Verlagerung von konventionellen auf unkonventionelle Aktivitätsformen einen positiven Einfluss haben. Dagegen geht aus der Darstellung nicht hervor, dass der Einfluss des Urbanisierungsgrades deutlich stärker ist als jener der materiellen Ressourcen, wodurch letzterer im Rahmen der multivariaten Analyse verschwindet.

Die positiven Effekte materieller Ressourcen und der Urbanisierung wurden in den Hypothesen in Kapitel 7 von einer Ausnahme abgesehen postuliert. Nicht erwartet wurde, dass die Verfügbarkeit materieller Ressourcen zu einer Verlagerung von konventionellen auf unkonventionelle Artikulationsformen führt.

Der Einfluss intellektueller Ressourcen konnte nur auf Kantons-ebene direkt untersucht werden, bestätigte dort aber die postulierten Effekte auf das durchschnittliche Aktivitätsniveau und auf die Verschiebung von konventionellen zu unkonventionellen Formen.

Tabelle 27: Bestimmungsgründe artikulativer Destabilisierung

Artikulative Bestimmungsgründe	Abhängige Größen			
	Durchschnittliches Niveau politischer Aktivität		Verlagerung von konventionellen auf unkonventionelle Formen politischer Aktivität	
	Kantonsvergleich	Gemeindevergleich	Kantonsvergleich	Gemeindevergleich
Materielle Ressourcen	+	+	+	+
Intellektuelle Ressourcen	+	x	+	x
Urbanisierung (Interaktionsdichte, normative Freiräume)	+	+	+	+
Zugänglichkeit direktdemokratischer Artikulationskanäle	+	+	-	-
Sitzanteil Sozialdemokratische Partei	+	o	o	o
Sitzanteil Nicht-Bundesratsparteien	o	o	+	+

Legende: + positiver Einfluss - negativer Einfluss
 o kein Einfluss x nicht untersucht

Aus unserer Zusammenfassung geht nicht hervor, ob die Erhöhung des durchschnittlichen Aktivitätsniveaus oder die Verlagerung stärker ist. So ist beispielsweise mit der Charakterisierung der Effekte intellektueller Ressourcen (Bildung) sowohl eine positive Beziehung zwischen Abstimmungsbeteiligung und Bildungsniveau (wie auf individueller Ebene) als auch eine negative Beziehung (wie auf aggregierter Ebene) vereinbar. Im ersten Fall ist der Effekt auf die Erhöhung des Aktivitätsniveaus, im zweiten Fall jener auf die Verlagerung von konventionellen zu unkonventionellen Artikulationsformen stärker.

Die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle zeigt - wie erwartet - eine positive Beziehung zum Aktivitätsniveau. Nicht erwartet wurde dagegen der negative Einfluss auf die Verlagerung von konventionellen zu unkonventionellen Artikulationsformen, also eine stärker konventionelle politische Aktivität.

Ein hoher Sitzanteil der Sozialdemokratischen Partei hat auf kantonaler Ebene den erwarteten positiven Einfluss auf das Aktivitätsniveau. Auf Gemeindeebene dagegen findet sich keine empirische Unterstützung für die postulierte Beziehung. Die Nullbeziehung zur Aktivitätsverlagerung entspricht dagegen wieder unseren Erwartungen.

Schliesslich führt ein hoher Sitzanteil von Nicht-Bundesratsparteien im Gegensatz zu unserer Erwartung aus Abschnitt 7.5.5 zu einer Verlagerung der politischen Aktivität in den unkonventionellen Bereich, dagegen zu keiner Erhöhung des allgemeinen Aktivitätsniveaus wie das in Hypothese 21 postuliert wurde.

11. Makrosoziale Effekte politischer Aktivität:

Reaktive Bedingungen von Destabilisierungsprozessen

In diesem 11. Kapitel geht es um die Frage, inwieweit gesellschaftliche Stabilität auf einer letzten analytischen Ebene, der reaktiven nämlich, beeinflusst wird.

Die Untersuchung dieser Frage vollzieht sich in zwei Schritten. Zunächst werden die Beziehungen zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität einerseits, verschiedenen Dimensionen strukturellen und politischen Wandels andererseits diskutiert. Anschliessend soll auf Bestimmungsgrössen der Umsetzung politischer Aktivität in strukturellen oder politischen Wandel eingegangen werden.

11.1 Politische Aktivität und sozialer Wandel

Die politische Aktivität in einem Kontext stellt die modell-endogene Determinante sozialen Wandels, d.h. Wandels in der Sozialstruktur und im politischen System dar. Wir vermuten einerseits, dass politische Aktivität sozialen Wandel fördert, andererseits sind reaktive Mechanismen gesellschaftlicher Stabilisierung denkbar, die die Umsetzung politischer Aktivität in sozialen Wandel beeinträchtigen (vgl. Thesen IIIa und IIIb in Abschnitt 7.2).

In Tabelle 28 sind die Beziehungen zwischen verschiedenen Formen politischer Aktivität und einigen Dimensionen sozialen Wandels auf Kantons- und Gemeindeebene dargestellt. Bezüglich der politischen Aktivität werden sämtliche, im vorangegangenen Kapitel benutzten Indikatoren in Betracht gezogen, sozialer Wandel wird gemäss Abschnitt 7.6.1 differenziert nach strukturellem und politischem Wandel einerseits, nach gerichtetem und ungerichtetem Wandel andererseits.

Die Datenverfügbarkeit für die Analyse der Beziehungen zwischen politischer Aktivität und sozialem Wandel ist vor allem auf kommunaler Ebene sehr eingeschränkt. So müssen wir uns bezüglich des strukturellen Wandels (Veränderung der Einkommensverteilung)

Tabelle 28: Politische Aktivität und sozialer Wandel

Dimensionen sozialen Wandels 1968 - 78		Formen politischer Aktivität 1968 - 78					
		Unkonventionelle Aktivierungsereignisse	Konventionelle Aktivierungsereignisse			Aktivierungsereignis.	Abstimmungen
Struktureller Wandel			Häufigkeit von unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	Beteiligung an konvent. Akt.er. 1968-78
			Häufigkeit von unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Häufigkeit von Initiativen 1968-78	Häufigkeit von fakultativen Referenden 1968-78	Häufigkeit von Petitionen 1968-78	Beteiligung an konvent. Akt.er. 1968-78
Politischer Wandel			Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78
			Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78	Beteiligung an unkonvent. Aktivierungsereignissen 1968-78
Struktureller Wandel		gerichtet	Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20 %	Abnahme des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Absolute Veränderung des Einkommensanteils der reichsten 20%	Absolute Veränderung des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Zunahme des Sitzanteils der Sozialdemokraten
		ungerichtet	Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20 %	Abnahme des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Absolute Veränderung des Einkommensanteils der reichsten 20%	Absolute Veränderung des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Zunahme des Sitzanteils von Nicht-Bundesratsparten
Politischer Wandel		gerichtet	Absolute Veränderung des Sitzanteils der SP	Absolute Veränderung des Sitzanteils der Nicht-Bundesratspart.	Anteil aller Sitzverschiebungen		
		ungerichtet	Absolute Veränderung des Sitzanteils der SP	Absolute Veränderung des Sitzanteils der Nicht-Bundesratspart.	Anteil aller Sitzverschiebungen		
Struktureller Wandel		gerichtet	Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20 %	Abnahme des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Absolute Veränderung des Einkommensanteils der reichsten 20%	Absolute Veränderung des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Zunahme des Sitzanteils der Sozialdemokraten
		ungerichtet	Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20 %	Abnahme des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Absolute Veränderung des Einkommensanteils der reichsten 20%	Absolute Veränderung des GINI-Index der Gesamtungleichheit	Zunahme des Sitzanteils von Nicht-Bundesratsparten
Politischer Wandel		gerichtet	Absolute Veränderung des Sitzanteils der SP	Absolute Veränderung des Sitzanteils der Nicht-Bundesratspart.	Anteil aller Sitzverschiebungen		
		ungerichtet	Absolute Veränderung des Sitzanteils der SP	Absolute Veränderung des Sitzanteils der Nicht-Bundesratspart.	Anteil aller Sitzverschiebungen		

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=21) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=79).

Kantone ohne SZ, OW, AR und AI aufgrund fehlender Angaben zur Parteienstruktur und zur Wahlbeteiligung.

* Auf dem 95%-Niveau signifikant (Signifikanzkriterium nur für Gemeindevergleich angewandt).

ganz auf den Kantonsvergleich beschränken. Hinsichtlich politischen Wandels dagegen sind auch auf kommunaler Ebene Daten zugänglich.

Im Rahmen unseres theoretischen Modells stellen die Indikatoren sozialen Wandels die abhängigen Variablen dar, das Ausmass politischer Aktivität die unabhängige Variable. Aus diesem Grunde sollen vor allem die Beziehungen der Indikatoren sozialen Wandels zu jenen politischer Aktivität interpretiert werden, welche zum früheren Zeitpunkt gemessen wurden. Die Beziehungen zu Indikatoren politischer Aktivität, die zum späteren Zeitpunkt, d.h. am Ende der betrachteten Periode gemessen wurden, sind mit grösserer Wahrscheinlichkeit Scheinbeziehungen.

Als allgemeinstes Ergebnis ergibt sich aus Tabelle 28, dass vor allem unkonventionelle Formen politischer Aktivität sozialen Wandel fördern. Mit anderen Worten ist die reaktive Stabilisierung konventioneller politischer Aktivität grösser als jene unkonventioneller Aktivitätsformen.

Wenden wir uns zunächst der Beziehung zwischen konventionellen Formen politischer Aktivität wie Wahl- und Abstimmungsbeteiligung und gerichtetem strukturellem Wandel zu. Zwar zeigt die Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20% eine relativ starke negative Beziehung zur Wahl- und Abstimmungsbeteiligung. Dies gilt aber vor allem für die am Ende der betrachteten Periode gemessene politische Aktivität, was - wie oben ausgeführt - unseren theoretischen Vorstellungen widerspricht. Mit unserer theoretischen Perspektive vereinbar ist dagegen die negative Korrelation zwischen Wahlbeteiligung 1967 und der Abnahme des Gini-Index der Gesamtungleichheit.

Dieses Ergebnis zeigt, dass Wahlbeteiligung als konventionelle Form politischer Aktivität mit einem unterdurchschnittlichen Wandel in Richtung grösserer Einkommensgleichheit einhergeht. Das gleiche gilt für Initiativen. Die Häufigkeit von Initiativen in einem Kontext als konventionellste Form der Aktivierungsereignisse korreliert stark negativ mit der Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20%.

Wahlbeteiligung und Initiativenhäufigkeit sind also offenbar vor allem in Kontesten mit geringem sozialen Wandel überdurchschnittlich. Zwar dürfte hierin nicht ausschliesslich eine reaktive Stabilisierung zum Ausdruck kommen, da in diesen Kontexten wahrscheinlich auch die Illegitimitätswahrnehmung und die Egalisierungsbestrebungen geringer sind. Immerhin lässt sich aber festhalten, dass Wahlen und - zumindest auf kantonaler Ebene - Initiativen kaum als Instrumente sozialen Wandels benutzt werden.

Der ungerichtete strukturelle Wandel zeigt sich in keiner interpretierbaren Weise mit dem Ausmass an konventioneller politischer Aktivität in einem Kontext korreliert. Die stärksten (negativen) Beziehungen ergeben sich zum Ausmass konventioneller politischer Aktivität am Ende der betrachteten Periode, was wiederum nicht mit unserem theoretischen Konzept vereinbar ist.

Konventionelle politische Aktivität (Wahlbeteiligung und Initiativenhäufigkeit) bewirkt also eine geringere Abnahme (bzw. eine grössere Zunahme) der Gesamtungleichheit der Einkommensverteilung. Das heisst, dass Wahlaktivität nicht funktional für eine Egalisierung der Einkommensverteilung ist. Die absolute Veränderung der Einkommensverteilung zeigt keine interpretierbaren Beziehungen zum Ausmass konventioneller politischer Aktivität in einem Kontext. Somit erweist sich konventionelle politische Aktivität als eine Sackgasse strukturellen Wandels in

Richtung Egalisierung der Einkommensverteilung: Die reaktive Stabilisierung ist hier bedeutsam. Damit wird - für konventionelle politische Aktivität - These IIIb gegenüber IIIa gestützt.

Im Gegensatz zur konventionellen politischen Aktivität erweist sich die Häufigkeit und vor allem die Beteiligung an unkonventionellen Aktivierungsereignissen positiv mit der Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20% korreliert. Diese in Hypothese 22 postulierte Beziehung gilt für unkonventionelle Aktivierungsereignisse, nicht aber für Aktivierungsereignisse insgesamt. Ebenso wenig bestätigt sie sich für die Gesamtungleichheit (GINI-Index) und für den ungerichteten strukturellen Wandel (absolute Veränderungen des Einkommensanteils der reichsten 20% und des GINI-Index).

Was den politischen Wandel betrifft, zeigt auch hier die konventionelle politische Aktivität (Wahl- und Abstimmungsbeteiligung) keinen Einfluss in der gemäss Hypothese 23 postulierten positiven Richtung. Dies gilt auch für den Gemeindevergleich. Hypothese 23 kann somit gesamthaft, d.h. sowohl bezüglich strukturellen als auch bezüglich politischen Wandels als widerlegt betrachtet werden.

Demgegenüber korreliert unkonventionelle politische Aktivität auch mit politischem Wandel tendenziell positiv. Diese allgemeine Unterstützung von Hypothese 22 für unkonventionelle politische Aktivität muss folgendermassen differenziert werden:

1. Im Gegensatz zum strukturellen Wandel korreliert der politische Wandel nicht nur mit unkonventionellen Aktivierungsereignissen, sondern auch mit Aktivierungsereignissen insgesamt positiv. Dieser Zusammenhang schwächt sich allerdings auf Gemeindeebene ab und ist dort insignifikant.
2. Die Zunahme der Sitzanteile der Sozialdemokraten und der Nicht-Bundesratsparteien als Indikatoren für den gerichteten politischen Wandel werden primär von der Beteiligung an Aktivierungsereignissen beeinflusst. Die Sozialdemokratische Partei erfährt vor allem einen Stimmenzuwachs, wenn die Beteiligung an konventionellen Aktivierungsereignissen hoch ist. Nicht-Bundesratsparteien verbessern ihre Position, wenn unkonventionelle Aktivierungsereignisse und die Beteiligung daran überdurchschnittlich sind.
3. Der ungerichtete politische Wandel - am adäquatesten operationalisiert durch die Gesamtheit aller Sitzverschiebungen - wird weniger durch die Beteiligung an Aktivierungsereignissen, als vielmehr durch ihre reine Häufigkeit gefördert. Dies gilt sowohl für unkonventionelle Aktivierungsereignisse als auch für Aktivierungsereignisse insgesamt.

Unsere Analyse führt zusammenfassend zum Ergebnis, dass unkonventionelle politische Aktivität tendenziell zu strukturellem Wandel führt. Dieser Wandel ist primär gerichtet: Im strukturellen Bereich geht der Einkommensanteil der reichsten 20% zurück, im

politischen Bereich verzeichnen Sozialdemokraten und Nicht-Bundesratsparteien Sitzgewinne. Im politischen Bereich wird auch der ungerichtete Wandel in Form der Gesamtzahl der Sitzverschiebungen gefördert.

Wichtig ist auch das Ergebnis, dass Aktivierungsereignisse insgesamt zwar politischen, nicht aber strukturellen Wandel zu fördern scheinen. Letzterer zeigt lediglich zu unkonventionellen Aktivierungsereignissen eine positive Beziehung.

Diese Beziehungen sind insgesamt mit Hypothese 22 vereinbar. Unsere beiden anderen Hypothesen (23 und 24) dagegen werden widerlegt. Konventionelle politische Aktivität steht in keiner positiven Beziehung zu sozialem Wandel; demzufolge ist ihr (positiver) Einfluss auf sozialen Wandel auch nicht stärker, sondern schwächer als jener unkonventioneller politischer Aktivität.

11.2 Reaktive Bestimmungsgründe gesellschaftlicher Destabilisierung

Die Reaktion auf politische Aktivität, das Ausmass, in dem sich politische Aktivität in sozialen Wandel umsetzt, wird zweifellos von verschiedenen exogenen Faktoren beeinflusst. Gemäss Abschnitt 7.6.3 erwarten wir, dass die Umsetzung politischer Aktivität in sozialen Wandel umso grösser ist, je geringer das wirtschaftliche Wachstum eines Kontextes (Hypothese 25), je geringer die Ausgaben für Justiz und Polizei (Hypothese 26) und je grösser Bildungsniveau und Bildungsausgaben in einem Kontext sind (Hypothese 27).

In Tabelle 29 sind die Beziehungen dieser potentiellen reaktiven Bestimmungsgrössen zu sozialem Wandel zusammengefasst. Dabei werden neben den bivariaten auch die partiellen Beziehungen aufgeführt, die sich bei Kontrolle einerseits der Abstimmungsbeteiligung 1968, andererseits der Häufigkeit unkonventioneller Aktivierungsereignisse ergeben. Durch diese Kontrollen werden spezifisch reaktive Einflüsse isoliert.

Angesichts der Beschränktheit verfügbarer Daten zu theoretisch einsichtigen Determinanten reaktiver Stabilisierung ist in Tabelle 29 nur eine beschränkte Zahl von Indikatoren sozialen Wandels aufgeführt.

Tabelle 29: Reaktive Bestimmungsgründe gesellschaftlicher Stabilisierung

Reaktive Bestimmungsgrößen sozialen Wandels					
Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten für den Kantonsvergleich (N=22) und - in Klammern - für den Gemeindevergleich (N=79).	Wachstum des Pro Kopf Einkommens 1965-78 bzw. 1960-70 (Gemeindeebene)	Ausgaben für Justiz und Polizei (in % aller Ausgaben des Kantons)	Bevölkerungsanteil mit abgeschlossener höherer Schule 1970	Bevölkerungsanteil mit abgeschlossenem Technikum 1970	Bildungsausgaben 1968 (in % aller Ausgaben des Kantons)
Kantone ohne OW, AR und AI aufgrund fehlender Angaben zur Parteienstruktur.	Bivariate Beziehung	Bivariate Beziehung	Bivariate Beziehung	Bivariate Beziehung	Bivariate Beziehung
	Kontrolle Abstimmungsbeteiligung 1968	Kontrolle Abstimmungsbeteiligung 1968	Kontrolle Abstimmungsbeteiligung 1968	Kontrolle Abstimmungsbeteiligung 1968	Kontrolle Abstimmungsbeteiligung 1968
Dimensionen sozialen Wandels 1968 - 78	Kontrolle Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse	Kontrolle Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse	Kontrolle Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse	Kontrolle Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse	Kontrolle Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse
	.29 (-)	.48 (-)	.17 (-)	.24 (-)	.08 (-)
Struktureller Wandel:	.32 (-)	.53 (-)	.10 (-)	.33 (-)	.20 (-)
	.31 (-)	.55 (-)	.19 (-)	.33 (-)	.24 (-)
- Gerichtet: Abnahme des Einkommensanteils der reichsten 20%	.30 (-)	.51 (-)	.16 (-)	.43 (-)	.34 (-)
	.29 (-)	.49 (-)	.01 (-)	.39 (-)	.28 (-)
- Ungerichtet: Abs. Veränderung des Eink. anteils der reichsten 20 %	.00 (-)	.22 (-)	.10 (-)	.20 (-)	.12 (-)
	.08 (-)	.43 (-)	.20 (-)	.05 (-)	.37 (-)
Politischer Wandel:	.02 (-)	.16 (-)	.16 (-)	.15 (-)	.12 (-)
	.02 (-)	.17 (-)	.21 (-)	.15 (-)	.12 (-)
- Gerichtet: Zunahme des Sitzanteils der SP	.02 (-)	.16 (-)	.16 (-)	.15 (-)	.12 (-)
	.02 (-)	.17 (-)	.21 (-)	.15 (-)	.12 (-)
- Ungerichtet: Anteil aller Sitzverschiebungen	.02 (-)	.16 (-)	.16 (-)	.15 (-)	.12 (-)
	.02 (-)	.17 (-)	.21 (-)	.15 (-)	.12 (-)

Der Einfluss der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens auf sozialen Wandel widerspricht unseren Erwartungen. Im strukturellen Bereich erweist sich eine hohe Wachstumsrate nämlich nicht mit einem geringeren, sondern mit einem verstärkten sozialen Wandel verbunden. Im Bereich des politischen Wandels ergeben sich keine interpretierbare Beziehungen.

Die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens wurde als Indikator für eine Wachstumspolitik eingeführt, welche eine Alternative zu sozialem Wandel darstellt. Nun wird aber die Wachstumsrate offensichtlich nur in geringem Masse von politischen Entscheidungen beeinflusst und von der politischen Elite gezielt und erfolgreich in Verbindung mit Versuchen reaktiver Stabilisierung gefördert. Vielmehr stellt ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum eine von exogenen Einflussfaktoren bestimmte Grösse dar, welche - und dies ist für unser theoretisches Modell nun wieder von Bedeutung - die Chancen der Umsetzung politischer Aktivität in strukturellen Wandel erhöht. Umgekehrt ausgedrückt wird offensichtlich vor allem bei geringem (oder negativem) Wirtschaftswachstum auf der reaktiven Ebene zu stabilisieren versucht.

Der Ausgabenanteil für Justiz und Polizei in einem Kanton zeigt eine deutliche negative Beziehung zu strukturellem und - bei Kontrolle der Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse - auch zu ungerichteten politischen Wandel. Hypothese 26 wird hier somit unterstützt: Je grösser der Ausgabenanteil für Justiz und Polizei - als Indikator für eine Repressionspolitik - desto weniger wird politische Aktivität, und vor allem unkonventionelle politische Aktivität, in sozialen Wandel umgesetzt. Besonders deutlich zeigt sich dieser Zusammenhang für strukturellen Wandel.

Schliesslich werden in Tabelle 29 auch die Zusammenhänge zwischen sozialem Wandel und dem Bildungsniveau bzw. den Bildungsausgaben in einem Kanton aufgeführt. Von diesen Indikatoren wurde gemäss Hypothese 27 ein positiver Einfluss auf das Ausmass strukturellen Wandels erwartet. Diese Erwartung findet keinerlei empirische Unterstützung. Die gefundenen Beziehungen sind alle negativ oder von nicht interpretierbarer Stärke.

Die stärksten negativen Zusammenhänge bestehen zwischen strukturellem Wandel und dem Bevölkerungsanteil mit Technikumsbildung. Sie schwächen sich bei Kontrolle des Ausmasses an - konventioneller und unkonventioneller - politischer Aktivität in einem Kontext nur geringfügig ab. Daher können wir annehmen, dass es sich hier um einen reaktiven Einfluss handelt.

In Abschnitt 10.3 haben wir den Bevölkerungsanteil mit Technikumsbildung - zusammen mit jenem mit Fachschulbildung - als Berufsbildungsdimension interpretiert. An der gleichen Stelle haben wir gesehen, dass diese Dimension die Prozesse gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung in spezifischer Weise - d.h. weitgehend unabhängig von der dominanten Dimension des durchschnittlichen Bildungsniveaus - beeinflusst. Auf dem Hintergrund dieser früheren Ergebnisse können wir die in Tabelle 29 dargestellten Ergebnisse so interpretieren, dass in Kantonen mit ausgebauter Berufsbildung politische Aktivität in geringerem Masse in strukturellen Wandel umgesetzt wird. Die reaktive Stabilisierung bezüglich strukturellen Wandels erscheint hier ausgeprägter.

11.3 Zusammenfassung

Die Analyse der reaktiven Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung wird durch zwei Faktoren entscheidend beeinträchtigt. Einerseits stellt die reaktive Stabilisierung - zumindest im Rahmen makrosoziologischer Arbeiten - eine weitgehend unerforschte Problemstellung dar (1). Zum anderen sind adäquate Daten auf dieser analytischen Ebene noch weniger verfügbar als für die vorangegangenen Analysen.

Angeichts dieser Ausgangslage erstaunt es nicht, dass die empirische Unterstützung der postulierten Beziehungen relativ gering ist. Wenden wir uns zunächst den Ergebnissen zu, die mit unseren - in Abschnitt 7.6 formulierten - Erwartungen übereinstimmen.

(1) Im Rahmen mikrosoziologischer Analysen vor allem von unkonventionellen Formen politischer Aktivität ist die Frage der reaktiven Stabilisierung bzw. im speziellen der Repression sehr viel häufiger untersucht worden (vgl. beispielsweise Tilly 1978, Kriesi et.al. 1981: Kapitel 7).

Hier ist einerseits das Ergebnis zu nennen, dass unkonventionelle politische Aktivität in einer tendenziell positiven Beziehung zu strukturellem (Rückgang des Einkommensanteils der reichsten 20%) und vor allem zu politischem Wandel (Sitzgewinne für SP und Nicht-Bundesratsparteien, Sitzverschiebungen insgesamt) steht. Sodann steht der Ausgabenanteil für Justiz und Polizei als Indikator für eine Repressionspolitik in einer negativen Beziehung zur Umsetzung politischer Aktivität in strukturellen Wandel.

Im Widerspruch zu unseren Erwartungen hat sich sodann gezeigt, dass das Ausmass konventioneller politischer Aktivität in einem Kontext nicht zu einem verstärkten sozialen Wandel führt. Und das durchschnittliche Bildungsniveau in einem Kontext (indiziert durch den Bevölkerungsanteil mit Abschluss einer "höheren Schule"; vgl. Abschnitt 10.3) zeigt keinen interpretierbaren Einfluss auf die reaktive Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung.

Neben diesen nichtbestätigten Zusammenhängen ergaben sich in zwei Fällen Hinweise auf eine Modifikation der theoretischen Vorstellungen. Ein hohes Wirtschaftswachstum scheint eine Randbedingung darzustellen, die strukturellen Wandel fördert und nicht - wie erwartet - hemmt. Dagegen geht ein hohes Berufsbildungsniveau einher mit einem geringeren strukturellen Wandel, fördert also offensichtlich eine reaktive Stabilisierung.

12. Zur Unterstützung des theoretischen Gesamtmodells

durch die empirischen Zusammenhänge

In den vorangegangenen Kapiteln 8 bis 11 wurden unter anderem die Beziehungen zwischen den endogenen Grössen unseres theoretischen Modells (soziale Spannungen, Illegitimitätswahrnehmung, politische Aktivität und sozialer Wandel) detailliert diskutiert. In diesem letzten Kapitel geht es zunächst darum, nochmals auf die wichtigsten dieser Beziehungen einzugehen und zu untersuchen, inwieweit sie das postulierte Modell in seiner Gesamtheit unterstützen. Dazu wird auf die in Kapitel 7 formulierten Grundthesen Bezug genommen.

Ein zweiter Abschnitt gilt den wichtigsten exogenen Bestimmungsgrössen des Modells und der Frage ihrer differenzierten Wirkung auf verschiedenen Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung.

Im Rahmen des zweiten Abschnittes soll auch beispielhaft darauf eingegangen werden, inwieweit sich neben den postulierten zusätzlichen Einflussgrössen identifizieren lassen, die Hinweise auf die Richtung geben, in der unser theoretisches Modell ergänzt werden müsste.

Dagegen wird in diesem Kapitel keine systematische Diskussion der unterstützten und widerlegten Einflüsse auf den einzelnen analytischen Ebenen vorgenommen; eine solche bleibt der Zusammenfassung in Teil III vorbehalten.

12.1 Beziehungen zwischen modellendogenen Grössen

Es werden in unserem theoretischen Modell vier Arten endogener Grössen unterschieden, welche für die folgenden Betrachtungen jeweils durch zwei typische Indikatoren repräsentiert werden:

- Soziale Spannung: Gesamtungleichheit der Einkommensverteilung und Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle.
- Illegitimitätswahrnehmung: Politische und gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung.
- Politische Aktivität: Abstimmungsbeteiligung 1968 und Häufigkeit unkonventioneller Ereignisse.
- Sozialer Wandel: Egalisierung der Einkommensverteilung und Sitzverschiebungen zwischen Parteien.

In Figur 7 werden die bivariaten Beziehungen zwischen diesen Indikatoren zusammengefasst, wobei wir uns auf die Beziehungen zwischen den aufgrund unseres theoretischen Modells jeweils benachbarten endogenen Grössen beschränken. Die Korrelationen zwischen allen acht Indikatoren sind aus Anhang D ersichtlich. Die in Figur 7 eingezeichneten Pfeile charakterisieren die analytische Wirkungsrichtung, sie sind nicht als Zeitpfade zu interpretieren.

Es wird unterschieden zwischen interpretierbaren positiven Beziehungen, welche ein geringes Ausmass stabilisierender Effekte auf der entsprechenden Ebene indizieren, und negativen oder vergleichsweise geringen positiven Beziehungen, welche anzeigen, dass auf der entsprechenden Ebene eine bedeutsame Stabilisierung stattfindet.

Aus Figur 7 ergeben sich zwei Hauptpfade, zwischen denen primär die Konventionalität der politischen Aktivität diskriminiert.

Auf dem einen Pfad (Gesamtungleichheit-Illegitimitätswahrnehmung-Abstimmungsbeteiligung-Sozialer Wandel) dominieren auf allen analytischen Ebenen stabilisierende Einflüsse. Es findet keine Umsetzung von Destabilisierungstendenzen in Richtung sozialer Wandel statt. Am stärksten zeigt sich diese Stabilisierung auf der artikulativen Ebene (deutliche negative Beziehung zwischen - gesellschaftlicher - Illegitimitätswahrnehmung und Abstimmungsbeteiligung).

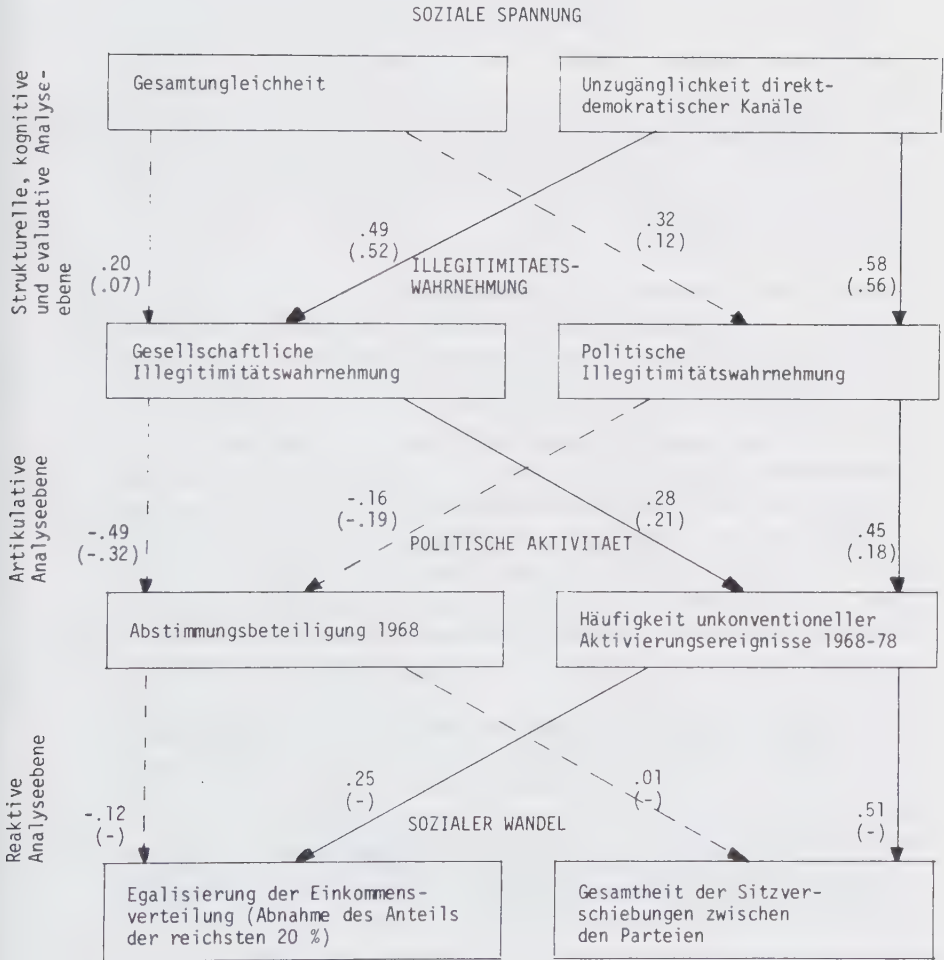
Auf dem zweiten Hauptpfad (Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle-Politische Illegitimitätswahrnehmung-Unkonventionelle Aktivierungsereignisse-Sozialer Wandel) lässt sich eine geringe Stabilisierung feststellen. Destabilisierungstendenzen werden hier relativ stark in Richtung sozialer Wandel "weitergeleitet".

An den in Figur 7 aufgeführten Zusammenhängen lassen sich die in Abschnitt 7.3 formulierten alternativen Grundthesen unseres theoretischen Modells exemplarisch überprüfen.

Bezüglich These I zeigt sich, dass politische Spannungen zu einer verstärkten Illegitimitätswahrnehmung führen und somit These I A

Figur 7: Verifizierung des Gesamtmodells gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung: Zusammenhänge zwischen modellendogenen Grössen

Die Koeffizienten sind Pearson Korrelationskoeffizienten im Kantons- (Gemeinde-) Vergleich. Keine Signifikanzangaben.



Legende: → Interpretierbare positive Beziehungen: Destabilisierung.

--> Negative oder vergleichsweise geringe positive Beziehungen: Stabilisierung.

(-) Aufgrund Datenlage nicht überprüfbarer Zusammenhang.

unterstützen. Strukturelle Spannungen werden grösstenteils stabilisiert (u.a. durch Substitutionsprozesse, vgl. Kapitel 8), so dass hier These I B Unterstützung findet.

Analog gilt es bezüglich These II zu differenzieren. Konventionelle politische Aktivität wird durch eine erhöhte Illegitimitätswahrnehmung nicht stärker (These II B), wogegen unkonventionelle politische Aktivität durch Illegitimität gefördert wird (These II A).

Schliesslich geht unkonventionelle politische Aktivität einher mit verstärktem sozialen Wandel (These III A), wogegen konventionelle politische Aktivität keinen Zusammenhang zu sozialem Wandel zeigt (These III B).

Das in Figur 7 dargestellte Modell erlaubt es, die Bedeutung bestimmter gesellschaftlicher Prozesse für die gesellschaftliche Stabilität zu bestimmen. Hierfür sei kurz ein Beispiel auf der Einstellungs- und der Verhaltensebene angeführt.

Auf der Einstellungsebene gehen wir davon aus, dass unter bestimmten Bedingungen Unzufriedenheit (Illegitimität) in stärkerem Masse als gesellschaftliche denn als politische wahrgenommen wird. Ein solcher Prozess könnte gemäss Figur 7 als Stabilisierung interpretiert werden, da sich gesellschaftliche Illegitimität weniger stark in politische Aktivität umsetzt als politische Illegitimität. Und unkonventionelle Aktivität ihrerseits führt in stärkerem Masse zu sozialem Wandel.

Oder nehmen wir auf der Verhaltensebene eine Verlagerung von konventionellen Formen politischer Aktivität zu unkonventionellen Formen, wie sie sich um 1968 in der Schweiz vollzog (vgl. Kriesi et.al. 1981). Eine solche Verschiebung der Artikulationsform ist gemäss Figur 7 als Destabilisierung zu interpretieren, da unkonventionelle politische Aktivität deutlich stärkere Beziehungen zu sozialem Wandel aufweist.

12.2 Exogene Einflussfaktoren

Der Einfluss exogener Grössen auf Stabilisierungs- bzw. Entstabilisierungsprozesse auf den verschiedenen analytischen Ebenen wird anhand des typischen Destabilisierungspfades "Einkommensungleichheit - Politische Illegitimitätswahrnehmung - Unkonventionelle politische Aktivität - Egalisierung der Einkommensverteilung" diskutiert.

Die Auswahl dieses spezifischen Pfades geht einerseits davon aus, dass Destabilisierungspfade im Rahmen unseres Modells adäquater interpretiert werden (1). Andererseits wurden Einkommensungleichheit und ihre Veränderung als Anfangs- und Endpunkte des Pfades ausgewählt, da es sich hier um die - unter den verfügbaren Indikatoren - grundlegendsten Gesellschaftsmerkmale handeln dürfte. Demgegenüber sind politische Spannungen bereits aus Spannungen in der Gesellschaftsstruktur abgeleitet.

Der so ausgewählte Destabilisierungspfad wird nun auf exogene Determinanten hin untersucht. Diese sollen unter zwei Aspekten diskutiert werden. Für die postulierten Beziehungen geht es um die Frage, ob sie eine Bestätigung finden oder nicht. Dieser erste Aspekt wird in Teil III in systematischer Weise wieder aufgenommen, er steht an dieser Stelle daher eher im Hintergrund. Der zweite Aspekt betrifft die Frage nach Effekten exogener Grössen, die nicht postuliert wurden und daher unser theoretisches Modell erweitern könnten (2).

In Tabelle 30 sind die Effekte der wichtigsten exogenen Grössen auf die Illegitimitätswahrnehmung, die politische Aktivität und den sozialen Wandel zusammengefasst. Wie erwähnt geht es dabei lediglich um die Effekte auf einen einzelnen Destabilisierungspfad.

-
- (1) Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Abstimmungspartizipation mit dem hier präsentierten Modell nur unvollständig konzipiert werden kann, da sie häufig nicht Ausdruck von Illegitimität, sondern im Gegenteil von Legitimität der Gesellschaft bzw. des politischen Systems ist.
 - (2) Dieser Aspekt wird lediglich in diesem Kapitel und damit eher beispielhaft diskutiert. Eine systematische diesbezügliche Betrachtung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Tabelle 30: Postulierte und nicht-postulierte Effekte ausgewählter Bestimmungsgrössen auf den Destabilisierungspfad
"Einkommensungleichheit - Politische Illegitimitätswahrnehmung - Unkonventionelle politische Aktivität - Egalisierung der Einkommensverteilung".

Einfache (Pearson) und partielle Korrelationskoeffizienten im Kantons- (Gemeinde-)vergleich. Keine Signifikanzangaben.

Exogene Bestimmungsgrössen	Endogene Modellgrössen		
	Politische Illegitimität (Bivariate Beziehung)	Unkonventionelle Aktivierungsereignisse (Kontrolle der polit. Illegit.)	Egalisierung der Einkommensverteilung (Kontrolle unkonv. Aktivierungsereignisse)
Pro Kopf Einkommen	<u>.03 (-.11) PB</u>	<u>.66 (.29)</u>	.41 (-)
Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	<u>.01 (.02) PB</u>	-.23 (-.29)	<u>.29 (-) NB</u>
Einkommensungleichheit	<u>.32 (.12) PB</u>	<u>-.15 (-.22)</u>	.73 (-)
Unzugänglichkeit direktdemokratischer Kanäle	<u>.58 (.56)</u>	<u>-.14 (-.16) NB</u>	-.22 (-)
Sitzanteil Sozialdemokratische Partei	<u>.03 (.09) NB</u>	<u>.32 (.09)</u>	-.20 (-)
Sitzanteil Nicht-Bundesratsparteien	<u>.21 (.10) NB</u>	<u>.62 (.30)</u>	-.24 (-)
Bildungsniveau	<u>.51 (-)</u>	<u>.69 (-)</u>	<u>.17 (-) NB</u>
Sprachkultur Deutsch	<u>-.65 (-.40)</u>	-.27 (-.40)	-.32 (-)
Katholizismus	<u>.09 (.04) PB</u>	-.21 (-.47)	.02 (-)
Post-Materialismus	<u>.64 (.21)</u>	.09 (.14)	.49 (-)
Urbanisierung	.13 (-.01)	<u>.78 (.46)</u>	.15 (-)
Ausgaben für Justiz und Polizei	.30 (-)	.45 (-)	<u>-.48 (-)</u>
Bildungsausgaben	.31 (-)	.45 (-)	-.02 (-)

Postulierte Beziehungen sind unterstrichen. Falls die aufgeführten Korrelationskoeffizienten die postulierte Beziehung nicht oder nur teilweise bestätigen, ist dies zusätzlich angemerkt. Dabei bedeutet:

NB = Nicht-Bestätigung der postulierten Beziehung

PB = Partielle Bestätigung der postulierten Beziehung, d.h. erst bei Kontrolle von Substitutionsbeziehungen.

Die aufgeführten empirischen Zusammenhänge sind zunächst danach unterschieden, ob sie im Rahmen unseres theoretischen Modells in Kapitel 7 postuliert wurden oder nicht. Postulierte Zusammenhänge sind unterstrichen. Bei den postulierten Beziehungen stellt sich zudem die Frage, ob sie bezüglich Richtung und Stärke des Zusammenhangs der Erwartung entsprechen. In Tabelle 30 sind diejenigen Zusammenhänge zusätzlich gekennzeichnet, die nicht oder nur partiell (d.h. bei Kontrolle dritter Faktoren) unseren Erwartungen entsprechen.

Die in Tabelle 30 zusammengestellten Ergebnisse werden nach Analyseschritten diskutiert. Wir wenden uns somit zunächst den endogenen Determinanten der (politischen) Illegitimitätswahrnehmung zu.

Für beinahe alle exogenen Grössen wurde ein Effekt auf die Illegitimitätswahrnehmung postuliert. In zwei Fällen, nämlich den Sitzanteilen marginaler Parteien, fanden unsere Erwartungen keine Bestätigung. Für vier weitere Grössen (Einkommensungleichheit, Pro Kopf Einkommen, Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens und Katholizismus) zeigen sich die postulierten Beziehungen erst bei Kontrolle anderer exogener Grössen. In diesen Fällen sind in Tabelle 30 die bivariaten Korrelationen aufgeführt, welche die postulierte Beziehung nicht unterstützen.

Lediglich für drei der in Tabelle 30 aufgeführten Grössen wurde kein Einfluss auf die Illegitimitätswahrnehmung postuliert. Vor allem die Urbanisierung zeigt dann tatsächlich auch Nullbeziehungen. Der tendenziell positive Effekt des Bildungsausgabenanteils ist zweifellos im Zusammenhang mit dem Bildungsniveau zu sehen, welches jedoch einen deutlich stärkeren Effekt zeigt. Am ehesten könnte der Einfluss des Ausgabenanteils für Justiz und Polizei zu einer Erweiterung des theoretischen Modell beitragen. Als Indikator für eine Repressionspolitik, welche auf der reaktiven Ebene stabilisierend wirkt, könnte diese Variable als Destabilisierungsfaktor hinsichtlich der Illegitimitätswahrnehmung ins theoretische Modell eingebaut werden.

Im Rahmen des zweiten Analyseschrittes wurden weniger exogene Effekte postuliert als im ersten Analyseschritt. Von diesen fand - für unkonventionelle Aktivierungsereignisse - eine einzige

keine Bestätigung. Die Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle hat wider Erwarten keinen interpretierbaren aktivitätsfördernden Effekt. Die Nicht-Bestätigung dieser Beziehung für unkonventionelle Aktivierungsereignisse muss allerdings im Zusammenhang mit einer Verlagerung der Aktivität in den konventionellen Bereich gesehen werden (vgl. Abschnitt 10.5). Der (nicht-postulierte) Effekt der Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens wurde bereits in Abschnitt 10.2 diskutiert.

Somit bleiben auch auf der artikulativen Ebene wiederum nicht-erwartete Einflüsse der Ausgabenstruktur zu erwähnen. Der Bildungsausgabenanteil dürfte wiederum mit dem (postulierten und bestätigten) Einfluss des Bildungsniveaus zusammenhängen. Für den positiven Effekt des Ausgabenanteils für Justiz und Polizei bieten sich drei Erklärungen an, welche in weiteren Analysen empirisch abgeklärt werden müssten.

1. Es handelt sich um eine Scheinbeziehung.
2. In diesem Effekt kommt eine allgemeine Erhöhung des Niveaus politischer Aktivität zum Ausdruck: Eine Repressionspolitik führt - in der Schweiz - zu einer stärkeren Politisierung.
3. Der positive Einfluss ist das Resultat einer Aktivitätsverlagerung in den unkonventionellen Bereich.

Die beiden letztgenannten, theoretischen Erklärungen würden beinhalten, dass Repressionspolitiken in den betrachteten Kontexten kontraproduktiv sind.

Der letztgenannte Analyseschritt betraf - wie bereits mehrfach erwähnt - einen Themenbereich, der im Rahmen makrosoziologischer Arbeiten noch kaum erforscht ist. Demzufolge wurden hier am wenigsten Hypothesen formuliert, welche zudem nur in geringem Masse bestätigt wurden (vgl. Kapitel 11). Umso interessanter ist hier eine Diskussion der nicht postulierten Effekte, die ein interpretierbares Ausmass annehmen.

Vor allem in drei Bereichen zeichnen sich aufgrund der in Tabelle 30 zusammengefassten Zusammenhänge Grenzen oder Erweiterungen des theoretischen Modells an.

Den gesamthaft stärksten Einfluss auf die Egalisierung der Einkommensverteilung zeigt die Einkommensverteilung selbst. Das deutet einerseits darauf hin, dass - zumindest struktureller - Wandel nicht primär durch die gesellschaftliche Basis

beeinflusst wird, sondern weitgehend einer Eigengesetzlichkeit folgt. Extreme Ungleichheiten tendieren dazu, sich zu verringern - relativ unabhängig von der Perzeption und dem politischen Verhalten der Bürger (1).

Sodann zeigt sich, dass eine hohe durchschnittliche Ressourcenverfügbarkeit (Pro Kopf Einkommen bzw. Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens) die Stabilisierung auf der reaktiven Ebene verringert, und somit basisinitiierten sozialen Wandel fördert. Abzuklären bleibt hier, inwieweit diese Zusammenhänge durch den dominanten Einfluss der Einkommensungleichheit selbst bedingt, d.h. Scheinkorrelationen sind.

Schliesslich ist ein positiver Einfluss der Verbreitung post-materialistischer Wertstrukturen auf egalisierenden strukturellen Wandel festzustellen. Eine Bestätigung dieses Zusammenhangs im Rahmen multivariater Analysen vorausgesetzt dürfte der Post-Materialismus das Repressionspotential in einem Kontext verringern, welches - gerade aufgrund unserer Ergebnisse in Kapitel 11 - ein zentrales Element reaktiver Stabilisierung zu sein scheint (zum Begriff des Repressionspotentials vgl. auch Barnes, Kaase 1979).

12.3 Zusammenfassung

In Kapitel 12 wurden verschiedene Ergebnisse vorangegangener Kapitel wieder aufgegriffen und in ihrer Gesamtheit sowie hinsichtlich der Bestätigung und Weiterentwicklung des in Kapitel I eingeführten theoretischen Modells diskutiert. Gleichzeitig wurden an Beispielen Möglichkeiten der Anwendung des - nun empirisch abgestützten - theoretischen Modells angeführt.

-
- (1) An diesem Punkt stösst unser theoretisches Modell mit seiner Orientierung an der gesellschaftlichen Basis (am "Normalbürger") an eine Grenze. Wir müssen festhalten, dass der im Rahmen dieses Modells diskutierte strukturelle Wandel in der Schweiz nicht dominant ist. Aus der Perspektive des Modells bedeutet dies, dass potentieller, von der Basis initiiert Wandel erfolgreich stabilisiert wird.

Im Rahmen von Teil III (Zusammenfassung und Folgerungen) wird auf die Bestätigung bzw. Widerlegung der einzelnen Zusammenhänge unseres theoretischen Modells ausführlich eingegangen werden. In diesem Kapitel (vor allem Abschnitt 12.2) sind darüberhinaus auch Hinweise auf mögliche Erweiterungen des Modells gesammelt worden.

Dabei wurde deutlich, wo die Grenzen des theoretischen Modells liegen. Sozialer Wandel kann nur insoweit adäquat erfasst werden, als er die gesellschaftliche und politische Basis involviert. Eine Analyse elitengesteuerten, z.B. technokratischen Wandels setzt demgegenüber eine andere theoretische Perspektive voraus.

Teil III: Zusammenfassung und Folgerungen

13. Probleme der vorgelegten Arbeit

In diesem ersten Kapitel des zusammenfassenden Teils soll auf Probleme und Begrenztheiten der vorgelegten Arbeit hingewiesen werden. Auf dem Hintergrund dieser Probleme können dann die im folgenden zusammengefassten Ergebnisse adäquat interpretiert werden. Gleichzeitig dient dieses Kapitel dazu, auf offene Probleme und sinnvolle Weiterarbeit hinzuweisen.

13.1 Datenprobleme

Die weitreichende theoretische Fragestellung der vorliegenden Arbeit bedingte einen Datenkörper, der umfangreich und vor allem sehr heterogen war. Wir haben bereits früher (Abschnitt 7.7) darauf hingewiesen, dass die verwendeten Daten aus einer Umfrage, aus Sekundärstatistiken und schliesslich aus Massenmedien stammen. Eine weitere Komplizierung des Datenkörpers ergab sich daraus, dass die Analysen auf mehreren Systemebenen durchgeführt wurden. Im folgenden beschränken wir uns auf die Diskussion von Problemen, die sich im Rahmen entweder der Kantons- oder der Gemeindevergleiche ergaben. Probleme der Analyse auf der individuellen Ebene, die primär im Rahmen von Exkursen behandelt wurde, werden somit nicht diskutiert.

Die Kombination verschiedener Datenquellen und Analyseebenen stellt eine Forschungsstrategie dar, der gerade in der Schweiz mit ihrer begrenzten Forschungskapazität im sozialwissenschaftlichen Bereich eine zunehmende Bedeutung zukommen dürfte, da sie eine umfassende Auswertung der vorhandenen Datensätze erlaubt. Die weitreichende Problemstellung, ihre Neuheit sowie die Heterogenität der Daten führte dazu, dass einzelne Grössen zu wenig detailliert analysiert werden konnten. Eine zweite Hauptquelle von Datenproblemen bestand darin, dass für theoretisch interessante Grössen keine Daten zur Verfügung standen und eine Neuerhebung an den verfügbaren Ressourcen scheiterte.

Bevor wir nun auf einige konkrete Mängel im Datenkörper eingehen, soll darauf hingewiesen werden, dass in drei Bereichen Daten verwendet werden konnten, die im Vergleich zu früheren Studien

wesentliche Verbesserungen aufwiesen. Zunächst sind hier die aus den Wehrsteuerstatistiken abgeleiteten Daten zur Einkommensverteilung zu nennen, die bezüglich der Wehrsteuerfreigrenze korrigiert wurden (vgl. Abschnitt 7.7.3.6). Zweitens konnten aufgrund der Arbeiten von Fischer (1980), Fischer et.al. (1981), verbesserte Angaben zum Pro Kopf Einkommen der Kantone benutzt werden (vgl. Abschnitt 7.7.3.4). Schliesslich wurden mit der Volkszählung 1970 erstmals Daten zum Bildungsniveau der Bevölkerung in den Kantonen verfügbar, die in früheren Arbeiten angenähert werden mussten (vgl. beispielsweise Holenweger, Nef, 1975 oder Hoby 1975).

Ein erstes Datenproblem besteht darin, dass für den Gemeindevergleich lediglich eine repräsentative Stichprobe (1) von Schweizer Gemeinden untersucht werden konnte. Diese umfasste ursprünglich zwar immerhin 130 Gemeinden, bezüglich politischer Indikatoren reduzierte sie sich aber auf rund 90 Gemeinden. Für einzelne Grössen wie etwa die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Institutionen (Initiativen, Referenden) umfasste das Sample sogar nur noch rund 60 Einheiten. Diese Reduktion des Ursprungssamples ergab sich einerseits aus einer Rücklaufquote von 70% bei der Befragung von Gemeindeverwaltungen, andererseits aus der Nicht-Beantwortung einzelner Fragen durch die antwortenden Gemeindeverwaltungen (vgl. auch Anhang F).

Ein zweites Problem betrifft die Repräsentativität der aggregierten Umfrageergebnisse für die untersuchten Kontexte. Dieses Problem betrifft sowohl den Kantons- als auch den Gemeindevergleich. Die geschichtete Stichprobe von Kerr et.al. (1975) brachte es mit sich, dass bevölkerungsarme Kontexte häufig nur eine sehr geringe Zahl von Befragten aufweisen (vgl. Anhang A und B). Auch dieses Datenproblem wäre aber nur mit einem sehr grossen Ressourceneinsatz zu lösen. Eine Korrektur von Verzerrungen durch Unterschiede im Status der Befragten erwies sich als nicht notwendig, da die Beziehungen zwischen dem gesell-

(1) Bei dieser Stichprobe handelt es sich um 130 der 131 Gemeinden, in denen von Kerr et.al. (1975) Befragungen durchgeführt wurden (vgl. auch Abschnitt 7.7.1).

schaftlichen Status der Befragten und ihrer Illegitimitätswahrnehmung sehr gering waren (vgl. Abschnitt 7.7.1).

Der Gemeindevergleich wurde durch zwei weitere Datenprobleme beeinträchtigt. Einerseits sind für die Gemeinden gesamthaft weniger Daten verfügbar als für die Kantone, was die Differenziertheit der Analyse verringerte. Andererseits fehlen im speziellen Angaben zum Bildungsniveau der in einer Gemeinde ansässigen Bevölkerung. Dies ist deshalb von entscheidender Bedeutung, weil das Bildungsniveau den einzigen Indikator für kognitive Determinanten von Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozessen darstellt. Eine der fünf Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung entzieht sich somit vollständig einer empirischen Analyse; ebensowenig können auf Gemeindeebene Substitutionsprozesse zwischen dieser und anderen analytischen Ebenen untersucht werden.

Die kognitive Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung/Destabilisierung kann datenmässig auch auf kantonaler Ebene nur schlecht abgedeckt werden, da - wie erwähnt - mit dem Bildungsniveau nur ein einziger Indikator verfügbar ist. Es fehlen Daten über die Massenmedienverbreitung in Kantonen und Gemeinden, welche einen zusätzlichen Hinweis auf kognitive Kapazitäten geben würden (1).

Ein spezielles Problem stellt die Operationalisierung des allgemeinen Niveaus politischer Aktivität dar. Diese theoretische Grösse stellt gleichsam einen Durchschnitt aller untersuchten Formen politischer Aktivität dar. Nun handelt es sich bei den einzelnen Indikatoren politischer Aktivität um so unterschiedliche Grössen, dass es sich hierbei sicher nicht um einen einfachen Durchschnittswert handeln kann. Das Niveau politischer Aktivität wurde deshalb im Rahmen unserer Analyse nicht als separater Indikator in die Analyse eingeführt. Die Bildung eines solchen Indikators hätte eine Standardisierung der verschiedenen Indikatoren politischer Aktivität vorausgesetzt, die nicht geleistet werden konnte. Aussagen über das Niveau politischer Aktivität wurden aus einem heuristischen Vergleich der einzelnen

(1) Für Ländervergleiche verfügt man über entsprechende Angaben zur Massenmedienverbreitung (vgl. beispielsweise Zwicky, Heintz 1982).

Formen politischer Aktivität gewonnen.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem föderalistischen Aufbau des politischen Systems der Schweiz, welcher eine Differenzierung aller untersuchten politischen Grössen (Zufriedenheit mit der Regierung, politische Aktivität, Staatsstruktur) nach Systemebenen nötig machen würde. Aus Gründen des Aufwands sowie der vorliegenden Daten (Kerr-File) konnte eine solche Differenzierung nur in Einzelfällen vorgenommen werden, was es auch verunmöglichte, dass Interaktionen und Transfers zwischen den Systemebenen einer detaillierten Analyse unterzogen wurden.

Ein letzter Problemkreis betrifft die Tatsache, dass für Einstellungsdaten (Illegitimitätswahrnehmung) keine Zeitreihen vorliegen. Ebenso wenig wurden die Informationen über Aktivierungsereignisse zu mehr als einem Zeitpunkt gemessen. Diese Beschränktheit der Daten impliziert, dass über die Dynamik gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung keine empirisch abgestützten Aussagen gemacht werden können, wir müssen uns diesbezüglich auf Plausibilitätsüberlegungen beschränken (vgl. Abschnitt 14.5).

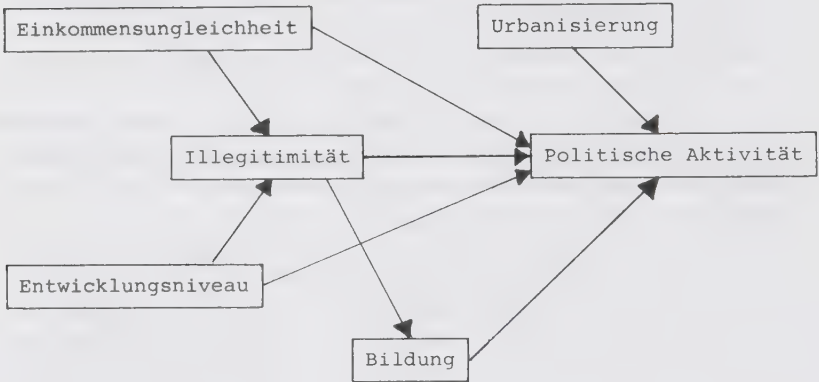
13.2 Methodische Probleme

Die bereits im vorangehenden Abschnitt erwähnte weitreichende Fragestellung und ihre Neuheit führten auch dazu, dass die empirische Analyse auf relativ einfachen statistischen Methoden beruht.

Die unterstellten Kausalrichtungen werden keinem empirischen Test unterzogen, es handelt sich im strengen Sinne um eine Analyse von Kovarianzen. Zudem wird die Möglichkeit von Interaktionen zwischen den untersuchten Grössen nicht berücksichtigt.

Von einem methodischen Standpunkt aus würde der nächste Schritt vermutlich in einer Berechnung von Pfadmodellen bestehen (vgl. beispielsweise Blau, Duncan 1967). In ein solches Modell würden dann beispielsweise gleichzeitig die Illegitimität und verschiedene exogene Grössen als Determinanten politischer Aktivität eingeführt.

Figur 8: Exemplarisches Pfadmodell zur Erklärung politischer Aktivität



Ein solches exemplarisches Pfadmodell könnte ergänzt werden durch einzelne Interaktionen zwischen den eingeführten Grössen. Analog zu diesem Beispiel könnte auch ein Modell zur Erklärung sozialen Wandels gebildet werden, wo neben verschiedenen exogenen Grössen auch die Illegitimitätswahrnehmung und Indikatoren für politische Aktivität als Determinanten eingeführt würden.

Eine derartige Pfadanalyse würde eine direkte Operationalisierung des postulierten theoretischen Gesamtmodells darstellen; sie entspricht bildlich auch den Figuren 3 in Kapitel 7 und 10 bzw. 11 in Kapitel 14.

Eine sinnvolle Anwendung der Pfadanalyse setzt aber Kenntnisse über relevante Bestimmungsfaktoren der abhängigen Variable voraus, die erst das Resultat dieser Arbeit darstellen. Zudem ergeben sich bei der konkreten Durchführung einer solchen Pfadanalyse sowohl auf kantonaler als auch auf kommunaler Ebene Probleme. Ein Kantonsvergleich steht vor dem Problem einer geringen Zahl von Einheiten (N=23; ohne SZ und NW, wo von Kerr et.al. (1975) keine Befragungen durchgeführt wurden). Auf kommunaler Ebene dagegen sind keine Angaben zum Bildungsniveau der Bevölkerung vorhanden, wodurch kognitive Einflussfaktoren vernachlässigt werden müssten (vgl. auch Abschnitt 13.1).

Ein weiteres methodisches Problem betrifft die Zeitverzögerungen, die sich bei den postulierten Beeinflussungen ergeben. Die Analysen beruhen zwar auf Daten, welche der postulierten Kausalrichtung entsprechend zu unterschiedlichen Zeitpunkten gemessen wurden. Die Grösse dieser Verzögerungen wurde aber nicht empirisch, sondern induktiv bestimmt. Sie wurde zudem durch die Datenverfügbarkeit beeinflusst.

Ein letztes Problem ergab sich hinsichtlich der Untersuchung von Aggregationseffekten. Die Zahl der Einheiten des Kantonsvergleichs war notwendigerweise deutlich kleiner als die Zahl der Einheiten des Gemeindevergleichs. Da die unterschiedliche Grösse des Samples auch die Höhe von Korrelationskoeffizienten beeinflusst, konnte kein präzises Kriterium für die Existenz von Aggregationseffekten bestimmt werden. Vielmehr wurde induktiv eine Differenz zwischen den Korrelationskoeffizienten auf kantonomer und auf kommunaler Ebene bestimmt, ab welcher ein Aggregationseffekt diagnostiziert wurde.

13.3 Theoretische Probleme

Die Hauptprobleme in theoretischer Hinsicht leiten sich einerseits aus der makrosoziologischen Fragestellung, sowie der makrosoziologischen Untersuchungsanordnung, andererseits aus einem speziellen Interesse an Destabilisierungs- gegenüber Stabilisierungsprozessen her.

Der wichtigste Mangel, der sich aus dem makrosoziologischen Charakter der Arbeit ergibt, dürfte darin bestehen, dass sich die Gründe der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätszuschreibung einer Untersuchung entziehen. Dies stellt sicher im Lichte mikrosoziologischer Fragestellungen einen entscheidenden Mangel dar. Aber auch unter makrosoziologischer Perspektive entfällt damit eine wichtige Problemstellung. Verschiedene Legitimitätsgründe können nämlich eine unterschiedliche Stabilität aufweisen (vgl. Kapitel 5, Abschnitt 5). Somit erlauben es die Ergebnisse unserer Arbeiten nur in beschränkter Masse, Aussagen über die zeitliche Konstanz von Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungstendenzen hinsichtlich der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung zu machen.

Ein zweites Problem wurde bereits in der Einleitung als Einseitigkeit der theoretischen Fragestellung angesprochen. Wir untersuchen hier lediglich den Einfluss "des Bürgers", d.h. der gesellschaftlichen und politischen Basis, auf Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozesse. Gerade bei der Untersuchung von strukturellem Wandel in Kapitel 11 hat sich nun aber gezeigt, dass dieser Einfluss vergleichsweise gering ist.

Eine ähnliche Einseitigkeit ergibt sich bezüglich der Untersuchung politischer Aktivität. Hier stand die Frage im Vordergrund, inwieweit politische Aktivität Illegitimität zum Ausdruck bringt (vgl. Einleitung zu Kapitel 3). Die stabilisierende Funktion politischer Aktivität, wie sie beispielsweise in einer Abstimmungsbeteiligung aus Pflichtbewusstsein zum Ausdruck kommt, wurde weitgehend vernachlässigt.

Diese Akzentsetzung muss im Zusammenhang mit einer gesamthaft hohen Stabilität in der Schweiz gesehen werden (vgl. Abschnitt 14.1), aufgrund welcher die Untersuchung von Destabilisierungsprozessen eine besondere Bedeutung erhält.

Ein spezifischer theoretischer Mangel ist für die Untersuchung von Determinanten politischer Aktivität festzuhalten. Dort wurde mangels direkt verfügbarer Daten der Einfluss organisationaler Ressourcen (z.B. in Form des gewerkschaftlichen Organisationsgrades) vernachlässigt, obwohl sowohl internationale (vgl. Verba, Nie, Kim 1978) als auch schweizerische Arbeiten (vgl. Kriesi et.al. 1981) darauf hindeuten, dass diese Grösse von entscheidender Bedeutung ist (1).

Schliesslich wurde auch in theoretischer Hinsicht dem Problem der Interaktionen und Transfers zwischen verschiedenen Systemebenen zu wenig Rechnung getragen. Eine systematische Untersuchung entsprechender Zusammenhänge - wie sie sowohl notwendig als auch äusserst interessant wäre - führt aber zu einer enormen Steigerung des Arbeitsaufwandes und konnte daher im Rahmen dieser Arbeit nicht durchgeführt werden.

-
- (1) Zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Arbeit sind Daten über den gewerkschaftlichen Organisationsgrad in den Kantonen zugänglich geworden (vgl. Rusterholz, Zwicky 1982), die aber nicht mehr berücksichtigt werden konnten.

14. Stabilisierung und Destabilisierung von Schweizer Kontexten:

Zur Verifizierung des theoretischen Modells

In diesem Kapitel wird versucht, einige wichtige Folgerungen aus den präsentierten Ergebnissen hinsichtlich des Standes und der Mechanismen gesellschaftlicher Stabilisierung und Destabilisierung zu ziehen. Diese Folgerungen basieren primär auf der Analyse von drei zentralen Dimensionen der Auseinandersetzung des Bürgers mit der Gesellschaft, nämlich seiner Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung, seiner konventionellen und seiner unkonventionellen politischen Aktivität (1).

Wir gehen zunächst auf die Frage des Stabilitätsgrades der Schweiz und ihrer subnationalen Kontexte insgesamt ein (Abschnitt 14.1). Anschliessend diskutieren wir die relative Bedeutung der verschiedenen - analytischen - Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung (Abschnitt 14.2). Die beiden folgenden Abschnitte gelten einerseits den Beziehungen zwischen den endogenen Grössen des theoretischen Modells (Abschnitt 14.3), andererseits dem Einfluss exogener Determinanten (Abschnitt 14.4). Durch Ueberlegungen zu zeitlichen Veränderungen der Stabilität bzw. Labilität (Abschnitt 14.5) wird das Kapitel vervollständigt.

14.1 Gesamtstabilität

Die Besorgnis über die geringe Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz hat verschiedene Wurzeln. Bereits in der Einleitung wurde darauf hingewiesen, dass sie einerseits dem Widerspruch zur dominanten politischen Kultur entspringt, die einer starken Partizipation des Bürgers einen hohen Wert zuweist. Hinter dieser Besorgnis steht aber zweifelsohne auch die Befürchtung, die

- (1) Die meisten vergleichbaren Arbeiten können jeweils nur eine oder höchstens zwei dieser grundlegenden Dimensionen der Auseinandersetzung des Bürgers mit der Gesellschaft in Betracht ziehen. Lediglich die Studie von Barnes, Kaase (1979) enthält ebenfalls Hinweise auf alle drei Dimensionen. Im Unterschied zur vorliegenden Arbeit basieren dort die Angaben zur politischen Aktivität aber auf einer Befragung und sind die Einheiten der Analyse nicht Kontexte, sondern Individuen.

geringe Beteiligung des Bürgers könne über kurz oder lang die Stabilität der Schweiz bedrohen.

Aufgrund neuerer ausländischer Arbeiten scheint diese Sorge - auch für die Schweiz - nicht sehr begründet (vgl. Barnes, Kaase 1979, Kaase 1980), während frühere Arbeiten eine kommende "Legitimationskrise" diagnostizierten (vgl. Habermas 1973, Offe 1973, sowie Abschnitt 4.3 in Teil I).

Die Hauptargumente von Kaase (1980) gegen eine grundlegende Bedrohung der gesellschaftlichen Stabilität in den westeuropäischen Ländern sind:

- (a) Konkrete Alternativen zu den westlichen Systemen in Form einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation verlieren durch die Entwicklungen im Ostblock in zunehmenden Masse an Attraktivität.
- (b) In den neuen Protestformen in der westlichen Welt (unkonventionelle politische Aktivitäten) artikulieren sich weniger die unterprivilegierten Randgruppen als vielmehr höhere gesellschaftliche Schichten.

Im folgenden werden die wichtigsten Hinweise auf die Gesamtstabilität, welche sich aus unserer empirischen Analyse ergeben, zusammengefasst.

Spannungen in der Gesellschaftsstruktur (Einkommensungleichheit, vergleichsweise geringes Pro Kopf Einkommen) führen nur zu einer geringen Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung. Dafür sind vor allem Substitutionsprozesse verantwortlich: In Kontexten mit einer höheren Einkommensungleichheit ist auch die Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens grösser. In Kontexten mit einem geringeren Pro Kopf Einkommen ist ein tieferes Bildungsniveau festzustellen, welches die Wahrnehmung dieser strukturellen Spannung beeinträchtigt.

Gesellschaftsstrukturelle Spannungen stellen also schon bezüglich der Illegitimitätswahrnehmung ein relativ schwaches Destabilisierungspotential dar. Darüberhinaus beeinträchtigen sie - mittels geringerer Ressourcen - die Artikulation von Illegitimität.

Als Folge dieser verschiedenen Stabilisierungsmechanismen ergibt sich ein erster, zentraler Befund zur gesellschaftlichen Stabilität in der Schweiz: Strukturelle Spannungen wie eine hohe Einkommensungleichheit oder ein unterdurchschnittliches Pro Kopf Einkommen führen nicht zu einer Mobilisierung des Bürgers. Insofern zeichnet sich das interkontextuelle System der Schweiz durch eine hohe Stabilität aus. Die Bedeutung dieses Ergebnisses kann durch einen Vergleich mit dem Weltsystem von Nationen verdeutlicht werden. Dort zeigen empirische Ländervergleiche, dass die Häufigkeit von politischer Aktivität in Ländern mit einem geringeren Durchschnittseinkommen und einer höheren Einkommensungleichheit deutlich grösser ist (vgl. Jackman 1975, Schwartzman 1972 oder Zwicky, Heintz 1982).

Wie gesehen werden strukturelle Spannungen zum grossen Teil stabilisiert, bevor sie zu einer Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung führen. Die Analyse in Kapitel 8 hat aber auch zur Identifikation von Faktoren geführt, die das Ausmass an Illegitimität in einem Kontext wesentlich beeinflussen. Es sind dies die Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle, das Bildungsniveau, die Sprachkultur und schliesslich der Postmaterialismus. Diese Bestimmungsfaktoren von Illegitimitätswahrnehmung sollen im folgenden hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Gesamtstabilität diskutiert werden.

Um diese Faktoren in ihrer stabilisatorischen Bedeutung richtig zu interpretieren, ist vorher aber auf ein weiteres Ergebnis hinzuweisen. Wir haben bereits oben erwähnt, dass strukturelle Spannungen zu keiner Mobilisierung der Bürger führen. Darüberhinaus haben wir festgestellt, dass - entgegen unseren Erwartungen - eine höhere Illegitimität in einem Kontext das durchschnittliche Niveau politischer Aktivität nicht erhöht. Wohl werden bei einer Erhöhung der Illegitimität unkonventionelle Formen politischer Aktivität häufiger, diese Aktivitätserhöhung wird aber durch einen Rückgang der politischen Aktivität in konventionellen Formen kompensiert.

Dieses zweite zentrale Ergebnis unserer Analysen bedeutet, dass Illegitimitätspotentiale, wie sie im folgenden beschrieben werden, auf der artikulativen Ebene erfolgreich stabilisiert werden,

auch wenn unkonventionelle Formen politischer Aktivität zunehmen. In Einzelfällen können diese Destabilisierungspotentiale über unkonventionelle politische Aktivität zu sozialem Wandel weitergeleitet werden. Nach den Ergebnissen von Barnes, Kaase (1979) dürfte eine solche Destabilisierung aber vor allem mittleren und oberen gesellschaftlichen Schichten zugänglich sein, für die objektiv am stärksten unterprivilegierten Gesellschaftsschichten dürfte der Befund zutreffen, dass ihre Illegitimität auf der artikulativen Ebene stabilisiert wird.

Bei der Verhinderung der Umsetzung von Illegitimitätspotentialen in eine Erhöhung des durchschnittlichen Aktivitätsniveaus scheint dem politischen System der Schweiz eine entscheidende Rolle zuzukommen. Wir haben bereits in Kapitel 3, Abschnitt 3 darauf hingewiesen, dass die direkt-demokratischen Partizipationsmöglichkeiten in der Schweiz dazu führen, dass Illegitimität zu geringerer politischer Aktivität in konventionellen Formen führt und somit die höhere Aktivität in unkonventionellen Formen kompensiert. Indem also das politische System der Schweiz zu einer Aktivitätsverlagerung anstelle einer Erhöhung des Aktivitätsniveaus bei überdurchschnittlicher Illegitimität beiträgt, leistet es einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilisierung (vgl. auch Abschnitt 15.2).

Wenden wir uns nun den einzelnen Destabilisierungspotentialen hinsichtlich einer erhöhten Illegitimitätswahrnehmung zu.

Die Unzugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle führt zu einer sehr starken Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung. Auf der artikulativen und der reaktiven Ebene wirkt sie zwar tendenziell stabilisierend, aber in einer sehr viel schwächeren Masse. Wir können also gerade in bezug auf die in der Untersuchungsperiode erfolgte Erhöhung der Unterschriftenzahlen bei Initiativen und Referenden auf Bundesebene sagen, dass diese Massnahme zweifellos das Destabilisierungspotential verstärkte. Allerdings gilt auch hier: Eine Destabilisierung droht nur über den Artikulationskanal unkonventioneller politischer Aktivitäten, welcher aufgrund einer unspezifischen Stabilisierung (vgl. Kapitel 9, Abschnitt 1) nur kleinen Kreisen der Bevölkerung zugänglich ist.

Das Bildungsniveau bzw. eine erste Bildungsdimension, welche von Berufsbildung abgesetzt und durch einen hohen Bevölkerungsanteil mit "höherer" und "Universitätsbildung" gekennzeichnet ist (vgl. Kapitel 10, Abschnitt 3), führt ebenfalls zu einer deutlichen Verstärkung der Illegitimitätswahrnehmung. Neben dem auch hier gültigen Stabilisierungsmechanismus einer Nicht-Erhöhung des allgemeinen Niveaus politischer Aktivität bei Illegitimitätswahrnehmung ist ein zweiter Punkt zu erwähnen. Das Bildungsniveau erhöht die gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung sehr viel stärker als die politische Illegitimitätswahrnehmung (vgl. Tabelle 8 in Kapitel 8). Und gesellschaftliche Illegitimitätswahrnehmung wird gemäss Kapitel 9 gesamthaft in geringerem Masse in politische Aktivität umgesetzt als politische Illegitimität.

Trotzdem stellt das Bildungsniveau das wohl bedeutsamste Destabilisierungspotential in der Schweiz dar, da es nicht nur die Illegitimität, sondern auch das durchschnittliche Niveau politischer Aktivität erhöht - wenn auch vor allem im unkonventionellen Bereich (vgl. Kapitel 10, Abschnitt 3).

Die evaluativen Destabilisierungspotentiale "Französische oder Italienische Sprachkultur" und "Postmaterialismus" unterliegen in stärkerem Masse als das Bildungsniveau einer artikulativen Stabilisierung, d.h. sie führen zu keiner Erhöhung des durchschnittlichen Niveaus politischer Aktivität.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle Faktoren, die eine Destabilisierung hinsichtlich einer erhöhten Illegitimitätswahrnehmung herbeiführen, auf der artikulativen Ebene einer Stabilisierung unterliegen und mithin nur in geringem Masse sozialen Wandel bewirken. Am wenigsten dürfte dieser Stabilisierungsmechanismus bei hohem Bildungsniveau wirksam sein.

Die Stabilisierung auf der artikulativen Ebene scheint durch direkt-demokratische Einflussmöglichkeiten im politischen System der Schweiz mitbedingt zu sein, welche eine Mobilisierung der Bevölkerung bei überdurchschnittlicher Illegitimität verhindert.

Ein wesentliches Element gesellschaftlicher Stabilität in der Schweiz besteht darin, dass sich Illegitimitätspotentiale nur

in geringem Masse von einer analytischen Ebene zur anderen fortpflanzen: Strukturelle Spannungen führen kaum zu einer Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung, eine erhöhte Illegitimitätswahrnehmung verstärkt die Aktivität nur in sehr spezifischen Artikulationsformen und schliesslich führt auch politische Aktivität nur in relativ geringem Masse zu sozialem Wandel.

14.2 Relative Bedeutung verschiedener Stabilisierungsebenen

Die vorliegende Arbeit führt nicht nur zu Aussagen über den Grad der Stabilität in der Schweiz, sondern auch zur relativen Bedeutung verschiedener Stabilisierungsarten. In dieser Hinsicht unterscheidet sie sich beispielsweise von funktionalistischen Ansätzen, die sich weitgehend auf die Analyse der Bedingungen der Maximierung gesellschaftlicher Stabilität beschränken und dabei sämtliche Stabilisierungsmechanismen als funktional betrachten.

Demgegenüber gehen wir davon aus, dass nicht der Stabilitätsgrad als solcher bewertet werden sollte, sondern die Art der Stabilisierungsmechanismen auf denen diese Stabilität gründet. In diesem Zusammenhang hat Glassman (1979) zwischen "rationalen" und "irrationalen" Legitimitäts- bzw. Stabilitätsgründen unterschieden.

Hierbei geht es um die Frage, ob die gesellschaftliche Stabilisierung in einer akzeptablen Form geschieht oder nicht. Wir sind hier bei einer Legitimitätsbetrachtung zweiter Ordnung angelangt, der ein normativer (gegenüber einem subjektivierten und wertfreien) Legitimitätsbegriff zugrunde liegt. Konkret interessiert beispielsweise, ob die gesellschaftliche Stabilität auf einem "herrschaftsfreien Diskurs" (vgl. Habermas 1973) oder auf repressiven Massnahmen beruht.

Wir können die fünf analytischen Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung drei Gruppen zuordnen, die sich hinsichtlich ihrer Rationalität bzw. ihrer Akzeptierbarkeit unterscheiden:

1. Strukturelle und evaluative Stabilisierung: Diese beiden Stabilisierungsarten weisen die höchste Rationalität auf, weil sie auf einer bewussten und freien Legitimitätszuschreibung des Bürgers beruhen.

2. Kognitive und artikulative Stabilisierung: hier beruht die Stabilität nicht auf einer bewussten Legitimitätszuschreibung des Bürgers, andererseits findet aber auch keine Missachtung artikulierter Interessen statt.
3. Reaktive Stabilisierungsebene: In diesem letzten Fall von Stabilisierung werden artikulierte Interessen von Bürgern in einer ungerechtfertigten Weise (1) missachtet. Diese Stabilisierungsart weist daher die geringste Rationalität und Akzeptierbarkeit auf.

Welche Hinweise ergeben sich nun aufgrund unserer empirischen Analyse auf die relative Bedeutung der verschiedenen Stabilisierungsarten?

Wir wenden uns zunächst der Frage zu, welche Mechanismen die Umsetzung struktureller Spannungen in eine erhöhte Illegitimitätswahrnehmung verhindern bzw. beschränken. Als strukturelle Spannungen betrachten wir eine überdurchschnittliche Einkommensungleichheit (Einkommensanteil der reichsten 20% im Kantonsvergleich) sowie ein unterdurchschnittliches Pro Kopf Einkommen. Eine Verhinderung von Destabilisierungstendenzen hinsichtlich der Illegitimitätswahrnehmung kann grundsätzlich entweder durch strukturelle, kognitive oder durch evaluative Mechanismen erfolgen.

Unsere Analyse hat gezeigt, dass die Einkommensungleichheit primär durch strukturelle (Substitution zur Wachstumsrate), in zweiter Linie durch evaluative Mechanismen (Substitution zur französischen und italienischen Sprachkultur) vollzogen wird. Die Stabilisierung der Einkommensungleichheit weist demgemäss einen sehr hohen Rationalitätsgrad auf. Allerdings wird der - relativ kleine - Teil der aus Einkommensungleichheit resultierenden Spannungen, der zu einer Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung führt, artikulativ stabilisiert. Dies stellt eine gewisse Einschränkung des Rationalitätsgrades dar, weil eine artikulative Stabilisierung gemäss obigen Ueberlegungen ledig-

(1) Eine genaue Abgrenzung gerechtfertigter und ungerechtfertigter Missachtung kann an dieser Stelle nicht geleistet werden. Als Beispiel für eine "gerechtfertigte" Missachtung artikulativer Interessen sei lediglich der Fall angeführt, wo diese Interessen in einer demokratischen Entscheidung keine Mehrheit finden.

lich einen mittleren Grad von Rationalität bzw. Akzeptiertheit aufweist.

Für strukturelle Spannungen, die aus einem unterdurchschnittlichen Pro Kopf Einkommen stammen, ergibt die gleiche Betrachtung eine primär kognitive Stabilisierung. Ein unterdurchschnittliches Pro Kopf Einkommen scheint vor allem deshalb zu keiner Illegitimitätswahrnehmung zu führen, weil die Wahrnehmung dieser Spannung eingeschränkt wird (Substitutionsbeziehung zum Bildungsniveau). Die Stabilisierung unterdurchschnittlicher Pro Kopf Einkommen weist somit einen geringeren Rationalitätsgrad auf als die Stabilisierung der Einkommensungleichheit.

Wissenschaftliche Untersuchungen von Regionalproblemen (1), konkrete regionalpolitische Massnahmen sowie schliesslich der Erfolg solcher Massnahmen in Form eines Abbaus interkantonaler Disparitäten (2) könnten als Ausdruck des Rationalitätsdefizites gedeutet werden, das die Stabilisierung von Einkommensunterschieden zwischen Kantonen gegenüber interindividueller Einkommensungleichheit aufweist.

Ein Gesamtvergleich aller fünf Ebenen gesellschaftlicher Stabilisierung hinsichtlich ihrer relativen Bedeutung kann nicht allgemein erfolgen, sondern bezieht sich immer auf spezifische Pfade gesellschaftlicher Stabilisierung bzw. Destabilisierung, die durch die jeweiligen endogenen Grössen bestimmt sind (vgl. vor allem Figur 7 in Kapitel 12). Betrachten wir beispielsweise den Pfad "Einkommensungleichheit - Politische (oder gesellschaftliche) Illegitimitätswahrnehmung - Unkonventionelle Aktivierungsereignisse - Sitzverschiebungen zwischen den Parteien", lassen sich zur relativen Bedeutung der verschiedenen Stabilisierungsebenen folgende Aussagen machen:

(1) Vergleiche vor allem das nationale Forschungsprogramm "Regionalprobleme in der Schweiz".

(2) Nach Fischer, Altermatt, Resegatti (1981) zeigten vor allem die Randgebiete, die sogenannten Berggebietskantone zwischen 1965 und 1978 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum.

1. Die stärkste Stabilisierung findet zwischen struktureller Spannung (Einkommensungleichheit) und Illegitimitätswahrnehmung statt (1).
2. Aufgrund obiger Betrachtungen wissen wir, dass es sich hier primär um eine strukturelle sowie auch um eine evaluative Stabilisierung handelt (Substitution zu Wirtschaftswachstum und Sprachkultur).
3. Deutlich geringer ist die Stabilisierung auf der artikulativen Ebene.
4. Am wenigsten schliesslich wird auf der reaktiven Ebene stabilisiert.

Gesamthaft ergibt sich hieraus für diesen spezifischen Pfad eine Dominanz rationaler Stabilisierungsmechanismen in Form struktureller und evaluativer Stabilisierung.

Ein anderes Ergebnis ergibt sich beispielsweise für den Pfad "Einkommensungleichheit - Illegitimität - Abstimmungsbeteiligung - Sitzverschiebungen zwischen den Parteien". Hier dominiert die artikulative gefolgt von der reaktiven Stabilisierung. Die Stabilisierung auf diesem Pfad weist somit einen sehr viel geringeren Rationalitätsgrad auf.

14.3 Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen

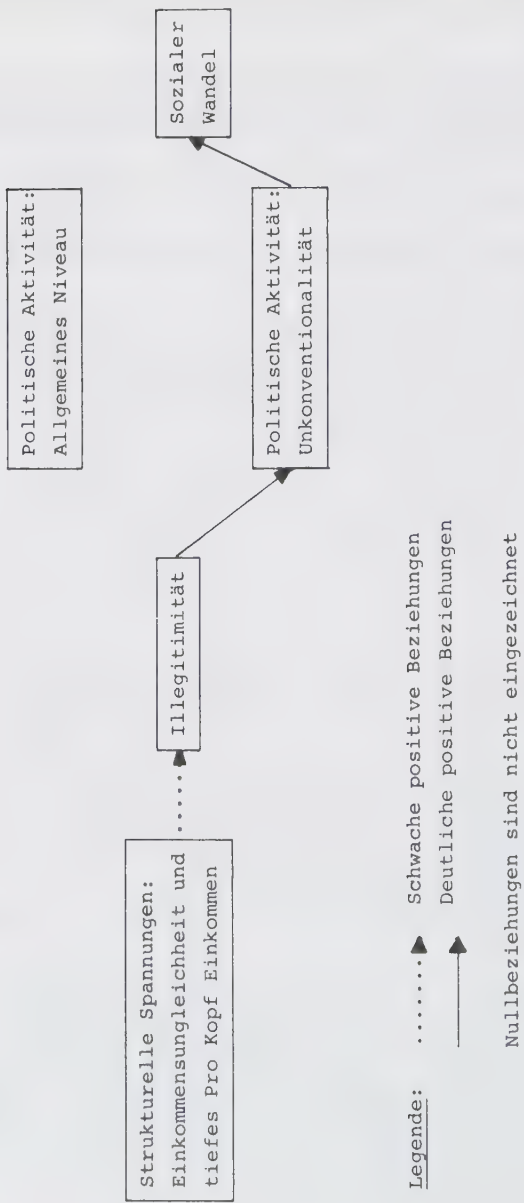
In diesem Abschnitt geht es darum, die empirischen Ergebnisse bezüglich der in Kapitel 7, Abschnitt 3 formulierten Grundthesen zusammenzufassen. Diese Grundthesen postulierten in alternativer Form Beziehungen zwischen den modellendogenen Grössen "Strukturelle Spannungen", "Illegitimitätswahrnehmung", "Politische Aktivität" und "Sozialer Wandel".

Die entsprechenden Ergebnisse sind in Figur 9 schematisch zusammengefasst.

Zunächst zeigen sich zwischen strukturellen Spannungen und dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung in einem Kontext schwache positive Beziehungen, welche keine der beiden alternativen Grundthesen I A und I B widerlegen. Zwischen strukturellen Spannungen

-
- (1) Gemäss Figur 7 in Kapitel 12 ergibt sich dieser Schluss aus der Tatsache, dass die Korrelation zwischen diesen beiden Grössen am schwächsten ist.

Figur 9: Verifizierte Beziehungen zwischen endogenen Grössen
des theoretischen Modells



und Illegitimität findet also eine Stabilisierung statt, sie ist aber nicht vollständig.

Bezüglich der beiden - alternativen - Thesen zum Zusammenhang zwischen Illegitimitätswahrnehmung und politischer Aktivität ist zwischen allgemeinem Aktivitätsniveau und dem Grad der Unkonventionalität dieser Aktivität zu unterscheiden. Das allgemeine Aktivitätsniveau wird (gemäss These II B) durch das Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung nicht beeinflusst.

Hierin liegt, wie wir bereits in Abschnitt 14.1 ausgeführt haben, ein zentrales Syndrom der gesellschaftlichen Stabilität der Schweiz: Illegitimität führt gesamthaft (d.h. unter Berücksichtigung aller möglichen Formen politischer Aktivität) nicht zu einer Mobilisierung des Bürgers.

Die Unkonventionalität der politischen Aktivität dagegen wird durch die Illegitimität positiv beeinflusst. Für unkonventionelle Formen politischer Aktivität bestätigt sich also These II A.

Eine Differenzierung zwischen allgemeinem Aktivitätsniveau und der Unkonventionalität der Aktivität erweist sich auch bei der reaktiven Ebene gesellschaftlicher Stabilisierung als notwendig. Während das allgemeine Niveau politischer Aktivität (gemäss These III B) keine Verstärkung sozialen Wandels bewirkt, ist eine solche Verstärkung für unkonventionelle Aktivitätsformen festzustellen (vgl. These III A).

Diese Beziehungen zwischen den endogenen Grössen des theoretischen Modells verdeutlichen die Mechanismen, auf denen die relativ hohe Stabilität der Schweiz beruht. Einerseits setzen sich strukturelle Spannungen nur in relativ geringem Masse in eine Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung um, andererseits erweist sich das allgemeine Aktivitätsniveau sowohl hinsichtlich der Illegitimitätswahrnehmung als auch hinsichtlich sozialen Wandels als isoliert. Das heisst, politische Aktivität wird weder von einer erhöhten Illegitimität gefördert, es findet also keine politische Mobilisierung statt, noch beeinflusst sie ihrerseits das Ausmass sozialen Wandels in positiver Weise.

Die schematische Darstellung in Figur 9 deutet auch an, wodurch eine Destabilisierung zustande kommen könnte. Wenn beispielsweise unkonventionelle Formen politischer Aktivität das politische Aktivitätsniveau bestimmen würden (bzw. wenn sie nicht mehr durch gegenteilige Entwicklungen bei konventionellen Aktivitätsformen kompensiert würden), würden sowohl artikulative als auch reaktive Stabilisierungsmechanismen tendenziell ausser Kraft gesetzt. Wenn sich zusätzlich strukturelle Spannungen verstärkt in Illegitimität umsetzen würden, wäre mit einer bedeutsamen Destabilisierung zu rechnen.

14.4 Exogene Determinanten von Stabilisierungs- und Destabilisierungsprozessen

In Kapitel 7 haben wir ein System von Erwartungen bezüglich exogener Einflussfaktoren formuliert und in Figur 3 in Abschnitt 7.8 schematisch dargestellt. In diesem Abschnitt soll die empirische Bestätigung dieser Erwartungen diskutiert sowie ein modifiziertes Modell exogener Einflüsse auf die gesellschaftliche Stabilisierung erarbeitet werden.

In den Figuren 10 und 11 sind die empirisch bestätigten, exogenen Bestimmungsgrössen gesellschaftlicher Stabilisierung zusammengefasst. Diese exogenen Einflussgrössen sind danach unterschieden, ob sie auf verschiedenen analytischen Ebenen gleichgerichtete Effekte zeigen oder nicht (vgl. auch Abschnitt 7.8).

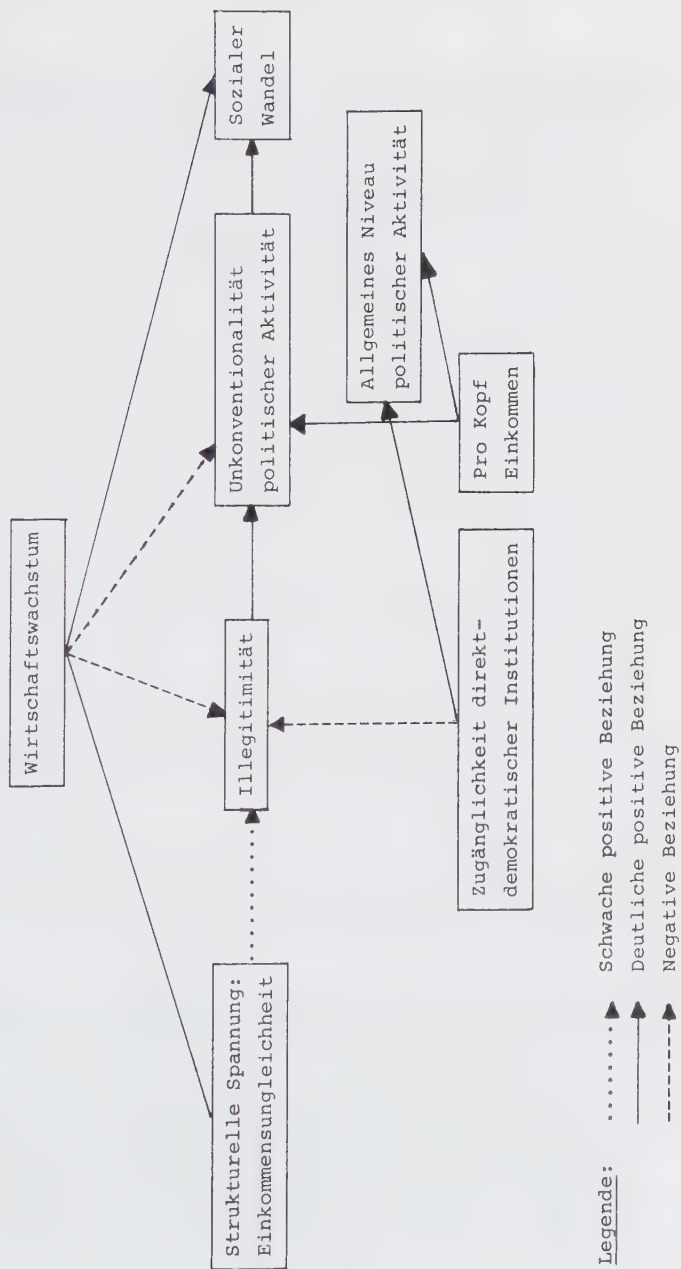
Figur 10 enthält die exogenen Grössen, die auf verschiedenen analytischen Ebenen entgegengesetzte Effekte haben, indem sie auf einer Ebene stabilisierend, auf einer anderen destabilisierend wirken.

Diese Faktoren sind in zweierlei Hinsicht von besonderer Bedeutung:

1. Sie tragen zur Erklärung von Stabilisierungsmechanismen bei, indem sie tendenziell positive Beziehungen zwischen zwei endogenen Grössen kompensieren oder zumindest verringern. Beispielsweise verringert ein hohes Pro Kopf Einkommen die Illegitimitätswahrnehmung und erhöht gleichzeitig das Niveau politischer Aktivität. Dadurch trägt es zur Erklärung des fehlenden Zusammenhangs (Nullbeziehung) zwischen Illegitimität und Aktivitätsniveau bei.

Figur 10: Exogene Einflussfaktoren mit stabilisierender Wirkung

(Einflüsse mit unterschiedlicher Richtung auf verschiedenen analytischen Ebenen)



2. Diese Grössen sind hinsichtlich ihres Stabilisierungs- bzw. Destabilisierungseffektes nicht oder nur in geringem Masse variabel. Das heisst, dass ihr stabilisierender oder destabilisierender Effekt auf einer Ebene auf einer anderen Ebene kompensiert wird. Sie bewirken primär eine Veränderung der Stabilisierungsart, lassen die Gesamtstabilität der Gesellschaft aber konstant.

Zu Figur 10 sind zwei weitere Bemerkungen nötig. Erstens werden auch solche Effekte eingezeichnet, die durch Substitutionsprozesse latent gehalten werden, d.h. die sich nicht in den bivariaten Beziehungen zeigen (vgl. vor allem Abschnitt 8.4). So ist beispielsweise für das Pro Kopf Einkommen ein negativer Effekt auf die Illegitimitätswahrnehmung registriert, obwohl sich dieser Effekt erst bei Kontrolle des Bildungsniveaus zeigt. Zweitens unterscheidet sich die Darstellungsweise in Figur 10 (und auch in der folgenden Figur 11) insofern von jener in Figur 3 (Abschnitt 7.8) als sie die strukturelle Spannung der Einkommensungleichheit als endogene Grösse betrachtet. Dadurch können gegenteilige Effekte oder Zusammenhänge exogener Grössen mit strukturellen Spannungen einerseits und mit dem Ausmass an Illegitimitätswahrnehmung andererseits einbezogen werden (1).

Figur 10 zeigt nun, dass für das Wirtschaftswachstum, die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Institutionen und für das Pro Kopf Einkommen auf verschiedenen analytischen Ebenen entgegengesetzte Effekte festzustellen sind.

Das Wirtschaftswachstum weist zu allen vier Arten endogener Variablen Zusammenhänge auf, jeweils in zwei Fällen stabilisierender und destabilisierender Art.

Ein erhöhtes Wirtschaftswachstum geht mit verstärkten strukturellen Spannungen einher, die aber durch Legitimitätstransfers aus diesem Wirtschaftswachstum kompensiert werden.

-
- (1) Andererseits führt diese Darstellungsweise dazu, dass der selbststabilisierende Effekt der Einkommensungleichheit vernachlässigt wird, welcher darin besteht, dass sie zwar die Illegitimitätswahrnehmung erhöht, gleichzeitig aber die Artikulationsmöglichkeiten der Illegitimität beeinträchtigt.

Analog dazu zeigt das Wirtschaftswachstum auch zur Unkonventionalität politischer Aktivität und zu sozialem Wandel entgegengesetzte Beziehung. Es verringert die Unkonventionalität politischer Aktivität und wirkt insofern stabilisierend, während es sozialen Wandel fördert. Ein hohes Wirtschaftswachstum führt also auch zu einer Verschiebung der Stabilisierung von der reaktiven zur artikulativen Ebene. Das heisst, dass bei steigendem Wirtschaftswachstum die (unkonventionelle) Artikulation von Illegitimität zurückgeht, dafür führen die trotzdem artikulierten Anliegen in stärkerer Masse zu sozialem Wandel. Anzufügen bleibt, dass der empirisch festgestellte positive Effekt des Wirtschaftswachstums auf sozialen Wandel unserer in Kapitel 7 formulierten Erwartung widerspricht.

Die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Institutionen zeigt entgegengesetzte Effekte auf die Illegitimitätswahrnehmung einerseits, auf das allgemeine Aktivitätsniveau andererseits. Damit trägt sie zur Erklärung des zentralen Stabilisierungssyndroms der Schweiz bei, dass nämlich eine höhere Illegitimitätswahrnehmung nicht mit einer verstärkten Mobilisierung verbunden ist. Eine Erhöhung der Zugänglichkeit direkt-demokratischer Institutionen bewirkt eine Verschiebung der Stabilisierung von der artikulativen zur politisch-strukturellen Ebene.

Dieses Ergebnis stellt eine direkte empirische Bestätigung der bereits in Kapitel 3, Abschnitt 3 formulierten Vermutung dar, dass die direkte Demokratie in der Schweiz dazu beiträgt, dass eine Erhöhung der Illegitimitätswahrnehmung nicht zu einer politischen Mobilisierung der Bürger führt (vgl. auch Abschnitt 15.2).

Ein hohes Pro Kopf Einkommen schliesslich bewirkt ebenfalls eine Verschiebung der Stabilisierung von der artikulativen zur strukturellen Ebene und erhöht somit - ebenso wie eine grössere Zugänglichkeit direkt-demokratischer Institutionen - die Rationalität der Stabilisierung (vgl. auch Abschnitt 14.2).

Die Vertretung marginaler Parteien, welche gemäss unseren Erwartungen in Abschnitt 7.8 ebenfalls auf verschiedenen analytischen Ebenen in unterschiedlicher Richtung wirken würde, zeigte sich in der empirischen Analyse weder mit der Illegitimitätswahrneh-

mung noch mit dem allgemeinen Niveau politischer Aktivität in einem interpretierbaren Masse korreliert. Diese Grösse ist daher in Figur 10 nicht mehr aufgeführt.

In Figur 11 sind nun die exogenen Bestimmungsgrössen aufgeführt, deren Einfluss auf einer analytischen Ebene nicht durch entgegengesetzte Einflüsse auf anderen Ebenen kompensiert werden. Es handelt sich hier mithin um die für eine Veränderung des Stabilitätsgrades relevanten Grössen.

Wenden wir uns zunächst den Grössen zu, die auf verschiedenen analytischen Ebenen Effekte zeigen. Als erster und wahrscheinlich wichtigster Faktor ist das Bildungsniveau zu erwähnen (1). Mit höherem Bildungsniveau verringert sich sowohl die kognitive als auch die artikulative Stabilisierung beträchtlich. Ein ebenfalls postulierter Destabilisierungseffekt auf reaktiver Ebene fand dagegen keine empirische Bestätigung.

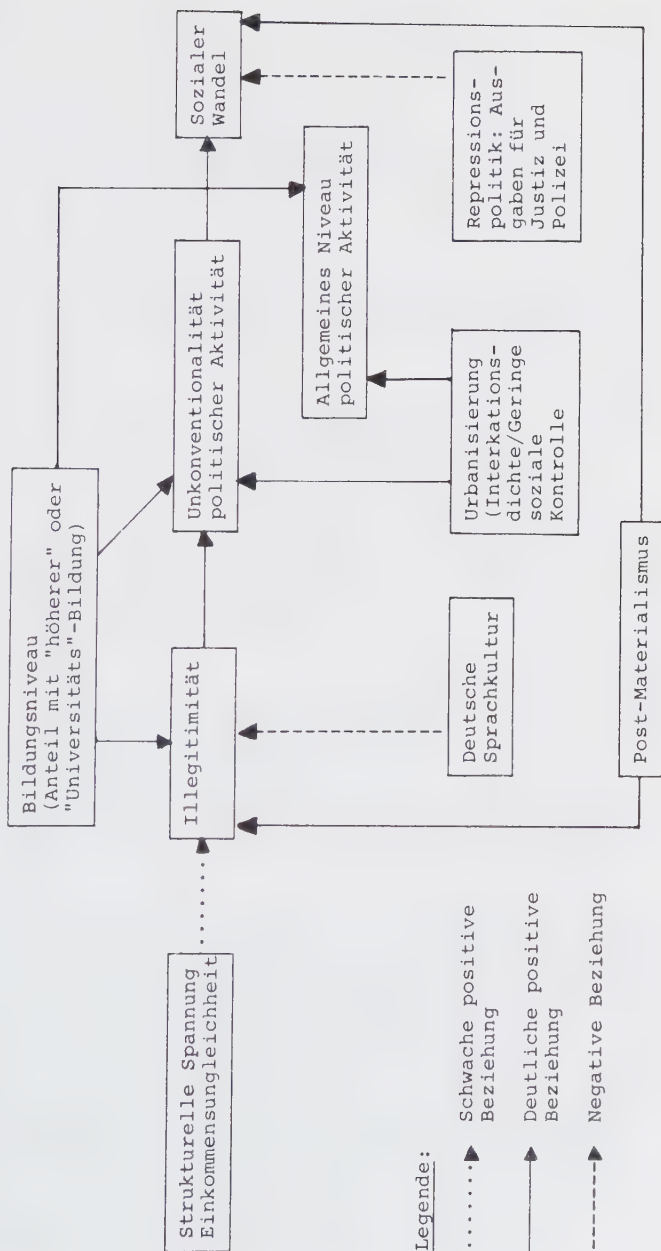
Auch der Post-Materialismus zeigt auf zwei analytischen Ebenen einen destabilisierenden Effekt, nämlich auf der evaluativen und der reaktiven Ebene. Der letztgenannte Effekt wurde in Kapitel 7 nicht postuliert.

Auf einzelnen analytischen Ebenen wirken die Sprachkultur, der Urbanisierungsgrad und der Ausgabenanteil für Justiz und Polizei (2).

-
- (1) Wir haben in Abschnitt 10.3 zwischen zwei Bildungsdimensionen unterschieden, die hinsichtlich ihrer Berufsbezogenheit differieren. In Figur 3 ist lediglich die Dimension mit der schwächeren Berufsbezogenheit berücksichtigt ("Höhere" und "Universitäts"-Bildung).
 - (2) Die Zuordnung des eine Repressionspolitik anzeigen Indikators "Ausgabenanteil für Justiz und Polizei" zu Figur 11, d.h. zu den Grössen, deren Effekt nicht auf anderen analytischen Ebenen kompensiert wird, ist nicht eindeutig. Denn es zeigen sich gemäss Tabelle 30 in Abschnitt 12 entgegengesetzte Effekte auf der evaluativen und der artikulativen Ebene. Da diese Effekte aber deutlich schwächer sind als jener auf der reaktiven Ebene wurden sie nicht berücksichtigt.

Figur 11: Exogene Einflussfaktoren mit variabler Wirkung

(Einflüsse auf nur einer analytischen Ebene oder parallele Einflüsse auf verschiedenen Ebenen)



Legende:

-> Schwache positive Beziehung
- > Deutliche positive Beziehung
- - -> Negative Beziehung

Aufgrund der in Figur 11 zusammengefassten Ergebnisse lassen sich nun "optimale" Bedingungen für gesamtgesellschaftliche Stabilisierung bzw. Destabilisierung herleiten.

Die Chancen für eine Stabilisierung sind bei geringer Bildung, geringem Post-Materialismus, deutscher Sprachkultur, einer geringen Urbanisierung und einem hohen Ausgabenanteil für Justiz und Polizei am grössten.

Umgekehrt lässt sich vor allem dann eine Destabilisierung erwarten, wenn das Bildungsniveau, der Post-Materialismus und der Urbanisierungsgrad hoch, die Ausgaben für Justiz und Polizei gering sind und wenn die Sprachkultur nicht deutsch ist. In diesem Fall sind die Bedingungen für sozialen Wandel am besten.

14.5 Ueberlegungen zur Dynamik gesellschaftlicher Stabilisierung in der Schweiz

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir einerseits eine relativ hohe Stabilität im interkontextuellen System der Schweiz sowie einige ihrer Bestimmungsgründe identifiziert. Andererseits konnten auch Faktoren und Entwicklungen genannt werden, die diese Stabilität bedrohen würden.

Die durchgeführte empirische Analyse lässt keine direkten Schlüsse über zeitliche Veränderungen im Stabilitätsgrad der Schweiz zu. Es soll an dieser Stelle lediglich auf zwei Entwicklungen eingegangen werden, denen in der Zukunft eine verstärkte Bedeutung zukommen dürfte.

Wir gehen davon aus, dass sich in der Zukunft einerseits post-materialistische Tendenzen verstärken, andererseits sich das "Politische Handlungsrepertoire" des Bürgers ausweitet.

Beide Tendenzen entsprechen einer Diagnose von Barnes, Kaase (1979) und Kaase (1980) für westeuropäische Länder insgesamt. Sie sind darüber hinaus insofern empirisch abgestützt als

- (a) Barnes, Kaase (1979) eine wesentlich grössere Bedeutung von postmaterialistischen Werten bei der Jugend finden, und
- (b) im Rahmen unserer eigenen Untersuchung die Zunahme der

Stimmbeteiligung in Kontexten mit überdurchschnittlich starker unkonventioneller Aktivität ebenfalls überdurchschnittlich ist (1).

Eine Verstärkung des Post-Materialismus würde eine Erhöhung der Illegitimität bewirken und damit auch die Stabilität verringern, falls sie nicht durch eine Verstärkung der artikulativen Stabilisierung aufgefangen würde. Dies erscheint aber eher als unwahrscheinlich, da eine verstärkte artikulative Stabilisierung ja mit einer (noch) grösseren Passivierung des Bürgers verbunden wäre. Und gemäss unseren Ueberlegungen in der Einleitung stellt ja bereits der gegenwärtige Stand der Passivierung des Bürgers ein Problem dar.

Eine Verstärkung der reaktiven Stabilisierung wäre auch nicht zu erwarten; im Gegenteil wirkt Postmaterialismus nach unseren Ergebnissen auch auf der reaktiven Ebene destabilisierend.

Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass auch auf der strukturellen Ebene post-materialistische Tendenzen nur sehr schwer berücksichtigt werden können, da sie bestehende Institutionen in grundlegender Weise in Frage stellen.

Post-materialistische Tendenzen, welche sich bei konstanten wirtschaftlichen Randbedingungen weiter verstärken dürften, stellen demgemäss ein bedeutsames Destabilisierungspotential dar. Wie erwähnt, dürfte es angesichts einer solchen Entwicklung auch kaum möglich sein, durch eine strukturelle Anpassung die Stabilität des Systems wieder herzustellen. Viel wahrscheinlicher ist, dass es sich hier um ein Destabilisierungspotential handelt, das die Gesamtstabilität längerfristig beeinträchtigt.

Auch die zweite Tendenz einer Ausweitung des Handlungsrepertoires der politisch Aktiven dürfte eine deutliche Beeinträchtigung der Gesamtstabilität mit sich bringen. Damit wird nämlich die Isolierung des "Allgemeinen Aktivitätsniveaus" von der "Unkonventionalität der politischen Aktivität" abgebaut, welche wir in Abschnitt 14.3 als wesentlichen Grund der Gesamtstabilität hervor-gehoben haben.

(1) Dieses Ergebnis wird zusätzlich durch die Arbeit von Troitzsch (1979) gestützt.

Somit würde in Zukunft bei einer Erhöhung der Illegitimitäts-
wahrnehmung die Zunahme unkonventioneller Aktivitäten nicht
mehr durch einen Rückgang konventioneller politischer Aktivität
kompensiert, wodurch solche Illegitimitätserhöhungen einen ge-
samthaft mobilisierenden Effekt auf die Bürger hätten. Die arti-
kulative Stabilisierung würde also abgebaut.

15. Beiträge zu spezifischen wissenschaftlichen Diskussionszusammenhängen

Das hauptsächliche Ziel der vorliegenden Arbeit bestand darin, verschiedene Formen der Auseinandersetzung des Bürgers mit seiner sozialen Umwelt unter einer einheitlichen theoretischen Perspektive, nämlich jener der Bedeutung für die gesellschaftliche Stabilität bzw. Labilität, zu analysieren. Diese Zielsetzung und der dabei benutzte umfangreiche Datenkörper führten dazu, dass auch verschiedene andere Diskussionszusammenhänge aus Politologie und Soziologie gestreift wurden.

In diesem letzten Kapitel soll kurz auf vier verschiedene solcher Diskussionszusammenhänge, welche auch in der Schweiz eine gewisse Prominenz aufweisen, Bezug genommen werden. Dabei geht es darum, die Aussagen der vorliegenden Arbeit hinsichtlich dieser Problemzusammenhänge zusammenzufassen. Die Auseinandersetzung mit den entsprechenden wissenschaftlichen Diskussionen wird notgedrungen relativ kurz bleiben.

15.1 Partizipationskrise

Beginnend mit der Einleitung haben wir uns an mehreren Orten mit der Diskussion der geringen Abstimmungsbeteiligung auseinandergesetzt. Die wichtigsten Beiträge unserer Arbeit dazu sollen an dieser Stelle nochmals zusammengefasst werden.

Unsere Analyse hat deutlich gezeigt, dass eine Diskussion der politischen Aktivität des Bürgers nicht ausschliesslich von der Abstimmungsbeteiligung ausgehen kann; die Abstimmungsbeteiligung ist ein schlechter Indikator für das allgemeine Niveau politischer Aktivität. Vielmehr zeigt sich in Kontexten mit geringer Abstimmungsbeteiligung tendenziell eine stärkere Aktivität in anderen, weniger konventionellen Formen. Dies ist speziell in "modernen", d.h. stark urbanisierten Gebieten der Fall.

Diese substitutive Beziehung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Aktivität stellt aber keine zeitunabhängige Grösse dar, sie schwächt sich über die Zeit ab. Dabei scheint es sich um eine Erhöhung der Abstimmungsbeteili-

gung im Gefolge einer verstärkten Aktivität in unkonventionellen Kanälen zu handeln. Das führt dazu, dass die Abstimmungsbeteiligung vor allem in den Kontexten wieder zunimmt, in denen sie traditionell am geringsten war (vgl. auch Troitzsch 1979:49).

Dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass das Problem einer geringen Stimmbeteiligung weniger ein Malaise im politischen Verhalten des Bürgers als vielmehr ein Malaise im spezifischen Artikulationskanal "Abstimmung" signalisiert. Verschiedene Autoren haben auf Probleme dieses spezifischen Artikulationskanals hingewiesen: Geringe Relevanz der zur Abstimmung gelangenden Vorlagen, Nicht-Berücksichtigung grundlegender Alternativen, Kompliziertheit der Vorlagen etc. (für einen Ueberblick vgl. Germann 1975:146 ff).

Ebensowenig wie die geringe Abstimmungsbeteiligung auf ein Fehlverhalten des Bürgers reduziert werden kann, ist es - aufgrund unserer empirischen Ergebnisse - zulässig, das Problem zu beschönigen, indem man Stimmmabstinenz als Ausdruck von Zufriedenheit und Einverständnis interpretiert. Natürlich gibt es einzelne Gruppen, deren Stimmmabstinenz durch Zufriedenheit motiviert wird. Unsere makrosoziologische Analyse hat aber deutlich gezeigt, dass die Abstimmungsbeteiligung gerade dort am geringsten ist, wo die Unzufriedenheit mit den Regierenden am grössten ist. Stimmmabstinenz ist also vor allem als Entfremdungsphänomen zu interpretieren.

Zu Gründen der geringen Stimmbeteiligung und möglichen Massnahmen zu ihrer Erhöhung kann folgenden festgehalten werden:

1. Zweifellos ist die geringe Stimmbeteiligung durch eine mangelhafte politische Bildung des Bürgers mitbegründet. Hieraus zu schliessen, dass eine "Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus" die Abstimmungsbeteiligung erhöhen würde, ist aber falsch (vgl. Eidg. Justiz- und Polizeidepartement 1978). Unsere Daten zeigen, dass mit zunehmender politischer Informiertheit die Abstimmungsbeteiligung sinkt (vgl. Abschnitt 10.3.1). Denn eine isolierte Anhebung des Bildungsniveaus führt zunächst einmal dazu, dass die Problematik von Abstimmungen als Artikulationskanal für die eigenen politischen Interessen deutlicher gesehen werden. Neben der Hebung des Bildungsniveaus wären also vor allem institutionelle Veränderungen notwendig (vgl. oben), um eine Erhöhung der Abstimmungsbeteiligung zu erreichen.

2. Unsere Ueberlegungen in Abschnitt 3.3 haben zum Schluss geführt, dass eine Artikulation von Unzufriedenheit über die Abstimmungsbeteiligung wesentlich auch durch das System der Konkordanzdemokratie verhindert wird, welches linke Parteien (Sozialdemokraten) "aus einer Position der Schwäche heraus" (Kriesi 1980) integriert. Ein Weg zur Erhöhung der Abstimmungsbeteiligung würde demgemäss darin bestehen, dass die Konkordanzdemokratie abgebaut würde.
3. Dagegen sprechen unsere Ergebnisse gegen die These, dass die geringe Abstimmungsbeteiligung auf einer "Ueberforderung des Stimmbürgers" beruht, welche durch einen Abbau der Volksrechte bekämpft werden müsste. Wir verweisen hierzu einerseits auf Troitzsch (1979:77), andererseits auf die Ausführungen im folgenden Abschnitt.

15.2 Direkte Demokratie

Prominente politologische Arbeiten rücken negative Konsequenzen der direkten Demokratie in den Vordergrund ihrer Betrachtung (vgl. Neidhart 1970, Germann 1975). Demgemäss enthalten Verbesserungsempfehlungen Einschränkungen der Zugänglichkeit direktdemokratischer Einflusskanäle wie Initiativen und Referenden (vgl. Germann 1975:189 und 191). Ein zentrales Argument hierbei stellt der von Neidhart (1970) nachgewiesene "fortschritts-hemmende" Charakter des fakultativen Gesetzesreferendums dar (1).

Internationale, d.h. an der Repräsentationsdemokratie orientierte Arbeiten dagegen empfehlen einen Ausbau der direkten Demokratie (vgl. Kaase 1980, Troitzsch 1979).

Die Ergebnisse unserer empirischen Analyse weisen nun grösstenteils in der Richtung, dass die positiven Folgen der direkten Demokratie überwiegen und widersprechen insofern der gängigen Position in der Schweiz, welche einen - allerdings differenzier-ten - Abbau der Volksrechte befürwortet. Es darf dabei aber nicht ausser Acht gelassen werden, dass sich deren Argumente auf die Bundesebene beziehen, wogegen unsere empirische Analyse die kantonale und die kommunale Ebene betrifft. Und es gibt

(1) Wir setzen uns im folgenden primär mit der sophistizierten Argumentation der genannten beiden Autoren auseinander, nicht mit der sehr viel einfacheren These der Ueberforderung des Stimmbürgers.

Hinweise darauf, dass sich die Funktion und damit auch die Konsequenzen der direkten Demokratie zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems unterscheiden (vgl. unten).

Die Ausgebautheit der direkten Demokratie, d.h. die Zugänglichkeit von Initiativen und fakultativen Referenden zeigt in unserer Analyse einen positiven Effekt auf die Legitimitätswahrnehmung des Bürgers. Gleichzeitig erhöhte sie - in leicht schwächerem Masse - das Niveau politischer Aktivität.

Wichtig ist darüber hinaus eine Differenzierung der Auswirkungen auf die politische Aktivität: Die Häufigkeit von eingereichten Initiativen und Referenden erhöhte sich in geringerem Masse als die Abstimmungsbeteiligung. Dieses Ergebnis widerspricht der These eines Missbrauchs der Volksrechte bei einem Ausbau der direkten Demokratie.

Das Hauptargument für einen Ausbau bzw. einen Nicht-Abbau der Volksrechte besteht aber darin, dass sich die Stabilität bei einer ausgebauteeren direkten Demokratie gesamthaft nicht verringert, sondern rationaler (vgl. Abschnitt 14.2) wird. Ein Ausbau der Volksrechte erhöht die strukturelle gegenüber der artikulativen Stabilisierung.

Dieses Ergebnis impliziert, dass die Hauptfunktion direkt-demokratischer Einflusskanäle darin besteht, dem Bürger die Gewähr für eine potentielle Benutzung zu geben. Die tatsächliche Benutzung dieser Kanäle ist dagegen relativ selten.

Wir haben bereits weiter oben darauf hingewiesen, dass dem fakultativen Referendum auf Bundesebene eine konservative Funktion zugeschrieben wird (vgl. Neidhart 1970). Demgegenüber ergibt unsere komparative Analyse von Kantonen und Gemeinden, dass dem fakultativen Referendum eine weniger konservative Bedeutung zukommt als den Initiativen. Die Häufigkeit von fakultativen Referenden zeigt sich zur Illegitimitätswahrnehmung unkorreliert, wogegen die Häufigkeit von Initiativen in Kontexten mit starker Illegitimitätswahrnehmung deutlich seltener ist.

Wir vermuten, dass hier ein Funktionswandel von fakultativem Referendum und Initiative zwischen der Ebene des Bundes und jener der Kantone und Gemeinden zum Ausdruck kommt.

15.3 Unkonventionelle politische Aktivität

Mit der Arbeit von Kriesi et.al. (1981) wurden weniger konventionelle Formen politischer Aktivität erstmals auch in der Schweiz in die - empirisch fundierte - wissenschaftliche Diskussion eingebracht. Die vorliegende Arbeit liefert eine Ergänzung hinsichtlich kontextueller Bestimmungsgründe dieser Aktivitätsformen auf kantonaler und auf kommunaler Ebene.

Zunächst aber ergeben unsere Ergebnisse einige wichtige Hinweise auf die Beziehungen zwischen verschiedenen Aktivitätsformen.

Zwischen den verschiedenen Formen politischer Aktivität lassen sich zwei Substitutionsprozesse identifizieren. Einerseits stellen Aktivierungsereignisse insgesamt eine Alternative zu einer hohen Wahlbeteiligung dar. Andererseits wird die Abstimmungsbeteiligung durch unkonventionelle Aktivierungsereignisse substituiert. Bei letzteren handelt es sich primär um Demonstrationen, Besetzungen und Streiks.

Die zweitgenannte Substitutionsbeziehung (zwischen Abstimmungsbeteiligung und unkonventionellen Aktivierungsereignissen) schwächt sich über die betrachtete Periode deutlich ab. Ebenso ist sie auf kommunaler Ebene schwächer ausgeprägt als auf kantonaler Ebene. Die Polarisierung zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen politischer Aktivität erweist sich also in bürger näheren Bereichen (Gemeinden) als geringer.

In Tabelle 31 sind die kontextuellen Bestimmungsgründe der Häufigkeit der vier wichtigsten Kategorien von Aktivierungsereignissen zusammengefasst.

Tabelle 31 basiert auf bivariaten Zusammenhängen, die also Kovarianzen und nicht notwendigerweise kausale Einflussfaktoren indizieren. Dagegen sind sowohl die Ergebnisse des Kantons- als auch jene des Gemeindevergleichs berücksichtigt.

Dass für Petitionen kein einziger Einflussfaktor aufgeführt werden kann, hängt mit dem erwähnten bivariaten Zuordnungskriterium zusammen. Ganguillet in Kriesi et.al. (1981:468) hat im Rahmen eines Pfadmodells deutliche partielle Effekte der Sprach-

Tabelle 31: Kontextuelle Bestimmungsgründe der vier Hauptgruppen von Aktivierungsereignissen

(In der Reihenfolge abnehmender Bedeutung)

Initiativen	Fakultative Referenden	Petitionen	Unkonventionelle Aktivierungsereignisse
Tiefes Bildungsniveau	Urbanisierung	-----	Bildung / Urbanisierung
Gemeindeversammlung	Hohe Zugänglichkeit von fakultativen Referenden (tiefe Mindestunterschriftenzahl)		Pro Kopf Einkommen
Hohe Zugänglichkeit von Initiativen (tiefe Mindestunterschriftenzahl)			Starke Vertretung marginaler Parteien
			Gemeindeparlament
			Geringes Wirtschaftswachstum

kultur und der institutionellen Bedingungen von Initiativen nachgewiesen. Diese Effekte sind aber gegenläufig, wodurch beispielsweise in den Westschweizer Kantonen, welche restriktivere institutionelle Bedingungen aufweisen, keine grössere Petitions-häufigkeit resultiert.

Tabelle 31 illustriert die Heterogenität von Aktivierungsereignissen. Beispielsweise geht ein höheres Bildungsniveau mit weniger Initiativen, aber mit mehr unkonventionellen Ereignissen einher. Ebenso wirkt die Existenz einer Gemeindeversammlung auf diese beiden Aktivitätsformen in unterschiedlicher Richtung.

15.4 Sprachkulturelle Teilung der Schweiz

Untersuchungen des politischen Verhaltens in der Schweiz haben verschiedentlich ergeben, dass dieses stark durch kulturelle Faktoren, d.h. vor allem durch die Sprachkultur beeinflusst wird (vgl. z.B. Meier, Rosenmund 1978, Nef 1979). Dies gilt nach Nef (1979) auch für die Abstimmungsbeteiligung.

Die eigene Analyse hat bestätigt, dass in nicht-deutschsprachigen Kontexten die Illegitimitätswahrnehmung grösser und die Beteiligung an Abstimmungen deutlich geringer ist. Vor allem aber hat sich gezeigt, dass mit der Sprachkultur auch die institutionellen Bedingungen, d.h. die Ausgebautheit der direkten Demokratie sehr stark variieren. In der nicht-deutschsprachigen Schweiz sind die Mindestunterschriftenzahlen für Initiativen und fakultative Referenden deutlich höher. Ebenfalls werden Gemeindeversammlungen schneller, d.h. bei geringeren Bevölkerungszahlen als in der Deutschschweiz durch Gemeindeparlamente ersetzt.

Mein Argument ist nicht, dass kulturelle Unterschiede zwischen den Sprachräumen für die politischen Einstellungen und das politische Verhalten der Bürger bedeutungslos sind. Vielmehr dürfte ein Teil der Unterschiede zwischen den beiden Sprachräumen durch die erwähnten politisch-institutionellen Unterschiede bedingt sein. Die relative Bedeutung von kulturellen

und politisch-institutionellen Faktoren abzuklären, bleibt zukünftigen Arbeiten vorbehalten (1).

(1) Hierzu reicht es meiner Ansicht nach nicht aus, die Einflüsse der Sprachkultur und der politisch-institutionellen Bedingungen gegenseitig in statistischer Weise zu kontrollieren, da dabei die gemeinsame Varianz der beiden Größen derjenigen zugeordnet wird, die gesamthaft den stärkeren Einfluss hat (zur Kritik dieses statistischen Automatismus vgl. auch Abschnitt 10.6).

Literaturverzeichnis

- Alford, R.R., Friedland, R., 1975: Political Participation and Public Policy. Annual Review of Sociology, 1, 1975: 429-479.
- Alford, R.R., Lee, E.C., 1971: Voting turnout in American cities, S. 87-105 in: Bonjean, C.M. et.al.: Community Politics. New York: The Free Press.
- Allardt, E., 1969: Aggregate Analysis: The Problem of its Informative Value. S.41-52 in: Dogan, M., Rokkan, S.: Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences. Cambridge, Mass.: The M.I.T. Press.
- Allert, T., 1976: Legitimation und gesellschaftliche Deutungsmuster, in: Ebbighausen, R., 1976: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation, Frankfurt: Suhrkamp.
- Almond, G.A., Powell, B., 1966: Comparative Politics: A Developmental Approach. Boston: Radcliff.
- Ansart, P., 1977: Idéologies, conflits et pouvoir. Paris: Presses Universitaires de France.
- Auer, A., 1978: Les droits politiques dans les cantons suisses. Genf: Librairie de l'Université.
- Balog, A., 1978: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit. Wien: Paper presented at the IX. World Congress of Sociology in Uppsala.
- Barnes, S.H., Kaase, M., 1979: Political Action. Beverly Hills: Sage.
- Baum, R.C., 1977: Authority and Identity - The Invariance Hypothesis II. Zeitschrift für Soziologie, 6,4, 1977: 349-369.
- Benson, J., 1979: Max Webers's Concept of Legitimacy: An Evaluation. S. 17-48 in: Vidich, A.J./Glassman, R.M., 1979: Conflict and Control. Beverly Hills: Sage
- Berger, P.L., Luckmann, T., 1970: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Bergesen, A.J., 1977: Political Witch Hunts: The Sacred and the Subversive in Cross-national perspective, American Sociological Review, 42, 1977: 220-233.
- Blau, P.M., 1963: Critical Remarks on Weber's Theory of Authority, American Political Science Review 57, 1963: 305-316.
- Blau, P.M., Duncan, O.D., 1967: The American Occupational Structure. New York: Wiley.
- Blau, J.R., Blau, P.M., 1981: The Cost of Inequality: Metropolitan Structure and Violent Crime. American Sociological Review, 47, February: 114-129.

- Brückner, P., 1968: Die Transformation der Demokratie, In: Agnoli, J., Brückner, P., Die Transformation der Demokratie. Frankfurt: Eva.
- Burger, R., 1980: Vom Kandidaten zum Einwohnerrat. Frauenfeld: Verlag Huber.
- Cohen, A.P., 1975: The management of myths. Manchester: University Press.
- Covello, V.T., Bollen, K.A., 1979: Status Consistency in Comparative Perspective: An Examination of Educational, Occupational and Income Data. Social Forces, 58,2, Dec. 1979: 524-539.
- Della Chiesa, M. et.al., 1977: Regionalwirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen des Verkehrssystems. Forschungsbericht. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Denitch, B., 1976: The Legitimation of a Revolution. New Haven and London: Yale University Press.
- Denitch, B., (hrsg.), 1979: Legitimation of Regimes. Beverly Hills: Sage.
- Dogan, M., Rokkan, S., 1969: Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences. Cambridge, Mass.: The M.I.T Press.
- Easton, D., 1965: A Systems Analysis of Political Life. New York: Wiley.
- Ebbinghausen, R., 1976: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Eckstein, H., 1971: The Evaluation of Political Performance: Problems and Dimensions. Beverly Hills: Sage Professional Papers.
- Eckstein, H., Gurr, T.R., 1975: Patterns of Authority: A structural basis for political inquiry. New York: John Wiley & Sons.
- Edelmann, M., 1976: Politik als Ritual. Frankfurt a.M.: Campus.
- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, 1978: Massnahmen zur Erhöhung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Schweiz. Schlussbericht der Arbeitsgruppe Stimm- und Wahlabstinenz vom 18.12.1978. Bern.
- Etzioni, A., 1968: The Active Society. New York: Free Press.
- Etzioni, A., 1970: Demonstration Democracy. New York: Gordon and Breach.
- Fach, W., 1978: "Gemeinwohl" im Ursprung: Zur Logik und Geschichte des bürgerlichen Gemeinwohlbegriffs. S. 200-237 in: Fach, W., Degen, U., 1978.
- Fach, W., Degen, U., 1978: Politische Legitimität. Frankfurt a.M.: Campus.
- Fischer, G., 1970: Der Wohlstand der Kantone. Bern/Stuttgart: Haupt.

- Fischer, G., Altermatt, K., Resegatti, R., 1981: Die Entwicklung der kantonalen Volkswirtschaften seit 1965. Bern: Arbeitsberichte des Nationalen Forschungsprogramms "Regionalprobleme in der Schweiz".
- Fox, T.G., Miller, S.M., 1966: Economic, Political and Social Determinants of Mobility: An International Cross-Sectional Analysis. *Acta Sociologica*, 9,1, 1966: 76-93.
- Friedrich, C.J., 1960: Die Legitimität in politischer Perspektive. *Politische Vierteljahresschrift*, 1, 1960: 120 ff.
- Gamson, W.G., 1968: *Power and Discontent*. Homewood Illinois: The Dorsey Press.
- Ganguillet, G., 1981: Formen der politischen Artikulation. S. 421-547 in: Kriesi et.al., 1981.
- Germann, R.E., 1975: *Politische Innovation und Verfassungsreform*. Bern und Stuttgart: Haupt.
- Geissler, R., 1974: Einige Auswirkungen sozialen Wandels auf die politische Teilnahme: Anmerkungen zur Partizipationskrise in der Schweiz. Beiträge zur soziologischen Analyse der Schweiz. Genf: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie.
- Girod, R., Ricq, C., 1970: Microsystèmes sociaux et abstentionnisme électoral à Genève. *Annuaire Suisse de Science Politique*, 1970: 71-90.
- Glassman, R.M., 1979: Rational and Irrational Legitimacy, S. 49-74 in: Vidich, A.J., Glassman, R.M., 1979.
- Goode, W., 1970: *The Celebration of Heroes*. Berkeley: University of California Press.
- Habermas, J., 1962: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Neuwied: Luchterhand.
- Habermas, J., 1973: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hannan, M.T., 1970: Problems of Aggregation and Disaggregation in Sociological Research. Working Papers in Methodology No. 4, Institute for Research in Social Science, University of North Carolina, Chapel Hill.
- Heintz, P., 1968: *Einführung in die Soziologische Theorie*. 2. erw. Auflage. Stuttgart: Enke.
- Heintz, P., 1974: *Die Zukunft der Entwicklung*. Bern: Huber.
- Heintz, P., Held, T., Hoffmann-Nowotny, H.-J., Levy, R., 1978: Strukturelle Bedingungen von sozialen Vorurteilen. S. 321-358 in: Karsten, A. (hrsg.), 1978: *Vorurteil*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- Heintz, P., 1981: Subjektive und insitutionalisierte Werte in der Gegenwartsgesellschaft. S.158-174 in: Aleman, H.v., Thurn, H.P.: Soziologie in weltbürgerlicher Absicht. Festschrift für René König. Opladen: West-deutscher Verlag.
- Hoby, J.P., 1975: Bildungssystem und Gesellschaft. Bern und Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Holenweger, T., Nef, R., 1975: Bildung und Kontextstruktur. Bericht an den Schweizerischen Nationalfonds. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Hollingshead, A.B., Redlich, F.C., 1958: Social Class and Mental Illness. New York.
- Horowitz, I.L., 1979: The Norm of Illegitimacy - Ten Years later. S. 23-26 in: Denitch, B., 1979.
- Horowitz, I.L., 1969: The Norm of Illegitimacy. S. 3-29 in: Horowitz, I.L., de Castro, J., Gerassi, J., 1969: Latin America Radicalism. New York: Random House.
- Inglehart, T., 1971: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Chances in Post-Industrial Societies. American Political Science Review LXV, 1971: 991-1017.
- Isaac, L., Kelly, W.R., 1981: Racial Insurgency, the State, and Welfare Expansion: Local and National Evidence from the Postwar United States. American Journal of Sociology, Vol. 86, No. 6.
- Jacobs, D., 1978: Inequality and the legal order. Social Problems, 25,5, 1978: 515-525.
- Jeffries, V., Schweitzer, D.R., Morris, R.T., 1979: Social Class and Value: Comparative Cases from Switzerland and the United States. International Journal of Comparative sociology, XX, 3-4, 1979: 224-240.
- Jost, H.-U., 1977: Politisches System und Wahlsystem unter dem Aspekt von Integration und Legitimität. Bern: Manuskript zu einem Referat am Schweizerischen Politologentag.
- Kerr, H. et.al., 1975: Datensatz zu einer Untersuchung politischen Verhaltens im Rahmen einer 8-Länderstudie "Political Action". Universität Genf.
- Kielmansegg, P.G., 1971: Legitimität als analytische Kategorie. Politische Vierteljahresschrift, 12, 1971:367-401.
- Kielmansegg, P.G., (hrsg.) 1976: Legitimationsprobleme politischer Systeme. Politische Vierteljahresschrift, 17, Sonderheft 7.

- Killias, M., Zwicky, H., 1978: Sozialstruktur, Persönlichkeit und Bereicherungsdelinquenz. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 4,2, 1978: 129-162.
- Kohn, M.L., Schooler, C., 1969: Class, Occupation and Orientation. American Sociological Review, 34: 659-678.
- Kriesi, H.P., 1980: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik. Frankfurt a.M.: Campus.
- Kriesi, H.P. et.al., 1981: Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945-1978. Diessenhofen: Rügger.
- Lane, R. A., 1959: Political Life: Why People get involved in Politics. New York: Free Press.
- Lane, R.E., 1979: The Legitimacy Bias: Conservative Man in Market and State. S. 55-80 in: Denitch, B., 1979.
- Lardi, P., 1970: Empirische Untersuchungen zur personellen Einkommensverteilung. Basel
- Levy, R., 1978: Les décisions politiques en Suisse: entre conflict et consensus. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 4,3, 1978: 75-94.
- Levy, R., Zwicky H., 1980: Research on political activity in Switzerland. Zurich: Paper presented at the ECPR Joint Sessions in Florence.
- Linz, J., 1969: Ecological Analysis and Survey Research. S.91-131 in: Dogan, M., Rokkan, S.: Quantitative Ecological Analysis in the Social Sciences. Cambridge, Mass.: The M. I. T. Press.
- Lipset, S.M., 1960: Political Man: the Social Bases of Politics, New York: Garden City.
- Liska, A.E., 1974: Emergent Issues in Attitude-Behavior Consistency Controversy. American Sociological Review, 39, 1974: 261-272.
- Lopreato, J., Chafetz, J.S., 1971: Die politische Orientierung von sozialen Absteigern. S. 166-183 in: Hörning, K.H. (hrsg.), Der "neue" Arbeiter. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Luhmann, N., 1969: Legitimation durch Verfahren. Neuwied-Berlin.
- Martin, R., 1977: The Sociology of Power. London: Routledge and Kegan.
- Martinussen, W., 1977: The Distant Democracy. New York: John Wiley.
- Marx, G.T., Wood, J.L., 1975: Strands of Theory and Research in collective behavior. Annual Review of Sociology, 1, 1975: 363-428.
- Mayntz, R., 1977: Legitimacy and the directive capacity of the political system. S. 261-274 in: Lindberg, L.N. (hrsg.), Stress and Contradiction in modern Capitalism. Lexington.

- Meier, H.P., Rosenmund, M., 1978: Politische Kultur - eine Begriffsexplikation am Beispiel der Schweiz. Zürich: Bulletin des Soziologischen Instituts der Universität Zürich, Sondernummer.
- Meier-Dallach, H.P., Rosenmund, M., Ritschard, R., 1979: Konstanz und Wandel des Bildes Schweiz. Manuskript, Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Merton, R.K., 1974: Sozialstruktur und Anomie. In: Sack, F., König, R. (hrsg.), Kriminalsoziologie. Frankfurt a.M.: Akademische Verlagsgesellschaft.
- Meylan, J., Gottraux, M., Dahinden, P., 1972: Communes suisses et autonomie communale. Lausanne: Imprimeries populaires.
- Michels, R., 1970: Soziologie des Parteiwesens. Stuttgart: Alfred Kröner.
- Milbrath, L.W., 1965: Political Participation. Chicago: Rand Mc Nally.
- Muheim, M., 1980: Politische Stabilität in peripherisierten Kantonen der Schweiz. Lizentiatsarbeit am Soziologischen Institut der Universität Zürich.
- Münch, R., 1976: Legitimität und politische Macht. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nef, R., 1977: Grösse, Entwicklung und Strukturdifferenzierung im System der Schweizer Kantone. Bericht an den Nationalfonds. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Nef, R., 1979: Bundesabstimmungen 1950-1977. Bulletin des Soziolog. Instituts der Universität Zürich, 37.
- Neidhart, L., 1970: Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Bern: Francke.
- Neidhart, L., Hoby, J.-P., 1977: Ursachen der gegenwärtigen Stimmabstinenz in der Schweiz. Zürich.
- Neidhart, L., 1981: Theoretischer Aktivismus über politische "Aktivierungsereignisse" in der Schweiz. Neue Zürcher Zeitung, 15.12.1981:5.
- Nijhof, G., 1981: Social Inequality and Mental Health Complaints. The Netherlands' Journal of Sociology, 17, 1981: 179-198.
- Oberschall, A., 1973: Social Conflicts and Social Movements. Prentice Hall: Englewood Cliffs.
- Offe, C., 1973: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Offe, C., 1979: "Unregierbarkeit". Zur Renaissance konservativer Krisentheorien. S. 294-318 in Habermas, J. (hrsg.), 1979: Stichworte zur "Geistigen Situation der Zeit". 1. Band. Frankfurt: Suhrkamp.
- Opp, K.D., 1978: Theorie sozialer Krisen. Hamburg: Hoffmann & Campe.
- ORL, 1967: Industriestandorte. Zürich: ORL-Institut.
- Pitcher, B.L., Hamblin, R.L., Miller, J.L., 1978: The Diffusion of Collective Violence. American Sociological Review, 43, 1978: 23-35.

- Piven, F.F., Cloward, R.A., 1977: Poor Peoples Movements. New York: Pantheon Books.
- Preuss, U.K., 1977: Legalität - Loyalität - Legitimität. Leviathan, 4, 1977: 450-466.
- Przeworski, A., Teune, H., 1970: The Logic of Comparative Social Inquiry. New York: John Wiley and Sons.
- Riklin, A., Kley, R., 1981: Stimmabstinenz und direkte Demokratie. Bern und Stuttgart: Haupt.
- Rodenstein, M., 1978: Bürgerinitiativen und politisches System. Giessen: Focus.
- Rosen, P.L., 1979: Legitimacy, Domination and Ego Displacement. In: Vidich, A.J. Glassman, R.M., 1979.
- Rothschild, J., 1979: Political Legitimacy in Contemporary Europe, S. 37-54 in: Denitch, B., 1979.
- Rusterholz, P., Zwicky, H., 1981: Einkommensverteilung in der Schweiz. Zwischenbericht an den Nationalfonds. Zürich: Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Schaffhauser, R., 1978: Die direkte Demokratie in den komplexen Formen der Gemeindeorganisation. Dissertation. Wil: Zehnder AG.
- Schumpeter, J., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern.
- Schwartzman, S., 1972: International System and Intranational Tensions. In: Heintz, P. (hrsg.) A Macro-sociological Theory of Societal Systems. Vol. I. Bern: Haupt.
- Smelser, N., 1963: A theory of collective behavior. New York: Free Press.
- Speer, H., 1978: Herrschaft und Legitimität. Berlin: Duncker und Humblot.
- Stallberg, F.W., 1975: Herrschaft und Legitimität. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Tilly, C., 1978: From Mobilization to Revolution. Reading: Addison-Wesley.
- Troitzsch, K.G., 1979: Volksbegehren und Volksentscheid. Meisenheim am Glan: Verlag Anton Hain.
- Tschopp, A., 1981: Datenbuch über politische Aktivierungseignisse. Berichte aus der interdisziplinären Konfliktforschungsstelle, Nr. 7, Zürich: Soziologisches Institut.
- Useem, B., Useem, M., 1979: Government Legitimacy and Political Stability, Social Forces, 57, 3, 1979: 840-852.
- Verba, S., Nie, N.H., Kim, J., 1978: Participation and political equality. Cambridge: Cambridge University Press.
- Vidich, A.J., 1979: Legitimation of Regimes in World Perspective, S. 271-302 in: Vidich, J., Glassman, R.M., 1979.
- Vidich, A.J. Glassman, R.M., 1979: Conflict and Control-Challenge to the Legitimacy of Modern Governments. Beverly Hills: Sage.

- Villadsen, S., 1980: Participation in Local Level Politics. Paper presented to the ECPR Joint Sessions of Workshop in Firenze. University of Copenhagen: Institute of Political Studies.
- Vobruba, G., 1977: Legitimation und Güterknappheit. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2, 1977: 355-363.
- Vobruba, G., 1978: Staatseingriff und Oekonomiefunktion. Zeitschrift für Soziologie, 7,2, 1978.
- Weber, M., 1964: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Köln - Berlin: Kiepenheuer und Witsch.
- Weights, A., 1978: Weber and "legitimate domination": A theoretical critique of Weber's conceptualisation of "relations of domination". Economy and Society, 7, 1, 1978: 56-73.
- Welch, S., 1975: Dimensions of Political Participation in a Canadian Sample. S. 553-59 in: Canadian Journal of Political Science, 8, 4.
- Wilensky, H.L., 1975: The Welfare State and Equality. Structural and Ideological Roots of Public Expenditures. Berkeley.
- Windisch, U., 1978: Xénophobie? Logique de la pensée populaire, Lausanne: L'Age d'Homme, Lausanne
- Wright, J.D., 1976: The Dissent of the Governed. New York: Academic Press.
- Wolfensberger, L., 1979: Die kommunale Einkommensverteilung in der Schweiz. Dissertation. Zürich: Zentralstelle der Studentenschaft.
- Zedler, H.P., 1976: Zur Logik von Legitimationsproblemen. München: Kösel.
- Zimmermann, E., 1978: Performanz und Persistenz: Zur Entwicklung eines neuen krisentheoretischen Ansatzes. Politische Vierteljahres-Zeitschrift, 19,4,1978: 559-591.
- Zwahlen, R., 1979: Opposition in der direkten Demokratie. Dissertation. Zürich: Verlag Reihe W.
- Zwicky, H., 1978: Einkommensungleichheit und Legitimität. Lizentiatsarbeit, Zürich.
- Zwicky, H., Killias, M., 1980: Peter Heintz und die Kriminalsoziologie: Zum Verhältnis der Devianzforschung zur allgemeinen Soziologie. S. 533-554 in Hischer, G., Levy, R., Obrecht, W., 1980: Weltgesellschaft und Sozialstruktur. Diessenhofen: Rüegger.
- Zwicky, H., Heintz, P., 1982: Soziale Ungleichheit, Legitimationsanforderung und Konflikt. Erscheint in: Zeitschrift für Soziologie, Bielefeld.

ANHANG A: Die Grundgesamtheit des Kantonsvergleichs

Die in der Tabelle aufgeführten Angaben geben Auskunft über:

- (a) Die Repräsentativität der Charakterisierung der Kantone bezüglich Einstellungsdimensionen (Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung).
- (b) Die Kantone, die für die Analyse dieser Einstellungsdimensionen (1. Analyseschritt gemäss Abschnitt 7.4 in Teil II) wegen fehlender Daten nicht berücksichtigt werden können (SZ, NW).
- (c) Die absolute Zahl der Aktivierungsereignisse, welche in Relation zur Bevölkerungszahl des Kantons das Ausmass an un- bzw. halbkonventioneller Aktivierung zum Ausdruck bringen.

Kanton (Abkürzungen gemäss Eidg. Statistischem Amt)	Anzahl Befragte zur Charak- terisierung des Ausmasses der Legitimitäts- bzw. Illegitimitätswahrnehmung (Datenquelle: Kerr et.al. 1975) Befragungszeitpunkt: 1975	Anzahl Aktivierungs- ereignisse 1968 - 1978 (Datenquelle: Kriesi et.al. 1981)
ZH	228	685
BE	227	599
LU	44	85
UR	23	27
SZ	-	36
OW	14	21
NW	-	9
GL	10	29
ZG	23	30
FR	34	86
SO	43	68
BS	50	288
BL	51	50
SH	16	48
AR	8	10
AI	10	14
SG	143	82
GR	16	43
AG	81	106
TG	47	29
TI	46	100
VD	108	207
VS	52	74
NE	59	61
GE	46	320

ANHANG B:

Die Grundgesamtheit des Gemeindevergleichs

Die 130 untersuchten Gemeinden, Anzahl Befragte pro Gemeinde, Anzahl Aktivierungsereignisse sowie Angaben zur Zugänglichkeit direkt demokratischer Artikulationskanäle

Die folgende Tabelle dient - neben der Auflistung der Einheiten des Gemeindevergleichs - folgenden Zwecken:

- (1) Die Zahl der im Rahmen der Studie von Kerr et.al. (1975) Befragten (Spalte 3) gibt Auskunft über die Repräsentativität des den einzelnen Gemeinden zugeordneten Wertes zur Charakterisierung des Ausmasses der Illegitimitätswahrnehmung.
- (2) Aus Spalte 3 ist die Zahl der - entweder durch die gesamtschweizerische Erhebung von Kriesi et.al. (1981) oder durch meine Umfrage bei den 130 Gemeindekanzleien - identifizierten Aktivierungsereignisse ersichtlich.
- (3) Ebenfalls in Spalte 3 sind diejenigen Gemeinden durch einen Querstrich gekennzeichnet, welche bei Analysen im Zusammenhang mit politischer Aktivität als Missing betrachtet werden, weil die Gemeindeverwaltungen den Fragebogen nicht zurückschickten. Dies ist bei 40 oder 30,8 % der angeschriebenen Gemeinden der Fall.
- (4) Schliesslich enthalten die Spalten 5 bis 9 Angaben zur Zugänglichkeit direkt-demokratischer Artikulationskanäle in den untersuchten Gemeinden. Diese wurden im Rahmen der Umfrage bei den Gemeindeverwaltungen erhoben. Sie bilden empirische Ergänzungen zu einem demokratietheoretischen Forschungsbereich, der auf zunehmendes wissenschaftliches Interesse stösst, und mithin zu den Arbeiten von Burger (1980), Meylan (1981), Schaffhauser (1977) und Zwahlen (1979).

Die in den empirischen Analysen verwendeten Indikatoren für die Zugänglichkeit direkt-demokratischer Kanäle kombinieren die in den Spalten 6 - 9 aufgeführten Angaben, indem beispielsweise für Volksinitiativen absolute Mindestunterschriftenzahlen durch die Zahl der Stimmberechtigten dividiert und somit mit Prozentwerten vergleichbar gemacht wurden.

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungseignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeinde- umfrage)	Existenz eines Gemeinde- parlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungs- teilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
1. Truttikon	ZH	9	0	nein	33,3	300		300
2. Kloten	ZH	6	9	ja (1970)		300		300
3. Opfikon	ZH	6	4	ja (1974)		300		
4. Oberweningen	ZH	12	-	-				
5. Rümlang	ZH	8	5	nein		300	(33,3)	
6. Rüti	ZH	6	1	nein		300	(33,3)	
7. Horgen	ZH	11	9	nein			(33,3)	
8. Hombrechtikon	ZH	8	5	nein	16,7		(33,3)	
9. Küsnacht	ZH	9	3	nein			(33,3)	
10. Meilen	ZH	13	11	nein		1	(33,3)	
11. Stäfa	ZH	9	7	nein				
12. Greifensee	ZH	11	1	nein	16,7			
13. Winterthur	ZH	19	47	ja (1922)		1000		1000
14. Schlieren	ZH	6	2	ja (1974)		500		400
15. Urdorf	ZH	7	-	-				
16. Zürich	ZH	91	363	ja (-)		4000		4000
17. Langenthal	BE	11	2	ja (1919)	10,0			400
18. Lotzwil	BE	10	0	nein	10,0			
19. Köniz	BE	8	21	ja (1920)	10,0		2,5	
20. Bern	BE	31	-	-				
21. Bremgarten	BE	8	3	nein			10,0	
22. Biel	BE	13	50	ja (1874)	15,0	2300	5,0	1700
23. Tramelan	BE	8	2	ja (1921)	10,0			

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungseignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeindeumfrage)	Existenz eines Gemeinde- parlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungs- teilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
24. Zuzwil	BE	14	-	-	10,0	370		
25. Frutigen	BE	7	1	nein	10,0			
26. Münsingen	BE	8	4	nein	10,0			
27. Ob. Wichterach	BE	9	0	nein	12,0			
28. Laufen	BE	11	1	nein	10,0			
29. Mühleberg	BE	10	-	-				
30. Brugg	BE	12	-	-	10,0			
31. Täuffelen	BE	9	0	nein			10,0	
32. Bonfol	BE	8	-	-			10,0	
33. Courchavon	BE	5	-	-			10,0	
34. Pruntrut	BE	7	4	ja (1972)	10,0		10,0	
35. Belp	BE	9	4	nein	10,0		10,0	
36. Steffisburg	BE	5	4	ja (1947)	5,0		2,5	
37. Thun	BE	6	8	ja (1919)	10,0		3,0	
38. Niederönz	BE	11	0	nein	10,0			
39. Heimenhausen	BE	9	0	nein	10,0		10,0	500
40. Littau	LU	11	1	ja (1967)	9,0	500		1000
41. Luzern	LU	14	63	ja (1832)		1000		
42. Ruswil	LU	11	18	nein			9,0	
43. Sempach	LU	9	0	nein				
44. Bürglen	UR	10	1	nein	10,0	213		
45. Seedorf	UR	13	-	-				
46. Ennetbürgen	NW	10	1	nein	10,0	173	10,0	173

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungsereignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeindeumfrage)	Existenz eines Gemeinde- parlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungs- teilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
47. Stansstad	NW	9	1	nein	10,0		10,0	
48. Näfels	GL	9	0	nein				
49. Oberägeri	ZG	8	-	-				
50. Walchwil	ZG	9	0	nein		500	10,0	300
51. Zug	ZG	6	21	ja (1963)				
52. Fribourg	FR	8	15	ja (1864)				
53. Villars	FR	8	-	-				
54. Courmillaens	FR	9	0	ja (-)				
55. Attalens	FR	9	0	ja (1957)				
56. Oensingen	SO	8	-	-				
57. Grenchen	SO	8	-	-				
58. Wangen	SO	8	-	-				
59. Solothurn	SO	11	10	nein	20,0		(25,0)	
60. Zullwil	SO	8	-	-				2000
61. Basel	BS	39	194	ja (1890)	10,0	4000		400
62. Riehen	BS	9	7	ja (1924)				
63. Allschwil	BL	10	-	-				
64. Gelterkinden	BL	16	2	nein			10,0	
65. Sissach	BL	15	2	nein	5,0		10,0	
66. Thürnen	BL	10	0	nein	10,0		10,0	
67. Hemmenthal	SH	6	0	nein		45		
68. Schaffhausen	SH	10	26	ja (1411)	3,0	600	3,0	600
69. Herisau	AR	7	20	ja (1975)		100		100

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungsereignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeinde- umfrage)	Existenz eines Gemeinde- parlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungs- teilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
70. Schwende	AI	11	0	nein	10,0			
71. Steinach	SG	11	0	nein			10,0	
72. St. Gallen	SG	18	-	-				
73. Untereggen	SG	9	0	nein				
74. St. Margrethen	SG	9	0	nein				
75. Altstätten	SG	11	1	nein	10,0		10,0	
76. Mels	SG	12	1	nein	10,0		10,0	
77. Lichtensteig	SG	8	0	nein				
78. Degersheim	SG	10	0	nein				
79. Uzwil	SG	12	0	nein		200		200
80. Nied. Helfensch.	SG	11	0	nein	5,0		5,0	
81. Gossau	SG	12	0	nein	10,0		10,0	
82. Conters	GR	8	3	nein	8,0	680	10,0	850
83. Chur	GR	9	-	-				
84. Aarau	AG	9	8	Ja (1874)	5,0	1000	5,0	1000
85. Baden	AG	7	18	Ja (1970)	10,0		10,0	
86. Neuenhof	AG	8	-	-				
87. Bremgarten	AG	8	2	Ja (1966)	10,0		10,0	
88. Gansingen	AG	10	-	-				
89. Othmarsingen	AG	9	0	nein				
90. Muri	AG	8	-	-				
91. Kölliken	AG	9	-	-				
92. Moosleerau	AG	11	1	nein			10,0	37

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungseignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeinde- umfrage)	Existenz eines Gemeinde- parlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungsteilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
93. Arbon	TG	8	2	-	12,5		12,5	100
94. Amriswil	TG	11	1	nein	20,0			
95. Bischofszell	TG	6	0	nein	20,0			
96. Frauenfeld	TG	16	4	ja (1976)		400		400
97. Märstetten	TG	13	-	-				
98. Aquila	TI	9	0	ja (1948)				
99. Ascona	TI	3	-	-				
100. Minusio	TI	9	-	-				
101. Lugano	TI	11	-	-				
102. Taverne	TI	11	0	ja (1948)	20,0		20,0	
103. Biasca	TI	7	5	ja (1914)	20,0	560	20,0	560
104. Aigle	VD	11	1	nein		750	9,0	750
105. Ormont-Dessus	VD	8	0	ja (1885)			20,0	
106. Froidelville	VD	10	1	ja (1978)	20,0	160	20,0	160
107. Corcelles	VD	9	-	-				
108. Lausanne	VD	25	315	ja (1803)				5000
109. Le Mont	VD	8	-	-				
110. Pully	VD	8	11	ja (1930)	20,0		20,0	
111. Renens	VD	12	-	-				
112. Montreux	VD	9	10	ja (1803)	20,0	2200	20,0	2200
113. Yverdon	VD	10	-	-				
114. Glis	VS	9	-	-				
115. Glurigen	VS	6	-	-				

Gemeinde	Kanton	Anzahl Befragte (Kerr et.al. 1975)	Anzahl Aktivierungseignisse 1968 - 1978 (Kriesi et.al. 1981, sowie Gemeindeumfrage)	Existenz eines Gemeindeparlamentes (Einführungsjahr)	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten	Für Volksinitiativen nötige Unterschriften absolut	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften in % der Stimmberechtigten (der Versammlungs- teilnehmer)	Für fakultative Referenden nötige Unterschriften absolut
116. Agam	VS	10	-	-				
117. Colombey	VS	11	2	nein				
118. Troistorrens	VS	8	-	-				
119. Evionnaz	VS	7	0	nein				
120. Auvernier	NE	4	-	-				
121. Colombier	NE	9	3	ja (1875)	15,0	120	15,0	120
122. La Ch-de-Fonds	NE	9	24	ja (1848)	15,0		15,0	
123. Le Locle	NE	8	2	ja (1850)	15,0		15,0	
124. Cressier	NE	9	3	nein	15,0		15,0	
125. Neuenburg	NE	5	54	nein	15,0		15,0	
126. Fontaines	NE	7	-	-				
127. Couvet	NE	9	-	-				
128. Chêne-Bouger	GE	8	-	-				
129. Genf	GE	26	279	ja (1842)				4000
130. Versoix	GE	12	-	-				
Total		1379	1704	-	-	-	-	-

ANHANG C: Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten
 endogenen und exogenen Grössen im Kantons-
 und im Gemeindevergleich

Pearson Korrelationskoeffizienten / N / Signifikanz

I. Kantonsvergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

Endogene Größen Exogene Größen	Politische Illegitimität 1975	Gesellschaftl. Illegitimität 1975	Aktivierungs- ereignisse 1968 - 78	Unkonventio- nelle Aktivie- rungsereig- nisse 1968-78	Beteiligung an unkonven- tionellen Aktivierungs- ereignissen 1968-78
Pro Kopf Ein- kommen 1965	0.03 (23) P=0.43	0.11 (23) P=0.30	0.36 (25) P=0.04	0.53 (25) P=0.01	0.71 (25) P=0.00
Prozentuale Zu- nahme des Pro Kopf Einkommens 1965-78	0.01 (23) P=0.49	0.07 (23) P=0.37	-0.18 (25) P=0.20	-0.12 (25) P=0.28	-0.25 (25) P=0.11
Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuer- pflichtigen 1966/67	0.32 (23) P=0.07	0.20 (23) P=0.18	0.11 (25) P=0.30	-0.05 (25) P=0.41	-0.23 (25) P=0.08
Unzugänglichkeit kantonalen Gesetzes- initiativen	0.58 (23) P=0.01	0.49 (23) P=0.01	-0.09 (25) P=0.34	0.45 (25) P=0.1	0.30 (25) P=0.07
Sitzanteil Bundsrats- parteien 1965	-0.21 (20) P=0.18	-0.43 (20) P=0.03	-0.37 (20) P=0.05	-0.65 (20) P=0.01	-0.65 (20) P=0.01
Sitzanteil Sozialdemokra- tische Partei 1965	0.03 (20) P=0.46	-0.11 (20) P=0.33	0.10 (20) P=0.34	0.31 (20) P=0.09	0.42 (20) P=0.03
Bevölkerungsan- teil in Gemein- den mit über 50'000 Einwoh- nern 1970	0.13 (23) P=0.28	0.14 (23) P=0.26	0.53 (25) P=0.01	0.74 (25) P=0.00	0.73 (25) P=0.00
Im Tertiär- sektor Beschäf- tigte 1970	0.39 (23) P=0.03	0.52 (23) P=0.01	0.33 (25) P=0.05	0.78 (25) P=0.00	0.75 (25) P=0.00
Bevölkerungsan- teil mit höherer Schulbildung 1970	0.51 (23) P=0.01	0.60 (23) P=0.00	0.12 (25) P=0.17	0.76 (25) P=0.00	0.68 (25) P=0.00
Protestanten- anteil 1970	-0.09 (23) P=0.00	0.14 (23) P=0.26	-0.14 (25) P=0.27	0.18 (25) P=0.23	0.39 (25) P=0.16
Postmaterialis- mus 1975	0.64 (23) P=0.00	0.14 (23) P=0.26	-0.13 (25) P=0.27	-0.16 (25) P=0.23	-0.20 (25) P=0.16
Ausgabenanteil für Justiz und Polizei 1968	0.30 (23) P=0.09	0.21 (23) P=0.16	0.11 (25) P=0.30	0.51 (25) P=0.01	0.65 (25) P=0.00
Deutschsprachi- genanteil 1970	-0.65 (23) P=0.00	-0.64 (23) P=0.00	0.03 (25) P=0.45	-0.51 (25) P=0.01	-0.30 (25) P=0.08
Ehescheidungs- quote 1968	0.23 (23) P=0.15	0.38 (23) P=0.04	0.21 (25) P=0.16	0.69 (25) P=0.00	0.80 (25) P=0.00

Endogene Grössen	Abstimmungs- beteiligung 1978	Wahlbe- teiligung 1975	Gewalt- delikte 1978	Eigentums- delikte 1978	Zunahme des Einkommens- anteils der reichsten 20 % 1966-74	Sitz- verschie- bungen 1968-1978
Exogene Grössen						
Pro Kopf Ein- kommen 1965	-0.20 (25) P=0.46	0.05 (25) P=0.40	-0.30 (25) P=0.07	0.43 (25) P=0.02	0.50 (25) P=0.01	0.01 (21) P=0.48
Prozentuale Zu- nahme des Pro Kopf Einkommens 1965-78	-0.11 (25) P=0.30	0.06 (25) P=0.39	0.35 (25) P=0.04	-0.23 (25) P=0.13	-0.30 (25) P=0.08	0.02 (21) P=0.47
Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuer- pflichtigen 1966/67	-0.35 (25) P=0.05	-0.42 (25) P=0.02	0.41 (25) P=0.02	-0.31 (25) P=0.06	-0.76 (25) P=0.00	0.54 (21) P=0.01
Unzugänglichkeit kantonaler Gesetzes- initiativen	-0.23 (25) P=0.14	0.44 (25) P=0.01	0.10 (25) P=0.31	0.36 (25) P=0.04	0.07 (25) P=0.36	-0.21 (21) P=0.18
Sitzanteil Bundesrats- parteien 1965	0.16 (20) P=0.25	0.27 (20) P=0.13	0.10 (20) P=0.33	-0.47 (20) P=0.02	-0.30 (20) P=0.10	-0.08 (21) P=0.36
Sitzanteil Sozialdemokra- tische Partei 1965	0.19 (20) P=0.21	-0.08 (20) P=0.36	-0.37 (20) P=0.05	0.11 (20) P=0.32	0.24 (20) P=0.15	0.15 (21) P=0.26
Bevölkerungsan- teil in Gemein- den mit über 50'000 Einwoh- nern 1970	-0.18 (25) P=0.20	-0.08 (25) P=0.36	-0.17 (25) P=0.21	0.67 (25) P=0.00	0.30 (25) P=0.07	0.18 (21) P=0.21
Im Tertiär- sektor Beschäf- tigte 1970	-0.28 (25) P=0.09	0.061 (25) P=0.38	0.04 (25) P=0.43	0.52 (25) P=0.01	0.14 (25) P=0.25	0.17 (21) P=0.22
Bevölkerungsan- teil mit höherer Schulbildung 1970	-0.34 (25) P=0.05	0.14 (25) P=0.25	-0.08 (25) P=0.35	0.41 (25) P=0.02	0.16 (25) P=0.22	0.16 (21) P=0.23
Protestanten- anteil 1970	0.14 (25) P=0.26	0.07 (25) P=0.38	-0.31 (25) P=0.07	0.19 (25) P=0.18	0.32 (25) P=0.06	0.02 (21) P=0.46
Postmaterialis- mus 1975	-0.06 (25) P=0.39	-0.10 (25) P=0.32	0.30 (25) P=0.07	-0.09 (25) P=0.33	-0.45 (25) P=0.01	0.33 (21) P=0.07
Ausgabenanteil für Justiz und Polizei 1968	0.09 (25) P=0.33	0.34 (25) P=0.05	-0.18 (25) P=0.20	0.43 (25) P=0.02	0.55 (25) P=0.01	-0.17 (21) P=0.23
Deutschsprachi- genanteil 1970	0.39 (25) P=0.03	-0.14 (25) P=0.25	-0.04 (25) P=0.42	-0.26 (25) P=0.10	0.06 (25) P=0.39	-0.07 (21) P=0.38
Ehescheidungs- quote 1968	-0.06 (25) P=0.38	0.09 (25) P=0.34	-0.30 (25) P=0.08	0.53 (25) P=0.01	0.49 (25) P=0.01	0.08 (21) P=0.36

2. Gemeindevergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

Endogene Größen Exogene Größen	Politische Illegitimi- tät 1975	Gesell- schaft- liche Illegiti- mität 1975	Aktivie- rungser- eignisse 1968-78	Unkontenio- nelle Akti- vierungs- ereignisse 1968-78	Abstimmungs- beteiligung 1978
Logarithmus des Pro Kopf Ein- kommens 1970	-0.11 (130) P=0.11	-0.09 (130) P=0.16	0.15 (91) P=0.07	0.28 (91) P=0.01	-0.05 (91) P=0.31
Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens	.02 (130) P=0.40	.02 (130) P=0.40	-.04 (91) P=0.35	-.28 (91) P=0.00	-.02 (88) P=0.44
Gesamtungleich- heit der Einkom- mensverteilung II 1970	0.12 (129) P=0.10	0.07 (129) P=0.23	-0.09 (91) P=0.19	-0.20 (91) P=0.03	0.12 (91) P=0.12
Einwohner- zahl 1970 (nicht logarithm.)	-0.01 (130) P=0.49	0.01 (130) P=0.49	0.25 (91) P=0.01	0.52 (91) P=0.00	-0.08 (91) P=0.24
Deutschsprachi- genanteil 1970	-0.40 (130) P=0.00	-0.32 (130) P=0.00	-0.17 (91) (=0.05)	-0.40 (91) P=0.00	0.12 (91) P=0.12
Protestanten- anteil 1970	-0.04 (130) P=0.35	-0.04 (130) P=0.32	-0.06 (130) P=0.26	-0.02 (130) P=0.43	-0.05 (130) P=0.28
Im Tertiärsektor Beschäftigte 1970	0.09 (130) P=0.16	0.04 (130) P=0.33	0.30 (91) P=0.01	0.46 (91) P=0.00	-0.20 (91) P=0.03
Bewohnungs- dichte 1970	0.10 (130) P=0.13	0.08 (130) P=0.19	-0.11 (91) P=0.14	-0.29 (91) P=0.01	-0.01 (91) P=0.45
Postmaterialis- mus 1975	0.21 (130) P=0.01	0.16 (130) P=0.04	0.02 (91) P=0.41	0.18 (91) P=0.05	-0.08 (91) P=0.23
Sitzanteil Bun- desratsparteien 1968	-0.10 (81) P=0.19	-0.08 (81) P=0.23	-0.29 (81) P=0.01	-0.32 (81) P=0.01	0.10 (81) P=0.19
Sitzanteil Sozial- demokratische Partei 1968	0.09 (81) P=0.22	0.06 (81) P=0.31	-0.03 (81) P=0.40	0.09 (81) P=0.20	0.02 (81) P=0.44
Unzugänglichkeit kommunaler Referenden 1978	0.56 (59) P=0.00	0.42 (59) P=0.00	0.05 (59) P=0.36	0.00 (59) P=0.50	-0.38 (59) P=0.00
Gemeindeparla- ment 1978	0.20 (89) P=0.03	.09 (89) P=0.02	0.11 (89) P=0.14	.30 (89) P=0.00	-.27 (89) P=0.01

ANHANG D: Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten
 endogenen Grössen im Kantons- und im
 Gemeindevergleich

Pearson Korrelationskoeffizienten / N /
Signifikanz

1. Kantonsvergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

	Politische Illegitimität 1975	Gesellschaft- liche Illegitimität 1975	Aktivierungs- ereignisse 1968-78	Unkonventio- nelle Akti- vierungs- ereignisse 1968-78	Beteiligung an unkonventio- nellen Akti- vierungs- ereignissen 1968-78
Politische Illegitimität 1975					
Gesellschaft- liche Illegi- timität 1975	0.43 (23) P=0.02				
Aktivierungs- ereignisse 1968-78	0.06 (23) P=0.39	-0.12 (23) P=0.29			
Unkonventionelle Aktivierungs- ereignisse 1968-78	0.45 (23) P=0.02	0.28 (23) P=0.10	0.60 (25) P=0.00		
Beteiligung an unkonventionel- len Aktivierungs- ereignissen 1968-78	0.28 (23) P=0.09	0.23 (23) P=0.14	0.53 (25) P=0.01	0.89 (25) P=0.00	
Abstimmungs- beteiligung 1978	-0.20 (23) P=0.18	-0.48 (23) P=0.01	0.06 (25) P=0.40	-0.19 (25) P=0.18	-0.05 (25) P=0.41
Wahlbeteiligung 1975	0.17 (23) P=0.22	-0.14 (23) P=0.27	-0.44 (25) P=0.02	0.01 (25) P=0.49	0.08 (25) P=0.34
Zunahme des Ein- kommensanteils der reichsten 20% 1966-74	-0.21 (23) P=0.17	-0.16 (23) P=0.24	0.16 (25) P=0.22	0.24 (25) P=0.12	0.40 (25) P=0.02
Sitzverschie- bungen 1968-1978	0.35 (21) P=0.07	0.11 (21) P=0.32	0.49 (21) P=0.01	0.51 (21) P=0.01	0.35 (21) P=0.07
Gewaltdelikte 1978	0.30 (23) P=0.08	0.41 (23) P=0.03	-0.09 (25) P=0.33	-0.23 (25) P=0.13	-0.23 (25) P=0.14
Eigentums- delikte 1978	0.27 (23) P=0.11	0.38 (23) P=0.04	0.05 (25) P=0.42	0.42 (25) P=0.02	0.50 (25) P=0.01

	Abstimmungs- beteiligung 1978	Wahlbetei- ligung 1975	Zunahme des Einkommens- anteils der reichsten 20 % 1966-74	Sitzverschie- bungen 1968 - 1978	Gewalt- delikte 1978
Wahlbeteiligung 1975	0.45 (25) P=0.01				
Zunahme des Ein- kommensanteils der reichsten 20% 1966-74	0.46 (25) P=0.01	0.39 (25) P=0.03			
Sitzverschiebun- gen 1968 - 1978	-0.20 (20) P=0.20	-0.47 (21) P=0.02	-0.32 (21) P=0.08		
Gewaltdelikte 1978	-0.07 (25) P=0.37	-0.22 (25) P=0.15	-0.40 (25) P=0.03	-0.24 (20) P=0.15	
Eigentums- delikte 1978	-0.23 (25) P=0.14	0.12 (25) P=0.29	0.30 (25) P=0.08	-0.13 (20) P=0.29	0.19 (23) P=0.19

2. Gemeindevergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

	Politische Illegitimi- tät 1975	Gesell- schaftliche Illegitimi- tät 1975	Aktivie- rungsereig- nisse 1968-78	Unkonventio- nelle Akti- vierungs- ereignisse 1968-78	Abstimmungs- beteiligung 1978
Politische Illegitimität 1975					
Gesellschaft- liche Illegitimität 1975	0.26 (88) P=0.01				
Aktivierungs- ereignisse 1968-78	0.07 (88) P=0.27	0.13 (88) P=0.11			
Unkonventionel- le Aktivierungs- ereignisse 1968-78	0.18 (88) P=0.04	0.21 (88) P=0.03	0.41 (88) P=0.00		
Abstimmungs- beteiligung 1978	-0.07 (88) P=0.25	-0.34 (88) P=0.00	0.04 (88) P=0.35	-0.13 (88) P=0.11	

ANHANG E: Bivariate Beziehungen zwischen ausgewählten
 exogenen Grössen im Kantons- und im
 Gemeindevergleich

Pearson Korrelationskoeffizienten / N / Signifikanz

1. Kantonsvergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

	Pro Kopf Einkommen 1965	Prozenzuale Zunahme des Pro Kopf Einkommens 1965-78	Unzugäng- lichkeit kantonaler Gesetzes- initiativen	Sitzanteil Bundesrats- parteien 1965	Sitzanteil Sozialdemo- kratische Partei 1965	Bevölkerungs- anteil in Gemeinden mit unter 1000 Einwohnern 1970
Pro Kopf Einkommen 1965						
Prozentuale Zu- nahme des Pro Kopf Einkommens 1965-78	-0.32 (25) P=0.06					
Unzugänglichkeit kantonaler Ge- setzesinitiativen	0.02 (25) P=0.46	0.10 (25) P=0.32				
Sitzanteil Bundesrats- parteien 1965	-0.55 (22) P=0.01	0.36 (22) P=0.05	-0.33 (22) P=0.07			
Sitzanteil Sozialdemokra- tische Partei 1965	0.40 (22) P=0.03	-0.52 (22) P=0.01	0.04 (22) P=0.44	-0.54 (22) P=0.01		
Bevölkerungsan- teil in Gemein- den mit unter 1000 Einwoh- nern 1970	-0.27 (25) P=0.09	0.01 (25) P=0.49	0.39 (25) P=0.03	0.43 (22) P=0.02	-0.16 (22) P=0.24	
Bevölkerungsan- teil in Gemein- den mit über 50'000 Einwoh- nern 1970	0.70 (25) P=0.00	-0.24 (25) P=0.12	0.11 (25) P=0.30	-0.60 (22) P=0.01	0.22 (22) P=0.17	-0.38 (25) P=0.03
Im Tertiärsektor Beschäftigte 1970	0.57 (25) P=0.00	0.15 (25) P=0.24	0.41 (25) P=0.02	-0.64 (22) P=0.00	0.09 (22) P=0.35	-0.19 (25) P=0.18
Bevölkerungsan- teil mit höherer Schulbildung 1970	0.50 (25) P=0.01	0.07 (25) P=0.38	0.61 (25) P=0.00	-0.71 (22) P=0.00	0.20 (22) P=0.18	-0.03 (25) P=0.44
Protestantenan- teil 1970	0.48 (25) P=0.01	-0.54 (25) P=0.01	-0.12 (25) P=0.39	-0.46 (22) P=0.02	0.80 (22) P=0.00	0.02 (25) P=0.46
Postmaterialis- mus 1975	-0.16 (25) P=0.00	0.17 (25) P=0.06	-0.08 (25) P=0.06	0.22 (22) P=0.01	-0.38 (22) P=0.01	-0.19 (25) P=0.37
Ausgabenanteil für Justiz und Polizei 1968	0.67 (25) P=0.00	-0.33 (25) P=0.06	0.32 (25) P=0.06	-0.49 (22) P=0.01	0.50 (22) P=0.01	-0.07 (25) P=0.37
Deutschsprachi- genanteil 1970	-0.06 (25) P=0.40	0.01 (25) P=0.50	-0.83 (25) P=0.00	0.50 (22) P=0.01	-0.13 (22) P=0.28	-0.37 (25) P=0.03
Ehescheidungs- quote 1968	0.72 (25) P=0.00	-0.37 (25) P=0.03	0.25 (25) P=0.11	-0.91 (22) P=0.00	0.62 (22) P=0.00	-0.29 (25) P=0.08

	Bevölke- rungsanteil in Gemein- den mit üb. 50'000 Ein- wohnern	Im Tertiär- sektor Beschäf- tigte 1970	Bevölke- rungsanteil mit höhe- rer Schul- bildung 1970	Protestan- tenanteil 1970	Post- materialis- mus 1975	Ausgaben- anteil für Justiz und Polizei 1967	Deutsch- sprachig- enanteil 1970
Im Tertiärsektor Beschäftigte 1970	0.75 (25) P=0.00						
Bevölkerungsan- teil mit höherer Schulbildung 1970	0.53 (25) P=0.01	0.88 (25) P=0.00					
Protestanten- anteil 1970	0.28 (25) P=0.09	0.17 (25) P=0.21	0.15 (25) P=0.24				
Postmaterialis- mus 1975	-0.15 (25) P=0.24	-0.13 (25) P=0.27	-0.17 (25) P=0.20	-0.34 (25) P=0.05			
Ausgabenanteil für Justiz und Polizei 1968	0.42 (25) P=0.02	0.41 (25) P=0.02	0.51 (25) P=0.01	0.38 (25) P=0.03	-0.21 (25) P=0.16		
Deutschsprachi- genanteil 1970	-0.10 (25) P=0.32	-0.50 (25) P=0.01	-0.76 (25) P=0.00	-0.03 (25) P=0.44	0.21 (25) P=0.16	-0.31 (25) P=0.06	
Ehescheidungs- quote 1968	0.72 (25) P=0.00	0.70 (25) P=0.00	0.72 (25) P=0.00	0.62 (25) P=0.00	-0.23 (25) P=0.13	0.66 (25) P=0.00	-0.36 (25) P=0.04

2. Gemeindevergleich

Eventuelle Differenzen zu den im Text aufgeführten Korrelationskoeffizienten sind auf unterschiedliche Grundgesamtheiten zurückzuführen. Diese Unterschiede ergeben sich daraus, dass hier das N für jedes einzelne Variablenpaar maximiert wird, im Text dagegen für die jeweilige Gruppe von Variablen.

	Logarithmus des Pro Kopf Ein- kommens 1970	Wachstums- rate des Pro Kopf Einkommens 1960-1970	Gesamtun- gleichheit der Einkom- mensver- teilung II 1970	Einwohner- zahl 1970 (nicht logarith- miert)	Deutsch- sprachigen- anteil 1970	Protestan- tenanteil 1970
Logarithmus des Pro Kopf Ein- kommens 1970						
Wachstumsrate des Pro Kopf Einkommens 1960-1970	-0.02 (130) P=0.40					
Gesamtungleich- heit der Ein- kommensvertei- lung II 1970	-0.61 (129) P=0.00	-0.03 (129) P=0.36				
Einwohnerzahl 1970 (nicht logarithmiert)	0.30 (130) P=0.00	-.04 (130) P=0.33	-0.25 (129) P=0.00			
Deutschspra- chigenanteil 1970	-0.01 (130) P=0.50	0.04 (130) P=0.32	0.04 (129) P=0.32	-0.01 (130) P=0.47		
Protestanten- anteil 1970	0.32 (130) P=0.00	-0.03 (130) P=0.35	-0.34 (129) P=0.00	0.07 (130) P=0.23	0.19 (130) P=0.02	
Im Tertiärsektor Beschäftigte 1970	0.68 (130) P=0.00	-0.03 (130) P=0.35	-0.51 (129) P=0.00	0.50 (130) P=0.00	-0.15 (130) P=0.05	0.12 (130) P=0.09
Bevölkerungs- dichte 1970	-0.50 (130) P=0.00	-0.03 (130) P=0.38	0.41 (129) P=0.00	-0.32 (130) P=0.00	-0.08 (130) P=0.18	-0.01 (130) P=0.47
Post- materialismus 1975	-0.02 (130) P=0.40	0.02 (130) P=0.43	0.06 (129) P=0.25	-0.06 (130) P=0.24	-0.39 (130) P=0.00	-0.12 (130) P=0.09
Sitzanteil Bundesrats- parteien 1968	-0.18 (81) P=0.06	0.06 (80) P=0.29	0.36 (81) P=0.00	-0.18 (81) P=0.05	0.28 (81) P=0.01	-0.27 (81) P=0.01
Sitzanteil Sozialdemokra- tische Partei 1968	0.05 (81) P=0.32	0.47 (89) P=0.00	-0.13 (81) P=0.13	0.16 (81) P=0.08	-0.05 (81) P=0.31	0.31 (81) P=0.00
Unzugänglichkeit kommunaier Refe- renden 1978	-0.38 (59) P=0.00	0.51 (59) P=0.00	0.39 (59) P=0.00	-0.33 (59) P=0.01	-0.66 (59) P=0.00	-0.11 (130) P=0.11
Gemeinde- parlament 1978	0.23 (89) P=0.01	-0.15 (89) P=0.08	-0.21 (89) P=0.03	0.35 (90) P=0.00	-0.44 (89) P=0.00	-0.32 (89) P=0.00

	Im Tertiär- sektor Be- schäftigte 1970	Bewohnungs- dichte 1970	Postmate- rialismus 1975	Sitzanteil Bundesrats- parteien 1968	Sitzanteil Sozialdemo- kratische Partei 1968	Unzugäng- lichkeit kommunaler Referenden 1978
Bewohnungs- dichte 1970	-0.32 (130) P=0.00					
Postmaterialis- mus 1975	0.08 (130) P=0.20	-0.02 (130) P=0.41				
Sitzanteil Bundesrats- parteien 1968	-0.20 (81) P=0.04	0.18 (81) P=0.06	0.01 (81) P=0.47			
Sitzanteil Sozialdemokra- tische Partei 1968	0.01 (81) P=0.46	-0.13 (81) P=0.12	-0.04 (81) P=0.35	0.01 (81) P=0.47		
Unzugänglichkeit kommunaler Refe- renden 1978	-0.24 (59) P=0.03	0.41 (59) P=0.00	0.38 (59) P=0.00	0.21 (59) P=0.06	0.22 (59) P=0.05	
Gemeinde- parlament 1978	0.48 (89) P=0.00	-0.14 (89) P=0.10	0.12 (89) P=0.13	-0.23 (80) P=0.02	0.05 (90) P=0.33	0.03 (59) P=0.40

ANHANG F: Zur Vollständigkeit der im Projekt
 "Aktivierung von Bürgern" identifizierten Ereignisse

1. Untersuchungsanordnung

Im Rahmen des Forschungsprojektes "Aktivierung von Bürgern" wurden während der Periode 1945 - 78 in der Gesamtschweiz 6211 Aktivierungsereignisse identifiziert (zum Begriff Aktivierungsereignisse vgl. Teil I, Kapitel 2). Die in Kriesi et.al. (1981) beschriebene Erhebungsstrategie sowie erste Testresultate, die an der gleichen Stelle präsentiert werden, deuten darauf hin, dass vor allem konventionelle Ereignisse mit lokalem Charakter unvollständig erhoben wurden.

Der vorliegende Test geht von dieser Vermutung aus und versucht, die Vollständigkeit von konventionellen und lokalen Ereignissen anhand einer repräsentativen Stichprobe von Schweizer Gemeinden empirisch abzuklären. Dabei wird die betrachtete Zeitperiode auf die Jahre 1968 - 78 eingeschränkt.

Als bestmögliche Datenquelle für die erwähnten Ereignisse konventionell-lokaler Art werden Gemeindebehörden betrachtet. Aus diesem Grunde wurden an die ausgesuchten Gemeinden Fragebogen verschickt, in denen primär nach Initiativen, Referenden und Petitionen gefragt wurde. Eine vierte Kategorie, nach der gefragt wurde, stellten sogenannte "andere Aktivierungsereignisse" dar. Dabei wurde mit Beispielen darauf hingewiesen, dass es sich hier um unkonventionelle Formen politischer Aktivierung wie Demonstrationen, Häuserbesetzungen etc. handle.

Vor allem bei den unkonventionellen Aktivierungsereignissen sind die registrierten Fälle zweifellos wesentlich das Resultat selektiver Wahrnehmungen durch die Gemeindeverwaltungen. Diese Selektion ist aber als relativ unabhängig von der Datenerhebung aus Massenmedien zu sehen. In diesem Sinne ergibt der vorliegende Test nicht nur die Möglichkeit, die Vollständigkeit der im Projekt identifizierten Ereignisse zu überprüfen. Vielmehr lässt sich auch bestimmen, wie weit Ereignisse durch die Gemeindeverwaltungen wahrgenommen werden. Das Ausmass dieser Wahrnehmung kann als kognitive Komponente von "Bürgernähe" bei Gemeindeverwaltungen interpretiert werden.

2. Testgemeinden und zusätzlich identifizierte Ereignisse

Bezüglich der Vollständigkeit der im Projekt "Aktivierung von Bürgern" identifizierten Ereignisse wurden bereits in Kriesi et.al. (1981:36 ff) erste Tests durchgeführt. Spezialerhebungen in den Kantonen Waadt und Luzern ergaben 177 % bzw. 67 % zusätzliche Ereignisse. Die im vorliegenden Text untersuchte repräsentative Stichprobe von Schweizer Gemeinden geht nun in zweierlei Hinsicht über diese Tests hinaus:

- Einerseits werden die Behörden der ausgewählten Gemeinden in systematischer und standardisierter Weise nach zusätzlichen Ereignissen gefragt.
- Andererseits erlaubt die Repräsentativität der Stichprobe Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der in der Schweiz stattfindenden Aktivierungseignisse.

Um diese Vorteile zu erreichen, wurden andererseits gewisse Einschränkungen gemacht: Einerseits wurde nur die Periode 1968 - 78 berücksichtigt, andererseits nur die wichtigsten, klar abgrenzbaren Formen der politischen Artikulation.

Die folgenden Ergebnisse basieren auf 80 Testgemeinden (1). In 76 % dieser Gemeinden konnte in der betrachteten Periode mindestens 1 Aktivierungseignis identifiziert werden - entweder im Rahmen des Projektes oder mit Hilfe von Angaben der Gemeindebehörden. Es lassen sich vier Gruppen von Gemeinden unterscheiden:

- In 19 Gemeinden (24 %) konnte weder durch das Projekt noch durch die Gemeindeumfrage ein Aktivierungseignis identifiziert werden.
- In 21 Gemeinden (26 %) wurden lediglich im Rahmen Gemeindeumfrage Ereignisse gefunden.
- in 7 Gemeinden (9 %) wurden nur durch das Projekt Ereignisse identifiziert.

(1) Bei diesen 80 Gemeinden handelt es sich um die 61 % der angeschriebenen Gemeinden, die ohne zweite Aufforderung antworteten. Nicht berücksichtigt sind 10 Gemeinden, die erst nach der 2. Aufforderung antworteten und in Anhang B ebenfalls gültige Angaben zur Zahl der Aktivierungseignisse aufweisen.

- In den restlichen 33 Gemeinden (41 %) konnten sowohl durch das Projekt als auch durch die Gemeindeumfrage Ereignisse bestimmt werden.

Gesamthaft konnten mit Hilfe der Gemeindeumfrage 746 zusätzliche Ereignisse bestimmt werden - 687 konventionelle Ereignisse (Initiativen, Referenden, Petitionen) und 57 unkonventionelle Ereignisse (Demonstrationen, Häuserbesetzungen etc.) (1). Diese Zahl ist nun in Beziehung zur Zahl der in den 80 Testgemeinden durch die Normalerhebung des Projektes identifizierten Ereignisse zu setzen, wobei zusätzlich zu berücksichtigen ist, dass bestimmte Artikulationsformen wie Pressekonferenzen, Gruppengründungen, Beschwerden, aber auch kantonale und nationale Initiativen, Referenden und Petitionen nicht mehr zusätzlich erfragt wurden.

Nach Ausschluss dieser Kategorien erhält man für die Periode 1968 - 78 in den 80 Testgemeinden 764 durch das Projekt identifizierte Ereignisse - 103 konventionelle und 646 unkonventionelle. Unter Hinzunahme der Gemeindeumfrage erhöht sich diese Zahl auf 1510 Ereignisse. Davon konnten 50,6 % schon durch das Projekt und 49,4 % erst durch die Gemeindeumfrage ermittelt werden. Dieser Prozentsatz liegt ziemlich genau zwischen jenem, welcher sich bei den beiden Testkantonen Waadt (60 %) und Luzern (40 %) ergab (vgl. Kriesi et.al. 1981:36 ff).

Der Anteil zusätzlich identifizierter Ereignisse variiert sehr stark nach der Konventionalität des Ereignisses. Während lediglich 8,4 % der unkonventionellen Ereignisse erst durch die Gemeindeumfrage gefunden wurden, beträgt der entsprechende Prozentsatz bei den konventionellen Ereignissen (Initiativen, Referenden, Petitionen) 74,3 %.

(1) Diese Zahlen schliessen die im Rahmen der kantonalen Zusatzerhebungen des Projektes für die Städte Lausanne und Luzern identifizierten Ereignisse mit ein.

3. Zusätzlich identifizierte Ereignisse nach Gemeindegruppen

Aufgrund der bisherigen Vollständigkeitstests (vgl. Kriesi et.al. 1981:36 ff) kann davon ausgegangen werden, dass

- (a) der Anteil der nicht-identifizierten Ereignisse in der Westschweiz grösser ist als in der Deutschschweiz (Quellenbias).
- (b) die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen stark mit der Gemeindegrösse zusammenhängt.

Deshalb soll im folgenden der Anteil zusätzlich identifizierter Ereignisse nach vier Gemeindegruppen differenziert werden; nach Deutschweizer Städten, Westschweizer Städten, kleineren und mittleren Gemeinden der Deutschschweiz sowie kleineren und mittleren Gemeinden der französisch- und italienischsprachigen Schweiz. Die Ergebnisse dieser differenzierten Analyse sind in Tabelle 1 dargestellt. Dabei zeigt sich zunächst, dass in allen Gemeindegruppen die Zusatzidentifikation bei konventionellen Formen (Initiativen, Referenden und Petitionen) einen sehr viel grösseren Anteil ausmachen als bei unkonventionellen Formen. Für letztere hat die im Projekt "Aktivierung von Bürgern" angewandte Erhebungsstrategie also offensichtlich bei allen Gemeindegruppen zu einer relativ vollständigen Identifizierung der vorgekommenen Ereignisse geführt. Erstaunlicherweise ist der Anteil zusätzlich identifizierter unkonventioneller Ereignisse in den Deutschschweizer Städten am höchsten. Allerdings handelt es sich dabei nicht um die Hauptzentren der Deutschschweiz, sondern um Nebenzentren (Luzern, Solothurn, Aarau). Für die Hauptzentren der Deutschschweiz sind keine Vergleichszahlen verfügbar.

Für die konventionellen Ereignisse zeigt sich, dass in Westschweizer Städten und Gemeinden deutlich mehr zusätzliche Ereignisse gefunden werden. Darüberhinaus werden in den kleineren und mittleren Gemeinden mehr Zusatzereignisse identifiziert als in den Städten. Dies deutet darauf hin, dass die Erhebungsstrategie im Projekt im konventionellen Bereich zu einer Unterschätzung der relativen Ereignishäufigkeit in nicht-deutschsprachigen und kleineren Gemeinden führte.

Tabelle 1: Zusatzidentifikationen durch die Gemeinde-
umfrage nach Gemeindegruppen

Anteil Zusatzidentifikationen durch die Gemeinde- umfrage an der Gesamtzahl identifizierter Ereignisse	
Konventionelle Ereignisse	Unkonventionelle Ereignisse
<u>Gruppe 1:</u> Deutschweizer Städte: Zürich*, Winterthur*, Thun*, Luzern, Zug*, Solothurn, Basel*, Schaffhausen*, Chur*, Aarau, Frauenfeld*	74,2 %
<u>Gruppe 2:</u> Westschweizer Städte: Lausanne, Neuenburg, Genf, La Chaux-de-Fonds*	94,2 %
<u>Gruppe 3:</u> Kleine und mittlere Gemeinden der Deutschschweiz: Truttikon, Kloten, Opfikon, Rümlang, Rüti, Horgen, Hombrechtikon, Küsnacht, Meilen, Stäfa, Greifensee, Lotzwil, Köniz, Bremgarten (BE), Frutigen, Münsingen, Laufen, Täuffelen, Steffisburg, Niederörs, Littau, Ruswil, Bürglen, Ennetbürgen, Stansstad, Näfels, Walchwil, Amriswil, Arbon, Bremgarten (AG), Gansingen, Moosleerau, Neuenhof, Gossau, Uzwil, Degersheim, Lichtensteig, Mels, Altstätten, St. Margrethen, Untereggen, Schwende, Herisau, Sissach, Gelterkinden, Riehen	83,0 %
<u>Gruppe 4:</u> Kleine und mittlere Gemeinden der französisch- und italienischsprachigen Schweiz: Cournillens, Attalens, Cressier, Le Locle, Colombier, Colombey, Evionnaz, Montreux, Pully, Froideville, Ormont-Dessus, Aigle, Biasca, Taverne, Aquila, Tramelan, Porrentruy	96,7 %

* nur bei der Berechnung der Zusatzidentifikationen konventioneller Ereignisse berücksichtigt.

11,1 %

5,9 %

Ein weiterer Unterschied zwischen den vier Gemeindegruppen betrifft die Formen der zusätzlich identifizierten konventionellen Ereignisse.

Tabelle 2 zeigt, dass in den beiden nicht-deutschsprachigen Gemeindegruppen vornehmlich Petitionen zusätzlich identifiziert werden, in kleineren Gemeinden zu 67 %, in den Städten zu 96 %. Demgegenüber handelt es sich bei den in deutschsprachigen Gemeinden zusätzlich gefundenen Ereignisse zu über 50 % um Initiativen. In kleineren und mittleren Deutschschweizer Gemeinden kommt den zusätzlich identifizierten Petitionen ebenfalls eine gewisse Bedeutung zu, während sie in Deutschschweizer Städten äussert selten sind.

Tabelle 2: Die in der Gemeindeumfrage zusätzlich identifizierten konventionellen Ereignisse, nach Formen und Gemeindegruppen

	Initiativen	Referenden	Petitionen	Total
Gemeindegruppe 1: Deutschschweizer Städte	55,5 %	35,9 %	8,6 %	100 % (117)
Gemeindegruppe 2: Westschweizer Städte	1,0 %	3,2 %	95,8 %	100 % (95)
Gemeindegruppe 3: Kleinere und mittlere Deutschschweizer Gemeinden	54,9 %	19,5 %	25,6 %	100 % (133)
Gemeindegruppe 4: Kleinere und mittlere Nicht-Deutschschwei- zer Gemeinden	6,7 %	26,7 %	66,6 %	100 % (30)

4. Der Identifikationsanteil der Gemeindebehörden als Indikator für Bürgernähe

Abschliessend deutet Tabelle 3 darauf hin, dass Aktivierungsereignisse - sowohl im konventionellen als auch im unkonventionellen Bereich - von nicht-deutschsprachigen Behörden stärker wahrgenommen werden als von Behörden deutschsprachiger Gemeinden. Allerdings könnten die feststellbaren Unterschiede auch auf die oben erwähnte unvollständigere Erfassung der Ereignisse ausserhalb der Deutschschweiz im Projekt zurückzuführen sein, welche bei dieser Betrachtung als Massstab für das Ausmass der Identifizierung durch die Gemeindebehörden dient.

Tabelle 3: Anteile der durch die Gemeinden identifizierten
Ereignisse nach Gemeindegruppen als Indikator
für Bürgernähe

	Konventionelle Ereignisse	Unkonventionelle Ereignisse
Gemeindegruppe 1: Deutschschweizer Städte	87,5 %	6 %
Gemeindegruppe 2: Westschweizer Städte	100 %	25,4 %
Gemeindegruppe 3: Kleinere und mittlere Deutschschweizer Gemeinden	93,3 %	16,6 %
Gemeindegruppe 4: Kleinere und mittlere Nicht-Deutschschweizer Gemeinden	96,6 %	33,3 %

Lebenslauf

11.6.1953	Geboren in Winterthur.
1960 - 1967	Primar- und Sekundarschule in Rapperswil (SG).
1968 - 1973	Besuch der Kantonsschule Rämibühl in Zürich.
1973	Matura Typ B.
1973 - 1978	Studium der Soziologie, der Oekonomie und der Pädagogik an der Universität Zürich.
1978	Lizentiat an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich.
seit 1978	Forschungsassistent am Soziologischen Institut der Universität Zürich.
seit 1979	Lehrauftrag für "Soziologie/Staatskunde" am Interkantonalen Technikum Rapperswil.

